

Geschäftsbericht 2007



KENNZAHLEN DES KFW-KONZERNS.

Geschäftskennzahlen der KfW Bankengruppe

Angaben in Mrd. EUR

	2005	2006	2007
I. KfW Mittelstandsbank	15,5	22,8	23,2
Kreditfinanzierungen	10,7	10,1	11,2
<i>darunter Unternehmerkredit</i>	4,8	6,1	9,0
<i>darunter Globaldarlehen gewerbl. Wirtschaft</i>	5,4	3,6	1,4
Mezzanine-Finanzierungen	0,6	2,1	1,2
Beteiligungsfinanzierungen	0,3	0,3	0,3
ABS-Mittelstandsportfolio	–	0,8	0,4
Verbriefungen	4,0	9,5	10,0
II. KfW Förderbank	38,7	35,6	43,5
Wohnwirtschaftliche Investitionen	10,9	15,1	14,6
<i>darunter Globaldarlehen Wohnungswirtschaft</i>	2,0	1,2	1,9
Bildung	0,9	1,3	1,3
Kommunale Infrastruktur	2,8	3,2	3,1
Umweltinvestitionen	4,2	4,6	7,2
Globallinien an Landesförderinstitute	3,6	3,6	8,3
Verbriefungen	16,3	7,6	8,9
III. KfW IPEX-Bank	12,1	15,0	16,1
Industrie, Telekommunikation, Rohstoffe	4,9	5,6	4,7
Energie, Umwelt	1,2	2,5	1,9
Transport, Verkehrsinfrastruktur	5,6	6,9	9,3
Sonstiges (AKA-Exportkredite, Zuschüsse)	0,1	0,0	0,1
IV. KfW Entwicklungsbank	1,9	2,4	3,0
V. DEG	0,7	0,9	1,2
Gesamtfördervolumen	68,9	76,8	87,1
davon Kredite ¹⁾	48,7	9,6	68,1
davon Verbriefungen	20,2	17,1	19,0
Umwelt- und Klimaschutz²⁾	7,0	12,5	12,9
Mittelaufnahme	52,2	54,1	64,6

Differenzen in den Summen durch Rundungen.

¹⁾ Inkl. Avale, Zuschüsse und ABS-Mittelstandsportfolio.

²⁾ Als übergreifende Förderung der KfW Mittelstandsbank und der KfW Förderbank im Gesamtfördervolumen enthalten.

Ertragskennzahlen des KfW-Konzerns (IFRS)

Angaben in Mio. EUR

	2006	2007
Betriebsergebnis vor Bewertungen	1.381	1.357
Betriebsergebnis nach Bewertungen ¹⁾	1.542	- 6.182
Konzerngewinn/-verlust	1.564	- 6.168
Konzernergebnis	1.511	- 6.417
Wirtschaftliches Konzernergebnis	1.113	- 1.312

¹⁾Inkl. der Beteiligung der Dachverbände des deutschen Kreditgewerbes an der Risikoabschirmung der IKB.

Bilanzkennzahlen des KfW-Konzerns (IFRS)

Angaben in Mrd. EUR und Prozent

	2006	2007
Bilanzsumme	334,4	354,0
Bilanzielles Eigenkapital	16,7	14,9
Bilanzielle Eigenkapitalquote	5,0 %	4,2 %
Geschäftsvolumen	405,9	417,0

INHALT.

Kennzahlen des KfW-Konzerns.	
Brief des Vorstands.	4
Vorstand, Direktoren und Geschäftsleiter der KfW Bankengruppe.	13
Bericht des Verwaltungsrats.	14
Mitglieder des Verwaltungsrats.	16
Marken und Themenfelder.	
KfW Bankengruppe. ■ Förderer mit vielen Seiten.	17
KfW Mittelstandsbank. ■ Der Name ist Programm.	29
KfW Förderbank. ■ Engagement hat Kredit.	45
KfW IPEX-Bank. ■ Stark im internationalen Wettbewerb der Finanzdienstleister.	63
KfW Entwicklungsbank. ■ Entwicklung wirksam voranbringen.	77
DEG. ■ Wir unterstützen Entwicklung.	93
Refinanzierung.	100
Beteiligungen, Treasury und Dienstleistungen.	108
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.	111
Finanzberichterstattung.	
Kurzfassung Konzernabschluss. ■ Gewinn- und Verlustrechnung. ■ Bilanz.	116 116 117
Kurzfassung Konzernlagebericht. ■ Wirtschaftsbericht. ■ Risikobericht.	118 118 132
Impressum.	157
Bildverzeichnis.	157

BRIEF DES VORSTANDS.

Liebe Leserinnen und Leser,

2007 war für die KfW Bankengruppe ein außergewöhnliches Jahr – in mehrfacher Hinsicht. Denn neben unserem sehr stark gewachsenen Fördergeschäft haben wir zusätzlich mehrere große Projekte geschultert.

Im März haben wir uns an EADS beteiligt. Diese Beteiligung sind wir auf Bitten der Bundesregierung im Rahmen eines Konsortiums aus privaten und öffentlichen Banken eingegangen, um die Balance zwischen Deutschland und Frankreich bei EADS zu erhalten.

Zum 1. Juli wurde die Neuordnung des ERP-Sondervermögens (ERP-SV) abgeschlossen, die mit der Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag vom November 2005 durch die Bundesregierung eingeleitet wurde. Dem Bundeshaushalt flossen im Zuge der Übertragung 2 Mrd. EUR zu, das jährliche Fördervolumen des ERP-SV für den Mittelstand bleibt jedoch erhalten.

Die KfW hat am 28./29. Juli zusammen mit der Kreditwirtschaft in einer entschlossenen und schnellen Aktion auch im Interesse einer Stabilisierung des Finanzmarktes Deutschland eine Risikoabschirmung über die durch US-Subprime-Investments in existenzielle Probleme geratene IKB gespannt. Der Verkaufsprozess der Anteile der KfW an der IKB befindet sich in der Umsetzung.

Gleichzeitig befanden wir uns 2007 im Endspurt bei der Ausgründung unserer KfW IPEX-Bank – ein großes und äußerst anspruchsvolles Projekt, das wir, wie von der Europäischen Kommission im Rahmen der so genannten EU-Verständigung II gefordert, pünktlich zum 1. Januar 2008 umgesetzt haben. Die KfW IPEX-Bank ist zwar keine Förderbank, bleibt aber dem öffentlichen Auftrag der KfW verpflichtet und ist auch zukünftig eine entscheidende Säule der KfW. Die KfW IPEX-Bank ist für die vom Export und von außenwirtschaftlichen Aktivitäten besonders stark abhängige deutsche Wirtschaft seit Jahrzehnten ein verlässlicher Partner und Garant für die Bereitstellung langfristiger Finanzierungsmittel. Mit ihren im kommerziellen Geschäft erwirtschafteten Gewinnen trägt sie weiterhin zu den Förderaktivitäten der KfW z. B. im Mittelstand oder beim Klimaschutz bei.

Vor dem Hintergrund dieser Herausforderungen ist es umso bemerkenswerter, dass wir im Jahr 2007 mit unserer Förderung ausgesprochen erfolgreich waren. Gemessen an unserer Förderleistung war 2007 das beste Jahr in der knapp 60-jährigen Geschichte der Bank!

ENTWICKLUNG DER KfW-FÖRDERUNG.

Das gesamte Fördervolumen der KfW ist im Jahr 2007 um über 13% auf 87,1 Mrd. EUR gestiegen. Das sind über 10 Mrd. EUR mehr als im Vorjahr. Mit 68,1 Mrd. EUR entfiel der Großteil des Fördervolumens auf die Kreditvergabe. Das Verbriefungsvolumen erreichte 19 Mrd. EUR – und das, obwohl der Verbriefungsmarkt im Zuge der Finanzmarktkrise generell stark unter Druck steht.

Dieses Förderergebnis zeigt uns, dass wir die richtige Strategie gewählt haben. Wir haben früh-

zeitig die zukunftsweisenden Themen erkannt und zusammen mit Politik und Verbänden die notwendigen Förderprogramme entwickelt. Im Jahr 2007 haben wir mit dem kleinen Mittelstand sowie dem Umwelt- und Klimaschutz zwei besondere Schwerpunkte für unsere Förderaktivitäten gesetzt, die besonders wichtig für Wirtschaft und Gesellschaft sind. Im Anstieg des Fördervolumens 2007 spiegelt sich natürlich nicht nur unser attraktives Angebot wider, sondern

auch der konjunkturelle Aufschwung in der deutschen und europäischen Wirtschaft. Die Unternehmen haben kräftig investiert. Im Jahr 2008

rechnen wir mit einer schwächeren Konjunkturdynamik sowie mit einem geringeren Wachstum der Unternehmensinvestitionen.

KFW MITTELSTANDBANK.

Die KfW Mittelstandsbank hat im vergangenen Jahr 23,2 Mrd. EUR zur Förderung mittelständischer Unternehmen eingesetzt. Damit bewegen wir uns weiterhin auf einem hohen Niveau. Unseren Förderschwerpunkt haben wir auf den kleineren Mittelstand gelegt und dazu die Initiative „Kleiner Mittelstand“ gestartet. Eine verstärkte Unterstützung der kleinen Unternehmen ist unverändert dringend erforderlich, denn obwohl sich die Finanzierungsbedingungen für mittelständische Unternehmen in den letzten Jahren verbessert haben, können die kleinen Unternehmen davon noch nicht oder nicht in vollem Umfang profitieren. Daher haben wir in unseren Programmen Start-Geld und Mikro-Darlehen zu Beginn des Jahres 2007 die Zinsen um ein Drittel gesenkt. Dies hat dazu geführt, dass wir in diesen Programmen die Förderzusagen für ganz kleine Unternehmen gegenüber dem Vorjahr um 40% erhöhen konnten. Auch der Unternehmerkredit, unser Flaggschiff in der Mittelstandsfinanzierung, konnte

2007 erneut kräftig zulegen. Im Juli haben wir in diesem Programm eine zusätzliche 50-prozentige Haftungsfreistellung eingeführt. Diese „Risikopartnerschaft“ wurde am Markt sehr gut aufgenommen. Indem wir uns das Ausfallrisiko mit den durchleitenden Hausbanken teilen, sind diese eher bereit, in die Finanzierung der Investitionen mittelständischer Unternehmen einzusteigen. Die KfW hat auch im Jahr 2007 erheblich zur Stärkung des Marktes für Beteiligungskapital in Deutschland beigetragen: Unser Beteiligungsgeschäft hat zwar nur einen geringen Anteil an unseren Gesamtzusagen, aber allein die Tatsache, dass die KfW an rd. der Hälfte der mittelständischen Beteiligungsfinanzierungen beteiligt ist, verdeutlicht unsere große Bedeutung in diesem Finanzierungsbereich. Für die Struktur und Qualität des Marktangebotes ist unsere Förderung besonders wichtig, da wir vor allem in der Frühphase aktiv sind. Hier gibt es aufgrund des hohen Risikos viel zu wenig privates Engagement.

KFW FÖRDERBANK.

Einen wesentlichen Beitrag zum Erfolg der Gesamtbank leistete auch die KfW Förderbank. Im Jahr 2007 konnte ein Fördervolumen von 43,5 Mrd. EUR erreicht werden. Es stieg damit um über 22%. Ein beachtlicher Teil des Kreditvolumens der KfW Bankengruppe fließt in Investitionen für Klima- und Umweltschutz. Es gibt keinen Bereich mehr innerhalb der KfW, der die Ziele des Klimaschutzes außen vor lässt. Mittlerweile fließen rd. 20%, das heißt rd. 16,6 Mrd. EUR, des gesamten Fördervolumens der KfW Bankengruppe in Umwelt-

finanzierungen. Die KfW ist damit die Umweltbank Nr. 1 in Deutschland und bildet eine wesentliche Stütze für das „Integrierte Energie- und Klimaprogramm“ der Bundesregierung. Wichtiger Bestandteil dessen ist unsere gemeinsam mit dem Bund entwickelte Förderinitiative „Wohnen, Umwelt, Wachstum“ mit ihrem „harten Kern“, dem Programmteil „Energieeffizientes Bauen und Sanieren“. Bereits im Startjahr 2006 war die Förderinitiative ein enormer Erfolg. Auch 2007 konnten wir wieder ein sehr hohes Zusage-

volumen vorweisen. Viele private Haushalte in Deutschland konnten durch die energetischen Sanierungen zahlreiche Energieeinsparmaßnahmen realisieren. Allein durch die in den Jahren 2006 und 2007 angestoßenen Investitionen wird der CO₂-Ausstoß um über 1,6 Mio. Tonnen pro Jahr dauerhaft reduziert. Weiterer Effekt: Durch diese Investitionen konnten nach vorläufigen Schätzungen allein 2007 etwa 440.000 Arbeitsplätze für ein Jahr geschaffen bzw. gesichert werden. Damit hat sich die Förderinitiative auch als hervorragendes Konjunkturprogramm vor allem für kleine und mittelständische Unternehmen sowie nicht zuletzt für das Handwerk erwiesen. Diese Beispiele zeigen den engen Zusammenhang zwischen der KfW Förderbank und der KfW Mittelstandsbank, da große Teile der Aktivitäten der KfW Förderbank direkt und indirekt auch dem Mittelstand zugutekommen. Umwelt- und Klimaschutz wird auch im Bereich Verkehr intensiv diskutiert. Daher unterstützen

wir die Anschaffung emissionsarmer schwerer Nutzfahrzeuge mit einer zusätzlichen Zinsverbilligung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Bereits im Verlauf der ersten drei Monate dieser Maßnahme konnte die Anschaffung von rd. 25.000 emissionsarmen LKW gefördert werden. Bei der Finanzierung der erneuerbaren Energien sind wir ebenfalls stark engagiert und weltweit einer der größten Financier. Gleichzeitig stellen wir hohe Anforderungen hinsichtlich der Nachhaltigkeit des Handelns an uns selbst. So haben wir z. B. die gesamte KfW Bankengruppe seit 2006 CO₂-neutral gestellt. Aber nicht nur beim Thema Klimaschutz setzen wir Maßstäbe. Wir arbeiten darauf hin, den Nachhaltigkeitsgedanken in allen Kernprozessen zu verankern.

Die Bildungsfinanzierung verlief auf ähnlich hohem Niveau wie im vergangenen Jahr. So haben wir z. B. seit Programmstart des KfW-Studienkredits im April 2006 rd. 37.000 Zusagen erteilt.

KFW ENTWICKLUNGSBANK UND DEG.

2007 hat die KfW Entwicklungsbank ihre Förderleistung in Entwicklungs- und Transformationsländern gegenüber dem Vorjahr nochmals gesteigert, um zu helfen, die Armut nachhaltig zu mindern und die Wirtschaft zu fördern. Dieser stetige Förderzuwachs ist nur möglich, weil wir die Mittel des Bundeshaushalts für die Entwicklungszusammenarbeit um eigene Mittel ergänzen. Inzwischen kommt mehr als die Hälfte der Gesamtzusagen aus KfW-eigenen Mitteln. So kann die KfW Entwicklungsbank ihre Möglichkeiten als Kreditinstitut mit ihren entwicklungspolitischen Kompetenzen verbinden und der Bundesregierung helfen, die zugesagte Erhöhung ihrer Entwicklungshilfeleistungen zu erreichen.

Ein Beispiel hierfür ist unsere „Wachstumsinitiative für Arme“. Damit wollen wir die Finanzsektoren in den Entwicklungsländern stärken, deren geringe Leistungsfähigkeit häufig als Hemmschuh für das wirtschaftliche Wachstum in den Entwicklungsländern gilt. Die KfW als weltweit führender Mikrofinanzierer kennt diese Probleme. Nur wenn auch die Armen die Möglichkeit haben, zu fairen Bedingungen einen Kredit zu erhalten, können sie durch eigene Initiative einen Weg aus der Armut finden. Unsere Tochtergesellschaft DEG ergänzt mit ihren speziell auf die Erfordernisse privater Unternehmen zugeschnittenen Finanzierungs- und Beratungsleistungen die Produktpalette der KfW Entwicklungsbank. Sie hat ihr

Fördervolumen für privatwirtschaftliches Engagement in den Entwicklungs- und Transformationsländern im Jahr 2007 wiederum deutlich ausgebaut und die Schwelle von 1 Mrd. EUR für

Neuzusagen überschritten. Mit 1,2 Mrd. EUR lag das Zusagevolumen im Neugeschäft rd. 30% über dem des Vorjahres.

KFW IPEX-BANK.

Die KfW IPEX-Bank ist mit Beginn des Jahres 2008 in die rechtliche Selbstständigkeit entlassen worden. Wir freuen uns, dass die Ausgründung der internationalen Projekt- und Exportfinanzierung in der vorgegebenen Zeit so reibungslos erfolgt ist. Die KfW IPEX-Bank startet nicht nur pünktlich, sondern auch unter besten Voraussetzungen: Sie wurde als IRB-advanced Bank zugelassen, d. h., ihre Prüfungs- und Steuerungssysteme erfüllen die höchsten und strengsten aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Zwei renommierte Ratingagenturen haben ihr ein Rating von AA minus zugesprochen und damit das Geschäftsmodell nachdrücklich bestätigt. Gleichzeitig bleibt die KfW IPEX-Bank eng in die Gesamtstrategie

eingebunden und integraler Bestandteil des KfW-Konzerns. Parallel zu dem Endsprint in die Selbstständigkeit hat die KfW IPEX-Bank ihr Geschäft erfolgreich vorangetrieben. Zum Jahresende standen 16,1 Mrd. EUR Neugeschäft in den Büchern – rd. 1,1 Mrd. EUR mehr als im Jahr zuvor. Die KfW IPEX-Bank wird sich auch in Zukunft als führende Adresse in der internationalen Projekt- und Exportfinanzierung behaupten und der deutschen Wirtschaft als zuverlässiger Partner zur Verfügung stehen. Dafür sprechen ihre erfolgreiche Geschäftsstrategie sowie das Know-how und die langjährige Erfahrung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

REFINANZIERUNG.

Hinsichtlich unserer Refinanzierung können wir auf ein erfolgreiches Jahr 2007 zurückblicken. Die Turbulenzen auf den internationalen Kapitalmärkten haben unsere Refinanzierung nicht beeinträchtigt. Im Gegenteil – unser guter Ruf als seriöser und verlässlicher Emittent hat sich positiv bemerkbar gemacht. Mit über 550 Transaktionen auf den internationalen Kapitalmärkten haben wir Anleihen in 25 verschiedenen Währungen

emittiert. Insgesamt wurden Mittel in Höhe von 64,6 Mrd. EUR aufgenommen. Dies ist wegen der ausgesprochen guten Nachfrage nach unseren Förderkrediten mehr als in den vergangenen Jahren. Für 2008 gehen wir von einem Refinanzierungsvolumen von rd. 70 Mrd. EUR aus, da wir inzwischen u. a. auch die Förderkredite aus dem ERP-SV refinanzieren werden.

RISIKOABSCHIRMUNG DER IKB DEUTSCHE INDUSTRIEBANK AG, DÜSSELDORF.

Die KfW hielt im Juli 2007 einen Anteil in Höhe von 37,8% an der IKB. Der Einstieg in eine Beteiligung der KfW an der IKB in Höhe von rd. 1% erfolgte 1985 auf Bitten des Bundes, da die Stiftung Industrieforschung ihre Bezugsrechte im Rahmen einer Kapitalerhöhung nicht ausüben konnte. 2001 bat der damalige IKB-Vorstand die KfW, angesichts einer drohenden Zerschlagung der IKB das von Allianz und Münchener Rück zum Kauf angebotene Aktienpaket in Höhe von 33,2% zu übernehmen. Die Aufstockung der Beteiligung erfolgte zum Erhalt der IKB als wichtiger Mittelstandsfinanzierer. Der Erwerb wurde im KfW-Verwaltungsrat einstimmig beschlossen. Andere Kreditinstitute hatten damals kein ernsthaftes Interesse an der Übernahme und Fortführung der IKB als Mittelstandsfinanzierer gezeigt. Im Zuge der Fusion der KfW mit der DtA im Jahr 2003 erhöhte sich die Beteiligung um weitere 3,6%, die sich im Portfolio der DtA befanden, auf insgesamt 37,8%.

Ende Juli 2007 sah sich die IKB einer existenzbedrohenden Krise ausgesetzt. Ursächlich waren die krisenhaften Entwicklungen auf dem US-amerikanischen Hypothekenmarkt im Subprime-Bereich, von denen auch die IKB über Investments in diesem Segment massiv betroffen war. Zur Abwendung eines plötzlich eintretenden Moratoriums der IKB, die zu diesem Zeitpunkt eine der am besten gerateten Banken in Deutschland war, und zur Vermeidung einer schockartigen Ausweitung der Krise auf den deutschen Finanzsektor haben die KfW und die drei kreditwirtschaftlichen Verbände (Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken [BdB], Bundesverband der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken e. V. [BVR] sowie der Deutsche Sparkassen- und Giro-

verband e. V. [DSGV]) in einer konzertierten Aktion Ende Juli 2007 eine Risikoabschirmung vorgenommen. Die Abschirmungsmaßnahmen beruhen auf insgesamt drei Säulen:

- dem Eintritt der KfW in die Liquiditätslinien der IKB gegenüber dem Conduit Rhineland,
- einer Unterbeteiligung an Risiken der IKB gegenüber den Zweckgesellschaften Havenrock I & II sowie
- Ausfallgarantien gegenüber der IKB für bilanzielle Risiken aus strukturierten Produkten.

Zum Entscheidungszeitpunkt 28./29. Juli 2007 beliefen sich die erwarteten Verluste des Gesamtrisikoschirms auf 3,5 Mrd. EUR, wovon die KfW 70%, die kreditwirtschaftlichen Verbände 30% übernahmen. Während die kreditwirtschaftlichen Verbände ihren Beitrag auf maximal 1 Mrd. EUR beschränkten, war die KfW mit Eintritt in die Liquiditätslinienverpflichtung der IKB, der Voraussetzung für die Risikoabschirmung der IKB war, zwangsläufig mit dem Gesamtbetrag der Linie im Risiko. Mit dieser Maßnahme ging allerdings nicht die Möglichkeit eines aktiven Managements der den Liquiditätslinien zuzurechnenden Wertpapiere im Conduit Rhineland einher. Diese ist erst nach Herauslösen der Wertpapiere aus dem Conduit möglich. Nach vollständiger planmäßiger Rückzahlung aller kurzfristigen Refinanzierungen vom Conduit Rhineland in Form von Asset-backed Commercial Papers im Januar befindet sich die KfW in intensiven Gesprächen zur Beendigung des Conduits mit insgesamt 49 Parteien.

Im Laufe der Monate Oktober/November 2007 kam es zu einer weiteren dramatischen Verschlechterung am US-Hypothekenmarkt und zu Ratingabstufungen von noch nie da gewesenum Ausmaß. Als Folge dieser Ereignisse mussten weitere

Risiken der IKB in Höhe von 350 Mio. EUR aus der Havenrock-Struktur abgesichert (davon 150 Mio. EUR durch die KfW) und musste die Verlustschätzung für das Conduit Rhineland deutlich angehoben werden. Insgesamt führte dies bis Ende November zu einer Erhöhung der bilanziellen Risikovorsorge der KfW von 2,5 Mrd. EUR auf 4,95 Mrd. EUR.

Mitte Januar 2008 eröffnete die KfW ein strukturiertes und diskriminierungsfreies Bieterverfahren für ihre IKB-Anteile.

Im Zuge der Neuaufstellung ihres Jahresabschlusses 2006/2007 („Restatement“) hat die IKB Anfang 2008 auch eine Neubewertung ihrer strukturierten Produkte auf der Bilanz vorgenommen. Aufgrund der weiterhin sehr negativen Marktentwicklung ergaben sich hierbei weitere Bewertungsverluste innerhalb der IKB, die über die gewährte Risikoabschirmung für die bilanziellen Risiken hinausgingen und eine Unterschreitung der aufsichtsrechtlich erforderlichen Eigenkapitalquote zur Folge hatten. Zur Vermeidung eines dadurch erneut drohenden Moratoriums der IKB sowie der damit verbundenen Risiken für den Finanzsektor und die deutsche Volkswirtschaft hat die Bundesregierung die KfW Mitte Februar 2008 im Wege einer Zuweisung beauftragt, Kapitalmaßnahmen zur Sicherstellung einer ausreichenden Eigenkapitalausstattung der IKB durchzuführen. Die damit verbundenen zusätzlichen Verlustrisiken in Höhe von rd. 1,5 Mrd. EUR werden in Höhe von 1,2 Mrd. EUR vom Bund getragen. Der BdB hat zugesagt, mit 300 Mio. EUR einen weiteren Teil der Stützung zu übernehmen. Nachdem die KfW mit Abstand die

Hauptlast an den ersten beiden Maßnahmenpaketen der Risikoabschirmung getragen hatte, kam eine Beteiligung der KfW an den Lasten der neuen Stützungsmaßnahmen nicht mehr in Frage, da dies die Förderfähigkeit der KfW beeinträchtigt und auch den Substanzerhalt des ERP-Sondervermögens gefährdet hätte. Im März 2008 wurde in New York eine Schadensersatzklage der US-amerikanischen Financial Guaranty Insurance Company (FGIC) gegen die IKB in Höhe von 1,875 Mrd. USD eingereicht, deren Auswirkungen zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichtes noch nicht abschließend beurteilt werden können.

Im ersten Quartal des Jahres 2008 hat sich die Verschlechterung der Finanzmarktdaten ungebremst fortgesetzt. Die Ausfallraten im US-Subprime-Segment stiegen nochmals deutlich an und der Hauspreisverfall beschleunigte sich ebenso. Vor diesem Hintergrund hat sich der Preisverfall von durch Hypotheken besicherten Wertpapieren weiter beschleunigt. In Fortsetzung unserer konservativen Risikoeinschätzung haben wir diese wertaufhellende Entwicklung des aktuellen Jahres bei der Dotierung unserer Risikovorsorge für die Liquiditätslinien gegenüber dem Conduit Rhineland im Jahresabschluss 2007 berücksichtigt und die Risikovorsorge nochmals um 1,8 Mrd. EUR aufgestockt. Somit werden Wertabschreibungen in Höhe von rd. 90 % auf das Conduit Rhineland vorgenommen. Zur Deckung des überwiegenden Teils der Belastung aus der IKB-Abschirmung hat die KfW ihren Fonds für allgemeine Bankrisiken mit 5,3 Mrd. EUR in Anspruch genommen, der für die Bank Risikovorzeichencharakter hat.

ERGEBNISSE DES GESCHÄFTSJAHRES 2007.

Das Geschäftsergebnis wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr 2007 maßgeblich von der enormen Belastung durch die Risikoabschirmungsmaßnahmen für die in existenzielle Nöte geratene IKB geprägt. Besonderes Gewicht hat hierbei die Risikoübernahme aus dem Eintritt der KfW in die Liquiditätslinien der IKB gegenüber dem Conduit Rhineland im Juli 2007. Aufgrund der anhaltend negativen Entwicklungen der dem Conduit zugrunde liegenden Wertpapiere im ersten Quartal 2008 ergibt sich aus diesen Liquiditätslinien ein weit höherer Wertberichtigungsbedarf als noch im Dezember erwartet. Diese Entwicklung wird vollständig im Geschäftsjahr 2007 erfasst. Die Gesamtbelastungen aus der IKB-Krise für die KfW belaufen sich nun auf 7,2 Mrd. EUR, davon 6,8 Mrd. EUR aus den verschiedenen Instrumenten der Risikoabschirmung und 0,4 Mrd. EUR Abschreibungen auf den Anteil der KfW an der IKB. Die Kreditlinien (Liquiditätslinien) gegenüber dem Conduit Rhineland sind nun mit rd. 90% abgeschrieben. Mit dem Einbeziehen der wertauflhellenden Informationen aus dem ersten Quartal 2008 in die Bilanz 2007 folgen wir einem konservativen Bewertungsansatz und schaffen frühzeitig Transparenz über die Belastungen der KfW aus der IKB-Rettung.

Die operativen Ergebnisbestandteile wie Zins- und Provisionsüberschüsse sowie die Risikolage im Kerngeschäft der KfW sind stabil geblieben. Der Risikovorsorgebedarf ohne Beachtung der Sondereffekte aus der Risikoabschirmung der IKB lag bei deutlich wachsendem Förderkreditvolumen nach wie vor auf niedrigem Niveau.

Im Einzelabschluss der KfW (HGB) weist die Bank einen Jahresfehlbetrag von 1,4 Mrd. EUR aus. Die IKB-Risikoabschirmung wurde dabei zum überwiegenden Teil durch unseren „Fonds für allgemeine Bankrisiken“ abgedeckt, der als Teil der Risikovorsorge die Funktion hat, gerade in Stressszenarien die Förderfähigkeit der Bank sicherzustellen. Im ersten Quartal des Jahres 2008 hat sich die Verschlechterung des US-Immobilienmarktes jedoch ungebremst fortgesetzt. Diese Entwicklung konnte allerdings nicht mehr durch unseren Fonds abgedeckt werden. Der Jahresfehlbetrag wird im Einzelabschluss im Rahmen eines Verlustvortrags in die Bilanz der KfW eingestellt und mit Jahresüberschüssen der Folgejahre verrechnet. Der Konzernabschluss wurde erstmals auf Basis der internationalen Rechnungslegungsvorschriften IFRS erstellt. Während nach der Bilanzierung nach HGB die Belastung aus dem Risikoschirm mit einer entsprechenden ergebniswirksamen Auflösung des Fonds für allgemeine Bankrisiken zu großen Teilen kompensiert wird, ist dies unter IFRS nicht möglich. Demzufolge wirkt die Risikovorsorge für die IKB unter IFRS vollständig ergebnisbelastend, so dass der Konzern für 2007 einen Verlust in Höhe von 6,2 Mrd. EUR ausweist. Der teilweise Ausgleich wird dann über den Fonds für allgemeine Bankrisiken im Eigenkapital herbeigeführt, so dass im Konzern-eigenkapital ein Bilanzverlust von 1,4 Mrd. EUR entsteht.

AUSBLICK.

2007 haben wir erneut unsere Förderung deutlich ausweiten und sehr gute Förderergebnisse erreichen können. Angesichts der Finanzmarktkrise und der möglichen Auswirkungen auf die Realwirtschaft ist die zukünftige Entwicklung schwer prognostizierbar, insbesondere für das Vertriebssegment. Die KfW hat zur Abschirmung der IKB und somit auch zur Stabilisierung des Finanzmarktes Deutschland außergewöhnliche Belastungen auf sich genommen. Wir werden aber auch in Zukunft unseren Förderauftrag engagiert wahrnehmen. Die Förderleistung des ERP-Sonderver-

mögens ist sichergestellt. Bei den von uns aus Eigenmitteln verbilligten Programmen werden wir den bereits eingeschlagenen Weg der Effizienzsteigerung in der Durchführung und Ausgestaltung weiter fortsetzen; so werden wir u. a. die Förderung kapitalmarktnäher ausgestalten. Dabei steht nicht nur die quantitative, sondern vor allem die qualitative Entwicklung unserer Förderprogramme im Vordergrund. Die in den vergangenen Jahren festgelegten Förderschwerpunkte „Kleiner Mittelstand“ sowie „Umwelt- und Klimaschutz“ werden wir beibehalten.

KFW-INITIATIVE „KLEINER MITTELSTAND“.

Die Förderung des kleinen Mittelstands bleibt ein wichtiger Schwerpunkt. Für den Mittelstand insgesamt hat sich bereits viel zum Positiven gewandelt. Die Finanzierungsbedingungen haben sich insgesamt erfreulich verbessert. Hier macht sich natürlich auch die gute Wirtschaftslage der vergangenen zwei Jahre bemerkbar. Dennoch sieht es für die kleinen und kleinsten Unternehmen nach wie vor schwierig aus. Insgesamt ist es zwar auch für sie leichter geworden, einen

Investitionskredit zu erhalten, aber im Vergleich zu großen Unternehmen hören die ganz kleinen nach wie vor unverändert wesentlich häufiger ein „Nein“ von ihrer Bank. Umso wichtiger ist es für uns, den Kreditinstituten die Vergabe von Förderkrediten zu erleichtern. Unsere schon im letzten Jahr eingeleiteten Förder- und Beratungsangebote wollen wir in diesem Jahr engagiert weiterführen.

FÖRDERUNG DES KLIMASCHUTZES.

Wir werden uns auch zukünftig im Bereich Klima- und Umweltschutz engagieren. So werden wir die Förderinitiative „Wohnen, Umwelt, Wachstum“ fortsetzen. Großes Potenzial zum Energiesparen steckt auch im gewerblichen Bereich. Leider haben noch zu wenige kleine und mittlere Unternehmen erkannt, dass Ökologie und Ökonomie kein Gegensatz sein müssen. Durch gezielte Beratung und Investitionen können Unternehmen ihre Energiesparpotenziale ausschöpfen, ihre Kosten erheblich senken und ihre Wettbewerbsposition entsprechend stärken. Dieser Notwendigkeit tragen wir Rechnung mit unserem neuen „Sonderfonds Energieeffizienz für kleine und mittlere Unternehmen“. Ein ganz wichtiger Bereich ist die Förderung erneuerbarer Energien. Neben den bewährten Bereichen Windkraft und

Photovoltaik entwickeln wir Maßnahmen für die Erschließung weiterer erneuerbarer Energien. Ebenso macht der Klimawandel nicht an nationalen Grenzen Halt. Klima- und Ressourcenschutz ist daher immer nationale und globale Aufgabe zugleich. Wir werden uns daher weiterhin an der Energieeffizienzfazilität der EU für die neuen Beitrittsländer beteiligen. Des Weiteren wird die KfW Entwicklungsbank in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) eine Initiative für Klima- und Umweltschutz starten. Wir wollen in den nächsten vier Jahren in den Schwellenländern solche Investitionen fördern, die besonders schnelle Wirkungen zeigen.

Die KfW wird auch im Jahr 2008 ihre Kraft und ihre Fähigkeiten weiterhin voll und ganz dem Fördergeschäft widmen.

Dr. Peter Fleischer

Dr. Norbert Kloppenburg

Wolfgang Kroh
(Sprecher seit 7. April 2008)

Detlef Leinberger

Ingrid Matthäus-Maier
(Sprecherin bis 7. April 2008)

VORSTAND, DIREKTOREN UND GESCHÄFTSLEITER DER KfW BANKENGRUPPE.

VORSTAND.

Dr. Günther Bräunig (Tätigkeit ruht für die Zeit seiner Tätigkeit als Vorsitzender des Vorstands der IKB)
Dr. Peter Fleischer Dr. Peter Klaus (bis 30. April 2007) Dr. Norbert Kloppenburg
Wolfgang Kroh (Sprecher seit 7. April 2008) Detlef Leinberger
Ingrid Matthäus-Maier (Sprecherin bis 7. April 2008)

DIREKTORINNEN UND DIREKTOREN.

Dr. Stefan Breuer	Klaus Klüber	Ludolf Rischmüller
Dr. Frank Czichowski	Doris Köhn	Wolfgang Roßmeißl
Helmut Gauges	Werner Möller	Dr. Jürgen Schneider
Werner Genter	Dr. Hanns-Peter Neuhoff	Dr. Bernd Schreiber
Dr. Dieter Glüder (Tätigkeit ruht für die Zeit seiner Tätigkeit als Vorstand der IKB)	Klaus Neumann	Dietrich Suhlrie
	Werner Oerter	Klaus Weirich
Dr. Volker Groß	Uwe Ohls	Bruno Wenn
Rainer Hartje	Christiane Orłowski	Dr. Christian Zacherl
	Joachim Rastert	

MITGLIEDER DER GESCHÄFTSLEITUNG KfW IPEX-BANK.

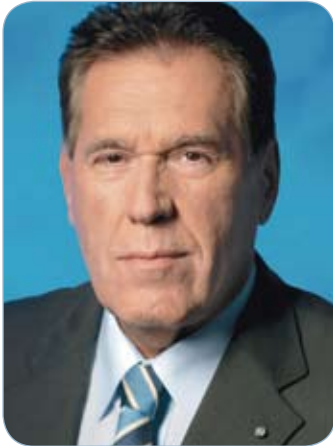
Michael Ebert Heinrich Heims (Sprecher) Dr. Peter Klaus (Sprecher bis 30. April 2007)
Christian Murach Markus Scheer

In der KfW IPEX-Bank sind die Geschäftsbereiche Projekt- und Unternehmensfinanzierung im Inland und die internationale Projekt- und Exportfinanzierung zusammengefasst. Seit Beginn des Jahres 2008 ist sie ein rechtlich selbstständiges Tochterunternehmen der KfW Bankengruppe, das dem KWG und der Bankenaufsicht unterliegt.

GESCHÄFTSFÜHRER DER DEG – DEUTSCHE INVESTITIONS- UND ENTWICKLUNGSGESELLSCHAFT MBH.

Johannes-Jürgen Bernsen Dr. Michael Bornmann Dr. Winfried Polte (Sprecher)

Die 1962 gegründete DEG ist seit 2001 eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der KfW Bankengruppe. Die DEG ist einer der größten europäischen Entwicklungsfinanzierer für langfristige Projekt- und Unternehmensfinanzierungen. Sie finanziert und strukturiert seit mehr als 40 Jahren Investitionen privater Unternehmen in Entwicklungs- und Reformländern.



Michael Glos
Bundesminister für Wirtschaft und Technologie

Der Verwaltungsrat hat die Geschäftsführung und Vermögensverwaltung der KfW laufend überwacht. Zu diesem Zweck, insbesondere zur Beschlussfassung über die Gewährung von Finanzierungen und die Übernahme von Bürgschaften unter den in Gesetz und Satzung erwähnten Voraussetzungen, haben im Laufe des Geschäftsjahres mehrere ordentliche und – ausgelöst durch die Subprimekrise am US-Immobilienmarkt und deren Auswirkungen auf den deutschen Finanzmarkt und speziell die IKB Deutsche Industriebank AG – mehrere außerordentliche Sitzungen des Verwaltungsrats und seiner Ausschüsse stattgefunden.

In diesen Sitzungen informierte der Vorstand den Verwaltungsrat jeweils über die Geschäftstätigkeit und aktuelle Entwicklungen in den einzelnen Geschäftsfeldern, über die Vermögens-, Ertrags- und Risikolage des Konzerns sowie über Sonderaktivitäten wie die Risikoabschirmung für die IKB Deutsche Industriebank AG.

Hinsichtlich der Aktivitäten der KfW Mittelstandsbank und der KfW Förderbank berichtete der Vorstand insbesondere über die KfW-Initiative „Kleiner Mittelstand“ sowie das KfW-Schwerpunktthema Klima- und Umweltschutz, wie z. B.

die Programme für effizientes Bauen und Sanieren, den geplanten Sonderfonds Energieeffizienz für kleine und mittlere Unternehmen und die Förderung der Anschaffung emissionsarmer schwerer Nutzfahrzeuge. Bezüglich der Aktivitäten der KfW Entwicklungsbank stellte der Vorstand insbesondere die neuen Initiativen im Bereich Klima- und Umweltschutz (IKLU) sowie Finanzsektorentwicklung („Wachstumsinitiative für Arme“) vor. Ferner wurde der Verwaltungsrat über das Wertpapiermanagement sowie die Fortschritte der Ausgliederung der KfW IPEX-Bank GmbH zum 01.01.2008 und die Übertragung von Teilen des ERP-Sondervermögens auf die KfW zum 01.07.2007 unterrichtet. Ein wesentliches und durch den Verwaltungsrat insbesondere im Rahmen mehrerer außerordentlicher Sitzungen intensiv behandeltes Thema war die durch die US-Immobilienkrise ausgelöste Risikoabschirmung für die IKB Deutsche Industriebank AG, an der sich die KfW gemeinsam mit der deutschen Kreditwirtschaft beteiligt. Der Vorstand hat den Verwaltungsrat jeweils zeitnah über die Entwicklungen betreffend die Risikoabschirmung informiert und in die zu treffenden Entscheidungen nach KfW-Gesetz und -Satzung einbezogen. Im

Rahmen dieser Entscheidungen wurde der Vorstand vom Verwaltungsrat beauftragt, den Verkauf der IKB Deutsche Industriebank AG zügig voran zu treiben. Der Verwaltungsrat hat großen Wert darauf gelegt, dass die deutsche Kreditwirtschaft und die weiteren Anteilseigner der IKB an den Maßnahmen zur Absicherung der IKB beteiligt werden. Zudem war bei allen Entscheidungen die Sicherstellung der KfW-Förderleistung und die Freistellung des ERP-Sondervermögens von Belastungen aus der IKB-Krise eine unabdingbare Voraussetzung. Der Verwaltungsrat erörterte darüber hinaus die Errichtung eines Präsidial- und eines Prüfungsausschusses, die im Februar 2008 im Rahmen einer Satzungsänderung beschlossen wurde.

Der Kreditbewilligungsausschuss befasste sich primär mit den nach KfW-Gesetz und -Satzung vorlagepflichtigen Kreditengagements und darüber hinaus mit dem Risikobericht der KfW Bankengruppe. Zur Risikoabschirmung der IKB fand unmittelbar nach Bekanntwerden der Krise der IKB eine Sondersitzung (Anfang August) statt.

Der Rechts- und Verwaltungsausschuss hat im Wesentlichen Personalfragen und die Prüfung des Jahresabschlusses bzw. die Bestellung des Abschlussprüfers erörtert und entsprechende Empfehlungen an den Verwaltungsrat ausgesprochen. Außerdem wurde die Änderung der Satzung zur Einrichtung eines Präsidial- und eines Prüfungsausschusses geprüft und dem Verwaltungsrat empfohlen.

Der Beirat für Fördermaßnahmen in den neuen Bundesländern erörterte den Verlauf der Geschäftstätigkeit der KfW im Jahr 2006 unter besonderer Berücksichtigung der neuen Bundesländer und befasste sich mit der Tätigkeit des Unternehmensgründerbüros in Leipzig und dem Mikrofinanzfonds Deutschland.

Vereinbarungsgemäß habe ich als Bundesminister für Wirtschaft und Technologie für das Jahr 2008 den Vorsitz im Verwaltungsrat übernommen.

Im Berichtszeitraum schieden Rüdiger Dorn, Dr. Thomas R. Fischer, Stefan Ortseifen, Jörg-Otto Spiller und Erwin Teufel aus dem Verwaltungsrat aus. Der Verwaltungsrat dankt den ausgeschiedenen Mitgliedern für ihre Mitarbeit in diesem Gremium. Neu eingetreten sind Dr. Siegfried Jaschinski, Waltraud Lehn, Dr. Helmut Linsen und Alexander Rychter.

Die auf Vorschlag des Verwaltungsrats von der Aufsichtsbehörde, dem Bundesministerium der Finanzen (BMF), im Einvernehmen mit dem Bundesrechnungshof zum Wirtschaftsprüfer bestellte PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main, hat den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss und Lagebericht der KfW sowie den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht des KfW-Konzerns geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Jahresabschluss und Lagebericht wurde nach den Vorschriften des HGB, der Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der Europäischen Union anzuwenden sind, aufgestellt.

Der Verwaltungsrat hat dem Ergebnis der Prüfungen zugestimmt. Den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss hat der Verwaltungsrat gemäß § 9 Absatz 2 des KfW-Gesetzes in der Sitzung am 07.04.2008 nach Empfehlung durch den Prüfungsausschuss genehmigt sowie den Konzernabschluss gebilligt.

Frankfurt am Main, 07.04.2008

DER VERWALTUNGSRAT



Vorsitzender

MITGLIEDER DES VERWALTUNGSRATS.

AUFGABE DES VERWALTUNGSRATS.

Der Verwaltungsrat überwacht die Geschäftsführung und Vermögensverwaltung der KfW. Er genehmigt die größeren Kreditobligos und den Jahresabschluss. Der Verwaltungsrat besteht aus 37 Mitgliedern. Vorsitzender ist der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, stellvertretender Vorsitzender der Bundesminister der Finanzen.

Michael Glos
Bundesminister für Wirtschaft und Technologie
Vorsitzender
(seit 01.01.2008)
Stellvertretender Vorsitzender
(bis 31.12.2007)

Peer Steinbrück
Bundesminister der Finanzen
Stellvertretender Vorsitzender
(seit 01.01.2008)
Vorsitzender
(bis 31.12.2007)

Dr. Günter Baumann
Mitglied des Vorstands des DIHK Deutscher Industrie- und Handelskammertag
Vertreter der Industrie

Anton F. Börner
Präsident des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels e.V.
Vertreter des Handels

Dr. Uwe Brandl
Präsident des Bayerischen Gemeindetages
Vertreter der Gemeinden

Frank Bsirske
Vorsitzender der ver.di – Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft
Vertreter der Gewerkschaften

Prof. Dr. Ingolf Deubel
Minister der Finanzen des Landes Rheinland-Pfalz
Vom Bundesrat bestelltes Mitglied

Rüdiger Dorn
Rechtsanwalt und Notar
Kanzlei Dorn, Metzler, Jäger & Partner
Vertreter der Wohnungswirtschaft
(bis 31.12.2007)

Prof. Dr. Kurt Faltlhauser
Staatsminister a.D. im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen
Vom Bundesrat bestelltes Mitglied

Dr. Thomas R. Fischer
Ehemals Vorsitzender des Vorstands der WestLB
Vertreter der Realkreditinstitute
(bis 02.08.2007)

Sigmar Gabriel
Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Heinrich Haasis
Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes
Vertreter der Sparkassen

Peter Jacoby
Minister der Finanzen des Saarlandes
Vom Bundesrat bestelltes Mitglied

Dr. Siegfried Jaschinski
Vorsitzender des Vorstands Landesbank Baden-Württemberg
Vertreter der Realkreditinstitute
(seit 05.12.2007)

Bartholomäus Kalb
Mitglied des Deutschen Bundestages
Vom Bundestag bestelltes Mitglied

Roland Koch
Ministerpräsident des Landes Hessen
Vom Bundesrat bestelltes Mitglied

Jürgen Koppelin
Mitglied des Deutschen Bundestages
Vom Bundestag bestelltes Mitglied

Oskar Lafontaine
Mitglied des Deutschen Bundestages
Vom Bundestag bestelltes Mitglied

Waltraud Lehn
Mitglied des Deutschen Bundestages
Vom Bundestag bestelltes Mitglied
(seit 01.01.2008)

Dr. Helmut Linssen
Minister der Finanzen des Landes Nordrhein-Westfalen
Vom Bundesrat bestelltes Mitglied
(seit 01.01.2008)

Claus Matecki
Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands des Deutschen Gewerkschaftsbundes
Vertreter der Gewerkschaften

Dr. Michael Meister
Mitglied des Deutschen Bundestages
Vom Bundestag bestelltes Mitglied

Franz-Josef Möllenberg
Vorsitzender der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten
Vertreter der Gewerkschaften

Hartmut Möllring
Minister der Finanzen des Landes Niedersachsen
Vom Bundesrat bestelltes Mitglied

Klaus-Peter Müller
Präsident des Bundesverbandes deutscher Banken e.V.
Vertreter der Kreditbanken

Stefan Ortseifen
Ehemals Sprecher des Vorstands der IKB Deutsche Industriebank AG
Vertreter des Industriekredits
(bis 30.07.2007)

Matthias Platzeck
Ministerpräsident des Landes Brandenburg
Vom Bundesrat bestelltes Mitglied

Dr. Christopher Pleister
Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken e.V. (BVR)
Vertreter der genossenschaftlichen Kreditinstitute

Alexander Rychter
Bundesgeschäftsführer des Bundesverbandes Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen e.V.
Vertreter der Wohnungswirtschaft
(seit 01.01.2008)

Christine Scheel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Vom Bundestag bestelltes Mitglied

Hanns-Eberhard Schleyer
Generalsekretär des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks
Vertreter des Handwerks

Horst Seehofer
Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Michael Sommer
Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes
Vertreter der Gewerkschaften

Gerd Sonnleitner
Präsident des Deutschen Bauernverbandes e.V.
Vertreter der Landwirtschaft

Jörg-Otto Spiller
Mitglied des Deutschen Bundestages
Vom Bundestag bestelltes Mitglied
(bis 31.12.2007)

Dr. Frank-Walter Steinmeier
Bundesminister des Auswärtigen

Ludwig Stiegler
Mitglied des Deutschen Bundestages
Vom Bundestag bestelltes Mitglied

Erwin Teufel
Ministerpräsident a.D. des Landes Baden-Württemberg
Vom Bundesrat bestelltes Mitglied
(bis 31.12.2007)

Jürgen R. Thumann
Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e.V.
Vertreter der Industrie

Wolfgang Tiefensee
Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Heidemarie Wiecek-Zeul
Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Förderer mit vielen Seiten.

Die KfW Bankengruppe gibt weltweit Impulse für Wirtschaft, Gesellschaft und Ökologie. Als Banker arbeiten wir jeden Tag effizient. Als Förderer stehen wir für den Sinn und die Nachhaltigkeit unseres Tuns. Dabei fließt der Verdienst unserer Arbeit zurück in die Förderung und die langfristige Sicherung unseres Förderpotenzials. Als einflussreiche Bank fördern wir nicht nur Innovationen, sondern entwickeln selbst verstärkt neue Finanzierungsinstrumente für unsere Kunden und Partner. Unsere Kompetenz und Erfahrung bündeln wir in fünf starken Marken. Den größten Teil unserer Fördermittel refinanzieren wir am Kapitalmarkt und der Verdienst unserer Anstrengungen fließt zu 100% zurück in die Förderung und langfristige Sicherung unserer Ziele.

KfW Bankengruppe.



Vorstand der KfW Bankengruppe:

Dr. Günther Bräunig (seit 1. August 2007 ruhendes Mandat), Ingrid Matthäus-Maier (Sprecherin bis 7. April 2008), Wolfgang Kroh (Sprecher seit 7. April 2008), Detlef Leinberger, Dr. Peter Fleischer, Dr. Norbert Kloppenburg



DER KfW-VORSTAND IM GESPRÄCH.

2007 war für die KfW ein ereignisreiches Jahr. Wie beurteilen Sie die Entwicklung der vergangenen Monate und das erzielte Ergebnis?

Matthäus-Maier: In der Tat war das Jahr 2007 für die KfW in mehrfacher Hinsicht außergewöhnlich. Zum einen haben wir 2007 das beste Förderergebnis seit Bestehen der KfW erarbeitet. Zum anderen haben wir eine Reihe großer und anspruchsvoller Projekte bewältigt. Hierzu zählen vor allem die Ausgründung der KfW IPEX-Bank in die rechtliche Selbstständigkeit und die Übertragung des ERP-Sondervermögens auf die KfW bei gleichzeitiger Abführung von 2 Mrd. EUR in den Bundeshaushalt. Das überlagernde Thema waren aber die gemeinsam mit dem Bund und Kreditverbänden durchgeführten Abschirmungsmaßnahmen für die in existenzielle Not geratene IKB. Also in der Tat ein bemerkenswertes Jahr.



Welche Schwerpunkte haben Sie im Förderbereich gesetzt und wie haben diese zum Förderergebnis beigetragen?

Dr. Fleischer: Wir haben frühzeitig die zukunftsweisenden Themen wie z.B. Klimaschutz erkannt und zusammen mit Politik und Verbänden die notwendigen Förderprogramme entwickelt. Ein weiterer Schwerpunkt war der kleine Mittelstand. Unsere Studien haben immer wieder gezeigt, dass gerade kleine, meist inhabergeführte Unternehmen nach wie vor mit schwierigen Rahmenbedingungen zu kämpfen haben, wenn

sie Investitionsvorhaben finanzieren möchten. Das ausgezeichnete Förderergebnis zeigt uns, dass wir die richtige Strategie gewählt haben. Wir wollen unsere Aktivitäten auf diesen Gebieten auch im neuen Jahr fortsetzen.

Mit welchen Förderergebnissen rechnen Sie im kommenden Jahr?

Kroh: Unser Fördergeschäft im Jahr 2007 war hervorragend. Das hohe Fördervolumen des vergangenen Jahres spiegelt aber nicht nur unser attraktives Angebot wider, sondern auch den konjunkturellen Aufschwung der deutschen und europäischen Wirtschaft. Im Jahr 2008 wird allgemein mit einer leicht abgeschwächten Konjunktur und einem geringeren Wachstum der Unternehmensinvestitionen gerechnet.

Die KfW trägt zusammen mit dem Bund und Verbänden der Kreditwirtschaft die Abschirmungsmaßnahmen für die IKB. Welche Auswirkungen hätte eine unerwartete Insolvenz der IKB auf die KfW und die Finanzmärkte gehabt?

Matthäus-Maier: Eine plötzliche Insolvenz der IKB hätte gravierende Folgen für den Finanzstandort Deutschland insgesamt gehabt. Immerhin war die IKB zu diesem Zeitpunkt mit einem Rating von AA- eine der am besten gerateten Banken Deutschlands. Diese wäre über Nacht in ein Schuldenmoratorium geraten. Der Vertrauensverlust für das deutsche Bankgewerbe wäre enorm gewesen. Zudem weist die IKB neben den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden, die durch den Einlagensicherungsfonds der privaten Banken gesichert sind, Verbindlichkeiten anderer Banken und Institutionen aus. Schließlich wäre bei einem so plötzlichen Zusammenbrechen der IKB das Bankwesen in Deutschland und somit auch die KfW durch verschlechterte Refinanzie-

rungsbedingungen und verschlechterte Risikovorsorge in Mitleidenschaft gezogen worden, mit unabsehbaren gesamtwirtschaftlichen Folgen.

Muss sich die KfW ein Fehlverhalten im Zusammenhang mit dem Auftreten der IKB-Krise vorwerfen lassen?

Matthäus-Maier: Nein, ein solcher Vorwurf trifft nicht zu. Weder der Geschäftsbericht noch die Testate der Abschlussprüfer der IKB ließen den Schluss auf besondere Risiken für die IKB zu. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC bestätigte Mitte Oktober 2007 in einer Sonderuntersuchung, dass vor dem 27. Juli, also dem Tag, an dem der Aufsichtsrat vom Vorstand über die aufkommende Krise informiert wurde, dem Aufsichtsrat keine Hinweise darauf vorlagen, dass aus dem Subprime-Engagement der IKB existenzbedrohende Folgen erwachsen könnten. Es gab damals keinen Anlass, an den Berichten zu zweifeln, zumal der Aufsichtsrat und der Finanz- und Prüfungsausschuss in den vergangenen Jahren mit anerkannten Fachleuten besetzt waren. Und noch am 20. Juli 2007 hat der damalige Vorstandsvorsitzende der IKB in einer Presseerklärung mitgeteilt, dass aus Unsicherheiten im US-Hypothekenmarkt „praktisch keine Auswirkungen“ zu erwarten seien.

Warum besitzt die KfW überhaupt Anteile an der IKB?

Kroh: Die KfW hat sich erstmals im Jahr 1985 auf Bitten des Bundes in Höhe von rd. 1 % an der IKB beteiligt, als im Rahmen einer Kapitalerhöhung die Stiftung Industrieforschung ihre Bezugsrechte nicht ausüben konnte. Im Jahr 2001 boten Allianz und Münchener Rück ihr Paket an IKB-Aktien in Höhe von 33,2 % zum Kauf an. Nachdem sich kein anderes deutsches Kreditinstitut dafür interessierte und der IKB durch den möglichen Einstieg eines internatio-



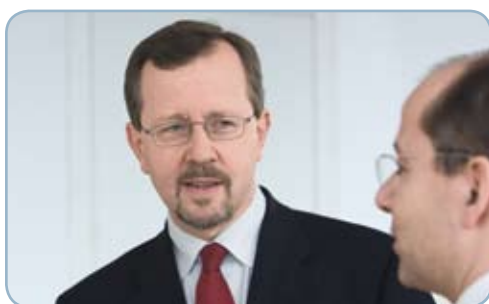
nen Investors eine Zerschlagung drohte, bat der Vorstand der IKB eindringlich, dieses Paket zu übernehmen. Die KfW ist dieser Bitte gefolgt, um die IKB als wichtigen Mittelstandsfinanzierer auch längerfristig zu erhalten. Der sukzessive Erwerb der Anteile seit 1985 ist stets vom Verwaltungsrat einstimmig beschlossen worden.

Was kann man aus der Subprime-Krise lernen, die ja Banken weltweit in Mitleidenschaft gezogen hat?

Matthäus-Maier: Wir setzen uns schon seit langem für mehr Transparenz bei komplexen Finanzprodukten ein. Das bedeutet beispielsweise, dass Finanzvehikel wie das Conduit Rhineland auf die Bilanz gehören oder dort risikomäßig richtig abgebildet sind. Genauso wichtig ist aber auch die Reduktion der Komplexität solcher Transaktionen, die, wie erlebt, zu einem unübersehbaren Risiko werden kann. Des Weiteren muss der Originator einer Verbriefung Verantwortung für seine Transaktion übernehmen und möglichst über das First Loss am Risiko beteiligt bleiben. Auch muss sich jeder Vorstand einer Bank vergewissern, dass die Risiken in einem angemessenen Verhältnis zum Eigenkapital der Bank stehen. Nicht zuletzt müssen sich Wirtschaftsprüfer und Ratingagenturen fragen lassen, was sie in Zukunft ändern, wenn sie glaubwürdig bleiben wollen.

Welche Konsequenzen zieht der KfW-Vorstand aus den Erfahrungen bei der IKB-Krise für das eigene Risikomanagement?

Dr. Fleischer: Für die KfW ist ein systematisches Risikomanagement Voraussetzung, um ihre Risikotragfähigkeit langfristig zu sichern und ihre Förderziele nachhaltig zu verfolgen. In die-



sem Verständnis misst der Konzern der Qualität der Risikomanagementprozesse und -methoden eine große Bedeutung bei und hat sein Instrumentarium in den letzten Jahren deutlich ausgebaut. So entspricht der Steuerungsansatz der KfW nicht nur in vollem Umfang den aufsichtsrechtlichen Vorgaben, sondern basiert auch auf anspruchsvollen Modellen der Bankenpraxis. Dies haben uns Bundesrechnungshof und Wirtschaftsprüfer bestätigt. Ein weiteres „Gütesiegel“ ist die Zulassung der KfW IPEX-Bank als IRB-advanced Bank, wobei auch für die Risiko-steuerung auf Konzernebene die Anforderungen der Basel-II-Richtlinien maßgeblich sind. Damit sind die Anstrengungen nicht abgeschlossen: Die KfW wird ihr Instrumentarium zur Risikomessung und -steuerung weiterentwickeln, zumal mit der Einführung innovativer Produkte und den beobachteten Veränderungen an den Finanz- und Kapitalmärkten auch neue Anforderungen an die Bewertungs- und Steuerungsverfahren verbunden sind.

Aus der Risikoabschirmung der IKB erwachsen der KfW hohe Belastungen. Welche sind das genau?

Matthäus-Maier: Die KfW hat zur Abschirmung der IKB und somit zur Stabilisierung des Finanzmarktes Deutschland außergewöhnliche Belastungen auf sich genommen. Die Gesamtbelastungen aus der IKB-Krise für die KfW belaufen sich auf 7,2 Mrd. EUR, davon 6,8 Mrd. aus den verschiedenen Instrumenten der Risikoabschirmung und 0,4 Mrd. EUR Abschreibungen auf den Anteil der KfW an der IKB.

Welche Auswirkungen haben die Belastungen auf das Ergebnis der KfW?

Leinberger: Im Einzelabschluss der KfW, der gemäß HGB erstellt wird, weist die Bank einen Jahresfehlbetrag von 1,4 Mrd. EUR aus. Die IKB-Risikoabschirmung wurde dabei zum großen Teil durch die Entnahme aus dem in den Vorjahren gebildeten Fonds für allgemeine Bankrisiken in Höhe von 5,3 Mrd. EUR getragen. Dieser Fonds dient der Bank als Risikovorsorge für besondere Situationen.

Den Konzernabschluss erstellt die KfW erstmals nach den kapitalmarktorientierten Rechnungslegungsvorschriften IFRS. Wie wirkt sich dies aus?

Leinberger: Im Unterschied zu einer Bilanzierung nach HGB, nach der die Belastung aus dem IKB-Risikoschirm mit einer entsprechenden ergebniswirksamen Auflösung des Fonds für allgemeine Bankrisiken größtenteils reduziert wird, lässt dies IFRS nicht zu. Die Risikovorsorge für die IKB wirkt vollständig ergebnisbelastend. Demzufolge weist der Konzern unter IFRS einen Verlust in Höhe von rd. 6,2 Mrd. EUR aus. Der Ausgleich wird dann zu einem großen Teil über den Fonds für allgemeine Bankrisiken im Eigenkapital herbeigeführt.

Und was bedeutet dieses Ergebnis für die Bank?

Matthäus-Maier: Wichtig ist zu sehen, dass die operativen Ergebnisbestandteile wie Zins- und Provisionsüberschüsse trotz erhöhter Förderleistungen stabil geblieben sind. Erfreulich ist insbesondere die gute Risikolage im Kerngeschäft der KfW. Der Risikovorsorgebedarf liegt hier nach wie vor auf niedrigem Niveau. Die KfW ist operativ stark und förderstrategisch gut aufgestellt.

Wie ist die KfW jetzt nach der Auflösung des Fonds für allgemeine Bankrisiken gegen Risiken gewappnet?

Dr. Fleischer: Der Rückgriff auf den Fonds wurde ausgelöst durch ein außerordentliches Ereignis, das nicht im Zusammenhang mit der originären Geschäftstätigkeit der KfW stand. Der Risikovorsorgebedarf des Konzerns ohne Berücksichtigung der IKB-Abschirmung liegt nach wie vor auf niedrigem Niveau. Die Wertberichtigungen im Förderkreditgeschäft wie auch im Geschäftsfeld der Export- und Projektfinanzierung sind nach wie vor gering. Die KfW wird ihre umsichtige Geschäftspolitik fortführen.

Wie steht es künftig um die Förderfähigkeit der KfW im Einzelnen?

Kroh: Wir werden auch in Zukunft trotz der immensen Belastungen des vergangenen Jahres unseren Förderauftrag engagiert wahrnehmen. Die Förderleistung des ERP-Sondervermögens ist sichergestellt. Was die von uns selbst verbilligten Programme angeht, so gilt es, den bereits eingeschlagenen Weg der Effizienzsteigerung in der Durchführung und Ausgestaltung dieser Programme fortzusetzen – u. a. in Form von kapitalmarktnaher Förderung. Und schließlich steht nicht nur die quantitative, sondern vor allem auch die qualitative Ausgestaltung unserer Förderprogramme im Vordergrund.

Welche Pläne haben Sie für das Jahr 2008?

Dr. Fleischer: Ziel ist es, weiterhin dem kleinen Mittelstand eine besondere Förderung zukommen zu lassen. Unsere schon im letzten Jahr eingeleiteten Maßnahmen wollen wir in diesem Jahr engagiert weiterführen und um drei Punkte ergänzen: Das neue KfW-StartGeld vereint die bisherigen Programme KfW-Mikro-Darlehen und KfW-StartGeld. In den verschiedenen Programmen der Mittelstandsbank wollen wir Förderfenster speziell für kleine Unternehmen einführen. Und drittens wollen wir kleinen Unternehmen den Zugang zu Mezzaninekapital erleichtern. Da Finanzierung auch für Unternehmensgründer bekanntlich nicht alles ist, wollen wir unser Beratungsprogramm „Gründercoaching Deutschland“ vorantreiben.

Leinberger: Neben unseren Mittelstandsprogrammen werden wir in Zusammenarbeit mit dem Bund unser Engagement im weltweiten Klima- und Umweltschutz weiter fortführen. Genannt seien an dieser Stelle die Initiative zum „Energieeffizienten Bauen und Sanieren“, das neue ERP-Energieeffizienzprogramm zur Hebung



der beträchtlichen Energieeinsparpotenziale im Mittelstand durch gezielte Beratung sowie günstige Finanzierungsangebote, ferner Maßnahmen, um das geothermische Fündigkeitsrisiko abzufedern, und der Start einer weiteren umfassenden Initiative für Klima- und Umwelt-

schutz in Schwellenländern. Wir wollen in den nächsten vier Jahren Investitionen in diesen Ländern fördern, die besonders schnelle Wirkungen zeigen.

Sie haben unlängst das Ziel formuliert, kleineren Kreditinstituten das Instrument der Verbriefung zur Verfügung zu stellen. Wie und wann soll dies umgesetzt werden?

Leinberger: In der Tat wollen wir als Förderbank gerade auch kleineren Kreditinstituten mit unserem Sachverstand und unseren standardisierten Verbriefungsplattformen zur Verfügung stehen. Verbriefung bleibt ein wichtiges Instrument zur gezielten Risikoverteilung und Eigenkapitalentlastung. Es schafft bei den Kreditinstituten Raum zur Kreditvergabe. Allerdings muss für die Durchführung von erfolgreichen Transaktionen auch ein funktionierender Markt bestehen.

Stichwort ERP-Sondervermögen: Warum wurde dieses auf die KfW verschmolzen? Was sind die Vorteile dieses Schritts?

Matthäus-Maier: Durch die Übertragung des ERP-Sondervermögens auf die KfW konnten dem Bundeshaushalt 2 Mrd. EUR zugänglich gemacht werden. Die Neuordnung des ERP-SV war aber auch organisatorisch sinnvoll, denn sie führt zu einer unmittelbaren organisatorischen Vereinfachung, indem die Durchleitungskette verkürzt wird – die KfW reicht die ERP-Kredite ja schon bisher über die Zentralinstitute und die

örtlichen Banken und Sparkassen an die Endkreditnehmer durch. Für den Endkreditnehmer, den Mittelstand, ändert sich nichts. Und ganz wichtig: Es ändert sich auch nichts am Primat der Politik. Der Wirtschaftsplan für die ERP-Förderung wird nach wie vor vom Bundestag per Gesetz verabschiedet.

Die Entwicklungsbank hat erneut höhere Zusagezahlen. Welche Rolle spielen vor diesem Hintergrund innovative Finanzierungsinstrumente?

Kroh: Die KfW Entwicklungsbank hat ihr Engagement in den Partnerländern mit eigenen Mitteln ausgebaut, um der hohen Nachfrage nach Geldern zur Unterstützung ihrer Entwicklungsbemühungen gerecht zu werden. Dazu mischen wir die vom Bund bereitgestellten Haushaltsmittel auf unterschiedliche Weise mit KfW-Mitteln. Mit dem Einsatz dieser Mittel in leistungsfähigeren Partnerländern unterstützen wir das BMZ dabei, Handlungsspielräume zu schaffen, um knappe Haushaltsmittel noch stärker in den ärmeren Ländern – vor allem in Afrika – einzusetzen. Deshalb stellt das BMZ seit 2007 mehr Mittel speziell für Zinsverbilligungen KfW-eigener Kredite bereit. 2007 waren es rd. 89 Mio. EUR. Für das Jahr 2008 ist dafür im Bundeshaushalt eine Steigerung auf 200 Mio. EUR vorgesehen.

Wie steht es um die Neuordnung der in der Entwicklungszusammenarbeit aktiven Institutionen?

Kroh: Die notwendigen Entscheidungen in der Diskussion um die Neuordnung der Entwicklungszusammenarbeit werden in Berlin getroffen. Veränderungen im Sinne der Effizienz unserer täglichen Arbeit in den Entwicklungs- und Transformationsländern würden wir allerdings sehr begrüßen.



Seit dem 1. Januar 2008 ist die KfW IPEX-Bank als rechtlich eigenständige Bank am Markt aktiv. Was bedeutet dies für die KfW Bankengruppe?

Dr. Kloppenburg: Die Ausgründung der KfW IPEX-Bank war ein außerordentlich komplexes und anspruchsvolles Projekt. Wir haben damit nicht nur die Vereinbarung mit der Europäischen Kommission im Rahmen der so genannten EU-Verständigung II reibungslos und pünktlich umgesetzt, sondern auch einen leistungsfähigen Partner für unsere Kunden in der internationalen Projekt- und Exportfinanzierung etabliert.



Welche Ziele verfolgen Sie mit der neuen Bank und welche Erwartungen verknüpfen Sie damit?

Dr. Kloppenburg: Wir wollen die Rolle der KfW IPEX-Bank als eine führende Adresse in Europa in der internationalen Projekt- und Exportfinanzierung festigen und ausbauen. Dafür sprechen unsere erfolgreiche Geschäftsstrategie sowie das Know-how und die langjährige Erfahrung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die KfW IPEX-Bank startet unter besten Voraussetzungen: Ihre Risikomanagement- und Steuerungssysteme entsprechen modernsten Anforderungen. Die Ratingagenturen Standard & Poor's und Moody's haben ihr ein Rating von AA minus zugesprochen und damit das Geschäftsmodell nachdrücklich bestätigt.

Welche Rolle spielt die KfW IPEX-Bank innerhalb der KfW Bankengruppe?

Dr. Kloppenburg: Die KfW IPEX-Bank ist integraler Bestandteil der KfW Bankengruppe und wird auch künftig eng in die Gesamtstrategie des Konzerns eingebunden sein. Mit ihren im kommerziellen Geschäft erwirtschafteten und zukünftig versteuerten Gewinnen trägt sie maßgeblich zu den Förderaktivitäten der KfW beispielsweise im Mittelstand oder beim Klimaschutz bei und ist ein wesentlicher Stützpfeiler der KfW Bankengruppe. Sie ist darüber hinaus ein wichtiger Know-how-Geber für die Gruppe, indem sie als im Wettbewerb stehendes Kreditinstitut wertvolle Impulse für die Weiterentwicklung unserer Produkte und Prozesse liefert.

Wie passt die KfW IPEX-Bank zum öffentlichen Auftrag der KfW?

Kroh: Die KfW IPEX-Bank ist zwar keine Förderbank, bleibt aber dennoch dem öffentlichen Förderauftrag der KfW verpflichtet. Die KfW IPEX-Bank ist für die stark vom Export abhängige deutsche Wirtschaft ein sehr wichtiger und vor allem auch verlässlicher Partner mit langfristigen Finanzierungen und vervollständigt mit ihren Produkten das Angebot der KfW an die deutsche Wirtschaft.

Wie wird sich die Mittelaufnahme der KfW im Jahr 2008 entwickeln?

Kroh: Bereits 2007 haben wir 64,6 Mrd. EUR aufgenommen. Dies ist wegen der ausgesprochen guten Nachfrage nach unseren Förderkrediten mehr als in den vergangenen Jahren. Für 2008 gehen wir von einem Refinanzierungsvolumen von rd. 70 Mrd. EUR aus, da wir inzwischen nun u. a. auch die Förderkredite aus dem ERP-SV refinanzieren.

Wozu emittiert die KfW so viele Fremdwährungsanleihen?

Kroh: Bei einem solch hohen Refinanzierungsvolumen ist man gut beraten, möglichst viele Investoren anzusprechen. Im letzten Jahr haben wir mit über 550 Transaktionen auf den internationalen Kapitalmärkten Anleihen in 25 verschiedenen Währungen emittiert. Mit der inzwischen beachtlichen Währungsvielfalt erreichen wir viele neue Investoren überall in der Welt, wobei ich betone, dass wir keine Währungsrisiken auf unseren Büchern halten. Die KfW erschließt sich als innovative Emittentin aufstrebende Märkte zur Refinanzierung, was ihr auch langfristig zugutekommen wird.

Wie hat sich die Zahl der Mitarbeiter im Jahr 2007 entwickelt?

Matthäus-Maier: Im Jahr 2007 waren konzernweit rd. 4.200 Menschen für die KfW Banken-

gruppe tätig – in Frankfurt, Bonn und Berlin ebenso wie an unseren weltweiten Standorten. Der Anteil der Frauen in der KfW bewegt sich auf hohem Niveau. Erfreulich ist zudem, dass der Anteil der Frauen in Führungsfunktionen zunehmend steigt. Dass die KfW die außerordentlichen Herausforderungen des Jahres 2007 so gut bewältigen konnte, haben wir in erster Linie dem Engagement, der Motivation und Einsatzbereitschaft unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu verdanken. Ihnen möchte ich im Namen des gesamten Vorstands meinen Dank für ihre exzellenten Leistungen aussprechen.

KfW IPEX-BANK GMBH STARTET IN DIE RECHTLICHE SELBSTSTÄNDIGKEIT.

Zum 1. Januar 2008 ist die KfW IPEX-Bank GmbH in die rechtliche Selbstständigkeit gestartet. Damit wurde die Vereinbarung mit der EU-Kommission zur Neuordnung der Förderbankenlandschaft aus dem Jahr 2002 erfüllt. Als zentrale 100%-Beteiligung bleibt die KfW IPEX-Bank dabei eng in die Gesamtstrategie der KfW eingebunden. Die KfW IPEX-Bank ist für die stark vom Export abhängige deutsche Wirtschaft ein sehr wichtiger und vor allem auch ein verlässlicher Partner. Sie vervollständigt das Angebot der KfW an die deutsche Wirtschaft. Die KfW IPEX-Bank GmbH wurde mit Kernkapital von gut 2,3 Mrd. EUR und Ergänzungskapital von rd. 1,2 Mrd. EUR ausgestattet.



JÄHRLICH ÜBER 1 MIO. TONNEN CO₂ EINGESPART – 220.000 ARBEITSPLÄTZE GESICHERT.

Die KfW Förderbank und das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) haben ihre Fördermaßnahmen auf Wirksamkeit überprüft. Das Ergebnis: Allein die im Jahr 2006 finanzierten Investitionen bewirken eine Reduzierung des CO₂-Ausstoßes von jährlich über 1 Mio. Tonnen. Als weiteres Ergebnis belegt die Studie, dass mehr als 220.000 Arbeitsplätze im Jahr 2006 aufgrund der geförderten Investitionen in Deutschland gesichert wurden. In den Förderprogrammen wurden im Jahr 2006 rd. 130.000 Darlehen in einer Gesamthöhe von nahezu 7 Mrd. EUR vergeben. Damit wurde ein Investitionsvolumen von rd. 12 Mrd. EUR angestoßen.



KfW BEGIBT IHRE ERSTE THAI BAHT-ANLEIHE AUF DEM LOKALEN THAILÄNDISCHEN KAPITALMARKT.

Die KfW hat erstmals eine Anleihe für den lokalen thailändischen Kapitalmarkt begeben. Die Anleihe über 3 Mrd. THB hat eine Laufzeit von drei Jahren. Der Kupon wurde mit 3,87% p. a. festgelegt und ist halbjährlich zahlbar. Die Anleihe richtet sich an thailändische institutionelle Investoren und Banken. Sie konnte am Begebungstag vollständig bei dieser Investorengruppe platziert werden. Die KfW ist der erste nicht asiatische internationale Emittent in diesem Markt. Der Bond wurde von den thailändischen Investoren sehr gut aufgenommen.



UNTERNEHMENSFINANZIERUNG IM AUFWIND – MITTELSTAND IM FOKUS DER KfW-STUDIEN.

Der Kreditzugang für mittelständische Unternehmen in Deutschland hat sich 2007 weiter verbessert, so das zentrale Ergebnis der repräsentativen Unternehmensbefragung, die die KfW Bankengruppe erneut in Zusammenarbeit mit 26 Fach- und Regionalverbänden der Wirtschaft durchgeführt hat. Dennoch klagen gerade kleine Unternehmen weiterhin überdurchschnittlich häufig über Verschlechterungen bei der Unternehmensfinanzierung. Kleine und mittlere Unternehmen in Deutschland standen auch im Jahr 2007 im Mittelpunkt der Analysen der volkswirtschaftlichen Abteilung der KfW: Mit regelmäßigen Veröffentlichungen, etwa zum Finanzierungsbedarf, zum Innovationsverhalten, zur konjunkturellen Situation von KMU oder zum Gründungsgeschehen, stellt die KfW ihre Mittelstandsexpertise unter Beweis.

KFW ERHÄLT AUSZEICHNUNG FÜR FAMILIENFREUNDLICHE PERSONALPOLITIK.

Die KfW Bankengruppe ist für ihre familienfreundliche Personalpolitik ausgezeichnet worden. Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen überreichte in Berlin das Zertifikat zum „audit berufundfamilie®“ an KfW-Vorstandsmitglied Detlef Leinberger. Die KfW unterhält Kinderbetreuungseinrichtungen, fördert individuelle Teilzeitleösungen, Teleheimarbeit, flexible Arbeitszeitgestaltung, Beratung durch Familienservice sowie Führungstandems auf der untersten Führungsebene. Das „audit berufundfamilie®“ ist ein strategisches Managementinstrument, das Arbeitgeber darin unterstützt, Unternehmensziele und Mitarbeiterinteressen in eine tragfähige, wirtschaftlich attraktive Balance zu bringen.



KFW-UMTAUSCHANLEIHE IN DEUTSCHE-POST-AKTIE GEWANDELT.

Die KfW-Umtauschanleihe auf Aktien der Deutschen Post AG ist nahezu vollständig gewandelt worden. Die Anleihe über 1,15 Mrd. EUR war bis zum 8. Januar 2007 emittiert worden. Damit wurden rd. 55,8 Mio. Aktien aus Beständen der KfW endgültig am Markt platziert. Der Wandlungspreis der Aktie betrug 20,54 EUR. Dies entsprach einer Prämie von 30% im Vergleich zum Kurs der Aktie zum Zeitpunkt der Anleiheemission 2003. Damit verringert sich der Bestand der KfW-eigenen Aktien der Deutschen Post AG um 4,64% bzw. von ca. 424 Mio. Aktien auf aktuell ca. 368,3 Mio. Stück. Dies entspricht einem Anteil von 30,6% am Grundkapital der Deutschen Post AG.



KFW BANKENGRUPPE UND VNESHECONOMBANK VERTIEFEN KOOPERATION.

Die KfW Bankengruppe und die russische Vnesheconombank haben im Oktober 2007 eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Marktes für Emissionsgutschriften vereinbart. Die Kooperation betrifft insbesondere die Identifikation und Entwicklung von emissionsmindernden Projekten nach dem Kyoto-Protokoll („Joint Implementation“) in der Russischen Föderation. Mit dieser neuen Vereinbarung knüpfen KfW und Vnesheconombank an die seit 2003 bestehende Kooperation an, in deren Mittelpunkt bisher die Bereiche Investitionsfinanzierung mit Fokus auf kleine und mittlere Unternehmen sowie Projekt- und Exportfinanzierung standen. Die KfW hat die Gründung der neuen russischen Förderbank insbesondere im Bezug auf institutionelle und organisatorische Fragen beratend begleitet.



GRUNDSTEINLEGUNG FÜR NEUES ENERGIEEFFIZIENTES KFW-GEBÄUDE.

Die Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth und Ingrid Matthäus-Maier haben am 7. Mai den Grundstein für das neue KfW-Bürogebäude „Westarkade“ an der Zeppelinallee in Frankfurt gelegt. Es soll ab 2009 Raum für 700 Arbeitsplätze bieten. Eine Doppelfassade mit geregelter Luftzufuhr trägt dazu bei, dass das Haus höchsten Ansprüchen der Energieeffizienz genügt. Durch den Einsatz von Erdwärme (Geothermie) wird der Primärenergiebedarf des Gebäudes auf 100 Kilowattstunden pro Jahr reduziert. Das Gebäude auf dem Gelände der ehemaligen Deutschen Bibliothek wird nach einem Entwurf des Berliner Architekten Prof. Sauerbruch (sauerbruch hutton) errichtet.

Der Name ist Programm.

Die KfW Mittelstandsbank bündelt alle Angebote der KfW für Gründer, kleine und mittlere Unternehmen und fördert dadurch gewerbliche Investitionen über den gesamten Lebenszyklus eines Unternehmens. Die Finanzierungsprodukte der Mittelstandsbank sind in die drei Säulen Kredit-, Mezzanin- und Beteiligungsförderung strukturiert. Ergänzend zur Investitionsfinanzierung bietet die KfW Mittelstandsbank entsprechende Information und Beratung an. Bei der Förderung von Investitionen deutscher Unternehmen im In- und Ausland nimmt die KfW Mittelstandsbank die Rolle einer Bank hinter Kreditinstituten und anderen Finanzintermediären ein, mit denen sie partnerschaftlich zusammenarbeitet. Die KfW Mittelstandsbank entwickelt ihre Förderinstrumente ständig weiter und passt sie den Veränderungen des Marktes an.

Ein Unternehmer, bei dem Umweltschutz nicht nur auf dem Papier steht.



Papier ist bekanntlich geduldig. Herr Dieter Schenkelberg von der Druckerei Schenkelberg Stiftung & Co. KGaA sah das offensichtlich anders und investierte kräftig in die Modernisierung. Eine funkelneue Druckmaschine ragt nun in der blitzsauberen Produktionshalle drei Etagen hoch bis unter das Dach. Die mehrere Millionen Euro teure Offset-Rotationsmaschine kann zwei Zeitungen gleichzeitig drucken. Durch die gestiegene Qualität sieht sich der Unternehmer nun auch in der Lage, neue Kundenkreise zu erschließen. Weniger offensichtlich als beim Druckergebnis überzeugt die neue Anlage vor allem durch ihre inneren Werte: 20% weniger Stromverbrauch, 15% weniger Wasser und aufgrund der automatischen Farb-



nachfüllung durch integrierte Tanks ein deutlich geringerer Reinigungsaufwand. Zudem reduziert sich der Papierverbrauch in der Anlaufphase beim Zeitungsdruck auf etwa die Hälfte. Unter dem Strich bilden sowohl die höhere Wirtschaftlichkeit als auch Umweltschutzaspekte die entscheidenden Argumente für die Neuinvestition. Die KfW Mittelstandsbank finanzierte das Projekt mit über 9 Mio. EUR über das ERP-Umwelt- und Energiesparprogramm sowie über das KfW-Umweltprogramm. Mit diesen Förderprogrammen ermutigt die KfW mittelständische Unternehmer, stärker in den Umweltschutz zu investieren. Die Druckerei Schenkelberg konnte damit ein hervorragendes Ergebnis zu Papier bringen.

Ein Existenzgründer, der mit einer guten Idee aufsteigt.



Der Schritt in die Selbstständigkeit bietet beste Chancen für den beruflichen Aufstieg. Markus Berg kletterte damit auf eine Karriereleiter der besonderen Art. Denn der diplomierte Sportwissenschaftler verwirklichte in Nettersheim seinen eigenen Hochseilgarten. Die Idee kam ihm, als er sich mit einem ehemaligen Kommilitonen über den Klettersport unterhielt. Mit dem heutigen Bürgermeister hatte er das Projekt geplant und schließlich in die Tat umgesetzt. Die KfW Mittelstandsbank unterstützte den jungen Unternehmer mit finanziellen Mitteln des StartGeld-Programms. StartGeld gibt es bis zu einem Bedarf von 50.000 EUR. Damit können Gründer Investitionen bis 100 % der Gesamtkosten finanzieren.



Inzwischen besteht der Park aus neun verschiedenen Stationen. Zur Klientel zählen natürlich viele Ausflügler und Schulklassen, aber auch die ersten Manager haben sich im Rahmen eines Teamtrainings schon mal auf die Höhen und Tiefen als Führungskraft vorbereitet. Markus Berg zeigt sich zufrieden mit der Geschäftsentwicklung. Das freut nicht nur seine fünfköpfige Familie, sondern auch die Gemeinde Nettersheim. Schließlich trägt der Hochseilgarten auch zur Attraktivität des Eifelortes als Ausflugsziel bei. Und damit klettern z. B. auch im Gastgewerbe die Umsatzzahlen.

INITIATIVE „KLEINER MITTELSTAND“: VERBESSERTE KONDITIONEN FÜR KLEINERE UNTERNEHMEN UND GRÜNDUNGEN.

Die KfW Mittelstandsbank hat zu Beginn des Jahres 2007 in ihren Programmen „StartGeld“ und „Mikro-Darlehen“ die Zinsen um ca. ein Drittel gesenkt, um kleinen Unternehmen und Gründungen die Finanzierung zu erleichtern. Zum 1. Januar 2008 wurden die beiden Programme im neuen „KfW-StartGeld“ zusammengefasst. Die KfW Mittelstandsbank bietet den durchleitenden Instituten dabei weiterhin eine 80-prozentige Haftungsfreistellung an.



NEUE RISIKOPARTNERSCHAFT ZWISCHEN KfW UND HAUSBANKEN IM UNTERNEHMERKREDIT.

Seit Juli 2007 bietet die KfW auch im Unternehmerkredit eine 50-prozentige Haftungsfreistellung an, um durch eine Risikopartnerschaft zwischen der KfW und den Hausbanken die Kreditgewährung zugunsten von Mittelständlern zu erleichtern. Für die Mittelständler entstehen durch die Beantragung der Haftungsfreistellung keine zusätzlichen Kosten, denn Hausbank und KfW teilen sich dabei die im Zinssatz enthaltene Risikomarge. Die 50-prozentige Haftungsfreistellung im Unternehmerkredit bietet die KfW zur Begleitung von Investitionsvorhaben von Mittelständlern und Freiberuflern an, die mindestens seit zwei Jahren am Markt tätig sind.



NEUES BERATUNGSANGEBOT FÜR MITTELSTÄNDLER IM INTERNET.

Kreditinstitute haben mit Basel II komplexe Ratingverfahren zur besseren Risikoeinschätzung eingeführt. Viele Unternehmen sind sich der Konsequenzen solcher Ratingverfahren nicht bewusst. Der Rating-Berater soll über die Bedeutung des Ratings bei der Kreditentscheidung der Banken aufklären. Außerdem werden Wege aufgezeigt, wie Unternehmen ihr Rating verbessern können. Das neue Informationsangebot ist im Internet auf www.kfw-mittelstandsbank.de zu finden.



GRÜNDERCOACHING DEUTSCHLAND GESTARTET.

„Gründercoaching Deutschland“ ist ein neues Förderprogramm des Bundes und der KfW Mittelstandsbank. Junge Unternehmer können für den Einsatz eines Unternehmensberaters einen Zuschuss von bis zu 4.500 EUR erhalten. Während die Länder ihre Förderangebote auf die Vorgründungsphase fokussieren, konzentriert sich der Bund mit dem Gründercoaching auf die ersten fünf Jahre nach der Gründung. Damit besteht erstmals ein einheitliches abgestimmtes Förderangebot zwischen Bund und Ländern.



DEUTSCHES EIGENKAPITALFORUM IN DÜSSELDORF.

Die KfW Mittelstandsbank und die Deutsche Börse AG veranstalteten am 19. April 2007 in Düsseldorf zum wiederholten Mal das Deutsche Eigenkapitalforum. Die Teilnehmer trafen auf 150 Investoren aus der Venture-Capital- und Private-Equity-Branche. Sie bekamen Gelegenheit, ihr Unternehmen zu präsentieren und Kontakte zu knüpfen. Seit Bestehen haben mehr als 1.500 Unternehmen das Forum genutzt. Jedes zweite Unternehmen hat einen Beteiligungs- oder Kooperationspartner gefunden.

KFW MITTELSTANDBANK.

Im Jahr 2007 erzielte die KfW Mittelstandsbank insgesamt ein Fördervolumen von 23,2 Mrd. EUR. Damit konnte das bereits sehr hohe Gesamtfördervolumen des Vorjahres noch übertroffen werden. Darin enthalten sind die Verbriefungstransaktionen, die mit 10,0 Mrd. EUR etwas höher ausgefallen sind als im Jahr 2006. Dafür sind die

gesamten Förderkredite, bestehend aus Kredit-, Mezzanine- und Beteiligungsfinanzierung inklusive des ABS-Mittelstandsportfolios, mit 13,2 Mrd. EUR leicht hinter dem Ergebnis des Vorjahres zurückgeblieben, da sich die Investitionen im ABS-Mittelstandsportfolio mit 0,4 Mrd. EUR fast halbiert haben.

STARKE NACHFRAGE BEI DEN KREDITPROGRAMMEN – WENIGER GLOBALDARLEHEN.

In der Kreditfinanzierung der KfW Mittelstandsbank wurde das Ergebnis des Vorjahres mit Zusagen von mehr als 11,2 Mrd. EUR um über 10% übertroffen. Da das Geschäft mit Globaldarlehen jedoch starken Schwankungen unterliegt und mit 1,4 Mrd. EUR gegenüber dem Vorjahr um 2,2 Mrd. EUR geringer ausfiel, stellt dies ein sehr gutes Ergebnis dar.

Bei den Programmkrediten zeigte sich, dass der Mittelstand im vergangenen Jahr erfreulicherweise wieder verstärkt investiert hat. Die Nachfrage bei den Kreditfinanzierungen stieg deutlich. Zum guten Zusageergebnis der KfW-Mittelstandsförderung trug vor allem das Basisförderprogramm für kleine und mittlere Unternehmen – der KfW-Unternehmerkredit – mit einem Zusagevolumen von 9,0 Mrd. EUR bei. Gegenüber 2006 legten die Zusagen sogar um 48% zu.

Der Unternehmerkredit ist zentraler Baustein des KfW-Fremdkapitalangebots für die Unternehmensfinanzierung. Seit seiner Einführung im

September 2003 hat der Unternehmerkredit der KfW Mittelstandsbank sich damit bereits weit mehr als 100.000-mal als zinsgünstige und verlässliche Finanzierungsquelle für Mittelständler, Freiberufler und Unternehmensgründer bewährt. Damit hat die KfW seit Start dieses Förderprogramms Kredite über insgesamt rd. 26 Mrd. EUR vergeben. Von dieser Förderung profitieren nicht nur Deutschlands Unternehmer und Gründer, sondern die gesamte Volkswirtschaft. Durch lange Laufzeiten, günstige Zinssätze sowie tilgungsfreie Anlaufjahre werden wichtige Investitionen für Unternehmen finanzierbar. Die KfW refinanziert in erheblichem Umfang Programme der Landesförderinstitute mit dem Unternehmerkredit. Damit können die Endkreditnehmer die Investitionsförderung von Bund und Ländern gebündelt aus einer Hand erhalten.

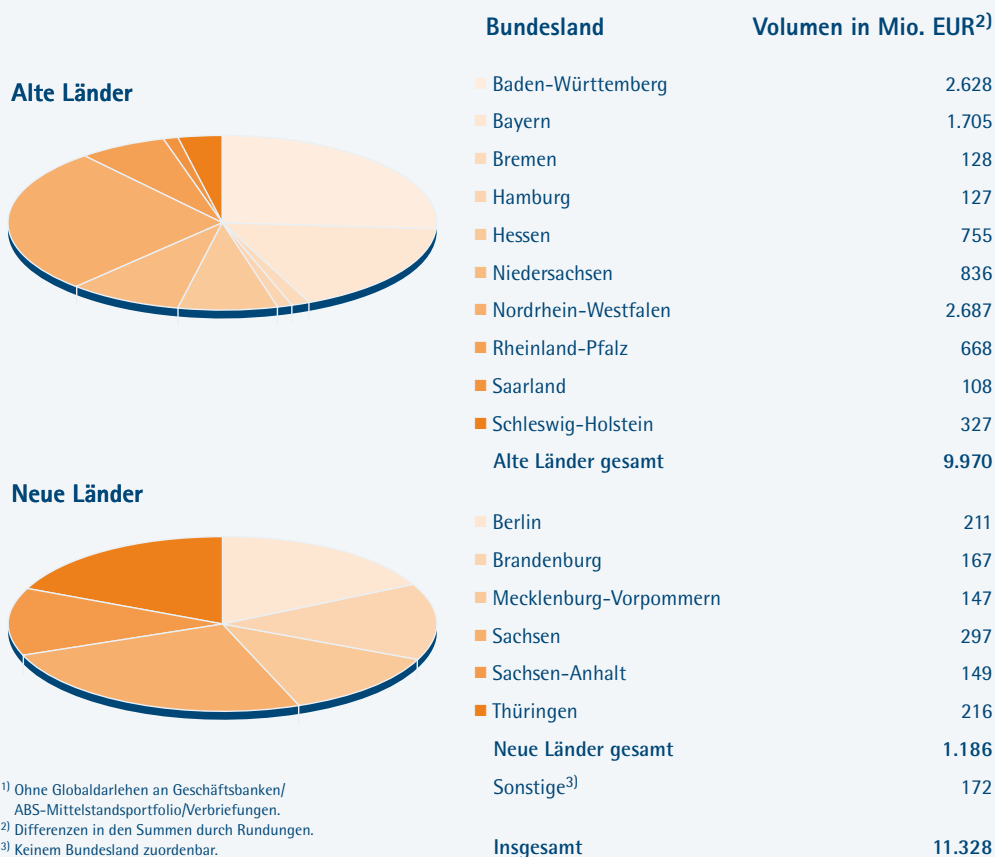
DEUTLICHE ZUNAHME BEI BETEILIGUNGSKAPITAL – MEZZANINE VERHALTENER.

Bei den Mezzanine-Finanzierungen gingen die Zusagen gegenüber dem Vorjahr im Jahr 2007 um knapp 1 Mrd. EUR auf 1,2 Mrd. EUR zurück. Dies lag vor allem am ERP-Innovationsprogramm, das nach seiner Neueinführung im Jahr 2006 aufgrund besonders attraktiver Zinskonditionen in Verbindung mit der Auflösung eines Investitionsstaus für sehr große Nachfrage gesorgt hatte.

Die KfW hat auch im Jahr 2007 erheblich zur Stärkung des Beteiligungskapitalmarktes in Deutschland beigetragen: Insgesamt wurden im Bereich Beteiligungsfinanzierung rd. 340 Mio. EUR (Vorjahr: 280 Mio. EUR) für Start-ups, junge

Technologieunternehmen und etablierte Mittelständler zugesagt. Das Beteiligungsgeschäft hat zwar nur einen geringen Anteil an den Zusagen, allerdings ist es besonders wichtig, da die KfW vor allem in der Frühphase aktiv ist, in der es aufgrund des hohen Risikos viel zu wenig privates Engagement gibt. Hier hilft die KfW insbesondere als Koinvestor mit, privates Kapital zu hebeln und Finanzierungen zu ermöglichen. Allein die Tatsache, dass die KfW an rd. der Hälfte der mittelständischen Beteiligungsfinanzierungen beteiligt ist, verdeutlicht die große Bedeutung in diesem Finanzierungsbereich.

Zusagen der KfW Mittelstandsbank nach Bundesländern 2007¹⁾



¹⁾ Ohne Globaldarlehen an Geschäftsbanken/
ABS-Mittelstandsportfolio/Verbriefungen.
²⁾ Differenzen in den Summen durch Rundungen.
³⁾ Keinem Bundesland zuordenbar.

REGIONALVERTEILUNG.

Erwartungsgemäß lagen die regionalen Schwerpunkte der Fördermaßnahmen in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern. Auf diese drei Länder entfielen drei Fünftel aller Zusagen aus den Förderprogrammen. Dennoch sind die neuen Bundesländer hervorzuheben: Hier

stiegen die Kreditzusagen im Vergleich zum Vorjahr um 50 % auf 1,2 Mrd. EUR. Insbesondere Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt haben mit einer Verdoppelung der Zusagen im Jahr 2007 von diesem starken Zuwachs in den neuen Bundesländern profitiert.

DIE INITIATIVE „KLEINER MITTELSTAND“.

Befragungen und Analysen der KfW haben gezeigt, dass sich im vergangenen Jahr nicht nur die Konjunktur und das Geschäftsklima, sondern auch die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen deutlich verbessert haben. Davon konnte der Mittelstand in seiner ganzen Breite profitieren. Allerdings waren Unternehmen mit weniger als 1 Mio. EUR Umsatz – die vor allem kleinere Darlehen nachfragen, bei denen der hohe Fixkostenanteil die Kreditvergabe erschwert – nach wie vor überdurchschnittlich häufig von Finanzierungsschwierigkeiten betroffen.

Um Finanzierungsbedingungen für Gründungen, Kleinst- und Kleinunternehmen weiter zu verbessern, hat die KfW die Initiative „Kleiner Mittelstand“ ins Leben gerufen. Sie umfasst ein ganzes Maßnahmenbündel. Es besteht aus einer verstärkten Risikoübernahme durch die KfW, zusätzlich verbilligten Zinsen, der Weiterentwicklung der Eigenkapitalförderung und dem weiteren Ausbau der Beratung. Im Jahr 2007 wurden in diesem Zusammenhang bereits folgende Maßnahmen umgesetzt:

- Existenzgründungen und junge Unternehmen leisten einen wichtigen Beitrag zum Wirtschaftswachstum. Sie schaffen Arbeitsplätze und stärken die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Daher bietet die KfW solchen Unternehmen Programme an, mit denen sie über ihre Hausbanken Kredite für den Start in die Selbstständigkeit beantragen können. Dazu

zählen vor allem die Förderprogramme „Mikro-Darlehen“ und „StartGeld“, bei denen die KfW den Hausbanken das Risiko zu 80 % abnimmt. Um dieses Segment weiter zu stärken, hat die KfW Mittelstandsbank zu Beginn des Jahres 2007 die Zinsen um ein Drittel gesenkt. Dadurch steigerte sich das Zusagevolumen in diesen Förderprogrammen um etwa zwei Fünftel gegenüber dem Vorjahr. Zu Beginn des Jahres 2008 wurden die beiden Programme zum neuen „KfW-StartGeld“ zusammengefasst.

- Die KfW Mittelstandsbank fördert mit ihrer Mezzanine- und Beteiligungsfinanzierung bereits seit Jahren die Stärkung der Eigenkapitalbasis des deutschen Mittelstandes. Insgesamt fällt sie jedoch im internationalen Vergleich immer noch zu niedrig aus. Zu Beginn des Jahres hat die KfW darum das „KfW-Genussrechtsprogramm“ auf den Weg gebracht. Das Programm zeichnet sich dadurch aus, dass Unternehmer das Genussrechtskapital in der Bilanz als Eigenkapital ausweisen dürfen, sie die Zinsen jedoch steuerlich als Betriebsaufwand geltend machen können. Das Programm wird mittelständischen Unternehmen über Beteiligungsgesellschaften angeboten.

- Seit Juli 2007 bietet die KfW im Unternehmerkredit eine 50-prozentige Haftungsfreistellung an. Sie erleichtert durch eine „Risikopartnerschaft“ zwischen der KfW und den Hausbanken die Kreditgewährung zugunsten der Mittel-

ständler. Die Bank oder Sparkasse, die den Unternehmerkredit an das mittelständische Unternehmen ausreicht, und die KfW tragen so das Kreditausfallrisiko zu gleichen Teilen. Für die Mittelständler entstehen durch die Beantragung der Haftungsfreistellung keine zusätzlichen Kosten. Im Falle einer Haftungsfreistellung teilen sich Hausbank und KfW die im Zinssatz enthaltene Risikomarge. Die Zinsen im Unternehmerkredit werden dabei wie bisher für jeden Fall individuell, in Abhängigkeit von der Bonität und der Werthaltigkeit der gestellten Sicherheiten, risikogerecht vereinbart. Die 50-prozentige Haftungsfreistellung im Unternehmerkredit bietet die KfW Mittelstandsbank zur Begleitung von Investitionsvorhaben von Mittelständlern und Freiberuflern an, die seit mindestens zwei Jahren am Markt tätig sind. Das erweiterte Förderprogramm steht Unter-

nehmern für betriebliche Investitionen wie die Finanzierung von Grundstücken und Gebäuden, Bau- und Umbaumaßnahmen, Maschinen, Anlagen oder Büroausstattung zu. Auch bei Auslandsinvestitionen, die mit dem Unternehmerkredit Ausland finanziert werden, bietet die KfW eine Risikoübernahme an.

- Für Existenzgründer und junge Unternehmen stehen bereits spezielle Existenzgründungsprogramme mit Risikoübernahme durch die KfW Mittelstandsbank zur Verfügung. So ist es für die kleinen Unternehmen ganz wichtig, einen leichteren und umfassenderen Zugang zu Mezzaninkapital zu erhalten. Diese Zwischenform der Fremd- und Eigenfinanzierung in Form von Nachrangdarlehen erlaubt es den Unternehmen, mittelfristig ihre Eigenkapitalquote und damit letztlich auch ihre Bonität zu erhöhen.

TECHNOLOGIETRANSFER UND GRÜNDUNGSDYNAMIK STÄRKEN.

Deutschland benötigt eine hohe technologische Innovations- und Leistungsfähigkeit, um als exportorientiertes Hochlohnland international wettbewerbsfähig zu bleiben und zukunftssträchtige Arbeitsplätze zu schaffen. Aufgrund der zunehmenden Komplexität moderner Technologien kommt den so genannten Clustern eine immer größere Bedeutung bei der Innovationstätigkeit zu. Unter Clustern versteht man die räumliche Konzentration von Forschungseinrichtungen, Intermediären und Unternehmen einer Branche. Solche Technologieregionen zeichnen sich durch vielfältige und intensive Kooperationsbeziehungen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft aus und tragen so entscheidend zum Technologietransfer bei.

Aufgrund zahlreicher Gründungen im Hightech-Bereich und der überdurchschnittlichen Innovationstätigkeit dort angesiedelter Unternehmen besteht in Clusterregionen ein besonderer Bedarf an Innovations- und Beteiligungsfinanzierungen. Einen Weg, diese Gründer und Innovatoren bei der Realisierung ihrer Vorhaben zu unterstützen, bietet der Aufbau eines Netzwerkes zur Innovationsfinanzierung. Es nutzt die vorhandenen KfW-Instrumente in der Gründungs- und Innovationsförderung und erhöht ihre Bekanntheit in ausgewählten Hochtechnologieregionen. Das 2007 gestartete Pilotprojekt wird zunächst 18 Monate in vier Pilotregionen (Magdeburg/Halle, Hamburg/Bremen, östliches Ruhrgebiet, Rhein-Neckar-Dreieck) getestet.

ZUSAMMENARBEIT MIT LANDESFÖRDERINSTITUTEN.

Bereits seit Jahren arbeitet die KfW intensiv und vertrauensvoll mit den Förderinstitutionen der Bundesländer zugunsten des deutschen Mittelstandes zusammen. Durch die Bündelung der Förderleistung von KfW und Landesförderinstituten werden die Konditionen der jeweiligen Landesprogramme durch einen Bundes- und einen Landesbeitrag verbessert. Der „gemeinsame“ Kunde profitiert immer dann, wenn die Kreditprogramme deckungsgleich hinsichtlich ihrer Förderschwerpunkte und Zielgruppen sind. Die gemeinsame Refinanzierung von Förderprodukten

wird auch in der Kommunikation nach außen deutlich.

Die KfW Mittelstandsbank ermöglicht den Landesförderinstituten eine programmgebundene und zinsverbilligte Refinanzierung für die Fördermittelvergabe in Form von Globaldarlehen.

Die KfW Mittelstandsbank hat bislang mit 14 Landesförderinstituten Globaldarlehensverträge mit einem Volumen von 17 Mrd. EUR abgeschlossen, davon 5,3 Mrd. EUR oder fast ein Drittel im Jahr 2007.

GLOBALDARLEHEN AN GESCHÄFTSBANKEN IN DEUTSCHLAND UND WESTEUROPA WEITERHIN EIN WICHTIGER FAKTOR DER MITTELSTANDSFINANZIERUNG.

Die Vergabe von Globaldarlehen an Geschäftsbanken in Deutschland und Westeuropa stellt weiterhin einen zentralen Baustein der KfW-Mittelstandsförderung dar. Insgesamt wurden im Berichtsjahr Globaldarlehensverträge über 1,3 Mrd. EUR abgeschlossen. Der Schwerpunkt lag dabei in Deutschland. Neben dem Ausbau der bestehenden Partnerschaften stand in diesem

Jahr vor allem die Gewinnung neuer Partnerbanken im Vordergrund. So erfolgten drei Vertragszusagen an Geschäftspartner, die bislang noch kein Globaldarlehen mit der KfW abgeschlossen hatten. Die europaweite Förderung des Mittelstandes durch die KfW steht somit auf einer breiteren Basis.

GLOBALDARLEHEN AN BANKEN IN MITTEL- UND OSTEUROPA ZUR FÖRDERUNG DES MITTELSTANDS GUT POSITIONIERT.

Seit vielen Jahren refinanziert die KfW Mittelstandsbank mit ihren Globaldarlehen lokale Geschäfts- und Förderbanken in Mittel- und Osteuropa. Dadurch unterstützt sie die Weiterentwicklung des lokalen Finanzsektors und hilft durch verschiedene Förderprogramme kleinen

und mittleren Unternehmen in diesen Ländern, sich den Herausforderungen des wachsenden europäischen Marktes zu stellen. Insgesamt wurden 2007 Globaldarlehen in Höhe von 213 Mio. EUR zugesagt. Davon entfielen 178 Mio. EUR auf die Förderung des Mittelstands.

FINANZIERUNGSFAZILITÄT DER EU FÜR KLEINE UND MITTLERE UNTERNEHMEN.

Die Finanzierungsfazilität für kleine und mittlere Unternehmen bildet einen wichtigen Bestandteil des KfW-Angebots für den Mittelstand in Mittel- und Osteuropa. Seit dem Jahr 2000 besteht eine Kooperation mit der Europäischen Kommission und der Entwicklungsbank des Europarates (CEB). Im Rahmen dieser Kooperation konnte das Kreditangebot der lokalen Banken für kleine und mittlere Unternehmen in den neuen Mitgliedsländern verbessert werden.

Die KfW/CEB kombiniert die Globaldarlehen mit Zuschüssen der EU-Kommission. Seit 2000

wurden insgesamt 50 Projekte in Höhe von 725 Mio. EUR mit Zuschüssen von über 81 Mio. EUR abgeschlossen. Im Jahr 2007 führte die KfW sechs Projekte über 62 Mio. EUR, kombiniert mit 7,9 Mio. EUR EU-Zuschüssen, durch.

Unter dem „Preparatory Action Plan“ schloss die KfW 2007 ein weiteres Projekt in Polen über 5 Mio. EUR ab, das auf Mikrokredite abzielt. Damit ermöglicht das im Jahr 2005 von EU-Kommission, CEB und KfW aufgelegte Förderprogramm eine verbesserte Kreditversorgung von Klein- und Kleinstunternehmen.

VERBRIEFUNGEN.

Die KfW Mittelstandsbank hat 2007 trotz der seit Sommer vergangenen Jahres anhaltenden Krise auf den Verbriefungsmärkten ein Rekordvolumen in Höhe von rd. 10 Mrd. EUR an Mittelstandskrediten über ihre PROMISE-Plattform synthetisch verbrieft. Seit Sommer 2007 ist es für die Banken sehr schwierig geworden, Verbriefungstransaktionen durchzuführen. Im Gesamtmarkt wurden im Vergleich zu den Vorjahren erheblich weniger Transaktionen zu deutlich höheren Preisen abgeschlossen.

Viele Banken haben ihr Geschäftsmodell inzwischen auf die Verbriefung abgestellt. Die Ausplatzierung von Mittelstandsrisiken an den internationalen Kapitalmarkt ermöglicht es den verbrieften Banken, ihren mittelständischen Kunden nicht nur mehr Kredite, sondern auch bessere Konditionen zu bieten. Banken, die Verbriefung für ein aktives Risikomanagement nutzen, können sich auf ihr Kerngeschäft, die Vergabe von Mittelstandskrediten, konzentrieren und für ihre mittelständischen Kunden ein verlässlicher Finanzierungspartner sein. Auch die Europäische Kommission würdigte in ihrem 2007 erschienenen Bericht („Round Table between Banks and SMEs“) ausführlich die positiven Effekte der Verbriefung auf die Kreditversorgung des Mittelstands.

In dem schwierigen Umfeld des Jahres 2007 überzeugte die Assetklasse „Deutscher Mittelstand“ durch eine solide Performance. Die bis dato geringen Ausfälle aus den PROMISE-Transaktionen lagen ganz im Bereich der Erwartungen.

Um negative Folgen für die Kreditvergabe an den Mittelstand abzuwenden, ist es wichtig, dass

sich die Verbriefungsmärkte möglichst schnell erholen. Als Förderbank kommt der KfW eine wichtige Rolle bei der Stabilisierung der Primär- und Sekundärmärkte zu, um die Kreditfinanzierung für ihre Zielgruppen zu sichern.

So investiert die KfW neben der synthetischen Verbriefung im Rahmen ihres ABS-Mittelstandsportfolios in ausgewählte Mittelstands-ABS. Im Jahr 2007 hat sie Risiken aus zehn Mittelstandsverbrieften in Höhe von insgesamt rd. 445 Mio. EUR übernommen, wobei stets Wert auf transparente und gut strukturierte Transaktionen gelegt wurde.

Seit dem Jahr 2000 wurden über die synthetische Verbriefungsplattform PROMISE in insgesamt 26 Transaktionen die Risiken von rd. 104.000 Mittelstandskrediten mit einem Volumen von 46 Mrd. EUR an den Kapitalmarkt transferiert. Damit konnte die KfW Mittelstandsbank einen erheblichen Beitrag zur Entwicklung des deutschen Verbriefungsmarktes leisten. Auch in der derzeit schwierigen Lage steht die KfW den Banken als verlässlicher Partner zur Seite. Sie unterstützt Mittelstandsverbrieften einerseits über die Bereitstellung ihrer PROMISE-Plattform und andererseits durch ausgewählte Investitionen in mezzanine Tranchen im Rahmen des ABS-Mittelstandsportfolios. Ziel der KfW ist es, dazu beizutragen, dass sich der Verbriefungskanal wieder öffnet, damit Banken Risiken ausplatzieren und weiterhin Kredite für den Mittelstand zu guten Konditionen anbieten können.

Förderung der deutschen und europäischen Wirtschaft durch die KfW Mittelstandsbank

 Zusagen in Mio. EUR¹⁾

Programme	2006	2007	Finanziert werden
Fördervolumen KfW Mittelstandsbank	22.816,0	23.248,3	
1. Förderkredite KfW Mittelstandsbank	13.346,5	13.210,0	
a) Kreditfinanzierung	10.145,5	11.211,8	
■ Unternehmerkredit	6.096,2	8.992,1	Investitionsfinanzierung von Gründern und kleinen und mittleren Unternehmen
■ Globaldarlehen gewerbliche Wirtschaft in Deutschland und Europa	3.631,9	1.437,0	Globaldarlehen an Banken zur Finanzierung kleiner und mittlerer Unternehmen
■ KfW-Akquisitionsfinanzierung	77,7	232,0	Finanzierungen von Unternehmensübernahmen
■ StartGeld und Mikro-Darlehen	107,6	150,6	Finanzierung von Existenzgründungen und Kleinunternehmen
■ ERP-Programme	227,1	400,2	Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur, Ausstattung von Bürgschaftsbanken
b) Mezzanine Finanzierung	2.139,6	1.214,0	
■ Unternehmerkapital	506,2	506,8	Eigenkapitalähnliche Mittel zur Unterstützung von Existenzgründungen und kleinen und mittleren Unternehmen
■ ERP-Innovationsprogramm	1.633,5	707,2	Eigenkapitalähnliche Mittel zur Unterstützung von Innovationsvorhaben kleiner und mittlerer Unternehmen
c) Beteiligungsfinanzierung	280,8	339,4	
■ KfW-Risikokapitalprogramm (Beteiligungsfondsfinanzierung)	141,8	164,0	Beteiligungen an Unternehmen durch KfW-kofinanzierte Venture-Capital-Fonds
■ ERP-Programme	120,5	160,5	Beteiligungskapital für kleine und mittlere Unternehmen
■ Sonstige	18,6	14,9	Finanzierungen von Unternehmensübernahmen, Genussrechtskapital, Venture-Capital
d) ABS-Mittelstandsportfolio	780,6	444,8	Investitionen in Verbriefungstransaktionen von Mittelstandskrediten
2. Garantien und Verbriefungen KfW Mittelstandsbank	9.469,5	10.038,3	Absicherung und Verbriefung von Mittelstandskrediten
■ Verbriefungen	9.442,4	10.022,3	
■ Garantien Förderkredite	27,2	16,0	

¹⁾ Differenzen in den Summen durch Rundungen.

FINANZIERUNGSBERATUNG.

Die KfW Mittelstandsbank fördert kleine und mittelständische Unternehmen nicht nur durch günstige Finanzierungen, sondern auch durch individuelle Beratung. Und zwar in allen Stadien der Unternehmensentwicklung von der Gründung über die Wachstumsphase und die Frage der Nachfolge bis hin zu Krisensituationen. Denn durch zielgerichtete Beratung lässt sich die unternehmerische Leistungsfähigkeit verbessern und damit der Zugang zu Kapital erleichtern. Daher hat die KfW seit Oktober 2006 alle Beratungsaktivitäten in einem Bereich gebündelt, um Unternehmen, Multiplikatoren wie z.B. die Kammern und Verbände sowie die Vertriebspartner aus der Kreditwirtschaft noch wirkungsvoller über Finanzierungsmöglichkeiten zu informieren. Für Unternehmer und Gründer bietet die KfW Mittelstandsbank aktuelle Informationen zu ihren Finanzprodukten auf praktisch allen Kanälen.

Das zentrale Informationsmedium bleibt dabei das Internetportal der KfW Mittelstandsbank. Es stellt unter www.kfw-mittelstandsbank.de ausführliche Informationen rund um die Themen Finanzierung und Beratung bereit. Mehr als 1 Mio. Nutzer haben im virtuellen Gründerzentrum praktische Tipps für den Weg in die Selbstständigkeit

abgerufen oder in der Rubrik „Kredite“ ausführliche Finanzierungsbeispiele zu den Kreditprogrammen der KfW Mittelstandsbank abgefragt.

Zudem erhalten Interessenten im Infocenter der KfW Mittelstandsbank eine individuelle telefonische Beratung. Im vergangenen Jahr nutzten fast 110.000 Anrufer das Angebot. Für alle, die ein Fachgespräch unter vier Augen bevorzugen, bietet die KfW Mittelstandsbank die Möglichkeit, sich in den Zentren an den KfW-Standorten in Berlin, Bonn und Frankfurt zu dem Angebot der Mittelstandsbank beraten zu lassen. Rd. 1.300 Kunden suchten im Jahr 2007 die Beratungszentren an den drei Standorten auf.

Darüber hinaus bietet die KfW Mittelstandsbank eine persönliche Beratung an bundesweit mehr als 50 Orten. Diesen Service bietet die KfW für Gründer, Jungunternehmer, aber auch für bereits lange am Markt tätige Unternehmen in Zusammenarbeit mit den Industrie- und Handelskammern, Wirtschaftsfördergesellschaften und Handwerkskammern an. Durch das flächendeckende Netz von Beratungsangeboten konnten in über 2.300 Gesprächen konkrete Finanzierungsfragen der Kunden beantwortet werden.

GRÜNDERCOACHING DEUTSCHLAND – EIN NEUES FÖRDERPROGRAMM.

Im Oktober 2007 startete das „Gründercoaching Deutschland“. Dabei handelt es sich um ein neues Förderprogramm in Zusammenarbeit des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie und der KfW Mittelstandsbank. Junge Unternehmen können bis zu fünf Jahre nach ihrer Gründung für den Einsatz eines geeigneten Unternehmensberaters Zuschüsse aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) erhalten. Der Sprung in die Selbstständigkeit wird vereinfacht, die Inanspruchnahme einer hochwertigen Beratung unterstützt und damit werden die Wachstums- und Innova-

tionskräfte des Mittelstandes gestärkt. Seit Programmstart konnten fast 600 Zusagen erteilt werden.

Die sogenannten Runden Tische bieten Freiberuflern und mittelständischen Firmen in Krisenzeiten die nötige Unterstützung. Dabei werden von professionellen Krisenberatern Ansatzpunkte für einen Turnaround identifiziert. Beratungskosten entstehen den Unternehmern dabei nicht. Sie werden von der KfW Mittelstandsbank übernommen. Allein im vergangenen Jahr nahmen fast 3.000 Firmen an den Runden Tischen teil.

SPEZIELLE BERATUNGSANGEBOTE.

Neben den beiden Schwerpunkten Beratung und Beratungsförderung bietet die KfW Mittelstandsbank noch ergänzende Angebote. Zum Beispiel unterstützt die KfW die Unternehmen bei der Suche nach einem geeigneten Berater, einem finanzkräftigen Investor, Partner oder passenden Unternehmensnachfolger.

Hierzu zählt die Internetplattform www.nexxtchange.de, die eine Beratung zu allen Fragen der Unternehmensnachfolge anbietet. Innovative und wachstumsstarke Unternehmen können sich auf einer Internetplattform des Deutschen Eigenkapitalforums präsentieren, um potenzielle Beteiligungskapitalgeber kennen zu lernen. In Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie wurde der Online-Service KfW-Beraterbörse entwickelt. Damit können KMU bundesweit aus einem Pool von rd. 10.000 Fachleuten den geeigneten Berater für ihr Unternehmen recherchieren. Anfang 2007 hat die KfW in einer umfassenden Untersuchung die

KfW-Beraterbörse (www.kfw-beraterboerse.de) aus Nutzersicht evaluiert. Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass insbesondere die Kammerberater die KfW-Beraterbörse sehr positiv bewerten: Für zwei Drittel ist die KfW-Beraterbörse ein nützliches Instrument zur Unterstützung bei der Beratervermittlung. Auch die Idee der Bewertung der Berater durch Kunden nach Abschluss der Beratung kommt bei den befragten Nutzern sehr gut an.

Die Startothek bildet ein weiteres Angebot, das angehenden Unternehmern die nötige Transparenz bei allen rechtlichen Belangen während der Gründung verschafft.

Darüber hinaus engagiert sich die KfW Mittelstandsbank in der Weiterbildung von Mitarbeitern aus Banken, Kammern und Beratungsunternehmen. In verschiedenen Seminarreihen der KfW-Akademie bietet sie Expertenwissen zu aktuellen Themen aus dem Bereich Mittelstand an. Im vergangenen Jahr nahmen rd. 1.500 Personen an 27 Akademieveranstaltungen teil.

Engagement hat Kredit.

Das Angebot der KfW Förderbank umfasst die Bereiche Umwelt, Wohnen, Infrastruktur und Bildung. Es richtet sich an Kommunen, Unternehmen und Privatpersonen in Deutschland. So stellt die KfW Förderbank Mittel für die Schaffung von Wohneigentum, die Sanierung und Modernisierung von Wohngebäuden sowie die Nutzung erneuerbarer Energien zur Verfügung. Darüber hinaus werden Mittel für die Finanzierung von Studium und beruflicher Fortbildung zur Verfügung gestellt. Im KfW-Umweltprogramm und ERP-Umwelt- und Energiesparprogramm werden Investitionen von kleinen und mittleren Unternehmen gefördert, die Maßnahmen im Bereich des Umweltschutzes durchführen. Im Infrastrukturbereich werden neben allen kommunalen Investitionen auch gemeinnützige Projekte und Träger gefördert.

Zwei Geschäftsführer, die ein Hochhaus auf den niedrigsten Energiestand bringen.



Die Sanierung und Modernisierung des Doppelhochhauses an der Schulze-Boysen-Straße in Berlin-Lichtenberg wurde im März 2007 feierlich abgeschlossen. Das Projekt der Berliner HOWOGE Wohnungsbaugesellschaft mbH läuft im Rahmen des Dena-Modellprojekts „Niedrigenergiehaus im Bestand“ und wurde von der KfW Förderbank mit Mitteln der Programme „Wohnraum-Modernisierung“ und „Gebäudesanierung“ gefördert. HOWOGE-Geschäftsführer Hans-Jürgen Adam und Bernd Kirschner sind stolz auf die beeindruckenden Ergebnisse: Denn das Gebäude erfüllt nun neueste Umweltstandards. Mit 296 Wohnungen auf 18.000 m² Wohnfläche verwandelte sich der alte Plattenbau in das größte Niedrigenergiehaus Deutschlands.



Eine neue Dämmung, Dreifachverglasung, modernste Lüftungstechnik mit Wärmerückgewinnung, neue Heizflächen sowie die Einbindung eines Blockheizkraftwerks mit Stromerzeugung reduzierten die Energiekosten um bis zu 50%. Gleichzeitig stieg die Auslastung des Gebäudes: 100% der Einheiten sind zurzeit vermietet. Davon profitieren Investor und Bewohner gleichermaßen. Mit einer Modernisierungumlage von durchschnittlich 77 Cent pro m² blieben die Mieten auch nach der Sanierung ganz im grünen Bereich. Mit ihrer Förderinitiative hat die KfW eine wichtige Brücke zwischen ökologischer Notwendigkeit und ökonomischer Machbarkeit geschlagen. Und baut darauf, dass viele weitere Immobilienbesitzer diesen Weg gehen werden.

Ein Energiemanager, der beim Klimaschutz alles gut bedacht hat.



Alle ökonomischen und ökologischen Interessen unter einem Dach zu vereinen, ist nicht immer leicht. Es sei denn, man beteiligt sich am KfW-Klimaschutzfonds – einer festen Größe im Europäischen Emissionshandels-System. Die KfW beschafft weltweit Emissionsgutschriften aus Klimaschutzprojekten für Unternehmen, die mehr CO₂ produzieren, als ihnen erlaubt ist, oder die weitere CO₂-Reduktionen nur zu deutlich höheren Kosten realisieren könnten. So z. B. für die HEAG Südthessische Energie AG (HSE). Für Dr. Henning Prüß, Geschäftsbereichsleiter Assetmanagement Anlagen, ist der CO₂-Ausstoß der fünf fossilen HSE-Erzeugungsanlagen technisch kaum noch zu senken. Um jedoch den Verpflichtungen



im Europäischen Emissionshandels-System nachzukommen, erwirbt die HSE über den Klimaschutzfonds zum Ausgleich des CO₂-Ausstoßes Emissionsgutschriften aus Entwicklungsländern. Zudem investierte die HSE massiv in die eigene umweltfreundliche Energieproduktion. Mit Ausweitung der Eigenerzeugungskapazität und Investitionen von rd. 400 Mio. EUR in erneuerbare Energien setzt man Zeichen: Ein Vorzeigeprojekt der Tochter NATURpur ist die bislang größte Solaranlage Darmstadts auf dem Wissenschafts- und Kongresszentrum Darmstadtium. 408 Solarmodule auf 564 m² erzeugen bis zu 73,44 KW Strom, der ins Netz eingespeist wird. Die Anlage spart pro Jahr rd. 33 t. CO₂ ein.

37.000 STUDENTEN IN DEUTSCHLAND NUTZEN DEN KfW-STUDIENKREDIT.

Die KfW Förderbank hat den Studienkredit im April 2006 eingeführt. Bereits ein Jahr nach dem Start finanzieren mehr als 23.000 Studenten damit ihre Ausbildung, bis Ende 2007 knapp 37.000 Studenten. Die Rückzahlung erfolgt nach Eintritt ins Berufsleben in monatlichen Raten. Sie kann den Einkommensverhältnissen angepasst und bis auf 25 Jahre gestreckt werden. Bereits seit zehn Jahren finanziert die KfW Förderbank Investitionen in die Aus- und Weiterbildung junger Menschen. Mittlerweile haben mit Hilfe der KfW mehr als 500.000 Studenten, Schüler oder Fachkräfte ihre Ausbildung finanziert.



1,3 MILLIARDEN EURO FÜR SOLARSTROM.

Die KfW Förderbank hat im Rahmen ihres Programms „Solarstrom Erzeugen“ das Fördervolumen von 1,3 Mrd. EUR erreicht. Dahinter stehen mehr als 40.000 kleinere Photovoltaik-Anlagen privater Investoren. Seit 2005 wurden so Solarstromanlagen mit einer Gesamtleistung von 338 Megawatt finanziert. Die Stromproduktion reicht aus, um über 77.000 Haushalte zu versorgen. Größere Solarstromanlagen werden im ERP- Umwelt- und Energiesparprogramm sowie im KfW-Umweltprogramm mitfinanziert. Kommunen steht zur Finanzierung von Photovoltaik-Anlagen der KfW-Kommunalkredit zur Verfügung.



KfW-ENERGIEEFFIZIENZPREIS 2007 FÜR GWERBLICH GENUTZTE GEBÄUDE.

Die KfW Förderbank hat in Frankfurt die Preisträger des KfW-Energieeffizienzpreises 2007 unter dem Motto „Energetische Modernisierung von gewerblich genutzten Gebäuden“ ausgezeichnet. Insgesamt 15.000 EUR Preisgeld erhielten drei Unternehmen für vorbildliche Modernisierungen. Die Maßnahmen mindern den Energieverbrauch wesentlich. Durch die Prämierung sollen andere Unternehmen dazu angeregt werden, betriebliche Energieeinsparpotenziale umzusetzen.



KfW-AWARD FÜR URBANES WOHNEN IN DEN EIGENEN VIER WÄNDEN.

Die KfW Förderbank hat zum fünften Mal den KfW-Award vergeben, mit dem innovative und zukunftsweisende Projekte privater Bauherren ausgezeichnet werden. Der mit insgesamt 27.000 EUR dotierte Award stand in diesem Jahr unter dem Motto „Die Wiederentdeckung der Stadt – urbanes Wohnen in den eigenen vier Wänden“. Die Jury wählte Projekte aus, bei denen private Neubau-, Umbau- oder Sanierungsinvestitionen gleichzeitig einen Beitrag zur Aufwertung eines Stadtviertels geleistet haben.



FÖRDERUNG VON UMWELTFREUNDLICHEN LKW.

Ab dem 1. September bietet die KfW Förderbank Kredite zur Anschaffung emissionsarmer schwerer Nutzfahrzeuge. Die Kredite sind durch Mittel des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) um bis zu 1,5 Prozentpunkte zusätzlich verbilligt. Alternativ können nicht rückzahlbare Zuschüsse bis 4.250 EUR beantragt werden. Gefördert wird die Anschaffung schwerer Nutzfahrzeuge ab zwölf Tonnen zulässigem Gesamtgewicht, die ausschließlich für den Güterkraftverkehr bestimmt sind und die bei der ersten Zulassung in der Bundesrepublik Deutschland einen höheren als den aktuell geltenden Emissionsstandard erfüllen.

KFW FÖRDERBANK.

Die KfW Förderbank engagiert sich in vielen Bereichen. Angefangen bei der Finanzierung von Wohnraum- und kommunalen Infrastrukturinvestitionen über die Unterstützung von Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen bis hin zur Förderung von Aus- und Weiterbildung vereint sie unter ihrem Dach die verschiedensten Aktivitäten. Dabei erreichte die KfW Förderbank im Jahr 2007 mit 43,5 Mrd. EUR das höchste Fördervolumen in ihrer Geschichte. Damit lag sie um mehr als 22 % über dem Niveau des Vorjahres. Vor allem der Umweltbereich mit den Investitionsförderungen zur Anschaffung schwerer Nutzfahrzeuge und die Aus-

reichung von Globaldarlehen in Deutschland und Europa haben entscheidend zu diesem Anstieg beigetragen. Vom gesamten Fördervolumen entfielen rd. 7,2 Mrd. EUR auf den gewerblichen Umweltschutz und 1,3 Mrd. EUR auf Bildungsinvestitionen. Hinzu kamen Zusagen über 14,6 Mrd. EUR für wohnwirtschaftliche Investitionen und 3,1 Mrd. EUR für den kommunalen Bereich. Die Kreditprogramme wurden durch Globaldarlehen zur allgemeinen Refinanzierung von Landesförderinstituten in Höhe von 8,3 Mrd. EUR sowie verschiedene Verbriefungstransaktionen über insgesamt 8,9 Mrd. EUR ergänzt.

Zusagen der KfW Förderbank nach Bundesländern 2007

Zusagen in Mio. EUR¹⁾

Bundesländer	KfW Förderbank ²⁾			
	Gesamt	Umwelt	Wohnungs- wirtschaft	Infrastruktur
Baden-Württemberg	3.242	860	1.984	398
Bayern	3.954	1.242	2.378	334
Bremen	202	49	112	41
Hamburg	837	50	382	405
Hessen	1.636	486	924	227
Niedersachsen	2.092	797	1.086	209
Nordrhein-Westfalen	4.496	891	3.039	566
Rheinland-Pfalz	1.103	412	585	106
Saarland	246	123	108	15
Schleswig-Holstein	983	392	504	87
Alte Länder	18.792	5.302	11.102	2.388
Berlin	809	53	437	320
Brandenburg	968	551	340	77
Mecklenburg-Vorpommern	438	259	148	30
Sachsen	776	349	352	74
Sachsen-Anhalt	755	418	206	131
Thüringen	414	205	157	52
Neue Länder	4.160	1.834	1.640	685
Ausland	66	66	-	-
Gesamt	23.018	7.203	12.742	3.073

¹⁾ Differenzen in den Summen durch Rundungen.

²⁾ Ohne Bildungsfinanzierung, Globaldarlehen an Geschäftsbanken, allgemeine Refinanzierung der Landesförderinstitute und Verbriefungen.

FÖRDERINITIATIVE „WOHNEN, UMWELT, WACHSTUM“ ERFOLGREICH FORTGESETZT.

Im Februar 2006 hatten Bund und KfW die gemeinsame Förderinitiative „Wohnen, Umwelt, Wachstum“ ins Leben gerufen. Sie ist Bestandteil eines Maßnahmenpakets der Bundesregierung für mehr Wachstum und Beschäftigung. Die Initiative war auch im Jahr 2007 ein Erfolg. Neben den Kreditprogrammen zur Förderung der kommunalen Infrastruktur umfasst sie auch die wohnwirtschaftlichen Förderprogramme der KfW. Das energieeffiziente Bauen und Sanieren bildet den Kern der Initiative. Im Jahr 2007 hat die KfW Förderbank im Rahmen dieser Initiative insge-

samt 220.000 Kredite über 15,8 Mrd. EUR zugesagt. Davon entfielen 218.000 Kredite über 12,7 Mrd. EUR auf die Finanzierung wohnungswirtschaftlicher Investitionen. Die beachtlichen Förderergebnisse zeigen zudem die hohe Bereitschaft deutscher Wohnungseigentümer, beides zu leisten: einen Beitrag zur Energieeinsparung und zum Klimaschutz. Und nicht zuletzt auch einen wesentlichen Beitrag zum nationalen Klimaschutzprogramm der Bundesregierung. Die KfW Förderbank unterstützt sie dabei.

FÖRDERUNG DES ENERGIEEFFIZIENTEN BAUENS UND SANIERENS.

Mit ihren Förderprogrammen „Energieeffizientes Bauen und Sanieren“ bewilligte die KfW Förderbank im Jahr 2007 Kredite über 5 Mrd. EUR. Die Aktivitäten wurden in diesem Jahr gleich in mehreren Bereichen erweitert und verbessert:

Zu Beginn des Jahres wurde z. B. das KfW-Programm zur CO₂-Gebäudesanierung um eine Zuschussvariante ergänzt. Private Besitzer von Ein- oder Zweifamilienhäusern erhalten seitdem Zuschüsse zu den förderfähigen Investitionskosten.

Außerdem können seit Ende Dezember Eigentümer von Ein- und Zweifamilienhäusern bei der KfW Förderbank auch einen Zuschuss für die Baubegleitung beantragen, wenn das Bauvorhaben entweder als Kredit- oder als Zuschussvariante des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms gefördert wird. Eine hohe Qualität der Förderprojekte bildet dabei einen wichtigen Erfolgsfaktor. Als Voraussetzung gilt grundsätzlich eine Sanierung auf Neubauniveau nach der Energieeinsparverordnung (EnEV) oder ein besseres Energieniveau.

Wegen der hohen Bedeutung für die Klimaschutzziele der Bundesregierung hat das Bundeskabinett im August in Meseberg beschlossen, das Programmpaket „Energieeffizientes Bauen und

Sanieren“ bis 2011 auf aktuellem Niveau fortzuführen. Darüber hinaus sollen im Rahmen des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms vorhandene Stadtstrukturen unter Beteiligung der Wohnungs- und Energiewirtschaft energetisch optimiert werden.

Die KfW Förderbank und das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung haben in zwei Studien Fördereffekte evaluieren lassen. Dabei handelt es sich um die Programme CO₂-Gebäudesanierung, Wohnraum Modernisieren (ÖKO-PLUS-Variante) und Ökologisch Bauen, die im Bereich „Energieeffizientes Bauen und Sanieren“ zusammengefasst sind. Die Evaluierung führten ein Wissenschaftskonsortium unter Leitung des Bremer Energie Instituts (BEI) sowie das Fraunhofer-Institut für Bauphysik durch. Die Studien kamen zu dem Ergebnis, dass allein die 2006 finanzierten Investitionen eine dauerhafte Reduzierung des CO₂-Ausstoßes von jährlich über 1 Mio. Tonnen bewirken. Zusammen mit den im Jahr 2007 geförderten Maßnahmen konnte so der jährliche CO₂-Ausstoß dauerhaft um etwa 1,6 Mio. Tonnen reduziert werden. Für das Jahr 2007 handelt es sich noch um eine vorläufige Schätzung. Zur ge-

naueren Bestimmung der CO₂-Minderungen im Jahr 2007 wird zurzeit ein weiteres wissenschaftliches Gutachten erstellt. Mit der Fortführung des Programms wird somit ein wesentlicher Beitrag zu den Meseberger Energie- und Klimabeschlüssen geleistet. Sie stellen damit einen unverzichtbaren Bestandteil der deutschen Klimaschutzanstrengungen dar, ohne den die internationalen Verpflichtungen nicht einzuhalten sind.

Innerhalb der KfW-Programme für „Energieeffizientes Bauen und Sanieren“ kommt dem CO₂-Gebäudesanierungsprogramm besonderes Gewicht zu. Denn drei Viertel der Sanierungsvorhaben betrafen die Heizungsmodernisierung, wobei in rd. einem Drittel dieser Fälle ein Biomasseheizkessel installiert wurde. Ferner wurden bei etwa 30% der Gebäude im Zuge der Modernisierungsmaßnahmen thermische Solaranlagen eingebaut. Die besonders klimaschädlichen Kohle- und Nachtspeicherheizungen wurden bei Modernisierung des Heizungssystems fast vollständig ausgetauscht. Eine Dämmung der Außenwände wurde bei 66% der Kreditnehmer finanziert. Im Ergebnis bewirken die im Jahr 2006 geförderten Sanierungsmaßnahmen eine Einsparung von über

40% des jährlichen Energiebedarfs. Dieses Programm steigert somit nicht nur die Energieeffizienz der Gebäude, sondern treibt auch den Ausbau der erneuerbaren Energien im Wärmesektor weiter voran.

Als weiteres Ergebnis verweist die Studie auf die positiven Effekte am deutschen Arbeitsmarkt: Mehr als 220.000 Arbeitsplätze – überwiegend in der mittelständischen Bauwirtschaft und im Handwerk – wurden im Jahr 2006 aufgrund der Investitionen gesichert.

Insgesamt zeigen die Ergebnisse der Studien, dass mit den Programmen aus dem Bereich „Energieeffizientes Bauen und Sanieren“ eine dreifache Rendite verbunden ist. Erstens wird der Ausstoß schädlicher Treibhausgase deutlich vermindert: Das schützt das Klima! Zweitens wird der Verbrauch teurer fossiler Brennstoffe wie Öl und Erdgas reduziert: Das reduziert wiederum die Energiekosten der Haushalte und macht Deutschland unabhängiger von sich stetig verteuerten Öl- und Gasimporten. Drittens regen die Sanierungsmaßnahmen die heimische Nachfrage an: Das schafft neue Arbeitsplätze speziell im mittelständisch geprägten Handwerk.

FÖRDERUNG DES SELBSTGENUTZTEN WOHN-EIGENTUMS.

Dem selbstgenutzten Wohneigentum kommt nach wie vor ein hoher Stellenwert bei der Förderung wohnungswirtschaftlicher Investitionen zu. Die eigene Immobilie wird vom Großteil der Bevölkerung als ein wichtiger Baustein zur privaten Altersvorsorge angesehen. Im Jahr 2007 vergab die KfW im Wohneigentumsprogramm 92.000 Kredite mit einem Volumen von 5,3 Mrd. EUR. Der Großteil der Kredite wurde für den Erwerb und die Modernisierung gebrauchter Eigenheime und Eigentumswohnungen eingesetzt. Trotz des Wegfalls der Eigenheimzulage und der verhaltenen Neubaukonjunktur konnte damit das Zusagevolumen gegenüber dem Vorjahr um ein Fünftel gesteigert werden.

Dem Wohneigentum kommt auch eine besondere Bedeutung für die Stadtentwicklung zu. Aus diesem Grund haben wir 2007 den jährlich stattfindenden KfW-Award dem Thema „Die Wiederentdeckung der Stadt – urbanes Wohnen in den eigenen vier Wänden“ gewidmet. Ausgezeichnet wurden wegweisende Neu- oder Umbauvorhaben privater Wohnungseigentümer, die sich in den vergangenen fünf Jahren für eine Innenstadtlage entschieden und somit die Aufwertung der Städte vorangetrieben haben. Nähere Informationen finden Sie unter: www.kfw-foerderbank.de.

KOMMUNALE INFRASTRUKTUR.

Eine gut ausgebaute kommunale Infrastruktur gilt als Voraussetzung für die wirtschaftliche Prosperität eines Landes. Neben den großen technischen Netzen wie Wasser und Abwasser, Energie und Verkehr tragen vor allem lokale soziale Infrastrukturen wie Kindertagesstätten, Schulen, Krankenhäuser oder auch Sport- und Kulturstätten zur Aufwertung eines Standortes bei. Daher bilden die Kommunen mit ihren Investitionen in die regionale Infrastruktur die Basis für das Wachstum in Deutschland.

Die KfW unterstützt die Kommunen bei ihren Investitionsvorhaben. Der „KfW-Kommunalkredit“ richtet sich an kommunale Investoren, um die genannten Infrastrukturmaßnahmen zu finanzieren. Das Programm „Kommunal Investieren“ fördert Unternehmen, die sich mehrheitlich im kom-

munalen Besitz befinden, während gemeinnützige Investoren mit dem KfW-Programm „Sozial Investieren“ finanzielle Beihilfen zur Verbesserung der sozialen Infrastruktur erhalten. Im Jahr 2007 wurden mit diesen drei Programmen über 1.600 Vorhaben mit einem Volumen von rd. 3,1 Mrd. EUR gefördert.

Um den Energieverbrauch weiter zu senken, wurde zu Beginn des Jahres die Förderinitiative „Wohnen, Umwelt, Wachstum“ weiterentwickelt. In den beiden Infrastrukturprogrammen „KfW-Kommunalkredit“ und „Sozial Investieren“ existiert nun eine weitere Variante „Energetische Gebäudesanierung“. Damit können Maßnahmen zur Senkung des CO₂-Ausstoßes von Gebäuden zu besonders günstigen Konditionen finanziert werden.

GEWERBLICHER UMWELT- UND KLIMASCHUTZ.

Mit dem ERP-Umwelt- und Energiesparprogramm sowie dem KfW-Umweltprogramm unterstützt die KfW Investoren aus Industrie und Gewerbe beim Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz. Die mitfinanzierten Vorhaben reichen von Maßnahmen zur Energieeinsparung über die Nutzung erneuerbarer Energien bis hin zu Investitionen zur Luftreinhaltung, Abwasserreinigung und Abfallvermeidung. Im Jahr 2007 belief sich das Kreditzusagevolumen für beide Programme auf insgesamt 4,5 Mrd. EUR. Das entsprach gegenüber dem Vorjahr einem Zuwachs von rd. 12%.

Um die Schadstoffbelastungen im Straßenverkehr zu reduzieren, hat die KfW 2007 einen zusätzlichen Förderschwerpunkt gesetzt. Dieser betrifft die Anschaffung emissionsarmer schwerer Nutzfahrzeuge. Seit dem 1. September 2007 unterstützt die KfW Förderbank den Kauf neuer LKW ab einem zulässigen Gesamtgewicht von 12 t. Die Fahrzeuge müssen ausschließlich für den

Güterkraftverkehr bestimmt sein und bei ihrer ersten verkehrsrechtlichen Zulassung in der Bundesrepublik Deutschland den aktuell geltenden Emissionsstandard (Euro IV) übertreffen. Die Förderung erfolgt entweder in Form von zinsgünstigen Krediten aus dem ERP-Umwelt- und Energiesparprogramm zusammen mit Zinsverbilligungen des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung oder alternativ über nicht rückzahlbare Zuschüsse des BMVBS. Den Eigentümern oder Haltern schwerer Nutzfahrzeuge wird damit in beiden Fällen ein Anreiz gegeben, trotz Mehrkosten möglichst frühzeitig ihre Fahrzeugflotte durch emissionsarme Fahrzeuge zu modernisieren. Mit Erfolg: In den ersten vier Monaten wurden bereits rd. 25.100 LKW durch das neue Förderprogramm finanziert. Aufgrund der hohen Nachfrage nach dem Förderprogramm und der Begrenztheit der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel sah sich die KfW im Januar 2008 ver-

anlasst, die Zusagen bis auf weiteres auszusetzen. Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung arbeitet mit dem Bundesfinanzministerium und den Koalitionsfraktionen an einer Lösung, um die Förderung fortzuführen.

Um die Steigerung der Energieeffizienz in kleinen und mittleren Unternehmen gezielt zu unterstützen, startete die KfW gemeinsam mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie im ersten Quartal 2008 den „Sonderfonds

Energieeffizienz in KMU“. Dieses Programm verbindet Beratung und Finanzierung eng miteinander: Um besser über betriebliche Energieeinsparpotenziale zu informieren, gewährt die KfW Zuschüsse für die Durchführung qualifizierter Energieberatungen. Um Anreize für Investitionen in die gewerbliche Energieeinsparung zu schaffen, stellt die KfW verbilligte Darlehen aus dem neuen ERP-Energieeffizienzprogramm zur Verfügung.

FÖRDERUNG DER ERNEUERBAREN ENERGIEN ALS QUERSCHNITTSAUFGABE.

Die KfW Förderbank unterstützt den Ausbau der erneuerbaren Energien gleich mit einer ganzen Reihe von Förderprogrammen. Sie alle haben zum Ziel, den Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase zu senken, neue Arbeitsplätze zu schaffen und Deutschlands Importabhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu senken. Daher wurden im Jahr 2007 für die Förderung erneuerbarer Energien zinsgünstige Darlehen in Höhe von insgesamt 3,8 Mrd. EUR zugesagt. Das entspricht einer Steigerung des Darlehensvolumens um nahezu ein Fünftel gegenüber dem Vorjahreswert.

Die erneuerbaren Energien im Wärmebereich bilden eines der wichtigsten Elemente auf dem Weg zur nachhaltigen Energieversorgung.

Um dieses Ziel schneller zu erreichen, hat das Bundeskabinett am 5. Dezember 2007 beschlossen, das Marktanzreizprogramm für erneuerbare Energien deutlich aufzustocken und auszuweiten. Das Programm besteht aus einer KfW-Komponente – namentlich dem KfW-Programm Erneuerbare Energien – und einer Komponente des

Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA). Schon heute bildet es das zentrale Instrument zur Förderung des Ausbaus erneuerbarer Energien im Wärmesektor. Für das Marktanzreizprogramm stehen 2008 bis zu 350 Mio. EUR zur Verfügung (2007: 213 Mio. EUR). Ab 2009 stellt der Bund sogar bis zu 500 Mio. EUR bereit. Dank der Ausweitung und der zusätzlichen Haushaltsmittel kann die KfW die Förderung für Tiefengeothermie und Wärmenetze im Jahr 2008 deutlich verbessern. Die im letzten Jahr eingeführte Förderung großer Solarkollektoren für Warmwasser, Raumheizung, Prozesswärme oder Kälterzeugung wird ebenfalls weitergeführt. Für besonders emissionsarme Biomasseheizungen erhalten Besitzer einen Bonus. Aber auch die bisherige Förderung für wärmegeführte KWK-Biomasseanlagen und große innovative Wärmespeicher wird ausgeweitet. Darüber hinaus sollen Anlagen zur Aufbereitung von Biogas auf Erdgasqualität sowie Biogasleitungen für unaufbereitetes Biogas zukünftig gefördert werden.

KLIMASCHUTZFONDS.

Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union haben im Jahr 2007 der EU-Kommission ihre nationalen Allokationspläne für die zweite Phase des Europäischen Emissionshandels vorgelegt. Nach intensiven Verhandlungen sehen die Pläne zum Teil erhebliche Kürzungen gegenüber der ersten Phase vor. Dies betrifft vor allem die Energiebranche, aber auch die vom Emissionshandel erfassten Industriesektoren. Die Zuteilung der Emissionsberechtigungen erfolgt erstmals nicht mehr kostenlos. In Deutschland werden zunächst 40 Mio. Berechtigungen am Markt verkauft bzw. spätestens ab 2010 versteigert. Mit der Abwicklung des Verkaufs hat die Bundesregierung die KfW beauftragt.

Die Nutzung von Emissionsgutschriften ausländischer Projekte erhöht den Handlungsspielraum der Unternehmen erheblich. Alle Mitgliedsstaaten haben diese Möglichkeit in ihren Allokationsplänen eingeräumt. In Deutschland können 20% der nachzuweisenden Emissionsberechtigungen durch ausländische Gutschriften abgegolten werden. Das entspricht einem Volumen von 90 Mio. t CO₂ pro Jahr. In der gesamten EU können rd. 280 Mio. t CO₂ durch Gutschriften abgegolten werden. Damit übernehmen diese Zertifikate in Zukunft eine wichtige Rolle in der CO₂-Strategie der Unternehmen.

Die KfW hat die Käufe solcher Gutschriften im Jahr 2007 weiter ausgebaut. Sie handelt dabei im Interesse von Unternehmen, die auf diese Weise ihren Verpflichtungen im Rahmen des Europäischen Emissionshandels nachkommen. Damit stellt sich die KfW als Dienstleister insbesondere für solche Unternehmen zur Verfügung, die selbst keinen Zugang zu Auslandsprojekten haben bzw. die keine eigenen Kapazitäten hierfür aufbauen wollen.

Die erste Tranche des KfW-Klimaschutzfonds mit einem Volumen von rd. 84 Mio. EUR wurde bis zum Jahresende 2007 vollständig mit Projekten belegt, die bis 2012 rd. 8,2 Mio. Gutschriften für

die beteiligten Unternehmen liefern werden. Insgesamt wurden im Jahr 2007 rd. 10 Mio. Emissionsgutschriften erworben. Sie fördern rd. 30 Projekte, die vorrangig in den Bereichen erneuerbare Energien und Energieeffizienz angesiedelt sind. Der Verkauf der Gutschriften bietet eine wichtige Einnahmequelle, ohne die solche Vorhaben in der Regel nicht möglich wären. Gemeinsam mit der Europäischen Investitionsbank (EIB) wurde 2007 ein zweites Kaufprogramm aufgelegt. Es umfasst ein Volumen von 100 Mio. EUR. Die gesamte Umsetzung des Programms soll bis Ende 2008 abgeschlossen werden.

Die weitere Entwicklung des Marktes hängt entscheidend von seinen Perspektiven über das Jahr 2012 hinaus ab. Während von der Klimakonferenz in Bali im Dezember 2007 noch keine eindeutigen Signale ausgingen, hat sich die EU-Kommission mehrfach zu einer Fortsetzung des Emissionshandels über das Jahr 2012 hinaus bekannt. Die KfW und EIB haben gemeinsam mit weiteren europäischen Förderbanken die Gründung des Post 2012 Carbon Funds beschlossen. Dieser Fonds kauft gezielt Emissionsgutschriften auf, die in den Jahren nach 2012 generiert werden. Er wird im Frühjahr 2008 die Arbeit aufnehmen. Der Fonds bietet einerseits Umweltprojekten die dringend erforderliche Planungssicherheit, andererseits geht von ihm ein klares, vertrauensbildendes Signal an die kommerziellen Akteure am Markt aus.

Bereits heute unterstützt die KfW mit ihren Aktivitäten das Klimaschutzprogramm der Bundesregierung und unterstützt die deutsche und europäische Wirtschaft bei der Anwendung der marktwirtschaftlichen Instrumente des Kyoto-Protokolls. Die KfW wird darum ihre Kaufaktivitäten auch in den kommenden Jahren weiter entwickeln und sich dabei insbesondere in innovativen Bereichen engagieren.

BILDUNG – KfW-STUDIENKREDIT HAT SICH ETABLIERT.

Die KfW verfügt in der Bildungsfinanzierung über ein breites Angebot: Neben dem so genannten „Meister-BAFöG“, dem Bildungskredit sowie den BAFöG-Bankdarlehen fällt dem KfW-Studienkredit besondere Bedeutung zu. Auch im Jahr 2007 machte der Studienkredit den größten Anteil der KfW-Bildungsfinanzierung aus, über 18.000 Studierenden wurde der KfW-Studienkredit zugesagt. Somit finanzieren seit dem Start des Programms im April 2006 insgesamt rd. 37.000 Studierende in Deutschland ihre Lebenshaltungskosten mithilfe der KfW Förderbank. Mit dem Studienkredit werden Bildungschancen verbessert und Studienzeiten verkürzt, da er den jungen Menschen die Finanzierung ihres Studiums erleichtert. Die KfW bietet den Studienkredit unabhängig von Studienfach und Einkommen der Eltern an. Mit einem monatlichen Betrag von 100 bis 650 EUR für maximal zehn Semester ergänzt er die klassischen Finanzierungsquellen wie etwa Zuwendungen der Eltern, BAFöG oder Stipendien. Studierende erhalten zudem die Möglichkeit, sich ausschließlich auf ihr Studium konzentrieren zu

können, ohne sich durch oft studiumverlängernde Nebentätigkeiten ihren Lebensunterhalt verdienen zu müssen.

Im Auftrag einiger Bundesländer stellt die KfW Förderbank darüber hinaus ein Angebot zur Finanzierung von Studienbeiträgen bereit. Im Berichtsjahr wurden Verträge mit zwei weiteren Bundesländern unterzeichnet, so dass 2007 in Bayern, Niedersachsen, Hamburg und dem Saarland insgesamt rd. 11.000 Studienbeitragsdarlehen vergeben wurden.

Durch die Einführung des KfW-Studienkredits verlagerte sich die Nachfrage weg vom Bildungskredit, der Studierende am Ende ihres Studiums fördert. Die Zusagen gingen hier um mehr als die Hälfte auf rd. 7.900 zurück.

Das gesamte Fördervolumen im Bereich Bildungsfinanzierung belief sich im Jahr 2007 auf 1,3 Mrd. EUR. Seit Beginn der Bildungsfinanzierung durch die KfW wurden Kredite in Höhe von 7,2 Mrd. EUR zugesagt. Fast 580.000 Schüler, Studenten und Fachkräfte nahmen die Angebote seither in Anspruch.

ZUSAMMENARBEIT MIT LANDESFÖRDERINSTITUTEN.

Bereits seit Jahren arbeitet die KfW intensiv und vertrauensvoll mit den Förderinstitutionen der Bundesländer zusammen. Sie verfolgt damit das Ziel, die Bundes- und Landesförderung zu bündeln, die Förderlandschaft transparenter zu machen und die Attraktivität für den Endkreditnehmer zu steigern. Globaldarlehen dienen unter anderem der Vergünstigung von Fördermaßnahmen, beispielsweise zur Schaffung von Wohnraum, Infrastruktur und energieeffizienter Sanierung von Gebäuden. Die KfW Förderbank hat mit elf Landesförderinstituten im Berichtsjahr 28 Verträge mit einem Volumen von 7,4 Mrd. EUR geschlossen und konnte damit bisher ein Gesamtvolumen von 28,9 Mrd. EUR erreichen.

Zu den Aktivitäten der Förderbank gehört auch eine intensive und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Landesförderinstituten. Neben der programm-basierten „KfW-Refinanzierung“ bieten wir ihnen auch Refinanzierung für ihre Förderzwecke im Rahmen der so genannten „Allgemeinen Refinanzierung“ an. So wird auch hier Bundes- und Landesförderung gebündelt und effektiver gestaltet. Diese „Allgemeine Refinanzierung“ wurde 2007 stark in Anspruch genommen: Mit 8,3 Mrd. EUR haben wir die Zusagen 2007 gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt. Die Akzeptanz dieses KfW-Refinanzierungsangebotes gestaltete sich besonders bei den Landesförderinstituten der neuen Bundesländer sehr positiv. Auf sie entfielen 2,5 Mrd. EUR des Globaldarlehensvolumens.

VERTIEFUNG DER ZUSAMMENARBEIT MIT OSTEUPÄISCHEN FÖRDERBANKEN.

Im Juli 2007 unterzeichnete die KfW eine Vereinbarung mit der polnischen, lettischen und der estnischen Förderbank. Die KfW wird diese Förderbanken und ihre jeweiligen Regierungen bei der Strukturierung und Umsetzung von breitenwirksamen Kreditprogrammen zur Förderung von Energieeffizienzinvestitionen im Wohnungsbestand beraten. Zur Finanzierung dieser Kreditprogramme können die neuen EU-Mitgliedsstaaten

seit Anfang des Jahres erstmals EU-Strukturfondsmittel nutzen. Durch solche Fonds kann eine nachhaltige Nutzung der Fördermittel in Verbindung mit attraktiven Darlehensbedingungen erzielt werden. Sollten die Förderbanken bzw. Regierungen solche breitenwirksamen Förderprogramme auflegen, würden die Energieeinsparungen im mittel- und osteuropäischen Wohnungsbestand einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten.

GLOBALDARLEHEN DER KfW FÖRDERBANK ZUKÜNFTIG MIT FOKUS „KLIMASCHUTZ“.

2007 wurden Globaldarlehen in Höhe von insgesamt 1,9 Mrd. EUR an Geschäftsbanken in Deutschland und Westeuropa vergeben. Zukünftig stehen dabei im gesamten Globaldarlehensgeschäft die KfW-Förderthemen CO₂-Reduktion und Energieeffizienz im Vordergrund. Denn viele

Banken in Europa wollen sich stärker in diesem Bereich engagieren. Daher unterstützt die KfW die Kreditgeber durch ihre Refinanzierungsangebote und ihre langjährige Erfahrung in der Umweltförderung.

FINANZIERUNGSFAZILITÄTEN DER EU IN MITTEL- UND OSTEUROPA: ENERGIEEFFIZIENZ IM FOKUS.

Die Zusammenarbeit von Europäischer Kommission, Entwicklungsbank des Europarates (CEB) und KfW wurde im Jahr 2007 durch die Entwicklung eines Energieeffizienzprogramms weiter vertieft. Ergänzend zu der bereits bestehenden Finanzierungsoption für kommunale Infrastruktur sollen durch die neue Fazilität insbesondere Investitionen zur rationellen Energienutzung und zur CO₂-Einsparung finanziert werden. Das Programm wird in Rumänien, Bulgarien und Kroatien eingesetzt. Es besteht aus Globaldarlehen mit

EU-Zuschüssen. Ein Rahmenvertrag mit der Europäischen Kommission und der CEB wurde über ein Kreditvolumen von 92 Mio. EUR und ein Zuschussvolumen von 23 Mio. EUR im März 2007 unterzeichnet.

Auch die EU-Finanzierungsfazilität für kommunale Infrastrukturvorhaben entwickelte sich erfolgreich. Insgesamt wurden bereits zwölf Projekte mit einem Globaldarlehensvolumen von 185 Mio. EUR und 18 Mio. EUR Zuschüssen umgesetzt.

VERBRIEFUNGEN.

Trotz der Krise auf dem Verbriefungsmarkt konnte die KfW Förderbank im Gesamtjahr 2007 vier Transaktionen mit einem Volumen in Höhe von rd. 8,9 Mrd. EUR abschließen. Zwei Transaktionen wurden im zweiten Halbjahr 2007 durchgeführt.

Seit dem Jahr 2001 wurden über die Plattform für synthetische Verbriefung PROVIDE insgesamt in 42 Transaktionen die Risiken von rd. 1,2 Mio. Immobilienkrediten mit einem Kreditvolumen in Höhe von rd. 75,9 Mrd. EUR an den Kapitalmarkt transferiert. Bei den verbrieften Banken entstanden dadurch erhebliche Spielräume für die Neukreditvergabe an ihre Kunden, ohne dass dabei die Kundenbeziehungen durch die synthetische Verbriefung beeinträchtigt wurden. Denn bei den synthetischen Kreditverbriefungen der KfW verbleiben die verbrieften Kredite auf den Bankbilanzen. Lediglich die Kreditrisiken werden an den Kapitalmarkt weitergereicht.

Insgesamt wiesen die Verbriefungen der KfW Förderbank eine überwiegend gute Performance auf. Denn den Transaktionen liegen Kredite zugrunde, die deutsche und europäische Banken an ihre Kunden im privaten Wohnungsbau und in der Infrastrukturfinanzierung nach sehr soliden Kreditvergabestandards ausgereicht haben. Entsprechend niedrig gestalteten sich auch die Ausfallraten. Bislang haben sich die Verluste aus den zugrundeliegenden Kreditportfolios im Bereich

der First Loss Pieces bewegt. Über alle Transaktionen betrachtet bewegen sich die Verluste insgesamt im Bereich der Erwartungen. Mehrheitlich zeichnen sich die PROVIDE-Transaktionen durch eine hohe Ratingstabilität aus. In Deutschland zeigte sich der Immobilienmarkt zudem resistent gegen Überhitzungserscheinungen, die auf anderen Immobilienmärkten in den letzten Jahren zu beobachten waren. Dies wirkte sich unterstützend auf PROVIDE-Transaktionen aus, denen vor allem deutsche Hypothekarkredite zugrunde liegen.

Für das Jahr 2008 rechnet die KfW Förderbank neben der bewährten Verbriefung von Immobilienkrediten mit einem Bedarf bei Public-Private-Partnership-Vorhaben sowie mit Verbriefungen in den Feldern erneuerbare Energien, Umwelt- und Ressourcenschutz. Als Voraussetzungen für die Etablierung neuer Assetklassen auf den KfW-Verbriefungsplattformen gelten jedoch, dass die Investoren einerseits erneut Vertrauen fassen und die Banken andererseits ihre Verbriefungstransaktionen wieder zu akzeptablen Konditionen am Kapitalmarkt platzieren können. Die KfW wird die Plattformen für synthetische Verbriefung weiter flexibilisieren und verstärkt auch Transaktionen mit kleineren Losgrößen fördern, um die Kreditvergabe an ihre Kundengruppen weiter zu unterstützen.

Förderung der deutschen und europäischen Wirtschaft durch die KfW Förderbank

Zusagen in Mio. EUR¹⁾

Programme	2006	2007	Finanziert werden
Fördervolumen KfW Förderbank	35.548,1	43.526,0	
1. Förderkredite KfW Förderbank	27.906,6	34.592,6	
a) Umweltschutzinvestitionen	4.609,6	7.203,1	
■ KfW-Umweltprogramm	1.185,2	1.507,3	Umweltschutzvorhaben
■ ERP-Umwelt- und Energieeinsparprogramm	2.870,5	3.031,3	Umweltschutzvorhaben in Deutschland
■ Solarstrom Erzeugen/KfW-Programm zur Förderung erneuerbarer Energien	553,8	415,5	Photovoltaik-Anlagen/Maßnahmen zur Förderung erneuerbarer Energien
■ Anschaffung emissionsarmer Nutzfahrzeuge	-	2.249,1	Emissionsarme LKW
b) Wohnungswirtschaft	15.147,4	14.642,4	
■ Wohnraum Modernisieren	3.868,6	3.278,3	Modernisierung und Instandsetzung von Wohnraum
■ KfW-Wohneigentumsprogramm	4.397,3	5.262,5	Bau und Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum
■ CO ₂ -Gebäudesanierungsprogramm	3.472,2	2.100,5	Maßnahmenpakete zur CO ₂ -Einsparung in Wohngebäuden des Altbaubestandes
■ Ökologisch Bauen	2.208,6	2.101,2	Neubau von Energiesparhäusern
■ Globaldarlehen Wohnungswirtschaft in Deutschland und Europa	1.200,0	1.900,0	Globaldarlehen an Banken zur Finanzierung von wohnwirtschaftlichen Investitionen
c) Kommunale Infrastruktur	3.211,7	3.111,8	
■ KfW-Kommunalkredit/ Sozial Investieren/Kommunal Investieren	3.167,9	3.044,4	Infrastrukturmaßnahmen von Kommunen, gemeinnützigen Organisationen und kommunalen Unternehmen
■ KfW-Kommunalkredit/Sozial Investieren energetische Sanierung	-	28,5	Energetische Sanierung und Energieeinsparung an Gebäuden von Kommunen, gemeinnützigen Organisationen und kommunalen Unternehmen
■ Globaldarlehen Infrastruktur Ausland	43,8	39,0	Globaldarlehen an Förder- und Geschäftsbanken in Europa
d) Bildung	1.341,8	1.314,3	Aus- und Weiterbildung
e) Globallinien an Landesförderinstitute	3.596,0	8.321,0	Globaldarlehen zur Refinanzierung der Landesförderinstitute
2. Verbriefungen KfW Förderbank	7.641,5	8.933,4	Absicherung und Verbriefung von Hypothekarkrediten

¹⁾ Differenzen in den Summen durch Rundungen.

FINANZIERUNGSBERATUNG.

Im Zentrum des Beratungsangebotes der KfW Förderbank stehen Privatkunden und Geschäftspartner. Mit Informationen über das Internet, dem telefonischen Kontakt über unser Infocenter

und dem persönlichen Gespräch in den Beratungszentren nutzt die KfW alle Wege, um über ihre Förderprogramme und Finanzierungsmöglichkeiten zu informieren.

SPEZIELLE BERATUNGSLEISTUNGEN FÜR KOMMUNALE KUNDEN UND DIE WOHNUNGSWIRTSCHAFT.

Die gemeinsam von Bundesregierung und KfW getragene Förderinitiative „Wohnen, Umwelt, Wachstum“ ging 2007 in das zweite Jahr. In der Wohnungswirtschaft und dem kommunalen Bereich verstärkte die KfW Förderbank damit die intensive Betreuung wichtiger Kunden. Das umfassende Beratungs- und Betreuungsangebot spricht sowohl Kommunen und ihre Eigengesellschaften, kommunale Zweckverbände, Wohnungs- und andere kommunale Unternehmen sowie Träger von Wohn- und Pflegeheimen als auch Wohnungs- und Immobilienverwalter an. Die Einführung der Förderfenster „Energetische Gebäudesanierung“ in den Programmen „Sozial Investieren“ und „KfW-Kommunalkredit“ sowie die Einführung der Zuschussvariante im CO₂-Ge-

bäudesanierungsprogramm erhöhten den Informationsbedarf in der Zielgruppe deutlich.

Für diese Kunden führte die KfW im Jahr 2007 zu Informationszwecken bundesweit rd. 200 Regionalkonferenzen und Vortragsveranstaltungen durch. Dort stellte sie auch den unmittelbaren Kontakt zwischen Kreditexperten und Investoren her. In mehr als 40 Bankenworkshops mit Kreditinstituten unterstützte die KfW Förderbank zudem die Zusammenarbeit mit den Vertriebspartnern in den Förderprogrammen für die Wohnungswirtschaft und Infrastruktur. Insgesamt ergab sich damit gegenüber 2006 fast eine Verdoppelung der Anzahl durchgeführter Veranstaltungen.

INTERNETANGEBOTE DER KfW BANKENGRUPPE.

Schon seit Jahren nutzt die KfW das Internet zur aktuellen Erstinformation ihrer Kunden und Partner. Die gute Akzeptanz dieses Angebots spiegelt sich in der erneut gestiegenen Zahl der Zugriffe wider. So registrierte die KfW im Jahr 2007 rd. 12,5 Mio. Besucher der Internetseiten. Das entsprach einem Anstieg um 20%. Fast 90% der mehr als 87 Mio. (+ 10%) Seitenaufrufe entfielen auf das Fördergeschäft (Förderbank, Mittelstandsbank und Beraterforum). Unter der Adresse www.kfw-foerderbank.de finden die Besucher alle Informationen zu den Bereichen Bauen, Wohnen, Energiesparen, Umweltschutz, Bildung und Infrastruktur. Neben der großen Nachfrage

nach den wohnwirtschaftlichen Förderprogrammen sorgte insbesondere das nach wie vor große Interesse am KfW-Studienkredit für hohe Zugriffszahlen. Darüber hinaus stehen unter der Adresse www.kfw-beraterforum.de Geschäftspartnern im KfW-Beraterforum exklusive Informationen zur Verfügung.

Die Nutzerfreundlichkeit des gesamten Internetangebots der KfW soll noch einmal erhöht werden. So präsentiert sich die KfW Förderbank zu Beginn des Jahres 2008 als erstes der insgesamt sechs Portale der KfW Bankengruppe mit einer optimierten Benutzerführung in neuem Design.

KFW-INFOCENTER FÜR DIE TELEFONISCHE BERATUNG.

Im Jahr 2007 führten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Infocenters insgesamt 580.000 telefonische Beratungen der Kunden und Geschäftspartner durch. Das Themenfeld „Wohn-

bau“ war mit rd. 280.000 Telefonkontakten sehr stark frequentiert, ebenso der Bereich „Bildungsförderung“ mit über 300.000 Anrufen.

ENERGIEEFFIZIENZBERATUNG FÜR KMU.

Nicht nur die Untersuchungen der KfW Förderbank zeigten deutlich, dass sich vor allem kleinere und mittlere Unternehmen der enormen Energieeinsparpotenziale in ihren Betrieben oft gar nicht bewusst sind. Hier setzt ein neues Beratungsangebot der KfW Förderbank im Rahmen des „Sonderfonds Energieeffizienz“ an, das ab Anfang 2008 fachkundige und unabhängige Energieberatungen in zwei Stufen (Initial- und Detailberatungen) för-

dert. Ziel ist es, die Unternehmen bei der Erschließung dieser Energieeinsparpotenziale zu unterstützen. Sie münden in konkrete Vorschläge für wirtschaftlich sinnvolle Energieeffizienzmaßnahmen. Das Programm bildet einen Teil des Aktionsplans der Bundesregierung für Klimaschutz und Energiepolitik. Es wird im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie mit Mitteln des Bundes durchgeführt.

PERSÖNLICHE BERATUNG.


Mit den Beratungszentren in Berlin, Bonn und Frankfurt bietet die KfW ihren Kunden zusätzlich die Möglichkeit zu einer persönlichen Finanzierungsberatung vor Ort. Im Berichtsjahr ließen sich 1.350 Kunden von KfW-Experten zu den Programmen der KfW Förderbank direkt beraten. Auch auf

Fachmessen für Bauen und Wohnen sowie auf bundesweiten Schulungs- und Informationsveranstaltungen standen Experten der KfW Förderbank zu Einzelgesprächen mit Bauherren, Architekten, Energie- und Bankberatern bereit.

Stark im internationalen Wettbewerb der Finanzdienstleister.

Die KfW IPEX-Bank GmbH ist für das Geschäftsfeld Export- und Projektfinanzierung der KfW zuständig. Dieses Geschäftsfeld umfasst Export- und Projektfinanzierungen, Akquisitions- und sonstige Unternehmensfinanzierungen zugunsten von Unternehmen aus Deutschland und anderen europäischen Staaten sowie Infrastrukturfinanzierungen weltweit. Auf diese Weise unterstützt die Bank, dem gesetzlichen Auftrag an die KfW folgend, Vorhaben, die im Interesse der deutschen und übrigen europäischen Wirtschaft sowie im Interesse der europäischen Staatengemeinschaft liegen, mit marktgemäßen, im Wettbewerb mit anderen internationalen Banken und anderen Finanzierungsinstitutionen angebotenen Produkten.

Die KfW IPEX-Bank tritt seit dem 1. Januar 2008 als rechtlich selbstständiges Tochterunternehmen der KfW auf. Mit beinahe 50 Jahren Präsenz im internationalen Markt für Export-, Projekt- und Unternehmensfinanzierungen setzt sie als Relationship-Bank auf langfristige Partnerschaft mit ihren Kunden weltweit.

A man in a dark suit and tie stands on an airfield next to a large jet engine. The engine is white with orange and red stripes. The man is looking towards the camera with a slight smile. The background shows the fuselage of an airplane with red and white stripes.

Ein Chefsingenieur, bei dem europäische Produkte gut landen.

Eine sichere Finanzierung gehört zu den Startvorbereitungen eines guten Geschäfts. Ganz besonders in der Luftfahrtbranche. Die KfW IPEX-Bank arrangierte und finanzierte zusammen mit einer anderen Bank 22 von insgesamt 43 Airbus-Flugzeugen, die Indian Airlines Ende 2005 bestellte. Bis Januar dieses Jahres wurden davon bereits zwölf Flugzeuge ausgeliefert. Die mittlerweile unter dem Dach der National Aviation Company of India fusionierte Fluglinie erhielt so den nötigen finanziellen Schub zur Expansion. Schließlich pflegen die KfW IPEX-Bank und die Airline bereits seit über 30 Jahren eine partnerschaftliche Zusammenarbeit. Die Finanzierung umfasst Anschaffungskosten für Flugzeuge, Triebwerke und Ersatzteile.



Ein guter Teil des Finanzierungspakets wurde inzwischen bei internationalen Banken erfolgreich platziert. Die dringend für den stark wachsenden indischen Markt benötigten Flugzeuge beflügeln vor allem aber auch die deutsche Wirtschaft. Denn die Typen Airbus A319 und A321 werden im Hamburger Airbus-Werk endmontiert, technisch abgenommen und von dort auch an die Kunden ausgeliefert. Herr Raghunathan, Executive Director Engineering, weiß zu genau, dass in der Fliegerei Komponenten die höchsten Sicherheitsstandards erfüllen müssen. Die KfW IPEX-Bank konnte hier mit einer erstklassigen Finanzierung ein für alle Beteiligten hervorragendes Geschäft landen.

Ein Stahlmanager, bei dem Interessen vieler Länder miteinander verschmelzen.



Ein gutes Produktionsverfahren erkennt man daran, dass es wie aus einem Guss funktioniert. Im nagelneuen Stahlwerk SeverCorr in Columbus, Mississippi, setzte Manager John Correnti diese Maxime wörtlich um. Denn der Stahl wird dort nicht zu Brammen vergossen, die erst abkühlen und dann mit extrem hohem Energieaufwand im Walzwerk wieder aufgeheizt werden müssen. Bei SeverCorr kann der frische Stahl sofort verarbeitet werden. Ermöglicht wird dieses effiziente Verfahren durch feinste deutsche Hütten- und Walzwerkstechnik aus dem Hause SMS Demag. Bei dem Elektrolichtbogenstahlwerk, das aus einem Joint Venture zwischen Severstal, Russland, und Steelcorr, USA, entstand, handelt es sich schließlich um



eine der modernsten Anlagen Amerikas. Ihre Finanzierung erfolgte unter Führung der GE Commercial Finance Corporate Lending. Aufgrund der umfangreichen deutschen Lieferungen beteiligte sich die KfW an diesem Projekt mit Zusagen in Höhe von über 213 Mio. USD. Das moderne Werk soll Qualitätsflachstahl für die ansässige Autoindustrie herstellen. Zum Produktionsstart im Oktober 2007 produzierte das Werk bereits Flachstahl in einem Volumen von 60.000 Tonnen. John Correnti, einer der beiden Namensgeber des Unternehmens, blickt stolz auf das Geleistete zurück. Eine starke Finanzierung kann eben viele Unternehmen über Grenzen hinweg zusammenschweißen.

GÜTERWAGGONLEASING IN RUSSLAND, SCHWEIZERISCH-RUSSISCHES JOINT VENTURE.

In Russland werden mehr als 80% des Güterverkehrs auf der Schiene abgewickelt. 70% der Wagen sind Eigentum der russischen Staatsbahn RZD. Mit einem durchschnittlichen Alter von rd. 25 Jahren muss die Flotte jedoch dringend modernisiert werden. In einem Joint Venture wollen die schweizerische AAE Cargo und die russische VKM-Gruppe nun diese Chance nutzen: Mit Unterstützung der KfW IPEX-Bank konnten die beiden Unternehmen unter dem Namen „Ortanio“ knapp 1.100 neue Güterwagen im Wert von insgesamt 65 Mio. USD kaufen und an die Staatsbahn RZD verleasen.



SCHIFFSFINANZIERUNG FÜR DEUTSCHE REEDEREI.

Die Hapag-Lloyd AG hat einen von der KfW IPEX-Bank zusammen mit anderen Banken arrangierten KEIC-gedeckten Kredit über 660 Mio. USD erhalten. Damit finanziert sie den Kauf von sechs Containerschiffen. Die Frachter mit einer Kapazität von 8.750 Containern werden bei der Hyundai-Werft in Südkorea gefertigt. Die Auslieferung erfolgt voraussichtlich in der ersten Jahreshälfte 2010. Das deutsche Unternehmen zählt zu den führenden Reedereien der internationalen Containerschifffahrt. Mit einer Flotte von mehr als 140 Schiffen verkehrt Hapag-Lloyd auf praktisch allen Handelsrouten der Welt.



FRAPORT ÜBERNIMMT FLUGHAFENTERMINALS IN ANTALYA.

Die KfW IPEX-Bank beteiligt sich an einer von Unicredit, WestLB und Garantibank strukturierten und teilweise mit einer DIA-Deckung besicherten Finanzierung für den Flughafen Antalya. Finanziert wird der Erwerb einer bis 2019 laufenden Konzession zum Betrieb der Terminals, ausgenommen Terminal 2, durch ein von der Fraport AG geführtes Konsortium. Das Finanzierungspaket über 600 Mio. EUR besteht aus einer besicherten Tranche über 195 Mio. EUR, einer zusätzlich DIA-gedeckten Tranche über 390 Mio. EUR und einer nicht syndizierten Working-Capital-Fazilität über 15 Mio. EUR.



DEUTSCHE TECHNOLOGIE FÜR UKRAINISCHE BRAUEREI.

Aus einer Privatisierung in den 90er-Jahren entstand die ukrainische Brauerei Obolon – die sich bis heute zum Marktführer in der Ukraine entwickelt hat. Mit 12 Mio. Hektolitern Ausstoß im Jahr 2007 liegt Obolon knapp vor den lokalen Töchtern der westlichen Biergiganten Inbev und Carlsberg. Alle wesentlichen technischen Anlagen stammen von deutschen Maschinenbauern. Um auch kleineren deutschen Exporteuren Finanzierungsmöglichkeiten zu verschaffen, hat die KfW IPEX-Bank im Januar 2007 einen Hermes-gedeckten Kreditrahmen von 28 Mio. EUR mit Obolon abgeschlossen. Aus diesem konnten bis Ende 2007 fünf Einzelaufträge deutscher Exporteure finanziert werden.

EIN IN DOPPELTER HINSICHT SEHR ERFOLGREICHES GESCHÄFTSJAHR.

Das Neugeschäft der KfW IPEX-Bank erreichte zum Jahresende ein Volumen von 16,1 Mrd. EUR. Maßgeblichen Anteil an diesem sehr guten Ergebnis hatten einige große Transaktionen. Vor allem die Geschäftssparten Schifffahrt, Grundstoff-

industrie, Energie und Verkehr trugen dazu bei. Gleichzeitig wurden alle Schritte auf dem Weg zur rechtlichen Selbstständigkeit erfolgreich und planmäßig zurückgelegt.

DER AUSGRÜNDUNGSPROZESS ZUR RECHTLICHEN SELBSTSTÄNDIGKEIT IST VOLLENDET.

Aufgrund des Förderbankenneustrukturierungsgesetzes aus dem Jahr 2003 musste die KfW die internationale Projekt- und Exportfinanzierung bis spätestens zum 1. Januar 2008 in eine rechtlich selbstständige Bank ausgliedern. Seit Jahresbeginn 2008 tritt die KfW IPEX-Bank nun operativ als neues Kreditinstitut auf. Sie firmiert mit dem gesellschaftsrechtlichen Namenszusatz GmbH. Sie versteht sich aber keineswegs als neuer Marktteilnehmer. Vielmehr handelt es sich um die Ausgründung eines Geschäftsfeldes der KfW, das auf inzwischen fast 50 Jahre erfolgreicher Tätigkeit in der internationalen Projekt- und Exportfinanzierung zurückblicken kann.

Die Chronik der letzten Schritte 2007.

Die Eintragung ins Handelsregister als GmbH erfolgte bereits im April 2007. Die frühzeitige Gründung als GmbH wurde erforderlich, weil zwischen der KfW und der KfW IPEX-Bank eine Reihe von gesellschaftsrechtlichen Verträgen – auch solche zur Geschäftsbesorgung – zu schließen waren. Die Erteilung der Banklizenz erfolgte direkt im Anschluss an die Gründung. Den operativen Geschäftsbetrieb nimmt die Bank zum 1. Januar 2008 auf.

Ebenfalls im April begann die Prüfung auf Zulassung als IRBA-Bank bei der BaFin. Als „Internal Rating Based“-Bank nach dem „Advanced“-Ansatz kann die Bank ihre eigenen Methoden zur Bonitätseinschätzung ihrer Kunden verwenden. Daraus ergeben sich Vorteile hinsichtlich der

Eigenkapitalunterlegungsvorschriften nach den Richtlinien von Basel II. Die Zulassung als IRBA-Bank wurde zum 1. Januar 2008 erteilt. Sie gilt auch als ein Beleg dafür, dass sich die Bank mit ihren Rating-Instrumenten auf dem fortschrittlichsten Stand befindet.

Im Oktober 2007 begannen Management-Gespräche mit den wichtigsten Rating-Agenturen. Standard & Poor's verlieh der Bank ein AA-Rating. Moody's folgte mit der äquivalenten Bewertung Aa3.

Im November 2007 leitete die KfW auch den personellen Betriebsübergang von der KfW in die KfW IPEX-Bank GmbH ein. Diesem stimmten 99% der Beschäftigten zu. Die Geschäftsführung sieht darin einen hervorragenden Vertrauensbeweis für das Geschäftsmodell der KfW IPEX-Bank. Ende 2007 zählte die Bank 420 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Im Dezember 2007 wurde die Gremienarchitektur der Bank mit der konstituierenden Sitzung des Aufsichtsrats vollendet. Sie besteht seitdem aus der Gesellschafterversammlung, der Geschäftsführung sowie dem Aufsichtsrat. Dem Aufsichtsrat gehören an:

- Dr. Norbert Kloppenburg, Mitglied des Vorstands der KfW Bankengruppe und Vorsitzender des Aufsichtsrats der KfW IPEX-Bank
- Wolfgang Kroh, Mitglied des Vorstands der KfW Bankengruppe (Sprecher des Vorstands seit 7. April 2008)
- Ingrid Matthäus-Maier, Mitglied des Vorstands

der KfW Bankengruppe (Sprecherin des Vorstands bis 7. April 2008)

- Dr. Axel Nawrath, Staatssekretär im Bundesfinanzministerium
- Dr. Bernd Pfaffenbach, Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium
- Dr. Jürgen Rupp, Mitglied des Vorstands RAG Aktiengesellschaft
- Dipl.-Kaufmann Karl-Heinz Stupperich, Vorsitzender des Aufsichtsrats der GWE (Gesellschaft für wirtschaftliche Energieversorgung mbH)
- Kurt F. Viermetz, Vorsitzender des Aufsichtsrats Deutsche Börse AG, Frankfurt; Vorsitzender des Aufsichtsrats der Hypo Real Estate Holding AG, München

Die KfW IPEX-Bank startete zum 1. Januar 2008 mit einem Volumen an Kreditzusagen von 61,8 Mrd. EUR. Auf eigene Rechnung entfielen hiervon 25,7 Mrd. EUR. Die Differenz bildete das Treuhandgeschäft, das im Auftrag der KfW bearbeitet wird. Die Bank erhielt ein Kernkapital von gut 2,3 Mrd. EUR sowie ein Ergänzungskapital von

rd. 1,2 Mrd. EUR. Insgesamt wurde die neue KfW IPEX-Bank GmbH also mit 3,5 Mrd. EUR regulatorischem Eigenkapital ausgestattet.

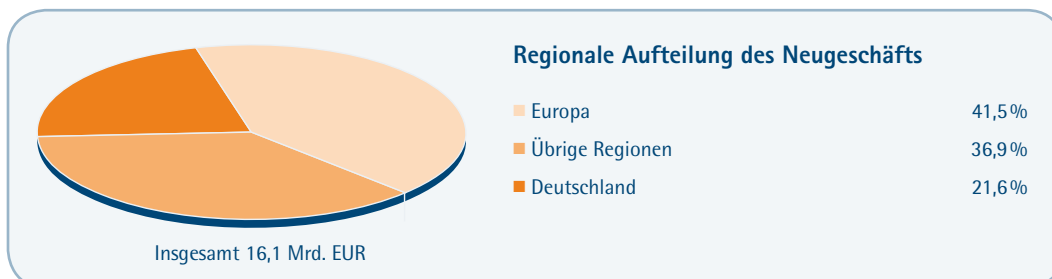
Unter Risikogesichtspunkten ist das Kreditportfolio der KfW IPEX-Bank gut diversifiziert. Seine Qualität beruht auf einer Kombination aus guten Bonitäten und werthaltigen Sicherheiten. Politische Risiken spielen in diesem Portfolio eine geringe Rolle. Neben dem Kreditportfolio baut die Bank zur Sicherstellung jederzeitiger Liquidität ein Wertpapierportfolio auf. Dabei investiert sie nur im „Investment Grade“-Bereich. Am Markt der „Back-up“ Fazilitäten für Commercial-Paper-Programme oder ähnliche Produkte beteiligt sie sich nur mit geringen Volumina. Dabei handelt sie ausschließlich für deutsche Industrieadressen allererster Bonität.

Zum Gesamtgeschäftsergebnis der KfW Bankengruppe hat das Geschäftsfeld der Export- und Projektfinanzierung im Jahr 2007 erneut einen erheblichen Beitrag geleistet.

GESCHÄFTSENTWICKLUNG.

Das internationale Marktumfeld gestaltete sich insgesamt günstig, auch wenn es sich im Jahresverlauf etwas schwieriger entwickelte. Die Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten haben das Geschäft der Bank dennoch nicht behindert. Zwar wurden von den internationalen Investoren Finanztitel auch von Banken mit guter Bonitätseinstufung etwas zurückhaltender betrachtet, wodurch die Refinanzierungskosten stiegen. Andererseits zeigten die Kunden aber auch wieder ein verstärktes Interesse an klassischen Finanzierungsinstrumenten. Diese Entwicklung kam der Ausrichtung der KfW IPEX-Bank als Kreditbank entgegen.

Dabei zeichneten sich die Geschäftsfelder Verkehr, Energie und Rohstoffe durch besonders dynamische Entwicklungen aus. Denn das anhaltende Wachstum des Welthandels zieht eine steigende Nachfrage nach Verkehrslogistik und Verkehrsleistungen nach sich. Schließlich muss der Energie- und Rohstoffbedarf einer wachsenden Weltbevölkerung gedeckt werden. In diesen Wirtschaftssektoren ist die KfW IPEX-Bank traditionell gut positioniert. Nicht zuletzt, weil sie eng mit namhaften deutschen und anderen europäischen Unternehmen dieser Branchen zusammenarbeitet.



Der Anteil des Inlandsgeschäfts fiel in diesem Jahr mit 22% etwas geringer aus als im Vorjahr. Das übrige Europa erreichte 41%, während die außereuropäischen Regionen auf 37% kamen.

Im Deutschlandgeschäft mit insgesamt 3,5 Mrd. EUR Neuzusagen erzielten die Schiffsfinanzierungen für deutsche Reedereien den höchsten

Anteil. An zweiter Stelle stehen Finanzierungen für das Verarbeitende Gewerbe, den Handel und Gesundheitsdienstleistungen. Darunter fielen vor allem allgemeine Unternehmensfinanzierungen. Darüber hinaus beteiligte sich die Bank auch an einigen Akquisitionsfinanzierungen.

Entwicklung in den einzelnen Geschäftssparten, Deutschland
Angaben in Mio. EUR

Sektoren	Gesamt	Finanzierungsschwerpunkt
Schifffahrt	1.284	Containerschiffe
Verarbeitendes Gewerbe, Handel, Gesundheit	830	Automobilbau, Spezialchemie
Energie und Umwelt	534	Anlagen zur Elektrizitätserzeugung und -übertragung, Umwelttechnik
Schienen- und Straßenverkehr	355	Schienenverkehr
Grundstoffindustrie	241	Rohstoffprojekte, Chemie, Stahl
Flug- und Seehäfen	212	Flug- und Seehafenterminals
Luftfahrt	20	Airbus-Lieferung
Gesamtergebnis	3.477	

Zum Europageschäft mit Neuzusagen über 6,7 Mrd. EUR trugen insbesondere die Finanzierungen im Schienen- und Straßenverkehr, in der Grund-

stoffindustrie, der Schifffahrt und der Energiewirtschaft hohe Anteile bei.

Entwicklung in den einzelnen Geschäftssparten, Europa

Angaben in Mio. EUR

Sektoren	Gesamt	Finanzierungsschwerpunkt
Schiene- und Straßenverkehr	1.706	Schieneverkehr
Grundstoffindustrie	1.159	Rohstoffprojekte, Chemie, Stahl
Schifffahrt	1.088	Containerschiffe
Energie und Umwelt	849	Anlagen zur Elektrizitätserzeugung und -übertragung, Umwelttechnik
Verarbeitendes Gewerbe, Handel, Gesundheit	650	Automobilbau, Spezialchemie
Flug- und Seehäfen	465	Flug- und Seehafenterminals
Telekommunikation und Medien	351	Mobile Kommunikationssysteme
Luftfahrt	259	Airbus-Lieferung
AKA-Refinanzierung	137	
Gesamtergebnis	6.663	

In den außereuropäischen Regionen mit 5,9 Mrd. EUR an Neuzusagen standen ebenfalls Schiffs- und andere Verkehrsfinanzierungen an der Spitze.

Das unterstreicht noch einmal den hohen wachsenden Bedarf an weltweiter Verkehrslogistik.

Entwicklung in den einzelnen Geschäftssparten, außerhalb Europas

Angaben in Mio. EUR

Sektoren	Gesamt	Finanzierungsschwerpunkt
Schifffahrt	2.430	Containerschiffe
Luftfahrt	934	Airbus-Lieferung
Grundstoffindustrie	854	Rohstoffprojekte, Chemie, Stahl
Energie und Umwelt	523	Anlagen zur Elektrizitätserzeugung und -übertragung, Umwelttechnik
Schiene- und Straßenverkehr	392	Schieneverkehr
Verarbeitendes Gewerbe, Handel, Gesundheit	330	Automobilbau, Spezialchemie
Telekommunikation und Medien	303	Mobile Kommunikationssysteme
Flug- und Seehäfen	157	Flug- und Seehafenterminals
AKA-Refinanzierung	5	
Gesamtergebnis	5.928	

DIE GESCHÄFTSSTRATEGIE – BRANCHEN- UND MARKTKOMPETENZ UND ZIELGERICHTETE INTERNATIONALE AUFSTELLUNG.

Über die letzten Jahre hat sich die KfW IPEX-Bank als eine führende Adresse in der internationalen Projekt- und Exportfinanzierung behauptet. Dazu hat auch die Erweiterung der mittel- und langfristigen Finanzierungsinstrumente um Avale sowie um Zins- und Währungsabsicherungen im Kundeninteresse beigetragen. Diese Produkte haben deutlichen Anteil an der guten Geschäftsentwicklung. Die Finanzierungsinstrumente im kurzfristigen Bereich – wie etwa im Rohstoffhandel – werden weiter ausgebaut. Dazu gehört auch die sektorale Aufstellung der Marktbereiche, wodurch Branchen-Know-how und Kenntnis der Märkte gebündelt werden. Die anhaltend gute Geschäftsentwicklung bestätigt die dahinterstehende Gesamtstrategie der KfW IPEX-Bank.

Die regionale Geschäftsstrategie legt unverändert den Schwerpunkt auf Finanzierungen in Europa. Gemäß dem gesetzlichen Auftrag der KfW vertritt die Bank aber natürlich auch die weltweiten Interessen der europäischen Wirtschaft.

Dabei fokussiert sich die KfW IPEX-Bank auf Wachstumsmärkte und -regionen, mit denen teils jahrzehntelange Geschäftsbeziehungen bestehen. Sie nimmt aber auch neue „Emerging Markets“ in den Blick. Diese Märkte weisen ein spezielles Wachstumspotenzial auf, das für deutsche und andere europäische Anbieter von besonderem Interesse ist. Zur Unterstützung ihrer internationalen Geschäftsaktivitäten hat die KfW in den letzten

Jahren Büros in Bangkok, Istanbul, London, Moskau und New York aufgebaut. Diese werden im nächsten Jahr sukzessive auf die KfW IPEX-Bank überführt, wo sie vor allem für die Begleitung des Neugeschäfts zur Verfügung stehen.

Das Asiengeschäft nimmt traditionell einen hohen Stellenwert ein. Hier konzentrierten sich 2007 die Aktivitäten vor allem auf Indien. Unter anderem wurde gemeinsam mit anderen Banken eine Flugzeugfinanzierung für Indian Airlines, jetzt Air India, über mehr als 1 Mrd. USD arrangiert und anschließend syndiziert. Um den dynamischen indischen Markt besser zu bearbeiten, hat die KfW im Sommer 2007 eine Repräsentanz in Mumbai eröffnet. Bereits in kurzer Zeit steuerte sie einen gewichtigen Anteil zu dem guten Ergebnis im Indiengeschäft bei.

Die Bank plant für 2008 auch eine Repräsentanz in Singapur zu eröffnen, um auf den wichtigsten asiatischen Finanzmärkten noch stärker Präsenz zu zeigen. In der Golfregion laufen zudem die Vorbereitungen für eine Büroeröffnung in Abu Dhabi.

Eine weitere neuere Zielregion bildet das südliche Afrika. Hier sieht die Bank unter anderem im Energiesektor sowie bei Rohstoffprojekten gute Entwicklungsmöglichkeiten, bei denen sie ihre spezifischen Kompetenzen zum Geschäftserfolg deutscher und anderer europäischer Unternehmen gut einbringen kann. Darum bereitet die

KfW IPEX-Bank derzeit die Eröffnung einer Repräsentanz in Johannesburg vor, um auch in dieser Region direkt vor Ort zu agieren.

Auf dem englischen Markt wird die KfW IPEX-Bank 2008 noch einen Schritt weiter gehen und die Londoner Repräsentanz in eine Niederlassung umwandeln, die dann – personell verstärkt – auch operatives Geschäft durchführen wird. Denn der britische Markt genießt einen hohen Stellenwert.

Hier lag der Schwerpunkt in den letzten Jahren auf Projekten im Verkehrssektor. Aber als bedeutendster Finanzplatz Europas verschafft London der KfW IPEX-Bank vor allem Zugang zu weiteren, weltweit agierenden Unternehmen. Darüber hinaus stellt die Themse-Metropole natürlich einen wichtigen Standort für das Syndizierungs-geschäft dar.

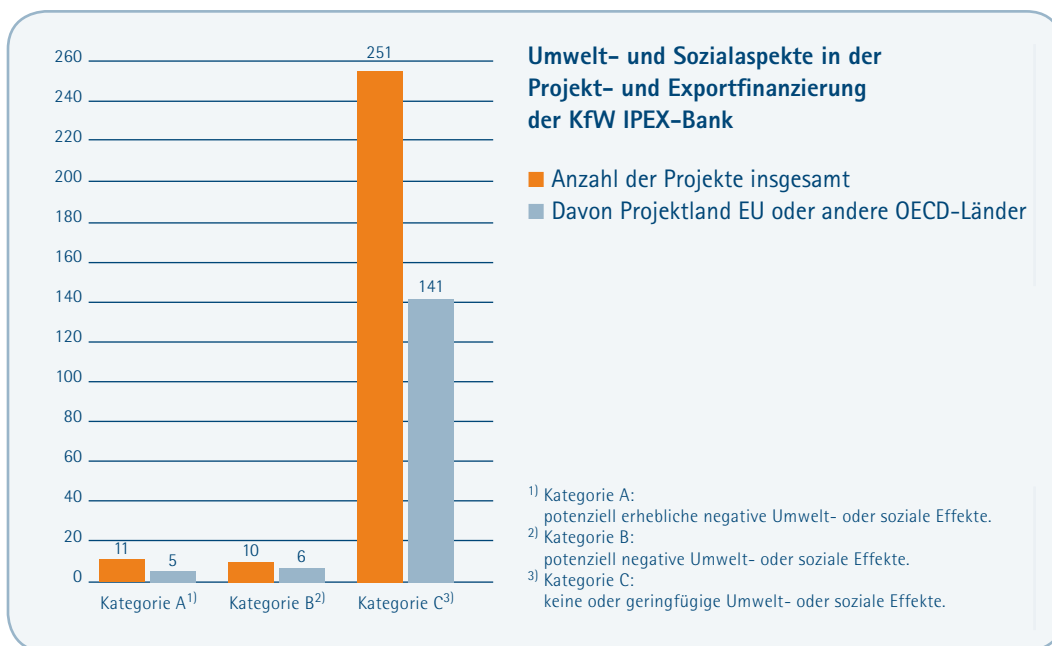


VERANTWORTUNG FÜR UMWELT- UND SOZIAL GERECHTE ENGAGEMENTS.

Die KfW IPEX-Bank stellt sich unverändert ihrer Verantwortung für umwelt- und sozial gerechte Engagements. Sie hatte sich bereits im Jahr 2000 als eine der ersten deutschen Banken eine Umweltrichtlinie für das internationale Geschäft gegeben. Diese Richtlinie wurde in der Folge um weitere Vorgaben zur Beachtung möglicher sozialer und gesellschaftlicher Effekte sowie um Aspekte der Nachhaltigkeit der finanzierten Projekte erweitert. Die jüngste Aktualisierung er-

folgte Ende 2007 mit einem expliziten Bezug zu den „Equator Principles“, denen sich die Bank ebenfalls anschließen wird. Dabei trug sie diesen Prinzipien aber auch bisher schon Rechnung und ging in Teilen sogar über deren Standards hinaus.

Die Richtlinie bestimmt, dass alle Kreditanträge mit Blick auf Umwelt- und Sozialaspekte der zu finanzierenden Vorhaben in eine von drei Kategorien eingeordnet werden:



Bei Vorhaben der Kategorien A und B überprüfen technische Sachverständige sowie Sachverständige der Stabsstelle Nachhaltigkeit der KfW deren Auswirkungen. Von einer Prüfung wird abgesehen, wenn die Vorhaben in einem EU-Land oder einem anderen OECD-Land mit etablierter Umweltschutzgesetzgebung beziehungsweise einer stabilen sozialen Ordnung durchgeführt werden. Im Berichtsjahr handelte es sich hier überwiegend um Projekte im thermischen Kraftwerksbau, in der Rohstoffgewinnung sowie um einige Verkehrsinfrastrukturprojekte. In allen vertieft geprüften Fällen wurden international akzeptierte Umwelt- und Sozialstandards eingehalten.

In die Kategorie C fallen vor allem Flugzeug- und Schiffsfinanzierungen, aber auch Zusagen zum Bau von Telekommunikationseinrichtungen

sowie zur Finanzierung von Standardprodukten der Investitionsgüterindustrien. Sie alle müssen den allgemein akzeptierten Standards genügen.

Für umweltverträgliche oder umweltschonende Vorhaben zeigte die Bank besonderes Engagement. Von den Gesamtzusagen des Berichtsjahrs fielen Kredite über insgesamt mehr als 2 Mrd. EUR in diese Vorhabens-kategorie. Schwerpunkt dieser Finanzierungen lag bei Investitionen des Schienenverkehrs. Hierfür wurden Kredite über 1,4 Mrd. EUR bereitgestellt. Gut 0,4 Mrd. EUR vergab die Bank für regenerative Energie-Projekte. Dazu gehörten z. B. ein Solarpark in Spanien sowie ein weiterer Windpark in Taiwan. 0,2 Mrd. EUR wurden zur Finanzierung von Abwasser- und Abfallprojekten eingesetzt.

Entwicklung wirksam voranbringen.

Die KfW Entwicklungsbank unterstützt schwerpunktmäßig den öffentlichen Sektor in den Entwicklungs- und Transformationsländern beim Ausbau der sozialen und wirtschaftlichen Infrastruktur, beim Umwelt- und Ressourcenschutz und beim Aufbau von leistungsfähigen Finanzsystemen. Die Förderung zielt auf eine dauerhafte Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung der Entwicklungsländer. Bekämpfung der Armut, Stärkung der nachhaltigen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und Unterstützung von strukturellen Veränderungen sind zentrale Förderaufgaben. Die Förderung durch Kredite und Zuschüsse aus Haushaltsmitteln des Bundes ergänzt die KfW Entwicklungsbank, soweit möglich, aus eigenen Mitteln und hilft der Bundesregierung dadurch bei der Erreichung der Quote der ODA-Ziele (ODA = Official Development Assistance).

Wie ein vietnamesischer Kleinbauer durch Entwicklungshilfe Boden gutmacht.



In vielen Entwicklungsländern steht die Wirtschaft im wahrsten Sinne des Wortes auf unsicherem Boden. Auch in Vietnam. Schließlich haben hier der Krieg und später das wilde Abholzen die Wälder erheblich dezimiert. Standen früher auf der Fläche noch dichte Wälder, waren Anfang der 90er-Jahre nur noch 27% des Landes bewaldet und mehr oder weniger stark geschädigt. Weit gravierender als diese Zahlen sind jedoch die Konsequenzen der Entwaldung: Die Bodenerosion und geringere Wasserspeicherung beraubten die Forst- und Landwirtschaft ihrer wichtigsten Grundlagen. Doch inzwischen konnte der Trend umgekehrt werden. Nicht zuletzt, weil die KfW Entwicklungsbank seit 1995 die Wiederaufforstung,



Naturverjüngung und nachhaltige Waldbewirtschaftung unterstützt. Davon profitiert auch Herr Ly Nam Bang, ein Bauer aus dem Dorf Na Ngan in der Provinz Lang Son. Denn die Aufforstung erfolgt in Zusammenarbeit mit kleinbäuerlichen Familienbetrieben und privaten Baumschulen aus der Region. Dadurch fließt der Hauptteil der Investitionen direkt an die Bewohner der Region zurück. Zudem werden Sparbücher zur jährlichen Zahlung von Umstellungsbeihilfen an die Bauern eingerichtet. Die Erfolge bei der Rekultivierung fallen beachtlich aus. Bereits heute wachsen wieder auf 38% der Flächen Bäume. Bis 2010 soll dieser Anteil auf 42% gesteigert werden. In der Provinz Lang Son jedenfalls freut man sich über das neue Wachstum.

Wie ein engagierter Beamter den Energiehaushalt in Fluss hält.



Die beiden Wasserkraftwerke Mahipar und Sarobi tragen beinahe zur Hälfte den Energiebedarf der afghanischen Hauptstadt Kabul. Aber nach jahrzehntelangem Bürgerkrieg stauen sich dort neben den Wassermassen vor allem dringend benötigte Reparaturen. Den ständig drohenden Ausfall der Stromversorgung kompensiert der Ingenieur Humayoun Kohestani, stellvertretender Leiter der afghanischen Energiebehörde mit persönlichem Energieeinsatz. Und arbeitet an einem Sanierungskonzept zur Rehabilitierung der Kraftwerke mit. Die KfW Entwicklungsbank unterstützt die Instandhaltung der Wasserkraftwerke mit Investitionsfinanzierungen in Höhe von bisher 20,5 Mio. EUR. Und bringt mit der Stromversorgung auch das Leben in der



krisengeschüttelten Region wieder in Fluss. Denn Sarobi und Mahipar stellen weit mehr als ihre installierte Gesamtleistung von 88 Megawatt zur Verfügung. Sie tragen wesentlich zur Versorgungssicherheit bei, die schließlich die Basis für die zunehmenden wirtschaftlichen und sozialen Aktivitäten beim Aufbau des Landes bildet. In erster Linie kommt dies den Schulen, Krankenhäusern, der öffentlichen Verwaltung und dem Wiederaufbau der örtlichen Gewerbe zugute. Erste Erfolge und die Perspektive auf weitere Unterstützung machen den Menschen bei der afghanischen Energiebehörde um Humayoun Kohestani immer wieder Mut. Und geben ihnen die Kraft, auch weiterhin gegen den Strom zu schwimmen.

GUTE CHANCEN FÜR KLEINSTUNTERNEHMER IN SUBSAHARA-AFRIKA.

2007 war ein erfolgreiches Jahr für die Mikrofinanzinitiative für Subsahara-Afrika (MIFSSA). Mit Unterstützung der KfW Entwicklungsbank haben die ersten vier von insgesamt neun geplanten Mikrofinanzinstitutionen ihre Tore geöffnet. Den oftmals armen Klein- und Kleinstunternehmern in Madagaskar, Sierra Leone, Tansania, DR Kongo, Ghana und Senegal wird damit Zugang zu fairen Finanzdienstleistungen gewährt. So können Kleinunternehmer in diesen Ländern ihre eigene Geschäftsidee realisieren und sich und ihren Angestellten nachhaltig Arbeit und Einkommen sichern. Gerade Frauen profitieren von diesem Angebot.



WIEDER SCHULBILDUNG FÜR MÄDCHEN IN AFGHANISTAN.

Seit dem Sturz der Taliban im Januar 2002 unterstützt die KfW Entwicklungsbank den Wiederaufbau Afghanistans. Mit Zusagen von bis heute 27 Mio. EUR wird auch das Bildungswesen durch Bau und Rehabilitierung von Schulen und Lehrerausbildungszentren gefördert. Im Großraum Kabul und in den westafghanischen Provinzen Badghis und Herat sind zwischen 2002 und 2006 mehr als 70 Schulen instand gesetzt bzw. mit Mobiliar und Lehrmaterial ausgerüstet worden. Mit der Wiedereröffnung der Schulen setzte ein Ansturm auf sie ein, der alle Experten überrascht hat. Knapp 100.000 Schülerinnen und Schüler profitieren von den neuen Schulen, davon ca. 40% Mädchen.



SOLARANLAGEN AUF DEN DÄCHERN SORGEN FÜR STROM IN BANGLADESCH.

Das Leben in Ramchandrapur, einem kleinen Ort 80 km nördlich der Hauptstadt Dhaka, hat sich für rd. 750.000 Menschen spürbar verändert: Dort wo noch vor kurzem abends trübe Kerosinfunzeln brannten, weil der Ort nicht an das Elektrizitätsnetz angeschlossen ist, strahlt nun dank Solaranlagen auf den Dächern trotzdem elektrisches Licht. Die Geschäfte sind länger geöffnet, Händler freuen sich über mehr Kunden und höheren Umsatz. Auch ist es im Schein der Lampen jetzt möglich, abends Hausaufgaben zu machen oder sich durch Handarbeiten das Einkommen aufzubessern. 280 EUR kostet jede Solaranlage. Das Geld dafür können Familien und Unternehmer in Form eines Mikrokredits bekommen und es dann innerhalb von drei Jahren in monatlichen Raten zurückzahlen. Mit seinen Kleinanlagen ist das Solarenergieprogramm, das die KfW Entwicklungsbank seit 2002 gemeinsam mit anderen Gebern fördert, zu einem der erfolgreichsten der Welt geworden.



ZUSÄTZLICHE MITTEL FÜR ARMUTSREDUZIERUNG.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und die KfW Entwicklungsbank haben am 15. November 2007 in Berlin die „Wachstumsinitiative für Arme“ lanciert. Sie zielt darauf ab, die Finanzsektoren in Entwicklungsländern zu stärken und somit grundlegende Voraussetzungen für wirtschaftliches Wachstum und Wohlstand zu schaffen. Die KfW wird hierfür eigene Mittel im Rahmen von strukturierten Finanzierungen einsetzen. Durch die damit beabsichtigte Beteiligung privater Investoren soll ein signifikanter Beitrag zur besseren Versorgung benachteiligter Klein- und Kleinstunternehmen mit Krediten und anderen Finanzdienstleistungen erreicht werden.

ÜBERBLICK.

Im Jahr 2007 konnten KfW Entwicklungsbank und DEG ihre Rekordergebnisse des Vorjahres beim Geschäftsvolumen noch einmal steigern. Insgesamt sagten sie 4,2 Mrd. EUR für entwicklungspolitische Vorhaben in Asien, Europa und dem Kaukasus, Subsahara-Afrika, Lateinamerika sowie Nordafrika und dem Nahen Osten zu. Gefördert

wurden u. a. Investitionen in regenerative Energien, ländliche Wasserversorgung und Ressourcenschutzprogramme. Darüber hinaus nahmen die HIV- und Tuberkulose-Bekämpfung, der Ausbau der Mikrofinanzierung sowie Dezentralisierungsmaßnahmen und die Unterstützung der gewerblichen Wirtschaft einen hohen Stellenwert ein.

KFW ENTWICKLUNGSBANK – LEISTUNGEN DER ENTWICKLUNGSPOLITISCHEN ZUSAMMENARBEIT.

Die KfW Entwicklungsbank führt im Auftrag der Bundesregierung die „Finanzielle Zusammenarbeit“ (FZ) durch. Die Förderung einer globalen nachhaltigen Entwicklung bildet das übergeordnete Ziel der deutschen FZ. Darunter fallen vier Unterziele der Bundesregierung: die weltweite Bekämpfung der Armut, die gerechte Gestaltung der Globalisierung, die Sicherung des Friedens sowie der Schutz der Umwelt. Im Rahmen dieses Auftrags fördert die KfW Entwicklungsbank Investitionen in die wirtschaftliche und soziale Infrastruktur, in den Aufbau leistungsfähiger Finanzsektoren, in die Sicherung der natürlichen Ressourcen sowie in den Umwelt- und Klimaschutz. Sie berät die Bundesregierung und die Partner vor Ort in entwicklungspolitischen Fragen, wirkt bei der Auswahl, Vorbereitung und Prüfung von Vorhaben mit und betreut diese in Eigenverantwortung. Bei der Realisierung der Projekte und Programme unterstützt sie die Partner dabei, strukturelle Hemmnisse zu beseitigen und eine wirtschaftlich tragfähige und nachhaltige Entwicklung zu verfolgen. Dies bedeutet auch den Schutz der Umwelt und Ressourcen sowie den Einsatz für sozialen Ausgleich. Schließlich kontrolliert die KfW Entwicklungsbank die ordnungsgemäße Verwendung der zur Finanzierung eingesetzten Mittel und stellt eine möglichst hohe Wirkungsorientierung sicher.

Die geförderten Vorhaben sind grundsätzlich in die Entwicklungsstrategien der Partnerländer eingebunden. Sie werden eng mit Fördermaßnahmen der deutschen Technischen Zusammenarbeit (TZ) sowie anderer bi- und multilateraler Geber abgestimmt.

Die Etats des Bundeshaushalts für die Entwicklungszusammenarbeit ergänzt die KfW Entwicklungsbank mittlerweile in erheblichem Maße aus eigenen Mitteln, die sie auf dem Kapitalmarkt aufnimmt. Mit 1,7 Mrd. EUR für das Jahr 2007 betrug der Anteil der KfW-Mittel an den Gesamtzusagen insgesamt 57 %. Die KfW Entwicklungsbank leistete damit einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung der entwicklungspolitischen Ziele der Bundesregierung.

Die Partnerländer erhalten die Finanzmittel im Wesentlichen in Form von Zuschüssen und Darlehen, aber auch als Beteiligungen. Um die Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs) zu erreichen, bedarf es enormer finanzieller Aufwendungen. Die KfW Entwicklungsbank unterstützt die Bundesregierung durch eine breite Palette an Finanzinstrumenten: In ihrer Funktion als Bank und Entwicklungsinstitution in einem ist sie in der Lage, durch den kombinierten Einsatz von Bundes- und Kapitalmarktmitteln den Gestaltungsspielraum der Entwicklungszusammenarbeit erheblich zu steigern. Hierbei weisen unter

den so genannten „Entwicklungskrediten“ insbesondere zinsverbilligte Darlehen ein großes Potenzial auf: Für jeden einzelnen Euro an Zuschussmitteln kann die KfW Entwicklungsbank Darlehensmittel in Höhe von bis zu 7 EUR zur Verfügung stellen, die als Official Development Assistance anrechnungsfähig sind. Daraus resultiert eine höhere Unterstützung für die Partner zu attraktiven Konditionen bei gleichzeitiger Schonung des Bundeshaushaltes.

Aber auch über die offizielle Entwicklungszusammenarbeit hinaus unterstützt die KfW Ent-

wicklungsbank nachhaltige Projekte in Partnerländern mit den so genannten „FZ-Förderkrediten“. Darunter versteht man Darlehen der KfW ohne Zuschusselement aus dem Bundeshaushalt. Damit fördert die Entwicklungsbank entwicklungspolitisch wertvolle Vorhaben, die gleichzeitig wirtschaftlich tragfähig sind. Ein aktuelles Beispiel bilden die Mikrofinanzkreditlinien in Bangladesch und Albanien oder der Ausbau erneuerbarer Energie in Uganda.

ZUSAGEN DER KfW ENTWICKLUNGSBANK.

Die Finanzierungszusagen der KfW Entwicklungsbank betragen 2007 3.002 Mio. EUR. Damit konnten die hohen Zusagen aus dem Vorjahr

(2006: 2.483 Mio. EUR) ein weiteres Mal gesteigert werden.

Zusagen der KfW Entwicklungsbank 2003–2007 Zusagen in Mio. EUR

	2003	2004	2005	2006	2007
FZ-Standardkredite ¹⁾	227	271	307	280	277
FZ-Zuschüsse ¹⁾	740	703	751	864	803
FZ-Entwicklungskredite	287	782	492	704	579
<i>davon Haushaltsmittel</i>	101	321	157	198	131
<i>davon KfW-Mittel</i>	189	461	336	507	448
FZ-Förderkredite	246	160	247	512	1.263
Mandate	77	19	84	85	80
FZ insgesamt	1.577	1.934	1.881	2.445	3.002
Nachträglich: Zinszuschüsse	17	10	19	38	37

¹⁾ Differenzen in den Vorjahren durch Anpassung der Zinszuschüsse.

Die hohen Zusagen 2007 gingen vor allem auf den verstärkten Einsatz der FZ-Entwicklungskredite und FZ-Förderkredite aus Mitteln der KfW

zurück. Letztere fielen im Vergleich zum Vorjahr wesentlich höher aus.

ZUSAGEN DER KfW ENTWICKLUNGSBANK NACH REGIONEN.

Auf die Region Asien/Ozeanien entfiel 2007 mit 46 % und einem Volumen von 1.368 Mio. EUR traditionell der größte Anteil der Gesamtzusagen. Dahinter folgte die Region Europa/Kaukasus, deren Anteil mit 676 Mio. EUR insgesamt 23 % erreichte. Die gemessen am Gesamtfördervolumen drittgrößte Region war Subsahara-Afrika. Hier konnten die Zusagen im Vorjahresvergleich um rd. ein Drittel auf 488 Mio. EUR gesteigert werden.

Der Großteil hiervon wurde aus Bundesmitteln finanziert, die im Vorjahresvergleich um 25 % gesteigert werden konnten. Damit lag sie hinter der Region Asien/Ozeanien an zweiter Stelle. Mit 270 Mio. EUR übertraf Lateinamerika knapp das Niveau des Vorjahres. Die Region Nordafrika/ Naher Osten erhielt mit rd. 200 Mio. EUR weniger Zusagen als im Vorjahr.

Zusagen der KfW Entwicklungsbank nach Regionen im Jahr 2007

Angaben in Mio. und in %

	Zusagen aus Bundesmitteln		Gesamtzusagen 2007	
	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%
Asien/Ozeanien	438	36	1.368	46
Subsahara-Afrika	385	32	488	16
Europa/Kaukasus	116	10	676	23
Lateinamerika	121	10	270	9
Nordafrika/Naher Osten	150	12	202	7
Summe der Zusagen	1.210	100	3.002	100

ZUSAGEN DER KfW ENTWICKLUNGSBANK NACH FÖRDERSCHWERPUNKTEN.

2007 entfiel mit je 33 % das größte Fördervolumen auf die Förderbereiche (nach OECD/DAC) soziale und wirtschaftliche Infrastruktur. Mit 26 % der Mittel wurden Vorhaben im Finanzsektor gefördert.

Unter die Vorhaben zur Verbesserung der sozialen Infrastruktur fielen die klassischen Schwerpunkte Wasser, Abwasser, Abfallentsorgung (431 Mio. EUR), Gesundheit und Bevölkerungspolitik (172 Mio. EUR) sowie Bildung (102 Mio. EUR). Verstärkt wurden zudem Vorhaben im Bereich zur Förderung von Staat und Zivilgesellschaft finanziert (274 Mio. EUR). Sie zielten u. a. auf die Dezentralisierung, die Entwicklung von Kommunen und Stadtrandgebieten von Großstädten ab.

Die Zusagen für Maßnahmen der wirtschaftlichen Infrastruktur betrafen rd. zur Hälfte (479 Mio. EUR) den Energiesektor. Häufigste Bereiche waren die Förderung von Energieeffizienz und regenerativen Energien sowie die ländliche Elektrifizierung. Mit weiteren 490 Mio. EUR finanzierte die Bank im Transportbereich u. a. klimaschonende Investitionen im öffentlichen Verkehrswesen.

Die Vorhaben im Finanzsektor verfolgten überwiegend strukturbildende Ziele zur Förderung der Wirtschaftsreform und zum Aufbau der Marktwirtschaft. Darunter fielen beispielsweise sowohl die nachhaltige Förderung von Mikro- und kleinen sowie mittleren Unternehmen als auch die Stärkung der lokalen Finanzmärkte.

Zusagen der KfW Entwicklungsbank nach Förderschwerpunkten 2006–2007

Angaben in Mio. und in %

	2006		2007	
	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%
Soziale Infrastruktur	734	30	979	33
Wirtschaftliche Infrastruktur	724	29	978	33
Finanzsektor	600	24	775	26
Produzierender Bereich ¹⁾	186	7	77	3
Sonstige ²⁾	238	10	193	6
Summe	2.483	100	3.002	100

¹⁾ Überwiegend Vorhaben im Forstschutz und in der landwirtschaftlichen Bewässerung.

²⁾ Überwiegend Ressourcenschutz- und Nothilfvorhaben sowie die Förderung von Armutsbekämpfungsprogrammen (PRSP).

Die 2007 zugesagten Vorhaben konzentrierten sich wieder auf wichtige Querschnittsziele der Entwicklungszusammenarbeit. So dienten 56% der Vorhaben der direkten oder mittelbaren Armutsbekämpfung, 36% aller Vorhaben förderten aktiv den Umwelt- und Ressourcenschutz bzw. trugen dazu bei, ihn als wichtiges Nebenziel zu verbessern.

Die Gleichstellung der Frau bildet ebenfalls ein wichtiges Ziel der Entwicklungszusammenarbeit. Denn weltweit sind Frauen wesentlich stärker von Armut betroffen als Männer. Darum verfolgten 49% aller 2007 zugesagten Vorhaben als Haupt- oder wichtiges Nebenziel die Gleichberechtigung der Geschlechter.

AUSZAHLUNGEN DER KfW ENTWICKLUNGSBANK.

Im Berichtsjahr zahlte die KfW Entwicklungsbank 2.038 Mio. EUR für Vorhaben in Entwicklungs- und Transformationsländern. Das entsprach einer Steigerung von 37% gegenüber dem Vorjahr

(2006: 1.485 Mio. EUR). Davon wurden im Berichtsjahr 1.143 Mio. EUR aus Bundesmitteln (2006: 1.095 Mio. EUR) finanziert.

UMSCHULDUNGEN UND ERLASSE SOWIE SCHULDENUMWANDLUNGEN FÜR UMWELTSCHUTZ UND ARMUTSBEKÄMPFUNG.

Hoch verschuldeten Partnerländern gewährt die Bundesregierung unter bestimmten Voraussetzungen Erleichterungen bei der Rückzahlung von Darlehen aus der Entwicklungszusammenarbeit. Dies geschieht in Form von Umschuldungen oder Erlassen. Die Abstimmung mit der internationalen Gebergemeinschaft im Pariser Club bildet dabei die Grundlage solcher Zusagen. Sie erfolgen z. B. im Rahmen der so genannten HIPC-Initiative (Heavily Indebted Poor Countries), die vom Internationalen Währungsfonds (IWF) begleitet wird. Die KfW wirkt bei den Verhandlungen auf deutscher Seite mit.

Schuldnerländern wird die Rückzahlung aber nur dann erlassen, wenn sie sich zuvor verpflichtet haben, die dadurch eingesparten Mittel zur Armutsbekämpfung, zur Umwelterhaltung, für

Bildung oder zum Kampf gegen HIV/Aids einzusetzen, bzw. wenn sie entsprechende Vorhaben bereits umgesetzt haben.

Zur Schuldenerleichterung hat die KfW 2007 Umschuldungs- und Erlassverträge mit der DR Kongo, Republik Kongo und Montenegro über insgesamt 31 Mio. EUR abgeschlossen.

Die KfW Entwicklungsbank schloss darüber hinaus Vereinbarungen über Schuldenumwandlungen in Höhe von 73 Mio. EUR mit Ägypten, Ecuador, Georgien und Indonesien ab. Nach Durchführung der entsprechenden Vorhaben durch die Schuldner hat die KfW Entwicklungsbank auch unter Nutzung von Vereinbarungen aus den Vorjahren Forderungen in Höhe von 102 Mio. EUR erlassen.

DIE WÄLDER DER TROPEN STABILISIEREN DAS WELTKLIMA.

Ob Klimaschutz, Wasserspeicher, Artenvielfalt, Genpool, Medizin- oder Holzlieferant, Kultur-, Lebens- oder Erlebnisraum – die Funktionen des Tropenwaldes sind vielschichtig. Die genaue Bedeutung lässt sich erst in Ansätzen erfassen. Als sicher gilt jedoch, dass dem Schutz des Tropenwaldes im Zuge der aktuellen Klimaschutzdiskussionen ein verstärktes öffentliches Interesse gewidmet wird. Auch bei der Klimakonferenz in Bali im Dezember 2007 stellte der Tropenwaldschutz ein wesentliches Thema dar. Im Rahmen der Klimakonferenz wurde der Auftrag erteilt, die Grundlagen für eine künftige Anrechnung des Waldschutzes auf nationale Emissionsziele der Entwicklungsländer zu legen. Diese Regelung zählt zu den großen Erfolgen der Konferenz.

Bei der KfW Entwicklungsbank gehört der Schutz des Regenwaldes und der Artenvielfalt zur täglichen Arbeit. Denn die Entwaldung trägt 20 bis 25% zum globalen Ausstoß von Klimagasen bei. Deshalb steht Indonesien wegen der rücksichtslosen Ausbeutung seiner Wälder unter den „Klimasündern“ heute an vierter Stelle. Aus diesem Grund engagiert sich die KfW Entwicklungsbank bereits seit 15 Jahren für den Schutz der Tropenwälder, setzt sich für Natur und Biodiversität ein und fördert außerdem Vorhaben des Erosionsschutzes und der umweltverträglichen Landnutzung. Mit mehr als 900 Mio. EUR unterstützt die KfW Entwicklungsbank im Auftrag des Bundes daher weltweit Vorhaben im Forstsektor. Dazu zählen über 100 Projekte in mehr als 40 Ländern welt-

weit. Damit stellt sie die wichtigste bilaterale Entwicklungsinstitution auf diesem Gebiet. Bei den Forstvorhaben geht es in erster Linie darum, den Wald (wieder) aufzuforsten, zu erhalten und nachhaltig zu bewirtschaften. Die Projekte zur Erhaltung der biologischen Vielfalt umfassen überwiegend das Management von Schutzgebieten wie Nationalparks, Reservaten und angrenzenden Gebieten.

Die Zusammenarbeit mit erfahrenen Nichtregierungsorganisationen wie dem World Wide Fund For Nature (WWF) und Conservation International (CI) sowie der Weltnaturschutzunion (IUCN) spielt dabei eine wichtige Rolle. Die KfW Entwicklungsbank arbeitet aber auch mit vielen lokalen Organisationen zusammen, die international zwar kaum bekannt sind, aber die örtliche Bevölkerung besser erreichen.

WACHSTUM UND VERANTWORTUNG – DER G-8-GIPFEL UND SEINE BEDEUTUNG FÜR DIE KfW ENTWICKLUNGSBANK.

„Wachstum und Verantwortung“ lautete das Leitmotiv der deutschen G-8-Präsidentschaft 2007. Mit den ausgewählten Themen hat die Bundesregierung klare Signale gesendet, die auch für die KfW von tragender Bedeutung sind. Die Entscheidungen der G-8-Staaten haben die geschäftspolitischen Schwerpunkte der KfW Entwicklungsbank sowohl im Umwelt- und Klimaschutz als auch in der Förderung nachhaltiger Wirtschaftsentwicklung bestätigt. Das gilt insbesondere im Bereich des Finanzsektors. Die KfW Entwicklungsbank wird sich weiter in Afrika engagieren und dort ihre sektorspezifische Kompetenz und ihr Bankwissen noch stärker einbringen.

So wurden beim G-8-Gipfel die hohe Bedeutung der gemeinsamen Bekämpfung des Klimawandels und die Rolle der Förderung von Energieeffizienz bei gleichzeitiger Sicherung der Energieversorgung hervorgehoben. Dies bestätigt nicht nur die intensive Arbeit der KfW Bankengruppe an diesen Themen

in Deutschland, sondern auch das Engagement der KfW Entwicklungsbank in den Partnerländern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Außerdem unterstreicht es die Relevanz der seit Jahren im Umwelt- und Klimaschutz aufgebauten Fach- und Personalkompetenz. Allein in den letzten zehn Jahren hat die KfW Entwicklungsbank im Auftrag des Bundes Zusagen in Höhe von 7,0 Mrd. EUR sektorübergreifend im Umwelt- und Klimaschutz getätigt. Bei einem nun gewünschten Ausbau der Aktivitäten in diesem Bereich wird sich die KfW intensiv beratend und finanzierend auf nationaler wie internationaler Ebene einbringen.

Die im Rahmen des G-8-Gipfels von der Bundesregierung zugesagten zusätzlichen Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit bilden einen wichtigen Schritt zu mehr Entwicklung, da in den Partnerländern noch ein immenser Investitionsbedarf besteht. Die Menge der Mittel allein sichert jedoch noch nicht den Entwicklungserfolg. Viel-

mehr müssen die Gelder auf Basis umfangreicher Kompetenzen effizient für intelligente und nachhaltige Konzepte eingesetzt werden. Dafür setzt sich die KfW Entwicklungsbank ein.

Wie von der Bundesregierung angekündigt, sind über die Bereitstellung aus Haushaltsmitteln hinaus alternative Finanzierungsformen nötig. Dazu leistet die KfW Entwicklungsbank bereits heute aus eigenen Mitteln (1,7 Mrd. EUR 2007) einen erheblichen Beitrag. Außerdem liefern die von den G-8-Staaten im Abschlussprotokoll explizit begrüßten Initiativen des Regionalen Afrikanischen Mikrofinanzfonds (REGMIFA) und des Lokalwährungsfonds (TCX) wichtige Entwicklungsimpulse. Denn sie schaffen nötige Voraussetzungen für ein besseres Investitionsklima in den Partnerländern und für eine Entwicklung, die auf Eigenverantwortung baut. Beide Fonds wurden von der KfW Entwicklungsbank initiiert bzw. maßgeblich mitgestaltet.

Bei der REGMIFA handelt es sich um eine zentrale Initiative zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in Afrika. Sie verfolgt das Ziel, die Mikrofinanzbanken zu stärken, um einigen hunderttausend kleinen und mittleren Unternehmen den Zugang zu Krediten zu ermöglichen. Insgesamt soll dieser Fonds mit 250 Mio. EUR ausgestattet werden. Deutschland beabsichtigt, sich daran mit 50 Mio. EUR aus Bundesmitteln und mit weiteren 20 Mio. EUR aus KfW-Eigenmitteln zu beteiligen. Die Federführung bei der Gründung des Fonds liegt bei der KfW Entwicklungsbank. Hierfür nutzt sie ihre Erfahrung aus der Gründung eines ähnlichen Mikrofinanzfonds, der vor einigen Jahren erfolgreich für Südosteuropa aufgelegt wurde. Über die Bereitstellung von Refinanzierungsmitteln hinaus unterstützt die KfW die geförderten Mikrobanken auch in ihrer institutionellen und fachlichen Leistungsfähigkeit durch kompetente Beratung.

DIE WIRKUNGEN DER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT SIND VIELSCHICHTIG.

Entwicklungszusammenarbeit muss häufig Strukturen verändern, damit ihre Wirkungen dauerhaft bestehen bleiben. Auch die Verhaltensweisen der Menschen und die Rahmenbedingungen spielen dabei eine wichtige Rolle. Diesen Aspekten tragen KfW Entwicklungsbank und DEG durch die sorgsame Konzeption und Umsetzung der von ihnen finanzierten Vorhaben Rechnung.

Eine hohe Wirkungsorientierung bei der Entwicklungszusammenarbeit bildet darum eine zentrale Forderung der „Paris-Deklaration“, die von den internationalen Gebern 2005 unterzeichnet wurde. Sie zu gewährleisten, bildet ein zentrales Anliegen der deutschen Bundesregierung. Aus diesem Grund haben KfW Entwicklungsbank und DEG das Thema „Wirksamkeit der Finanziellen Zusammenarbeit“ als Jahresthema 2007 ausgewählt.

Alle Vorhaben der KfW Entwicklungsbank sind so angelegt, dass sie vielschichtige Wirkungen entfalten. So dient ein Projekt beispielsweise nicht nur seinem eigentlichen Zweck – etwa der Wasser- oder Energieversorgung eines Dorfes –, sondern zielt darüber hinaus noch auf weitere Verbesserungen ab. Dazu zählen der Aufbau leis-

tungsfähiger Strukturen, ein Mehr an Gleichberechtigung für Frauen, verbesserte Gesundheit, die Bewahrung von natürlichen Lebensgrundlagen, die Demokratisierung von Gesellschaftsstrukturen, verbesserte Bildungschancen, stabile Finanzsysteme und ein leistungsfähiger Privatsektor.

Sehr anschaulich zeigt sich dies beispielsweise am Wassersektor, in dem sich die FZ weltweit besonders stark engagiert: Sauberes Trinkwasser sichert nicht nur das Überleben, sondern sorgt auch für eine bessere Gesundheit. Darüber hinaus ermöglicht eine verbesserte ländliche Wasserversorgung den Frauen, zusätzliches Einkommen für ihre Familien zu erwirtschaften. Sie müssen das Wasser nicht mehr aus weit entfernten Brunnen holen und können die eingesparte Zeit nun für den Ackerbau und den Verkauf ihrer Produkte nutzen. Die gewonnene Zeit und das verdiente Geld kommen auch den Kindern zugute. Als Folge eines solchen Vorhabens in Tansania erhöhte sich die Einschulungsquote um 12%. Insbesondere Mädchen – zu deren Aufgaben das Wasserholen bisher gehörte – hatten endlich die Chance, die Schule zu besuchen.

Zusagen nach BMZ-Haushaltsmitteln und DAC-Ländern im Jahr 2007

Zusagen in Mio. EUR

Rang	Land	BMZ-Haushaltsmittel	KfW-Mittel	Mandatsmittel	DEG (Eigenrisiko)
1	Indien	90,34	276,84	0,00	77,06
2	China, VR	83,92	403,71	0,00	99,29
3	Afghanistan	68,12	0,00	0,61	0,00
4	Tansania	63,00	0,00	50,00	0,00
5	Mosambik	60,56	0,00	0,00	0,00
6	Palästinensische Gebiete	36,79	0,00	0,00	0,00
7	Sambia	34,18	0,00	0,00	7,54
8	Nepal	29,70	0,00	0,00	0,00
9	Vietnam	29,13	0,00	0,00	0,00
10	Burkina Faso	29,00	0,00	0,00	0,00
11	Mali	28,48	0,00	0,00	0,00
12	Kirgistan	28,22	0,00	0,00	0,21
13	Ägypten	28,07	16,11	0,00	0,00
14	Jemen	24,73	0,00	0,00	0,00
15	Bangladesch	23,81	14,47	0,00	16,58
16	Jordanien	21,91	0,00	0,00	0,00
17	Albanien	21,20	0,00	0,00	10,00
18	Indonesien	21,00	0,00	0,00	21,81
19	Kolumbien	20,16	0,00	0,00	0,00
20	Serbien	20,00	20,00	0,00	0,00
21	Niger	20,00	0,00	0,00	0,00
22	Bolivien	18,61	0,00	0,00	0,00
23	Kasachstan	17,67	61,14	0,00	76,16
24	Malawi	17,63	0,00	0,00	1,50
25	Chile	16,23	19,23	0,00	0,00
26	Namibia	14,80	0,00	0,00	0,00
27	Philippinen	14,74	34,11	0,00	0,00
28	El Salvador	13,99	0,00	0,00	11,16
29	Marokko	13,35	26,00	0,00	0,00
30	Äthiopien	13,00	0,00	0,00	0,00
31	Benin	10,50	0,00	0,00	0,00
32	Usbekistan	10,20	0,00	0,00	25,00
33	Ghana	10,00	0,00	0,00	25,58
34	Libanon	10,00	0,00	0,00	0,00
35	Nigeria	10,00	0,00	0,00	50,47
36	Mazedonien	9,73	0,00	0,00	0,00
37	Paraguay	9,20	0,00	0,00	0,00
38	Uganda	9,15	11,18	4,30	24,55
39	Madagaskar	9,00	0,00	0,00	3,00
40	Mexiko	8,69	62,55	0,00	13,37
41	Montenegro	8,50	44,00	0,00	0,00
42	Syrien	8,00	0,00	0000	0,00

Fortsetzung

Rang	Land	BMZ-Haus- haltungsmittel	KfW-Mittel	Mandats- mittel	DEG (Eigen- risiko)
43	Pakistan	7,50	0,00	0,00	63,53
44	Ukraine	7,30	23,99	0,00	40,82
45	Kamerun	7,00	0,00	0,00	0,00
46	Armenien	6,90	2,08	0,00	7,40
47	Tunesien	6,88	10,23	0,00	0,00
48	Kambodscha	6,00	0,00	0,00	23,19
49	Domin. Republik	5,50	0,00	0,00	0,00
50	Kenia	5,15	0,00	0,00	4,49
51	Bosnien und Herzegowina	5,11	0,00	0,00	15,00
52	Guinea	5,00	0,00	0,00	0,00
53	Tschad	5,00	0,00	0,00	0,00
54	Ruanda	4,75	0,00	0,00	4,23
55	Peru	4,50	7,56	0,00	28,22
56	Burundi	4,50	0,00	0,00	0,00
57	Laos	4,40	0,00	0,00	0,00
58	Mongolei	3,00	0,00	0,00	0,00
59	Togo	3,00	0,00	0,00	0,00
60	Kongo, DR	1,75	0,00	0,00	8,24
61	Moldau	1,70	0,00	0,00	5,00
62	Lesotho	1,50	0,00	0,00	0,00
63	Senegal	1,46	0,00	0,00	21,25
64	Türkei	0,50	0,00	0,00	116,37
65	Aserbaidshjan	0,38	30,00	0,00	12,21
66	Kroatien	0,00	167,61	0,00	0,00
67	Südafrika	0,00	25,00	0,00	9,13
68	Panama	0,00	14,96	0,00	0,00
69	Georgien	0,00	10,87	0,00	5,59
70	Mauritius	0,00	8,91	0,00	0,00
71	Weißrussland	0,00	2,40	0,00	0,00
72	Angola	0,00	0,00	0,00	6,82
73	Gabun	0,00	0,00	0,00	3,23
74	Sri Lanka	0,00	0,00	0,00	0,35
75	Argentinien	0,00	0,00	0,00	13,14
76	Brasilien	0,00	0,00	0,00	54,00
77	Costa Rica	0,00	0,00	0,00	7,49
78	Ecuador	0,00	0,00	0,00	10,16
79	Guatemala	0,00	0,00	0,00	13,94
80	Honduras	0,00	0,00	0,00	11,15
81	Nicaragua	0,00	0,00	0,00	17,48
82	Uruguay	0,00	0,00	0,00	5,83
Länderübergreifend		76,19	418,81	24,74	234,74
Summe		1.210,28	1.711,75	79,65	1.206,27

Wir unternehmen Entwicklung.

Die DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH, ein Tochterunternehmen der KfW Bankengruppe, setzt sich als Entwicklungsfinanzierungsinstitut für die Förderung der Privatwirtschaft in Entwicklungs- und Schwellenländern ein. Dazu bietet sie privaten Unternehmen und Banken langfristige Finanzierungen für Investitionen und trägt so zur Stärkung der Marktwirtschaft in den Partnerländern bei. Von der DEG mitfinanzierte Projekte müssen entwicklungspolitisch und betriebswirtschaftlich sinnvoll sowie umwelt- und sozialverträglich sein. Sie finden sich in allen Wirtschaftssektoren, die sich dem Engagement privater Unternehmer öffnen. Die DEG stellt mit ihren Produkten langfristiges Investitionskapital zu marktorientierten Konditionen bereit. Im Dialog mit ihren Kunden erarbeitet sie Lösungen, die speziell auf das individuelle Projekt, die aktuelle Marktlage und die Risikosituation des jeweiligen Landes abgestimmt sind.

AUFGABE UND ROLLE DER DEG.

Die DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH gehört seit 2001 zur KfW Bankengruppe. Mit der KfW Entwicklungsbank setzt sie sich für die Förderung der Entwicklungsländer ein. Die DEG unterstützt im Rahmen der entwicklungspolitischen Ziele der deutschen Bundesregierung den Auf- und Ausbau der Privatwirtschaft in Entwicklungs- und Schwellenländern. Durch die Mitfinanzierung und ihre beratende Funktion bei Unternehmensinvestitionen trägt die DEG zu nachhaltigem Wirtschaftswachstum bei

und schafft damit eine wesentliche Grundlage zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in den Investitionsländern.

Seit ihrer Gründung im Jahr 1962 hat die DEG Finanzierungen von insgesamt über 9 Mrd. EUR bereitgestellt. Davon entfielen rd. 4 Mrd. EUR allein auf die letzten fünf Geschäftsjahre. Diese Wachstumsdynamik ermöglicht es der DEG, ihre entwicklungspolitische Förderstrategie erfolgreich umzusetzen.

ENTWICKLUNG DES FINANZIERUNGSGESCHÄFTS.

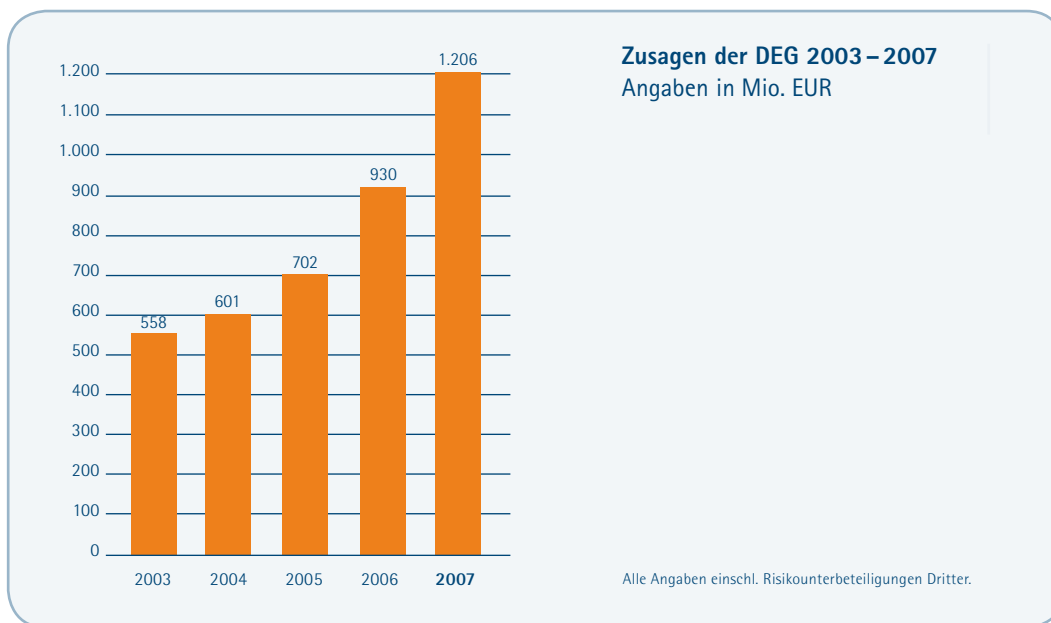
Die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für private Investitionen in Entwicklungs- und Schwellenländern gestalteten sich unverändert gut. Dieses positive Umfeld beeinflusste auch die Beteiligungsmärkte spürbar. Dadurch nahm die Geschäftsentwicklung 2007 trotz der globalen Finanzmarktkrise einen weiterhin sehr erfreulichen Verlauf. So konnte die DEG ihr Finanzierungsgeschäft erneut erheblich ausweiten. Mit 1.206 Mio. EUR (930 Mio. EUR) überschritt sie erstmals die Milliardenschwelle und erzielte damit ihr bisher höchstes Zusagevolumen. Das entsprach einer Steigerung von knapp 30% gegenüber dem Vorjahr. Der Anteil der Risikounterbeteiligungen belief sich auf 75 Mio. EUR (12 Mio. EUR).

Die Auszahlungen lagen mit 858 Mio. EUR ebenfalls deutlich über dem Vorjahresniveau von 788 Mio. EUR. Davon entfielen auf Risikounterbeteiligungen 69 Mio. EUR (12 Mio. EUR).

Das gesamte Portfolio (Nettozusagenbestand) erhöhte sich um 17% auf 3.582 Mio. EUR (3.051

Mio. EUR), wobei die Länderrisiko- und die Kreditrisikostruktur weiter verbessert werden konnten. Der Projektbestand verteilte sich auf 493 Unternehmen in 84 Partnerländern. Damit hat die DEG ihre Position als eines der größten europäischen Entwicklungsfinanzierungsinstitute, die sich auf die Förderung der Privatwirtschaft in Entwicklungs- und Schwellenländern spezialisiert haben, weiter gefestigt.

Für die Übernahme von Beteiligungen sagte die DEG im vergangenen Jahr 215 Mio. EUR zu. Die Darlehen beliefen sich auf 958 Mio. EUR. Davon waren 234 Mio. EUR beteiligungsähnlich strukturiert. Damit summierte sich der Einsatz von Risikokapital für Beteiligungen und mezzanine Finanzierungen auf 449 Mio. EUR. Das entsprach einem Anteil von 37% (30%) am gesamten Neugeschäft. Für Garantien sagte die DEG insgesamt 33 Mio. EUR zu.



REGIONALE UND SEKTORALE STRUKTUR DES NEUGESCHÄFTS.

Im Berichtsjahr finanzierte die DEG Projekte in 44 Partnerländern. Erstmals wurden dabei Mittel für Vorhaben in Angola, der Republik Moldau und in Usbekistan bereitgestellt. Zum Kreis der am wenigsten entwickelten Länder (LDC), in denen sich die DEG engagiert hat, zählten Bangladesch und Kambodscha auf dem asiatischen sowie Angola, die Demokratische Republik Kongo, Madagaskar, Malawi, Ruanda, Sambia, Senegal und Uganda auf dem afrikanischen Kontinent.

Die Region Asien/Ozeanien bildete mit Neuzusagen über 407 Mio. EUR (34 %) insgesamt den Schwerpunkt aller Aktivitäten. Darauf folgte das Gebiet Europa/Kaukasus/Türkei mit Zusagen in Höhe von 385 Mio. EUR (32 %), Lateinamerika erhielt Finanzierungszusagen über 194 Mio. EUR (16 %). Auf Subsahara-Afrika entfielen 187 Mio. EUR (15 %); dies war das bisher höchste jährliche Finanzierungsvolumen, das die DEG für diese Region bereitgestellt hat.

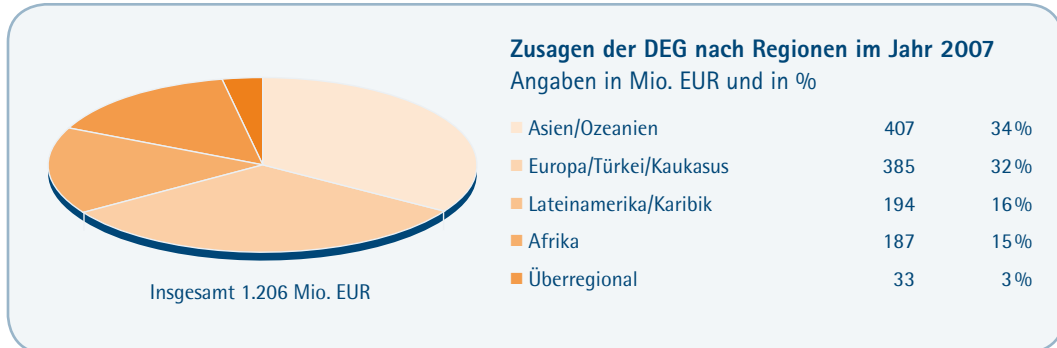
Die DEG baute im Berichtsjahr ihr Engagement in den Finanzsektoren der Partnerländer weiter aus. Die dort zugesagten Mittel in Höhe von 596 Mio. EUR entsprachen einem Anteil von fast 50% am Neugeschäft. Im Vordergrund stand dabei die Zusammenarbeit mit lokalen und regionalen Geschäftsbanken, um kleine und mittlere Unternehmen auch an dezentralen Standorten mit langfristigem Investitionskapital versorgen zu können und die Förderung des Wohnungsbaus auszuweiten. Ferner umfasste das breite Förderspektrum Leasinggesellschaften, Spezialinstitute zur Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen und Kraftfahrzeugen, Beteiligungsfonds, Investitions- und Entwicklungsbanken. In Kooperation mit der KfW Entwicklungsbank engagierte sich die DEG in einem von der niederländischen Entwicklungsbank FMO initiierten Absicherungsfonds für Lokalwährungsdarlehen. Dadurch kann vor allem für Kreditnehmer, die selbst keine Devisen erwirt-

schaften, der Zugang zu bedarfsgerechten inländischen Investitionsfinanzierungen ohne Kursrisiken verbessert werden. Wesentliche Elemente der Finanzsektorförderung waren auch nachhaltige Beiträge zum „Institution Building“ und zu guter Unternehmensführung.

Für Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes stellte die DEG 23% ihrer Finanzierungszusagen bereit. Hier dominierten vor allem Investitionen in den Bereichen Ernährung, Chemie, Fahrzeugbau und Papier. Infrastrukturvorhaben verzeichneten eine weitere deutliche Steigerung auf ein neues Höchstniveau von 218 Mio. EUR; auf die Bereiche Telekommunikation, Energie- und Wasserversorgung, Transport und Lagerwirtschaft sowie Gesundheit entfielen 18% der Neuzusagen. Im Energiesektor spielte die Nutzung

erneuerbarer Energien eine wichtige Rolle. So kann etwa durch die Mitfinanzierung eines Laufwasserkraftwerkes in Uganda nicht nur ein entwicklungshemmender Engpass in der lokalen Stromversorgung überwunden, sondern zugleich auch eine positive Klimawirkung durch die Vermeidung von CO₂-Emissionen erzielt werden. Sonstige Dienstleistungen – darunter Handelsunternehmen und ein Industriepark – waren im Neugeschäft mit 8% vertreten.

Der Anteil der Agrarproduktion (ohne verarbeitende Agroindustrie) betrug 1% am Förder volumen; zusammen mit rohstoffnahen Verarbeitungsprojekten, vor allem im Ernährungsgewerbe, repräsentierte das Agrobusiness mit insgesamt 7% ein deutlich höheres Gesamtengagement.



BERATUNG UND FÖRDERPROGRAMME.

Mit ihren Beratungsleistungen unterstützt die DEG Kunden und Partner bei der Planung und Vorbereitung von Investitionen. Dabei setzt sie neben ihren spezifischen Länder- und Branchenkenntnissen insbesondere ihr finanztechnisches Fachwissen ein, um durch optimale Strukturierung der Gesamtfinanzierung die Qualität der Investitionsvorhaben nachhaltig zu verbessern.

Zur Verstärkung der entwicklungspolitischen Effekte durch DEG-Finanzierungen konnten im

Berichtsjahr für technische Assistenz Haushaltsmittel des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) in Höhe von 1,1 Mio. EUR eingesetzt werden. Die DEG steuerte zusätzlich noch einmal 1,2 Mio. EUR aus Eigenmitteln bei. Damit wurden 2007 insgesamt 36 Begleitmaßnahmen finanziert, um die wirtschaftliche, soziale und ökologische Nachhaltigkeit der Projekte zu stärken und der besonderen Bedeutung privater Investitionen in schwierigen

Entwicklungsländern Rechnung zu tragen. Sektorale Förderschwerpunkte waren hierbei Umwelt- und Ressourcenschutz, Finanzsektorentwicklung, Ernährungssicherung und Unterstützung des ländlichen Raums.

Im Rahmen des vom BMZ aufgelegten Programms für Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft (Public Private Partnership, PPP) finanzierte die DEG im Berichtsjahr 47 Projekte. Hierfür wurden 10,3 Mio. EUR aus Mitteln des Bundes bereitgestellt. Die Partnerunternehmen und Dritte investierten 17,9 Mio. EUR. Somit konnte 2007 insgesamt ein Projektvolumen von 28,2 Mio. EUR realisiert werden. Einen Schwerpunkt der PPP-Förderung im Jahr 2007 bildete die Bereitstellung von Mitteln für HIV-/Aids-Projekte in Afrika.

Als besonders erfolgreich haben sich im Rahmen der PPP-Förderung strategische Allianzen bewährt. Dies gilt insbesondere für die Kooperation mit der TÜV Rheinland Group zur Förderung von Klimaschutzprojekten in Entwicklungsländern sowie die Qualitäts- und Vermarktungsinitiative „Cotton made in Africa“, deren PPP-Förderung inzwischen bis Anfang 2010 verlängert wurde.

Aus der PPP-Studienfazilität wurden 2007 neun Finanzierungen für projektvorbereitende Maßnahmen in den Bereichen Infrastruktur- und Finanzsektorförderung zugesagt.

Um Existenzgründern in Afghanistan den Zugang zu adäquaten Finanzierungen zu erleichtern, hat die DEG ein Kreditgarantiefonds-Projekt aufgebaut. Dafür haben das BMZ und die US-amerikanische Entwicklungshilfeorganisation USAID Mittel von zusammen 7,0 Mio. USD bereitgestellt. Kredite, die zwei ausgewählte lokale Partnerbanken an afghanische Jungunternehmer und kleine bis mittlere Betriebe vergeben, werden durch Garantiezusagen des Fonds abgesichert. Im Berichtsjahr wurden 184 Garantiezusagen für ein Kreditvolumen in Höhe von 4,1 Mio. USD erteilt, wodurch rd. 2.500 Arbeitsplätze geschaffen bzw. gesichert werden konnten.

Insgesamt standen im Berichtsjahr aus dem Bundeshaushalt Fördermittel in Höhe von 14,9 Mio. EUR zur Verfügung (10,9 Mio. EUR); dieses Volumen wird sich im kommenden Jahr jedoch wieder deutlich verringern.

EUROPÄISCHE ZUSAMMENARBEIT.

Mit ihren europäischen Partnerinstituten pflegt die DEG enge Kooperationsbeziehungen innerhalb des organisatorischen Verbundes von EDFI (European Development Finance Institutions) mit Sitz in Brüssel. Von insgesamt 16 EDFI-Mitgliedern sind zwölf zusammen mit der Europäischen Investitionsbank (EIB) Partner des Kofinanzierungsinstrumentes European Financing Partners (EFP). Unter ihnen befindet sich auch die DEG. Durch EFP werden private Investitionen in Entwicklungsländern des afrikanischen, karibischen und pazi-

fischen Raums (so genannten AKP-Staaten) gefördert. Von der zur Verfügung stehenden Fazilität in Höhe von 330 Mio. EUR waren bis zum Jahresende 2007 knapp 50% mit Projekten belegt.

Besonders intensiv entwickelte sich die Zusammenarbeit mit der niederländischen FMO und der französischen PROPARCO. Gemeinsam wurden im Berichtsjahr 34 Projekte mit einem Gesamtvolumen von 917 Mio. EUR finanziert, an dem die DEG mit einem Anteil von 46% beteiligt war.

ENTWICKLUNGSPOLITISCHE EFFEKTE DER DEG-FINANZIERUNGEN.

Die entwicklungspolitische Qualität der DEG-Neuzusagen hat im Berichtsjahr das bislang beste Niveau erreicht. Das bestätigt ein qualifiziertes Bewertungsverfahren durch das interne Geschäftspolitische Projektrating (GPR), das im Jahr 2002 eingeführt wurde. Die aktuellen Auswertungen (Ex-ante-Bewertung) haben ergeben, dass durch die im Jahr 2007 gemeinsam mit anderen Partnern finanzierten Investitionen direkt rd. 28.000 neue Arbeitsplätze entstehen. Die im Berichtsjahr mitfinanzierten DEG-Projektunternehmen sichern derzeit rd. 131.000 Arbeitsplätze. Hinzu kommen weitere 268.000 Beschäftigte, die über Zulieferbeziehungen in Produktionsbetrieben und bei Endkreditnehmern in Finanzsektorprojekten tätig sind.

Darüber hinaus werden diese Projektunternehmen durch Steuerzahlungen zu jährlichen Staatseinnahmen in Höhe von mehr als 600 Mio. EUR beitragen und direkte Nettodevisenerlöse in Höhe von rd. 1,7 Mrd. EUR pro Jahr erwirtschaften. Aufgrund der bestehenden Haushaltsdefizite und oft

unzureichender Deviseneinnahmen sind diese Effekte in vielen Entwicklungsländern von besonderer Bedeutung.

Die von der DEG geförderten Unternehmen stellen sich in hohem Maße ihrer sozialen Verantwortung. 53% von ihnen zahlen überdurchschnittliche Löhne. Viele Unternehmen leisten darüber hinaus weitere soziale Beiträge. So stehen etwa die Einrichtung von Krankenstationen, die Übernahme zusätzlicher Alters- oder Krankenversicherungsleistungen, der Bau von Schulen und Kindergärten oder die Bereitstellung von preisgünstigem Wohnraum für eine soziale Unternehmerverantwortung (Corporate Social Responsibility) im besten Sinn.

Rd. die Hälfte der im Berichtsjahr mitfinanzierten Vorhaben leistet einen direkten Beitrag zur Erreichung von mindestens einem der acht internationalen Millennium-Entwicklungsziele (Millennium Development Goals, MDG).

ERGEBNIS.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit lag mit 131 Mio. EUR leicht über dem bereits sehr hohen Vorjahresniveau (130 Mio. EUR). Wiederum haben zunehmende Beteiligungserträge – sowohl steigende Dividenden als auch erfolgreiche Veräußerungsgewinne – maßgeblich dazu beigetragen. Damit erhöhte sich der Anteil der laufenden und einmaligen Erträge aus Beteiligungen an den gesamten Erträgen aus dem operativen Geschäft auf 37% gegenüber 26% im Vorjahr.

Die Risikovorsorge wurde durch eine Nettozuführung in Höhe von 17 Mio. EUR erhöht, nach einer Nettoauflösung in Höhe von 19 Mio. EUR im Vorjahr. Maßgeblich für diese Entwicklung war, dass nach einer langen Phase hoher Stabilität die Risikolage wieder auf ein Normalniveau zurückkehrt.

Nach Steuern verblieb ein Jahresüberschuss von 117 Mio. EUR (115 Mio. EUR), und nach Berücksichtigung der Entnahmen aus der zweckgebundenen Rücklage, die für technische Assistenz bei privaten Investitionen in schwierigen Ländern gebildet worden ist, konnte ein Bilanzgewinn von 118 Mio. EUR (110 Mio. EUR) ausgewiesen werden. Aufgrund der positiven Resonanz soll die zweckgebundene Rücklage für entwicklungsfördernde Begleitmaßnahmen weiter aufgestockt werden, um die entwicklungspolitische Qualität des Finanzierungsgeschäfts weiter zu stärken. Der restliche Bilanzgewinn wird satzungsgemäß den Anderen Gewinnrücklagen zugeführt.

PERSPEKTIVEN.

Im Jahr 2008 wird sich, wenn auch etwas weniger stark, die Wachstumsdynamik in den meisten für die DEG relevanten Märkten in Schwellen- und Entwicklungsländern fortsetzen. Entsprechend verläuft auch die Nachfrage nach den Leistungen der Gesellschaft unverändert lebhaft. Vor diesem Hintergrund strebt die DEG für 2008 ein Neugeschäft in Höhe von wenigstens 1 Mrd. EUR an. Auf mittlere Sicht visiert sie ein jährliches Portfoliowachstum von 8–10% an. Dieses moderate Wachstumsszenario wird begleitet von zusätzlichen Anstrengungen zu einer Aufrechterhaltung der hohen Förderqualität.

So soll der Anteil der Beteiligungen und Mezzaninfinanzierungen am Neugeschäft auf insgesamt 40% ausgebaut werden. Diesem Finanzierungssegment kommt angesichts der knappen Verfügbarkeit eine besondere entwicklungspolitische Bedeutung zu. Außerdem leistet das Risikokapital einen wesentlichen, wenn auch stark schwankenden Beitrag zur Ertragslage der DEG. Durch ein aktives Beteiligungsengagement und die Übernahme von Aufsichtsmandaten kann die DEG überdies zusammen mit ihren Kofinanciers wichtige Kontroll- und Steuerungsrechte wahrnehmen und sich für die Einführung internationaler Corporate-Governance-Standards einsetzen.

Für private Investitionen in Afrika wird die DEG verstärkt bei deutschen mittleren Unternehmen werben und die Unterstützung der durch den

G-8-Gipfel angeregten politischen Informations- und Förderinitiativen in Deutschland fortführen. Da zudem die Nachfrage afrikanischer Unternehmen nach Risikokapital zugenommen hat, wird die DEG ihre Akquisition auch auf diesen Bereich fokussieren. Ihre lokale Präsenz wird sie durch die Einrichtung eines Außenbüros für Westafrika mit Sitz in Accra, Ghana, erhöhen.

Zur Förderung des Klimaschutzes will die DEG ihre Anstrengungen weiter deutlich erhöhen und ein Projektvolumen von rd. 100 Mio. EUR realisieren. Dabei werden vor allem auch Energieeffizienzprojekte im Vordergrund stehen, da hier noch vielfältige ungenutzte Potenziale zu heben sind.

Im Rahmen der Kooperation mit den europäischen Entwicklungsfinanzierungsinstituten (EDFI) wird die DEG den Harmonisierungsprozess intensiv weiterbegleiten. Neben der bereits realisierten Vereinheitlichung von Umwelt- und Sozialstandards und der Erfassung und Bewertung entwicklungspolitischer Effekte wird zukünftig auch die Angleichung der rechtlichen Dokumentationen im Projektgeschäft im Vordergrund stehen. Darüber hinaus wird auch die Zusammenarbeit mit strategischen Partnern ausgebaut, um den Zugang zu bisher unzureichend erschlossenen Kundengruppen im Privatsektor – speziell im mittleren und kleineren Unternehmenssegment – zu verbreitern und das entwicklungspolitische Fördergeschäft fortzuentwickeln.

REFINANZIERUNG.

KFW-ANLEIHEN AUCH IN HERAUSFORDERNDEM UMFELD WELTWEIT GEFRAGT.

Das Jahr 2007 war an den internationalen Kapitalmärkten durch zwei recht unterschiedliche Jahreshälften geprägt. Während in den ersten beiden Quartalen robuste Wirtschaftsdaten und eine positive Kapitalmarktentwicklung dominierten, stand das zweite Halbjahr im Zeichen von Turbulenzen. Sie wurden durch die Krise des Subprime-Hypothekemarktes in den USA ausgelöst. Als Emittentin mit erstklassigem Kreditrisiko, das sie aufgrund der expliziten Garantie der Bundesrepublik Deutschland genießt, behauptete die KfW sich in diesem Umfeld gut. Das gestiegene Risikobewusstsein institutioneller Investoren und deren „Flucht in Qualität“ führten zu einem spürbaren Anstieg der Anlagen in erstklassigem Kreditrisiko. Davon profitierte auch die KfW mit ihrem bestmöglichen Rating von AAA/Aaa/AAA von Standard & Poor's, Moody's Investor Service und Fitch Ratings.

Die KfW nahm im Jahr 2007 an den internationalen Kapitalmärkten längerfristige Mittel in einem Gegenwert von 64,6 Mrd. EUR (2006: 54,1 Mrd. EUR) auf. Das deutlich gestiegene Fördergeschäft führte bereits im Juli zu einer Anhebung des voraussichtlichen Refinanzierungsbedarfs auf rd. 60 Mrd. EUR. Das im Vergleich zum Vorjahr um gut 10 Mrd. EUR höhere Volumen wurde im Wesentlichen durch zusätzliche Mittelaufnahmen in Euro (+ 3 Mrd. EUR) und britischen Pfund (+ 5 Mrd. EUR) erzielt. Hier zeigte sich, dass Investoren im Jahr 2007 weltweit bestrebt waren, ihre Anleihenportfolios zu diversifizieren. Sie suchten verstärkt neue Anlagemöglichkeiten außerhalb der Reservewährungen US-Dollar und Euro. Die KfW trug dieser Entwicklung Rechnung und verbreiterte damit ihre Refinanzierungsbasis. Mit 570 Einzeltransaktionen (2006: 526) in 25 Währungen (2006: 23) war die KfW 2007 in so vielen Märkten aktiv wie nie zuvor.

Mittelaufnahmen nach Instrumenten 2006/2007¹⁾

Angaben in Mrd. EUR und %

	2006		2007	
	Mrd. EUR	%	Mrd. EUR	%
Wertpapiere	51,0	94	62,1	96
davon: Benchmark-Anleihen	21,7	40	27,5	43
davon: andere öffentliche Anleihen	23,4	43	26,6	41
davon: Privatplatzierungen	5,8	11	8,0	12
Darlehen	3,0	6	2,5	4
davon: Credit Linked Notes	2,2	4	2,2	3
davon: Sonstiges	1,0	2	0,3	1
Summe	54,1	100	64,6	100

¹⁾ Differenzen in den Summen durch Rundung. Durch Methodikanpassung bei der Berechnung können sich bei einzelnen Vorjahreswerten Differenzen gegenüber bisherigen Veröffentlichungen ergeben.

BENCHMARK-PROGRAMME AUSGEBAUT.

Die Refinanzierung der KfW basiert auf einer Drei-Säulen-Strategie. Die erste Säule ist die volumenmäßig bedeutsamste. Sie besteht aus den beiden Benchmark-Programmen in Euro und US-Dollar. In beiden Währungen bietet die KfW ihren Anlegern weltweit großvolumige Anleihen in Benchmark-Laufzeiten an. Die Mittelaufnahme mit diesen hochliquiden Anleihen betrug im Jahr 2007 27,5 Mrd. EUR und machte 43 % (2006: 40 %) der Refinanzierung der KfW aus. Die deutlichen Überzeichnungen der KfW-€-Benchmark-Anleihen sowie das Rekordemissionsvolumen von 4 Mrd. USD einer im September begebenen zweijährigen USD-Globalanleihe bestätigen den jeweils richtig gewählten Emissionszeitpunkt. Zudem zeigt es, dass die KfW gerade in einem unsicheren Kapitalmarktumfeld als Emittentin sehr gefragt ist. Zur Bereitstellung ihrer Kapitalmarktprodukte hat die KfW intern Prozesse geschaffen, die eine schnelle Ausrichtung auf Markttrends ermöglichen. Investmentbanken, die die KfW-Benchmark-Anleihen vermarkten, schätzen diese hohe Flexibilität. Nur so ist es möglich, Emissionsvolumina von bis zu 5 Mrd. EUR je Anleihe zum Teil innerhalb eines Geschäftstages

weltweit zu platzieren. Die größte Gruppe, die in die KfW-Benchmark-Programme investiert, sind nach wie vor Zentralbanken.

In der zweiten Säule der KfW-Refinanzierung sind öffentliche Anleihen außerhalb der Benchmark-Programme in einer Vielzahl von Währungen zusammengefasst. Darunter fallen zum einen Anleihen in allen Kernwährungen, wie z. B. dem Euro oder dem britischen Pfund. Zum anderen zählen hierzu auch Lokalwährungsanleihen, mit denen die KfW sich in aufstrebenden Märkten frühzeitig als erstklassige Anleihenemittentin positioniert. In dieser zweiten Säule nahm die KfW insgesamt 41 % (2006: 43 %) ihrer langfristigen Mittel auf. Der durchschnittliche Emissionsbetrag aller gut 170 Transaktionen dieser Kategorie lag bei knapp 155 Mio. EUR.

Darlehen sowie privat platzierte KfW-Anleihen, die auf die individuelle Nachfrage institutioneller Investoren zugeschnitten sind, stellen die dritte Säule der Refinanzierung dar. Sie trug 16% (2006: 17%) zum Gesamtvolumen bei. Der durchschnittliche Emissionsbetrag aller knapp 390 Transaktionen dieser Säule lag bei gut 27 Mio. EUR.

€-Benchmark-Programm 2007

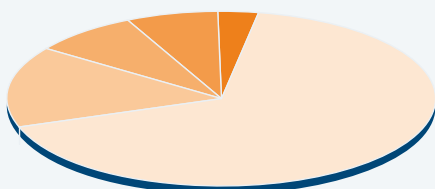
	Mrd. EUR	Laufzeit	Zinssatz in %
KfW-€-Benchmark I/2007	5,0	10 Jahre	4,125
KfW-€-Benchmark II/2007	5,0	3 Jahre	3,875
KfW-€-Benchmark III/2007	5,0	5 Jahre	4,625
KfW-€-Benchmark IV/2007	3,0	15 Jahre	4,625

US\$-Programm 2007

	Mrd. EUR	Laufzeit	Zinssatz in %
KfW-\$-Benchmark I/2007	3,0	10 Jahre	4,875
KfW-\$-Benchmark II/2007	3,0	5 Jahre	4,750
KfW-\$-Benchmark III/2007	3,0	3 Jahre	5,000
KfW-\$-Benchmark IV/2007	4,0	2 Jahre	4,500

Platzierung der KfW-Benchmark-Anleihen in Euro 2006/2007

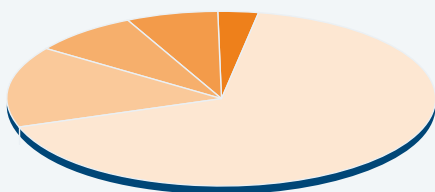
Angaben in %



	2006	2007
Übriges Europa	67 %	67 %
Deutschland	24 %	15 %
Asien	5 %	8 %
Andere Regionen	3 %	7 %
Nordamerika	1 %	3 %

Platzierung der KfW-Benchmark-Anleihen in US-Dollar 2006/2007

Angaben in %



	2006	2007
Asien	36 %	24 %
Übriges Europa	33 %	44 %
Nordamerika	20 %	29 %
Andere Regionen	11 %	1 %
Deutschland	< 1 %	2 %

KERNWÄHRUNGEN – REKORDEMISSIONSVOLUMEN BEI BRITISCHEM PFUND.

Zu den wichtigsten Kernwährungen der KfW-Refinanzierung zählen der Euro, der US-Dollar, das britische Pfund und der japanische Yen. In diesen Währungen nahm die KfW 2007 89 % (2006: 88 %) ihrer Mittel auf. Dabei vermeidet die KfW Währungsrisiken durch den Abschluss entsprechender Absicherungsgeschäfte.

Die bei weitem wichtigste Refinanzierungswährung der KfW blieb der Euro. Mit 39 % (2006: 41%) am Gesamtvolumen blieb sein Anteil leicht unter dem Vorjahresniveau. Die Kapitalaufnahme in Euro entsprach insgesamt 25,3 Mrd. EUR (2006: 22,4 Mrd. EUR). Außerhalb des €-Benchmark-Programms nahm die KfW damit weitere 7,4 Mrd. EUR auf.

Der US-Dollar ist traditionell mit großem Abstand die zweitwichtigste Refinanzierungswährung der KfW. Die KfW verzeichnete bei ihren USD-Anleihen weiterhin eine sehr starke Nachfrage. Dies führte dazu, dass sie erstmals eine USD-Globalanleihe mit einem Emissionsvolumen von 4 Mrd. USD begeben konnte. Insgesamt nahm sie am USD-Kapitalmarkt 22,9 Mrd. USD im Gegenwert von 16,9 Mrd. EUR auf. Davon entfielen 1,7 Mrd. USD (2006: 1,0 Mrd. USD) auf das US-Medium-Term-Note-Programm. Dabei handelt es sich um eine Emissionsplattform, die im Jahr 2006 speziell für US-amerikanische Investoren eingeführt wurde. Sie ermöglicht der KfW, die Nachfrage nach strukturierten Anleihen für in den USA beheimatete Anleger flexibel und effizient zu bedienen. Anhand der deutlichen Steigerung des Volumens gegenüber dem Vorjahr zeigte sich, dass der Markt dieses Angebot hervorragend aufgenommen hat. Der US-Dollar stand insgesamt für 26 % (2006: 29%) der langfristigen KfW-Mittelaufnahme.

Das britische Pfund verzeichnete 2007 den stärksten Zuwachs innerhalb der Kern-Refinanzierungswährungen der KfW. Als maßgeblich für die starke Nachfrage nach GBP-Anleihen galten das attraktive Renditeniveau im Zusammenspiel mit Portfolioumschichtungen internationaler Investoren zugunsten des britischen Pfunds. 2007 nahm die KfW 7,5 Mrd. GBP (2006: 4,2 Mrd. GBP) in der inzwischen drittwichtigsten Reservewährung der Welt auf. Das entsprach einem Gegenwert von 11,0 Mrd. EUR (2006: 6,2 Mrd. EUR) bzw. 17 % des Refinanzierungsvolumens (2006: 12 %). Die KfW hat damit ihre Marktposition als einer der größten Emittenten in GBP gefestigt. Gleich zu Beginn des Jahres brachte die KfW eine neue fünfjährige Anleihe auf den Markt, die im weiteren Verlauf wegen starker Investorennachfrage auf ein Volumen von 2,1 Mrd. GBP (3,1 Mrd. EUR) aufgestockt wurde. Eine kurz danach begebene dreijährige Anleihe stockte die KfW zwischenzeitlich auf insgesamt 1,5 Mrd. GBP (2,2 Mrd. EUR) auf. Im Zuge des nach wie vor attraktiven Renditeniveaus erwartet die KfW eine Fortsetzung der hohen Nachfrage nach britischen Pfund. Sie wird daher weiterhin ein aktiver Emittent in dieser Währung bleiben.

Der japanische Kapitalmarkt bzw. Emissionen in japanischen Yen (JPY) stellen für die KfW eine weitere wichtige Refinanzierungsquelle dar. Der positive Nachfragetrend nach Anleihen in japanischer Währung aus dem Vorjahr hat sich 2007 nochmals verstärkt. Vor diesem Hintergrund emittierte die KfW Yen-Anleihen in einem Volumen von rd. 660 Mrd. JPY (2006: 500 Mrd. JPY). Das entsprach einem Gegenwert von rd. 4,1 Mrd. EUR (2006: 3,4 Mrd. EUR). Dieser Betrag konnte über knapp 280 (2006: 220) strukturierte

Privatplatzierungen bei japanischen institutionellen Investoren sowie einer neuen (2006: 3) Globalanleihe aufgenommen werden. Daneben bot die KfW 12 (2006: 11) so genannte Uridashi-Anleihen im Gegenwert von 867 Mio. EUR (2006: 654 Mio. EUR) an. Darunter versteht man Anleihen speziell für japanische Privatinvestoren, die von Emittenten außerhalb Japans stammen. Solche Anleihen können sowohl in japanischen Yen als auch in anderen Währungen denominated sein. Die KfW bot ihre Uridashi-Anleihen 2007 am häufigsten in japanischen Yen sowie in australischen und neuseeländischen Dollar an.

Der australische, kanadische und neuseeländische Dollar sowie der Schweizer Franken sind die weiteren Kernwährungen der KfW-Refinanzierung. Ihre Bedeutung ist mit einem Anteil von jeweils 1% bis 2% (0,7 Mrd. EUR bis 1,2 Mrd. EUR) an der Gesamtmittelaufnahme jedoch vergleichsweise gering. Auf diesen Märkten emittierte die KfW 2007, wie im Vorjahr, großvolumige Anleihen. Die größte davon war eine fünfjährige Anleihe aus dem so genannten Känguru-Programm. Aufgrund der starken Nachfrage wurde sie mehrmals bis zu einem Volumen von insgesamt 1 Mrd. AUD aufgestockt.

Mittelaufnahmen nach Währungen 2006/2007¹⁾

Angaben in Mrd. EUR und %

Währung	2006		2007	
	Mrd. EUR	%	Mrd. EUR	%
EUR	22,4	41	25,3	39
USD	15,7	29	16,9	26
GBP	6,2	12	11,0	17
JPY	3,4	6	4,1	6
Weitere Kernwährungen (AUD, CAD, CHF, NZD)	3,2	6	3,7	6
Sonstige Währungen	3,1	6	3,6	6
<i>davon europäische (z. B. NOK, RUB, TRY)</i>	2,2	4	2,4	4
<i>davon afrikanische (EGP, NGN, ZAR)</i>	0,4	1	0,5	1
<i>davon asiatische (z. B. MYR, THB)</i>	0,2	< 1	0,2	< 1
<i>davon lateinamerikanische (BRL, MXN)</i>	0,3	1	0,4	1
Summe	54,1	100	64,6	100

¹⁾ Differenzen in den Summen durch Rundung. Durch Methodikanpassung bei der Berechnung können sich bei einzelnen Vorjahreswerten Differenzen gegenüber bisherigen Veröffentlichungen ergeben.

SONSTIGE WÄHRUNGEN – ENTWICKLUNG LOKALER KAPITALMÄRKTE IM FOKUS.

Die KfW emittiert Anleihen neben den Kernwährungen in einer Vielzahl weiterer Währungen, um eine möglichst breite und diversifizierte Investorenbasis anzusprechen. Im Berichtsjahr standen diese Währungen für 6% (2006: 6%) der gesamten KfW-Mittelaufnahme, was umgerechnet 3,6 Mrd. EUR (2006: 3,1 Mrd. EUR) entsprach. Aufgrund paralleler Absicherungsgeschäfte geht sie auch bei der Begebung dieser Anleihen keine Währungsrisiken ein. Die KfW zählt weltweit zu den wichtigsten Emittenten in den so genannten „Emerging Markets“. Darunter versteht man die neu aufstrebenden Kapitalmärkte Asiens, Europas, Lateinamerikas und Afrikas.

Solche Anleihen begibt die KfW, damit institutionelle Investoren ihren Anlagebedarf in diesen Nicht-Kernwährungen decken können, ohne sich einem Ausfallrisiko des Emittenten auszusetzen. Die KfW ermöglicht ihnen damit, die Chance auf Währungsgewinne oder eine besonders attraktive Verzinsung in solchen Währungen zu nutzen. Besonders Investoren außerhalb des jeweiligen Landes nutzen diese KfW-Anleihen, die in der Regel an der Wertpapierbörse in Frankfurt oder Luxemburg handelbar sind. Die KfW hat derartige Anleihen 2007 erstmals in bulgarischen Lew, nigerianischen Naira, indonesischen Rupien und russischen Rubeln platziert. Im Berichtsjahr stach

als größte KfW-Anleihe dieser Art eine dreijährige Globalanleihe in südafrikanischen Rand über umgerechnet gut 230 Mio. EUR hervor. Eine fünfjährige Anleihe über umgerechnet ca. 125 Mio. EUR war zudem die bisher größte und zugleich am längsten laufende Anleihe eines ausländischen Emittenten in ägyptischen Pfund.

Daneben spricht die KfW in ausgewählten Kapitalmärkten lokale Investoren des jeweiligen Marktes an. Mit speziellen Emissionen richtet sie sich an Interessenten, die nach Verlässlichkeit und Sicherheit eines AAA-Emittenten suchen. Solche Anleihen schneidet die KfW auf die Bedürfnisse der jeweils lokalen Investoren zu, indem sie beispielsweise nach lokalem Recht dokumentiert oder an der Börse des jeweiligen Landes handelbar sind. Dadurch trägt die KfW auch zur Entwicklung des Kapitalmarktes in diesen Ländern bei. Ein Beispiel im Berichtsjahr ist die erstmalige Begebung einer KfW-Anleihe in thailändischen Baht mit einem Emissionsvolumen von umgerechnet ca. 65 Mio. EUR. Die KfW wird sich auch zukünftig aktiv an der Erschließung weiterer Emerging Markets beteiligen. Sie rechnet damit, aufgrund der dynamischen Wirtschaftsentwicklung in diesen Ländern dort zukünftig einen höheren Anteil ihres Mittelbedarfs refinanzieren zu können.

GELDMARKT WEITERHIN AUF HOHEM NIVEAU.

Die Krise im US-Subprime-Hypothekenmarkt im zweiten Halbjahr 2007 prägte weitgehend das Marktumfeld. Trotzdem entwickelten sich die Geschäftsaktivitäten der KfW im Geldmarkt erfreulich positiv. Durch ihre beiden Commercial-Paper-Programme wurden Mittel in Höhe von insgesamt 98,3 Mrd. EUR aufgenommen. Sie lagen damit annähernd auf Vorjahresniveau. Beide Pro-

gramme sind wichtige Komponenten der Liquiditätssteuerung der KfW Bankengruppe.

Das Multicurrency-Commercial-Paper-Programm stellt die wichtigste kurzfristige Refinanzierungsquelle der KfW Bankengruppe dar. Es übertraf mit einem Emissionsvolumen von 44,2 Mrd. EUR den Vorjahreswert von 28,3 Mrd. EUR deutlich. Ursächlich für den deutlichen Anstieg

waren vor allem zwei Faktoren: Aufgrund eines insgesamt gestiegenen Refinanzierungsbedarfs, der auf die Zunahme der KfW-Förderaktivitäten in einem positiven gesamtwirtschaftlichen Umfeld zurückzuführen ist, wurde das Programmvolumen Mitte 2007 von ursprünglich 12 Mrd. EUR auf nunmehr 20 Mrd. EUR aufgestockt. Dies ging mit einer verstärkten Emissionsaktivität einher. Zweitens erfuhr die KfW aufgrund ihrer ausgezeichneten Bonität gerade während der Marktanspannungen im zweiten Halbjahr einen Nachfrageanstieg beim Commercial-Paper-Programm und konnte auch von einer gleichzeitigen deutlichen Verbesserung der Refinanzierungssätze profitieren. Die KfW bot Papiere in allen gängigen Währungen an und war hier in Bezug auf die Investorenbasis sehr gut diversifiziert. In diesem Marktsegment behauptet sie seit Jahren ihre Stellung als eine der weltweit größten Emittentinnen. Zu Beginn des Berichtsjahres wurde das Multicurrency-Commercial-Paper-Programm der KfW mit dem STEP-Label (Short-Term European Paper) versehen. Mit dem STEP-Label wird durch eine unabhängige Initiative europäischer Finanzmarktakteure die Erfüllung festgelegter Standards zur Harmonisierung kurzfristiger Wertpapier-

programme unterschiedlicher Emittenten auf dem europäischen Geldmarkt bestätigt.

Im US-Markt entwickelte sich das US-Commercial-Paper-Programm der KfW International Finance insgesamt rückläufig. Im Jahr 2007 wurden Papiere im Umfang von 73,7 Mrd. USD ausgegeben. Dies entsprach einem Rückgang von 19% gegenüber dem Vorjahr. Anders als im Euroraum kam der US-Commercial-Paper-Markt durch die Krise im US-Subprime-Hypothekenmarkt phasenweise fast vollständig zum Erliegen. Dennoch setzte die KfW ihre Emissionsaktivitäten auf einem vergleichsweise hohen Niveau fort. Dadurch erzielte sie auch in diesem Programm sehr attraktive Refinanzierungssätze. Zum Jahreswechsel 2007/2008 ersetzte die KfW das Programm der KfW International Finance Inc., Delaware, USA, durch ein Programm, bei dem die KfW als Emittentin auftritt. Dadurch vereinheitlicht sie ihren Marktauftritt in den USA. Die Geschäftsaktivitäten der KfW International Finance Inc. werden nach Tilgung aller bis Ende 2007 emittierten US-Commercial-Paper-Emissionen bis auf weiteres eingestellt. Die wesentlichen Programmmodalitäten, wie z. B. das Programmvolumen von aktuell 10 Mrd. USD, bleiben jedoch unverändert.

AUSGEZEICHNETES NACHHALTIGKEITSRATING DER KFW.

Bei nachhaltigkeitsorientierten Investoren, so genannten Socially Responsible Investors (SRI), handelt es sich um Anleger, die zu ihrer Investitionsentscheidung neben finanziellen Beurteilungskriterien auch die Bewertung des ökologischen und sozialen Handelns des Wertpapieremittenten heranziehen. Die KfW-Anleihen sind aufgrund des gesetzlichen Auftrags der KfW, ihres Geschäftsmodells und Selbstverständnisses als Anlage für diese Investorengruppe besonders geeignet. Dies spiegelt sich auch in der Bewertung in Form von Nach-

haltigkeitsratings durch darauf spezialisierte, unabhängige Agenturen wider. So hob beispielsweise die Nachhaltigkeitsrating-Agentur Scoris im Jahr 2007 die Bewertung der KfW Bankengruppe auf einer Skala von 0 bis 100 Punkten auf 72,3 Punkte an. Damit belegte die KfW den dritten Platz unter 56 weltweit untersuchten Anleiheemittenten. Mit diesem Wert nimmt die KfW zugleich den Spitzenplatz als beste deutsche Emittentin ein und liegt deutlich über dem Durchschnitt der analysierten Institute von 45,1 Punkten.

Die KfW wird auch in Zukunft ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht und wird auf dieser Basis den Dialog mit nachhaltigkeitsorientierten Investoren suchen. So hat sie im Berichts-

jahr speziell darauf ausgerichtete Investorenbesuche in Paris und London durchgeführt und plant für 2008, diese Aktivitäten auszubauen.

2008: FLEXIBEL AUF DEM WACHSTUMSPFAD.

Für das kommende Jahr rechnet die KfW mit einem höheren Refinanzierungsvolumen. Sie erwartet einen Gesamtbetrag von rd. 70 Mrd. EUR. Haupttreiber ist das anhaltend starke Fördergeschäft. Angesichts der soliden wirtschaftlichen Verfassung Deutschlands rechnet die KfW auch 2008 mit einer erfreulichen Entwicklung des Gesamtfördervolumens und somit auch mit einem deutlich steigenden Refinanzierungsbedarf. Hinzu kommt, dass sich seit Mitte 2007 mit der Neuordnung der ERP-Wirtschaftsförderung nun auch der Refinanzierungsbedarf der ERP-Förderprogramme bei der KfW niederschlägt. Darüber hinaus trat die KfW im Berichtsjahr in die Liquiditätslinien der IKB Deutsche Industriebank AG für das Conduit Rhineland Funding ein. Dadurch verzeichnete die KfW 2007 aus ihren Liquiditätsbeständen bereits Mittelabflüsse in Höhe von knapp 7 Mrd. EUR. Die KfW wird ihr konservatives Liquiditätsmanagement auch 2008 fortführen und daher ihre Liquiditätsbestände wieder auffüllen.

Zur Mittelaufnahme wird die KfW auf ihren bewährten Mix aus Benchmark-Anleihen, anderen öffentlichen Anleihen sowie Privatplatzierungen zurückgreifen. Die Benchmark-Programme in Euro und US-Dollar werden – mit zunehmender Bedeutung – den wesentlichen Anteil an der Mittelauf-

nahme darstellen. Mindestens jeweils vier Benchmark-Anleihen in Euro und US-Dollar sind geplant. In beiden Währungen hat sich die KfW zum Ziel gesetzt, auch 2008 die gesamte Zinsstrukturkurve abzudecken. Marktverfassung und Investorennachfrage bleiben dabei die wesentlichen Bestimmungsgrößen für die Wahl der Währung, des Emissionszeitpunktes und der Laufzeit einer Benchmark-Anleihe. Durch die hohe eigene Flexibilität sieht sich die KfW in der Lage, sich kurzfristig ergebende Emissionsmöglichkeiten zu nutzen. Dies ist angesichts des weiterhin erwarteten volatilen Marktumfeldes von besonderer Relevanz.

Wichtige Währungen und Märkte bleiben auch das britische Pfund und der japanische Yen. Im Sinne einer weiteren Diversifizierung erwartet die KfW darüber hinaus, ihr Spektrum an Emissionswährungen in den Emerging Markets nochmals erweitern zu können.

Die KfW erwartet an den internationalen Kapitalmärkten weiterhin Turbulenzen durch die Krise am US-Hypothekenmarkt. Die dadurch induzierte Risikoscheu institutioneller Investoren und deren „Flucht in Qualität“ dürften zu einem steigenden Bedarf an Anlagen mit erstklassiger Bonität führen. Ziel der KfW ist und bleibt es, für solche Investoren weltweit erste Wahl zu sein.

PRIVATISIERUNG DER DEUTSCHEN TELEKOM UND DER DEUTSCHEN POST.

Im Januar 2007 wurde die Wandlung einer Umtauschanleihe in Aktien der Deutschen Post abgeschlossen. Damit reduzierte sich der Aktienbestand der KfW von 410,5 Mio. auf 368,3 Mio. Stück. Darüber hinaus erfolgten im vergangenen Geschäftsjahr keine weiteren Privatisierungs-

schritte. Die Bestände der KfW an Aktien der Deutschen Telekom und Deutschen Post blieben daher mit 735,7 Mio. bzw. 368,3 Mio. Stück im weiteren Jahresablauf unverändert. Dies entsprach per 31. Dezember 2007 16,9% bzw. 30,5% des Grundkapitals der jeweiligen Gesellschaft.

STRUKTUR UND MANAGEMENT DER WERTPAPIERPORTFOLIOS DER KfW.

Im Rahmen ihrer Finanzanlagen verfügt die KfW über eine Reihe unterschiedlicher Wertpapierportfolios. Diese dienen im Wesentlichen entweder der Liquiditätssicherung bzw. dem effizienten Liquiditätsmanagement oder stehen im Zusammenhang mit der Anlage von Eigenkapital. Der Hauptteil dieser Anlagen wird intern verwaltet (Wertpapier-Direktanlage). Für die so genannte „Strategische Asset Allokation“ dagegen sind externe Kapitalanlagegesellschaften mit der Investition in Spezialfonds (gemäß Investmentgesetz) beauftragt.

Die Direktanlage von Wertpapieren dient primär der Liquiditätssicherung der KfW Bankengruppe. Sie erfolgt ausschließlich in Rententiteln. Die Liquiditätssicherung wird zum einen dadurch erreicht, dass die Wertpapiere im Bedarfsfall am Markt verkauft werden können. Zum anderen ist der größte Teil der Wertpapier-Direktanlagen regelmäßig im Sicherheiten-Pool der Europäischen Zentralbank (EZB) hinterlegt. Damit besteht ein Zugriff auf EZB-Primärliquidität in entsprechendem Volumen. Ende 2007 umfasste die Direktanlage in Wertpapieren ein Nominalvolumen von etwa 30,7 Mrd. EUR.

Die Wertpapieranlagen in Spezialfonds sind zum einen Teil der Liquiditätssicherung und zum anderen Teil den Eigenkapitalanlagen zuzuordnen. Diesen beiden Anlagemotiven wird durch unterschiedliche Anlagerichtlinien Rechnung getragen. Auf Basis der modernen Portfoliotheorie stellt die „Strategische Asset Allokation“ (SAA) für die KfW nicht nur eine langfristig angelegte, sondern auch eine effiziente Aufteilung der Fondsanlagen auf die verschiedenen Anlageklassen und Marktsegmente dar. Der moderne Optimierungsansatz berücksichtigt sowohl die Ertragserfordernisse als auch die Risikobereitschaft bzw. Risikotragfähigkeit. Beides führt zu risikoadjustierten und international breit diversifizierten Portfolios. Die Verwaltung einzelner Anlagesegmente übernehmen spezialisierte Assetmanagement-Gesellschaften. Bei den fondsgebundenen Wertpapieranlagen besteht die Option, Liquidität über einen Verkauf von Wertpapieren aus den Fonds herauszustellen. Die Wertpapieranlagen in Spezialfonds betragen Ende 2007 rd. 7,0 Mrd. EUR.

Die Konzeption der Eigenkapital-SAA stellt eine Weiterentwicklung des Eigenkapitalmanagements der KfW dar. Die Eigenkapitalverzinsung

bildet eine wichtige Ertragskomponente der KfW. Ihre langfristige Optimierung und Stabilisierung dient der Sicherung der Förderfähigkeit und genießt bei der KfW eine hohe Priorität. Daher empfiehlt sich eine Nutzung der positiven Ertrags- und Risikoeigenschaften diversifizierter Anlagen über eine Vielzahl von Anlageklassen und Marktsegmenten hinweg. Die Managementkonzepte aller Portfolios werden von der KfW laufend weiterentwickelt und dabei bezüglich Liquidität, Ertrag und Risiko optimiert.

Auch bei ihren Investmententscheidungen berücksichtigt die KfW Nachhaltigkeitsaspekte.

Um dies zu verdeutlichen, trat die KfW der Initiative „Principles for Responsible Investment“ der Vereinten Nationen bei und unterzeichnete das „Carbon Disclosure Project“. Darüber hinaus hat die KfW für ihre eigenen Wertpapierinvestitionen eine Nachhaltigkeitsdefinition entwickelt, die alle drei Dimensionen Umwelt, Soziales und Unternehmensführung umfasst. Darauf bauen auch Nachhaltigkeitskriterien mit einem Schwerpunkt auf dem Thema Umwelt auf. Sie werden ab 2008 neben der Bonität bei der Auswahl der Emittenten für die intern verwalteten Wertpapierportfolios berücksichtigt.

AUFGABEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER DEUTSCHEN EINHEIT.

KFW VERWALTET ALTFORDERUNGSBESTÄNDE DER DEUTSCHEN EINHEIT.

Die KfW verwaltet Altforderungsbestände, die im Zuge der deutschen Wiedervereinigung auf den Bund übergegangen sind. Das ursprüngliche Volumen von rd. 3,3 Mrd. EUR wurde inzwischen bis auf einen Restbestand von rd. 21 Mio. EUR

abgearbeitet. Darüber hinaus verwaltet die KfW im Rahmen der gesetzlichen Vertretung Konten unbekannter Gläubiger. Derzeit bestehen hier noch rd. 900 Konten.

FORDERUNGEN AUS AUSSENWIRTSCHAFTSBEZIEHUNGEN DER EHEMALIGEN DDR.

Im Auftrag des Bundes wickelt die KfW Forderungen aus den Außenwirtschaftsbeziehungen der ehemaligen DDR gegen einige Staaten ab. Gleichzeitig bearbeitet die KfW für den Bund Rückforderungsansprüche gegen deutsche Exporteure aus

unberechtigt in Anspruch genommenen Transferrubelverrechnungen. Aus beiden Komplexen hat die KfW im Berichtsjahr rd. 32,8 Mio. EUR eingenommen und an den Bund abgeführt.

AUSGLEICHSFONDS WÄHRUNGSUMSTELLUNG.

Die KfW ist mit der Geschäftsbesorgung für den Ausgleichsfonds Währungsumstellung beauftragt. Er wurde im Zusammenhang mit der Währungsunion errichtet. Die Ausgleichsforderungen in Höhe von 45,6 Mrd. EUR waren zum 31. Dezember 2007

vollständig getilgt. Die zugewiesenen Ausgleichsverbindlichkeiten bezifferten sich auf 1,9 Mrd. EUR. Unter Berücksichtigung bereits erfolgter Tilgungen betragen die Ausgleichsverbindlichkeiten gegenüber dem Erblastentilgungsfonds 8,4 Mio. EUR.

FUB.

Die Finanzierungs- und Beratungsgesellschaft mbH (FuB) erledigt Aufgaben der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben. Darunter fallen das Vertragsmanagement zur Überwachung und Durchsetzung der Verpflichtungen aus den Privatisierungsverträgen, die Beteiligungsführung von Gesellschaften in Abwicklung und die Reprivatisierung mit der Bearbeitung von Restitutionsansprüchen.

Im Berichtszeitraum reduzierten sich in allen Aufgabengebieten die offenen Fälle erheblich. So verblieb zum 31. Dezember 2007 nur noch ein Bestand von 124 Privatisierungsverträgen und 43 abzuwickelnden Unternehmen.

Darüber hinaus erledigt die FuB Sonderaufgaben der Währungsumstellung. Darunter fällt insbesondere die Ermittlung von Anspruchsberechtigten damals bestehender Devisenausländerkonten. Im Jahr 2007 konnten erneut etwa 650

Guthabenpositionen über rd. 0,5 Mio. EUR an zuvor unbekannte Gläubiger beziehungsweise an den Entschädigungsfonds beim Bundesamt zur Regelung offener Vermögensfragen ausgekehrt werden. Es verblieb per 31. Dezember 2007 nur noch ein Restbestand von etwa 3.400 Konten über rd. 4,0 Mio. EUR.

Außerdem hat die FuB zum 1. Januar 2007 geschäftsbesorgend die Aufgabenerledigung für die Staatliche Versicherung der DDR in Abwicklung (SinA) übernommen. Die KfW wurde ab dem 1. Januar 2008 als ihre Rechtsnachfolgerin bestimmt. Die Aufgabenerledigung umfasst die Regulierung von versicherungsrechtlichen Ansprüchen aus Schadensereignissen, die in die Zeit vor dem 31. Dezember 1990 fallen. Zum 31. Dezember 2007 verblieben rd. 2.100 offene Schadensfälle.

SONSTIGE DIENSTLEISTUNGEN.

ENTSCHÄDIGUNGSEINRICHTUNG DER WERTPAPIERHANDELSUNTERNEHMEN.

1998 richtete die KfW die Entschädigungseinrichtung der Wertpapierhandelsunternehmen (EDW) als nicht rechtsfähiges Sondervermögen des Bundes ein. Sie sichert Kleinanleger gegen den Verlust ihrer Ansprüche aus Wertpapierge-

schäften im gesetzlich definierten Umfang ab. Die EdW hat bislang etwa 2.600 Schadensanzeigen bearbeitet und an 1.700 Anleger Leistungen in Höhe von insgesamt rd. 13 Mio. EUR gezahlt.

STIFTUNGEN.

Im Auftrag der Bundesregierung betreute die KfW im Berichtsjahr die „Conterganstiftung für behinderte Menschen“ und die „Stiftung Humanitäre Hilfe für durch Blutprodukte HIV-infizierte Personen“. Im Jahr 2007 zahlte die KfW an 3.500 Betroffene Entschädigungszahlungen in Höhe von 25 Mio. EUR aus.

Darüber hinaus unterstützte die Conterganstiftung in diesem Jahr sieben Projekte zur Ver-

besserung der gesellschaftlichen Teilhabe behinderter Menschen mit insgesamt 1,6 Mio. EUR. Hervorzuheben ist hier ein mehrjähriges Mentoring-Projekt, das die Conterganstiftung in Zusammenarbeit mit dem Hildegardis-Verein initiierte. Darin stehen unter anderem Contergangeschädigte als so genannte „Mentoren“ Studentinnen mit einer Behinderung während des Studiums zur Seite.

MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER.

ENTWICKLUNG DES PERSONALBESTANDES UND DER PERSONALSTRUKTUR.

Auch im abgelaufenen Geschäftsjahr hat die KfW ihre Belegschaft aufgestockt. Sie wahrte dabei strikt die Balance ihrer personalpolitischen Zielsetzungen: zwischen einem der Auftragslage angemessenen Personalwachstum, einer kontrollierten Entwicklung der Personalkosten sowie der Sicherung der bestehenden Arbeitsplätze. Zugleich musste sie die langfristigen Auswirkungen des demografischen Wandels im Blick behalten.

Zum Jahresende 2007 beschäftigte die KfW 3.798 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Gegenüber 3.580 im Vorjahr entsprach das einem Zuwachs von 6,1 % (Vorjahr: 3,7 %). Ein überdurchschnittliches Wachstum entfiel dabei wiederum auf den Aufbau der KfW IPEX-Bank, die seit dem 1. Januar 2008 als selbstständige Bank am Markt agiert. Eine besondere Bedeutung erlangte im Berichtsjahr der überproportionale Ausbau des Risikomanagements. Darüber hinaus spielten die Bereiche „Informationssystementwicklung und Consulting“ sowie „Finanzmärkte, Treasury, Kapitalmärkte, Finanzanlagen“ eine wichtige Rolle. Die übrigen Stabs- und Kreditbereiche entwickelten sich ebenfalls positiv. Die Mitarbeiterzahlen wuchsen jedoch nicht ganz so stark. Die Belegschaft der KfW Entwicklungsbank, die in den Vorjahren konstant blieb, verzeichnete im Berichtsjahr seit langem wieder einen Personalzuwachs. Auf die Entwicklungszusammenarbeit kamen aufgrund der neuen entwicklungspolitischen Herausforderungen in Deutschland neue Aufgaben zu, die den Personalzuwachs erforderten. Darüber hinaus kam die Bank ihrer sozialen Verantwortung gegenüber der jungen Generation in besonderer Weise nach: Die Anzahl der Stellen

für Auszubildende und Trainees wurde noch einmal deutlich erhöht.

Der Anteil der Frauen in der KfW bewegt sich mit 48,6% (Vorjahr: 48,5%) weiterhin auf hohem Niveau. Der Anteil der außertariflich Beschäftigten ist nahezu konstant geblieben. Er beträgt 64,3% gegenüber 64,4% im Vorjahr. Bei den außertariflich Beschäftigten stieg der Frauenanteil unwesentlich von 39,1% auf 39,2% an. Die individuelle Potenzialeinschätzung im Zusammenspiel mit der besonderen Förderung qualifizierter Mitarbeiterinnen führte wieder zu einem kontinuierlichen Zuwachs an weiblichen Führungskräften. Das ist besonders wichtig, weil in der untersten Führungsebene die Basis für eine höhere Frauenquote in den folgenden Führungsebenen gelegt wird. Der Frauenanteil in Führungsebenen stieg somit im Berichtsjahr um einen vollen Prozentpunkt auf 23,8% (Vorjahr: 22,9%).

Die Teilzeitquote betrug insgesamt 16,4% (Vorjahr: 16,1%), wobei zahlreiche Teilzeitmodelle in Anspruch genommen wurden. Damit unterstützt die Bank Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dabei, um Beruf und Familie in Einklang zu bringen.

Die Zahl der beschäftigten Schwerbehinderten stieg mit der Mitarbeiterzahl. Ihr Anteil blieb damit konstant bei 5,9% gegenüber 6,1% im Vorjahr. Mit ihrem Engagement für die Integration Schwerbehinderter in die Arbeitswelt übertraf die KfW aber wie in den Jahren zuvor die gesetzlich geforderte Quote von 5% wieder deutlich. Darüber hinaus liegt der KfW viel daran, schwerbehinderte Menschen in alle Bereiche der Arbeitswelt zu integrieren. So erreichte ihre Quote in der Berufsausbildung sogar erfreuliche 7,3%.

ENTWICKLUNG DES PERSONALBESTANDES IN DER KfW IPEX-BANK, AUFBAU VON REPRÄSENTANZEN UND BETRIEBSÜBERGANG.

Die KfW IPEX-Bank hat auch im Jahr 2007 ihre Belegschaft im Zuge der Neuaufstellung der internationalen Projekt- und Exportfinanzierung weiter aufgestockt. Zum Jahresende 2007 beschäftigte sie 420 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gegenüber 400 im Vorjahr. Ihren Personalbedarf deckte sie über den in- und externen Arbeitsmarkt (Direkteinsteigerinnen und Direkteinsteiger sowie Trainees). Für das Jahr 2008 plant die KfW IPEX-Bank einen weiteren Zuwachs von ca. 30 Stellen.

Zur Unterstützung der internationalen Geschäftsaktivitäten unterhält die KfW Repräsentanzen in Bangkok und São Paulo sowie in New York, Istanbul, Mumbai und Moskau, die 2008 sukzessive auf die KfW IPEX-Bank überführt wer-

den. Darüber hinaus plant sie weitere Auslandsbüros in Johannesburg, Singapur und Abu Dhabi. Die Repräsentanz London soll 2008 zu einer Niederlassung umfirmiert werden.

Die Personalarbeit der KfW IPEX-Bank stand im Jahr 2007 ganz im Zeichen des bevorstehenden Betriebsübergangs zum 1. Januar 2008 in die KfW IPEX-Bank GmbH. Hierzu verhandelte die Bank mit der Personalvertretung über eine Dienstvereinbarung zur Personalüberleitung, in der alle arbeitsrechtlichen und personalpolitischen Fragestellungen geregelt wurden. Darüber hinaus stellte die Bank erste Überlegungen zu einem neuen Entgeltsystem für die neue KfW IPEX-Bank GmbH an.

STÄRKUNG DES MANAGEMENTS.

Im Berichtsjahr stärkte die KfW ihre Führungskräfte der ersten Ebene durch zahlreiche Maßnahmen. So gab es für Führungskräfte aller Standorte zahlreiche Kaminabende mit dem Personalvorstand. Dabei wurden unternehmens- und perso-

nalpolitische Themen erörtert. Innerhalb dieser Diskussionsrunden würdigte die Bank vor allem die Bedeutung der Führungskräfte als Manager der KfW Bankengruppe. Es ist geplant, diese sehr wertgeschätzte Reihe 2008 fortzuführen.

ZAHL DER AUSBILDUNGS- UND TRAINEEPLÄTZE WEITERHIN AUF HOHEM NIVEAU.

Die Ausbildung genießt bei der KfW traditionell einen sehr hohen Stellenwert. Gerade als öffentlich-rechtliches Unternehmen, aber auch als Teilnehmer des Ausbildungspaktes zwischen Bundesregierung und Wirtschaft kam die KfW Bankengruppe ihren Verpflichtungen in besonderer Weise nach: Nachdem sie bereits im Vorjahr deutlich mehr Ausbildungsplätze als gefordert bereitgestellt hatte, bildete sie auch im Berichtsjahr über den eigenen Bedarf hinaus aus.

Insgesamt haben 54 Auszubildende ihre Lehre begonnen. Zum Anfang des neuen Ausbildungsjahres im Herbst 2007 befanden sich insgesamt 184 Jugendliche (Vorjahr: 157) in der beruflichen

Erstausbildung. Nachdem zum Ende des Berichtsjahres ein Teil von ihnen die Ausbildung abgeschlossen hatte und übernommen wurde, verblieben noch 164 (Vorjahr: 139) Auszubildende in ihrem Ausbildungsprogramm. Zugleich erhöhte sich die Zahl der Trainees auf 103 (Vorjahr: 72). Dieser Anstieg lag wesentlich an dem gestiegenen Bedarf an Nachwuchskräften im Risikomanagement und in der Entwicklungsbank. Die Zahl der Nachwuchskräfte in der Berufsausbildung stieg damit auf 267 (Vorjahr: 229). Dies entsprach einer Ausbildungsquote von 7,0% (Vorjahr: 6,4%). Damit übertraf die KfW die Ausbildungsquote im Bankgewerbe.

PARTNER IM „BERLINER BÜNDNIS FÜR FAMILIEN“.

Nachdem die KfW bereits im Jahr 2005 dem „Frankfurter Bündnis“ beigetreten ist, unterstützt sie als Partner nun auch das „Berliner Bündnis für Familien“. Es verfolgt das Ziel, den Menschen in den beiden Lebenssphären Beruf und Familie geeignete Rahmenbedingungen für einen zielführenden Lebensentwurf zu bieten. Denn diese gesellschaftspolitisch wichtige Aufgabe kann weder vom Staat noch von den Unternehmen im Alleingang geleistet werden. Mit einer berufs- und fami-

lienorientierten Personalpolitik möchte die Bank innerhalb dieses Bündnisses ihre eigenen Erfahrungen an andere Unternehmen wie auch an die Kommune weitergeben. Darüber hinaus erhofft sich die KfW, von den Erfahrungen anderer zu profitieren. Zu solchen Bündnisprojekten zählt beispielsweise die in einem lokalen Netzwerk von KfW, Deutscher Bundesbank und Stadt Frankfurt verankerte Kinderkrippe.

DAS ZERTIFIKAT ZUM AUDIT „BERUF UND FAMILIE“ WURDE BESTÄTIGT.

Die KfW hat im Berichtsjahr die Bestätigung ihres Zertifikats zum Audit „Beruf und Familie“ der gemeinnützigen Hertiestiftung erhalten. Damit wurde die Bank bereits zum zweiten Mal für ihre familienbewusste Personalpolitik ausgezeichnet. Dazu zählen mit Kinderkrippen, -garten und -hort vor allem Maßnahmen zur Kinderbetreuung. Aber auch der „Familienservice“ mit seinen flexiblen Teilzeitmodellen auch für Führungskräfte sowie die Stärkung des Bewusstseins, dass Teilzeit kein Karrierehindernis bildet, tragen dazu einen wesentlichen Anteil bei. Im Berichtsjahr wurden zusätzliche Möglichkeiten der Kinderbetreuung in der Niederlassung Bonn geschaffen. Zu den Maßnahmen zählten aber auch Pilotprojekte mit weib-

lichen Teilzeitführungsstandems. Flexible Arbeitszeiten ohne Kernzeiten oder Teleheimarbeit, aber auch die Forcierung der Gleichstellung sowie die Förderung schwerbehinderter Menschen runden das Programm ab. Neben dem Angebot „Familie und Beruf“ aus dem Jahr 1994, das die Arbeitszeitgestaltung bei Kindererziehung auch über die Elternzeit hinaus regelt, die Pflege naher Angehöriger ermöglicht oder Sabbaticals anbietet, zielt die Personalpolitik der Bank heute darauf, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter möglichst früh nach der Geburt eines Kindes in das Berufsleben zurückzuholen. Hierbei geht es häufig um eine individuell gestaltete Kombination von Teilzeit, Teleheimarbeit und partieller Anwesenheit vor Ort.

DANK AN DIE MITARBEITERINNEN, MITARBEITER, DIE GLEICHSTELLUNGSBEAUFTRAGTE UND DIE PERSONALVERTRETUNGEN.

Wir danken allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren Beitrag, mit dem sie zur Erfüllung des Förderauftrages der KfW Bankengruppe beigetragen haben.

Alle anstehenden personellen, sozialen, organisatorischen und wirtschaftlichen Fragen wurden in regelmäßigen Gesprächen mit der jeweils zu-

ständigen Personalvertretung sowie mit der Gleichstellungsbeauftragten erörtert. Wir danken dem Gesamtpersonalrat, den örtlichen Personalvertretungen und der Gleichstellungsbeauftragten und ihrer Stellvertreterin für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit im vergangenen Jahr.

IN MEMORIAM.

Wir trauern um unsere 2007 verstorbenen Kolleginnen und Kollegen Lydia Kullmann, Gabriele Schalwat sowie Karl-Ludwig Frank, Peter Geisler und Hans-Ulrich Zoll. Zugleich beklagen wir den Tod unserer Pensionäre Else Chrstl, Margarete Kastl, Hildegard Kempter, Erika Nerlich, Elly Perez, Ursula Riede, Karin Schörnack, Maria Spohr,

Margret Zander, Ulrich Gutzeit, Heinz Hoppen, Rudolf Jahr, Wolfgang Kuhboht, Willi Lausen, Frieder Opitz, Erwin Picht, Hubert Riebartsch, Alfred Rühl, Kurt Schmilewski, Helmut Wolff und Reiner Zabel.

Wir werden sie in dankbarer Erinnerung behalten.

Finanzberichterstattung.

Im Geschäftsbericht werden die Konzerngewinn- und Verlustrechnung, die Konzernbilanz sowie der Wirtschafts- und Risikobericht des Konzernlageberichts wiedergegeben. Den vollständigen Konzernabschluss mit Konzernlagebericht enthält unser Finanzbericht, der auf unserer Internetseite abrufbar ist. Auch der Jahresabschluss mit Lagebericht der KfW steht dort zum Abruf bereit. Beiden Abschlüssen wurde mit Datum vom 12. März 2008 / 2. April 2008 der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk der PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft erteilt.

KURZFASSUNG KONZERNABSCHLUSS.

Gewinn- und Verlustrechnung/Bilanz.

Gewinn- und Verlustrechnung

Angaben in Mio. EUR

	2007 Mio. EUR	2006 Mio. EUR	Veränderung Mio. EUR
Zinserträge	27.578	23.688	3.890
Zinsaufwendungen	25.823	21.934	3.889
Zinsüberschuss	1.755	1.754	1
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	- 6.409	- 12	- 6.397
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	- 4.655	1.741	- 6.396
Provisionserträge	388	369	19
Provisionsaufwendungen	178	169	9
Provisionsüberschuss	209	200	10
Ergebnis aus dem Hedge Accounting	73	- 17	91
Ergebnis aus Fair-Value-Bewertung anderer Finanzinstrumente	- 1.953	172	- 2.125
Ergebnis aus Finanzanlagen	- 421	19	- 440
Verwaltungsaufwand	607	573	34
Sonstiges betriebliches Ergebnis	1.189	32	1.157
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	- 6.164	1.574	- 7.738
Ertragsteueraufwand	4	10	- 6
Konzernverlust/-gewinn	- 6.168	1.564	- 7.732

Aktiva

Angaben in Mio. EUR

	31.12.2007 Mio. EUR	31.12.2006 Mio. EUR	Veränderung Mio. EUR
Barreserve	26	26	0
Forderungen an Kreditinstitute	205.738	191.228	14.510
Forderungen an Kunden	100.267	93.262	7.005
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	- 7.671	- 1.964	- 5.707
Wertanpassungen aus dem Macro Fair Value Hedge Accounting	- 1.295	219	- 1.514
Derivate im Hedge Accounting	5.570	3.196	2.374
Sonstige Derivate	3.166	3.977	- 812
Finanzanlagen	45.745	41.802	3.943
Sachanlagen	801	778	23
Immaterielle Vermögenswerte	69	59	11
Sonstige Aktiva	1.579	1.806	- 227
Gesamt	353.997	334.389	19.608

Passiva

Angaben in Mio. EUR

	31.12.2007 Mio. EUR	31.12.2006 Mio. EUR	Veränderung Mio. EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	13.366	17.990	- 4.624
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	37.121	41.958	- 4.837
Verbriefte Verbindlichkeiten	260.315	240.086	20.229
Wertanpassungen aus dem Macro Fair Value Hedge Accounting	- 423	- 329	- 94
Derivate im Hedge Accounting	4.091	5.009	- 919
Sonstige Derivate	17.114	9.013	8.100
Rückstellungen	1.545	996	549
Sonstige Passiva	2.185	2.462	- 277
Nachrangkapital	3.747	500	3.247
Eigenkapital	14.936	16.702	- 1.766
Gesamt	353.997	334.389	19.608

WIRTSCHAFTSBERICHT.

KFW-KONZERN IM ÜBERBLICK.

Für das abgelaufene Geschäftsjahr wird der Konzernabschluss der KfW erstmals nach den internationalen Rechnungslegungsvorschriften IFRS veröffentlicht. Die Vergleichszahlen wurden ebenfalls unter Anwendung der IFRS ermittelt.

Der KfW-Konzern besteht neben der KfW aus sechs einbezogenen Tochtergesellschaften. Zu-

sätzlich werden fünf mit dem strategischen Assetmanagement betraute Spezialfonds aufgrund der Regelungen des SIC 12 konsolidiert und in den Konzernabschluss einbezogen. Die Geschäftsentwicklung des Konzerns ist maßgeblich von der KfW geprägt.

Zusammensetzung des KfW-Konzerns

Bilanzsumme (vor Konsolidierung) in Mio. EUR

	2007 Mio. EUR	2006 Mio. EUR
KfW	353.153	332.905
Tochtergesellschaften		
DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH (DEG), Köln	3.254	2.739
KfW International Finance Inc. (KfW-Finance), Delaware, USA	2.782	3.007
KfW Beteiligungsholding GmbH, Bonn	1.107	1.437
tbg Technologie-Beteiligungs-Gesellschaft mbH (tbg), Bonn	600	644
KfW IPEX-Beteiligungsholding GmbH, Frankfurt	219	33
Finanzierungs- und Beratungsgesellschaft mbH (FuB), Berlin	48	48
Konsolidierungspflichtige Zweckgesellschaften		
Fünf Spezialfonds	7.417	6.554
Unternehmen, die nach der Equity-Methode bilanziert werden		
Movesta Lease and Finance GmbH, Düsseldorf (50%)	193	259
IKB Deutsche Industriebank AG, Düsseldorf (37,8%)	-	53.262
Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte (IFRS 5)		
IKB Deutsche Industriebank AG, Düsseldorf	63.538	-

WIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN.

Die Weltwirtschaft hat im Jahr 2007 erneut kräftig expandiert. Das globale Bruttoinlandsprodukt hat nach den bisher vorliegenden Daten real um knapp 5% zugelegt. Damit konnte annähernd die hohe Wachstumsdynamik des Vorjahres gehalten werden. Angeführt von China und Indien verzeichneten die Schwellen- und Entwicklungsländer eine sehr starke Wachstumsdynamik, die sogar leicht höher als im Vorjahr ausfiel. Verlang-

samt hat sich das Wachstum hingegen im Euroraum und in den USA. Auch in Deutschland hat sich das Wachstumstempo etwas reduziert. Die Zuwachsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts lag mit 2,5% aber immer noch deutlich über ihrem langjährigen Mittelwert im wiedervereinigten Deutschland. Im Mittelstand wurde das Geschäftsklima im Durchschnitt von 2007 so positiv beurteilt wie noch nie seit der Wiederver-

einigung, allerdings mit nachlassender Tendenz im Jahresverlauf. Wesentliche gesamtwirtschaftliche Wachstumsträger waren – neben den erneut kräftigen außenwirtschaftlichen Impulsen – der Staatsverbrauch und vor allem die Bruttoanlageinvestitionen. Dabei blieb die Dynamik der Wohnungsbauinvestitionen allerdings geringer als im Vorjahr, als mehrere Sondereffekte die Bautätigkeit in diesem Marktsegment erhöht hatten. So hatte u. a. die Ankündigung, die Mehrwertsteuer zum Jahresbeginn 2007 zu erhöhen, im Wohnungsbau zu dem Bemühen geführt, Aufträge noch im Jahr 2006 zu vergeben. Der gleiche Grund hatte die privaten Haushalte zu vorgezogenen Konsumgüterkäufen veranlasst, weshalb der private Verbrauch im Jahr 2007 schwach blieb und sogar moderat schrumpfte.

Im Gegensatz zur insgesamt robusten realwirtschaftlichen Lage hat sich das Finanzmarktumfeld im Laufe des Jahres 2007 deutlich eingetrübt. Ursächlich dafür waren die sich zuspitzenden Probleme im Marktsegment der zweitklassigen („subprime“) US-Wohnimmobilienkredite. Eine wachsende Anzahl von US-Privathaushalten geriet angesichts der Nachfrageabkühlung am US-Immobilienmarkt und von Zinsanpassungen bei ihren Hypothekendarlehen in Zahlungsnöte, was zu deutlich steigenden Kreditausfallraten vor allem bei variabel verzinsten Subprime-Darlehen führte. Als Folge davon nahm die Anzahl der Konkurse von Subprime-Hypothekenkreditgebern im Laufe des 1. Quartals 2007 zu. Mit den Herabstufungen von Mortgage Backed Securities (MBS) und Collateral Debt Obligations (CDOs) bzw. MBS/CDO-Papieren durch die Rating-Agenturen und den Meldungen über Zahlungsschwierigkeiten einiger Hedgefonds weiteten sich die Probleme im US-Subprime-Segment im Sommer zu einer Vertrauenskrise des internationalen Bankensystems aus. Die Unsicherheit über die Verteilung der Risiken fand ihren Niederschlag in deutlich höheren Risikoaufschlägen an den Geldmärkten und einer faktischen Austrocknung der Verbriefungsmärkte.

Als größte Belastung für das Finanzsystem erwiesen sich jedoch die außerbilanziell geführten Zweckgesellschaften, die langfristige Hypothekenschnitzpapiere über die Ausgabe kurzfristiger Commercial Papers refinanziert hatten. Als dieser Finanzierungskanal aus Mangel an Nachfrage für die emittierten Papiere nicht mehr funktionierte, wurden auch die Finanzinstitute, die diesen Conduits Liquiditätszusagen gegeben hatten, von der Krise erfasst.

Im ersten Quartal des Jahres 2008 hat sich die Verschlechterung der Fundamentaldaten am US-Immobilienmarkt ungebremst fortgesetzt. Die Ausfallraten von Subprime-Kreditnehmern steigen weiterhin stark an, die Zahl der Zwangsvollstreckungen erreicht Höchststände, die zuletzt Anfang der achtziger Jahre beobachtet wurden, und der Hauspreisverfall hat sich beschleunigt. Insbesondere das Austrocknen der Liquidität erweist sich als problematisch. Da sich die meisten Banken und Hypothekenfinanzierer aus dem Geschäftsfeld zurückgezogen haben, sind dem Subprime-Segment zuzurechnende Kreditnehmer – selbst bei grundsätzlich ausreichender Zahlungsfähigkeit – praktisch nicht mehr in der Lage, eine Anschlussfinanzierung zu erhalten. Die Zinssenkungen der US-Notenbank und die von der US-Regierung eingeleiteten Rettungsmaßnahmen zeigen am Immobilienmarkt noch keine Wirkung.

Vor diesem Hintergrund hat sich der Preisverfall bei hypothekenbesicherten Wertpapieren im ersten Quartal noch beschleunigt, und die Ausfallrisiken sind weiter gestiegen. Auch die Rating-agenturen haben inzwischen massive Anpassungen in ihren Modellen vorgenommen, was vor allem bei Subprime ABS und Subprime ABS CDOs zu weiteren Rating-Herabstufungen in dramatischem, noch nie gesehenem Ausmaß geführt hat.

Vor dem Auftreten der beschriebenen Vertrauenskrise sind die Kapitalmarktzinsen in den USA und im Euroraum bis etwa zur Jahresmitte 2007 per Saldo gestiegen. In der zweiten Jahreshälfte führten vor allem die Finanzmarkturbu-

lenzen und eine Abschwächung der Konjunkturerwartungen für die USA insbesondere zu einer verstärkten Nachfrage nach festverzinslichen Staatsanleihen und zu entsprechenden Kapitalmarktzinsrückgängen, die in den USA deutlich stärker ausfielen als im Euroraum. Aufgrund der gestiegenen Konjunkturrisiken und des Vertrauensverlustes unter den Akteuren an den

Geldmärkten hat die US-Notenbank den Leitzins in den letzten vier Monaten des Jahres 2007 um insgesamt 100 Basispunkte gesenkt und die EZB den Leitzins in der zweiten Jahreshälfte nicht mehr erhöht. Dennoch waren die Zinssätze an den Geldmärkten durch den Vertrauensmangel seit August deutlich höher, als es die Leitzinsniveaus gerechtfertigt hätten.

ENTWICKLUNG DES KfW-KONZERNS.

Der Konzern hat im Jahr 2007 sein Fördervolumen um 13% auf 87,1 Mrd. EUR gesteigert, was sich insbesondere in unserem stark gewachsenen inländischen Förderkreditgeschäft widerspiegelt. Darüber hinaus wurde die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Wesentlichen von den Sondereffekten der Neuordnung der ERP-Wirtschaftsförderung und der Risikoabschirmung IKB Deutsche Industriebank AG (IKB), Düsseldorf, beeinflusst.

Mit Inkrafttreten des Gesetzes zur Neuordnung der ERP-Wirtschaftsförderung brachte das ERP-Sondervermögen zum Stichtag 1. Juli 2007 Eigenkapital in Höhe von 4,65 Mrd. EUR und Nachrangkapital in Höhe von 3,25 Mrd. EUR in die KfW ein. Die mit dem neu eingebrachten Eigenkapital erzielten Erträge stehen zweckgebunden der ERP-Wirtschaftsförderung zur Verfügung und decken – zusammen mit Förderzuschüssen des ERP-Sondervermögens – die Förderlasten der von der KfW durchgeführten ERP-Wirtschaftsförderung ab. Die Erträge aus den bisherigen Anteilen des ERP-Sondervermögens am Eigenkapital der KfW dienen weiterhin dem Substanzerhalt des ERP-Sondervermögens.

Die durch die US-Subprimekrise in existenzielle Probleme geratene IKB, an der die KfW zum Bilanzstichtag mit 37,8% beteiligt ist, wird durch die KfW zusammen mit drei Dachverbänden des deutschen Kreditgewerbes (Verbände) seit Ende Juli 2007 mittels eines Risikoschirms gestützt. Die Risikoabschirmung wurde Ende November 2007 um die Absicherung der Restrisiken aus der „Ha-

venrock-Struktur“ aufgestockt. Damit leistet die KfW einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung des Finanzmarktes und des Finanzplatzes Deutschland. Die Ergebnisbelastung aus der Risikoabschirmung betrug zum Jahresende 6,8 Mrd. EUR. Darin enthalten sind die wertaufhellenden aktuellen Marktentwicklungen des ersten Quartals 2008, die die KfW in Fortsetzung ihres konservativen Bewertungsansatzes konsequent berücksichtigt und daher Ende März eine Neubewertung des Portfolios vorgenommen hat.

Die IKB wurde durch diverse Maßnahmen sowohl von bilanziellen als auch von außerbilanziellen Risiken abgesichert:

- Durch den Eintritt in die Liquiditätslinien der IKB zur Refinanzierung des Conduits Rhineland Funding Capital Corporation, New York, USA, entstand bei der KfW Kreditrisikoversorgebedarf in Form von Einzelwertberichtigungen.
- Des Weiteren übernahm die KfW Risiken aus der Rückabsicherung anderer Liquiditätsprovider für Rhineland Funding Capital Corporation, New York, USA, (Havenrock-Struktur) in Höhe von 1,5 Mrd. USD über Kreditderivate. Aus diesen Instrumenten ergab sich negativer Bewertungsbedarf.
- Darüber hinaus übernahm die KfW Risiken der IKB aus deren strukturierten Wertpapierportfolios mittels Finanzgarantien und Kreditderivaten. Die Höhe dieser Risikoabsicherung ist auf 1,0 Mrd. EUR begrenzt.

Seit dem Beschluss des Verwaltungsrats vom 30. November 2007, den Verkauf der IKB zügig voranzutreiben, wird die Beteiligung nicht mehr als assoziiertes Unternehmen, sondern nach den Regelungen zur Bilanzierung von zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten bilanziert. Die KfW hat die gehaltenen IKB-Anteile entsprechend auf den Börsenkurs zum 31. Dezember 2007 unter Berücksichtigung erwarteter Veräußerungskosten abgeschrieben. Hieraus ergab sich zum Jahresende ein zusätzlicher Aufwand von 0,4 Mrd. EUR.

Zur Deckung von wesentlichen Teilen der Belastungen aus der IKB-Krise, die insgesamt 7,2 Mrd. EUR betragen, hat die KfW ihren Fonds für allgemeine Bankrisiken mit 5,3 Mrd. EUR in Anspruch genommen. Da der Fonds unter IFRS Bestandteil des Konzerneigenkapitals ist, erfolgt die Entnahme außerhalb der Gewinn- und Verlustrechnung.

Im zweiten Halbjahr 2007 hat sich die US-Subprimekrise zu einer allgemeinen Vertrauenskrise

in den Finanzmärkten ausgeweitet. Infolge hoher Risikoaufschläge selbst für gute Adressen und des Austrocknens der Märkte für Verbriefungsprodukte kam es zu starken Marktverwerfungen.

Aufgrund der konservativen Anlagepolitik im Konzern fallen unter Beachtung des hohen Wertpapierbestands von rd. 44 Mrd. EUR die zu erfassenden Wertschwankungen vergleichsweise gering aus. Die weitgehend als temporär eingeschätzten Wertabschläge bei Wertpapieren im Konzern lagen insgesamt bei knapp 0,6 Mrd. EUR. Davon waren 0,2 Mrd. EUR ergebnisneutral in den Neubewertungsrücklagen zu erfassen. Der Anteil der erfolgswirksam und -neutral erfassten Belastungen aus den direkt von der KfW gehaltenen ABS-Papieren mit größtenteils hoher Bonität belief sich dabei auf 0,2 Mrd. EUR.

Die folgenden Kennzahlen geben einen ersten Überblick über die Entwicklungen im Geschäftsjahr 2007:

Finanzkennzahlen des KfW-Konzerns

	2007	2006
	Mrd. EUR	Mrd. EUR
Bilanzkennzahlen		
Bilanzsumme	354	334
Kreditvolumen	341	327
Eventualverpflichtungen	6	7
Unwiderrufliche Kreditzusagen	39	45
Treuhandvermögen	19	19
Geschäftsvolumen	417	406
Bilanzielles Eigenkapital	15	17
Erfolgskennzahlen	Mio. EUR	Mio. EUR
Betriebsergebnis vor Bewertungen	1.357	1.381
Betriebsergebnis nach Bewertungen ¹⁾	- 6.182	1.542
Konzernverlust/-gewinn	- 6.168	1.564
Ökonomische Kennzahlen	Mio. EUR	Mio. EUR
Konzernergebnis	- 6.417	1.511
Wirtschaftliches Konzernergebnis	- 1.312	1.113
Kapitalkennzahlen	%	%
Eigenkapitalquote	4,2	5,0

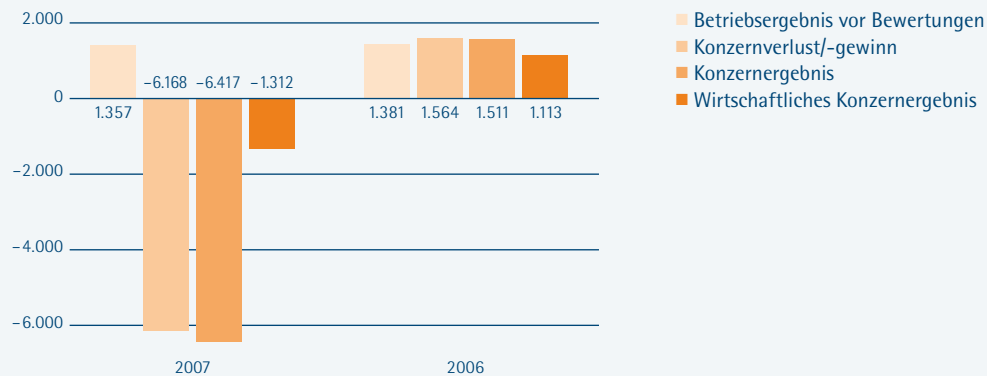
¹⁾ Inkl. der Beteiligung der Verbände an der Risikoabschirmung der IKB.

Die Bilanzsumme des Konzerns hat sich im Geschäftsjahr 2007 um 19,6 Mrd. EUR (5,9%) auf 354,0 Mrd. EUR erhöht. Positiv entwickelt haben sich vor allem die Kreditforderungen (285,8 Mrd. EUR) mit einem um 27,7 Mrd. EUR höheren Volumen. Die gehaltenen Finanzanlagen haben mit

3,9 Mrd. EUR auf 45,7 Mrd. EUR deutlich zugenommen. Das Wachstum wurde insbesondere durch verstärkte Emissionsaktivitäten refinanziert. Das Volumen der Verbrieften Verbindlichkeiten lag mit 260,3 Mrd. EUR um 20,2 Mrd. EUR höher als im Vorjahr.

Betriebsergebnis vor Bewertungen, Konzernverlust/-gewinn, Konzernergebnis und wirtschaftliches Konzernergebnis

Angaben in Mio. EUR



Das Betriebsergebnis vor Bewertungen lag mit 1.357 Mio. EUR nur leicht unter dem Vergleichswert von 1.381 Mio. EUR.

Die Belastungen aus der Risikoabschirmung der IKB und die Abschreibung der IKB-Beteiligung führten im Geschäftsjahr 2007 zum Ausweis eines Konzernverlustes. Die Höhe des Konzernverlustes beträgt 6.168 Mio. EUR. Im Vorjahr erzielte der Konzern noch einen Gewinn von 1.564 Mio. EUR.

Zusätzliche Belastungen ergaben sich in der ökonomischen Sicht aus den erfolgsneutral im Konzerneigenkapital erfassten Abschlägen aus Wertpapierbewertungen, die im Konzernergebnis zu berücksichtigen sind.

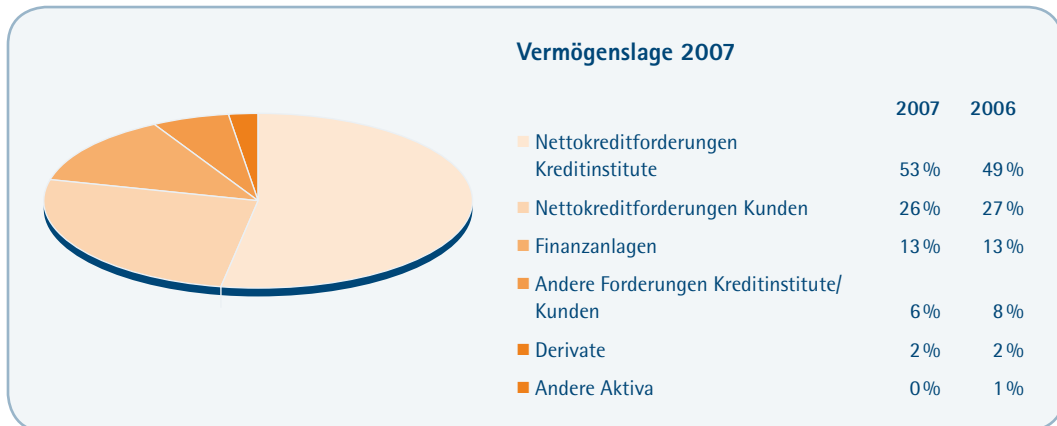
Berücksichtigt man die im Zusammenhang mit der IKB-Krise vorgenommene Nettoentnahme

aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken, der für den Konzern Risikovorsorgecharakter hat und sonstige wirtschaftlich nicht sachgerechte IFRS-Effekte, ergibt sich nach dem sehr guten Geschäftsverlauf des Vorjahres im Geschäftsjahr 2007 ein negatives wirtschaftliches Konzernergebnis von 1.312 Mio. EUR.

Maßgeblich für diese Entwicklung sind vor allem die nicht durch den Fonds abgedeckten Belastungen aus der IKB-Krise und die weitgehend temporären Belastungen aus der Marktbewertung der Wertpapierportfolios über 0,6 Mrd. EUR. Positiv wirkte sich insbesondere die erfreuliche Entwicklung der Beteiligungsförderung aus. Die Risikovorsorge im übrigen Kreditgeschäft liegt nach wie vor auf niedrigem Niveau.

ENTWICKLUNG DER VERMÖGENSLAGE.

Das Kreditgeschäft mit Kreditinstituten und Kunden ist das Kerngeschäft des Konzerns. 79% des Konzernvermögens betrafen 2007 das Kreditgeschäft.



Das Kreditvolumen hat sich dabei um 13,5 Mrd. EUR bzw. 4% auf 340,9 Mrd. EUR erhöht, durch den schwächeren US-Dollar wurde diese Entwicklung noch unterzeichnet.

Kreditvolumen
Angaben in Mio. EUR

	2007 Mio. EUR	2006 Mio. EUR	Veränderung Mio. EUR
Forderungen aus Krediten und Darlehen	285.805	258.136	27.669
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	- 7.671	- 1.964	- 5.707
Nettokreditforderungen	278.134	256.172	21.962
Eventualverpflichtungen aus Avalkrediten	5.850	6.731	- 881
Unwiderrufliche Kreditzusagen	38.462	45.162	- 6.700
Treuhänderisch ausgereichte Kredite und Darlehen	18.440	19.371	- 931
Gesamt	340.887	327.436	13.450

Zu dem Wachstum der Forderungen aus Krediten und Darlehen um 27,7 Mrd. EUR auf 285,8 Mrd. EUR hat insbesondere das inländische Förderkreditgeschäft mit dem Programm „Unternehmerkredit“ und der Initiative „Wohnen, Umwelt, Wachstum“ beigetragen. Darüber hinaus erhöhten die im Rahmen der IKB-Risikoabschirmung herausgegebenen Liquiditätslinien die Kreditforderungen. Die hierfür gebildete Risikovorsorge war maßgeblich für den Anstieg der Risikovorsorge im Kreditgeschäft um 5,7 Mrd. EUR auf 7,7 Mrd. EUR. Insgesamt stellten die Nettokreditforderungen mit 278,1 Mrd. EUR 82 % des Kreditvolumens dar.

Die Eventualverpflichtungen aus dem Avalkreditgeschäft bewegten sich mit einem Bestand von 5,9 Mrd. EUR unter dem Vorjahresniveau und trugen mit 2 % zum Kreditvolumen bei. Die unwiderrieflichen Kreditzusagen sind aufgrund der hohen Inanspruchnahmen im Jahr 2007 um 6,7 Mrd. EUR auf 38,5 Mrd. EUR zurückgegangen. Im Treuhandvermögen bewegt sich das Volumen der treuhänderisch ausgereichten Kredite und Darlehen, die vor allem die Kredite zur Förderung der Entwick-

lungsländer mit Refinanzierung aus Haushaltsmitteln der Bundesrepublik Deutschland umfassen, mit 18,4 Mrd. EUR um 5 % unter dem Vorjahresniveau.

Die anderen Forderungen an Kreditinstitute und Kunden lagen um 6,2 Mrd. EUR unter dem Vorjahresniveau von 26,4 Mrd. EUR. Hierin enthalten sind insbesondere kurzfristige Geldanlagen.

Die gehaltenen Anleihen und Schuldverschreibungen haben um 5 Mrd. EUR auf 42,3 Mrd. EUR zugenommen, während das Volumen der gehaltenen Geldmarktpapiere um 1,1 Mrd. EUR auf 0,4 Mrd. EUR sank. Daneben wurden die in den Spezialfonds zur strategischen Anlage gehaltenen Papiere aufgestockt. Der Bestand belief sich zum 31. Dezember 2007 auf 7,4 Mrd. EUR. Der Gesamtbestand der Finanzanlagen lag mit 45,7 Mrd. EUR um 9 % über dem Niveau des Vorjahres.

Unter den Finanzanlagen wurden zum 31. Dezember 2007 von der KfW direkt gehaltene ABS-Papiere mit einem Buchwert von 6,4 Mrd. EUR ausgewiesen.

Finanzanlagen

Angaben in Mio. EUR

	2007 Mio. EUR	2006 Mio. EUR	Veränderung Mio. EUR
Anleihen und andere festverzinsliche Wertpapiere	42.787	38.933	3.853
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.526	1.529	-3
Beteiligungen	1.205	731	474
Anteile an nicht einbezogenen Tochterunternehmen	18	12	6
Anteile an nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen	5	597	-592
Anteile an zur Veräußerung gehaltenen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	204	0	204
Gesamt	45.745	41.802	3.943

Der Bestand der Derivate mit positiven Marktwerten hat sich um 1,6 Mrd. EUR auf 8,7 Mrd. EUR erhöht.

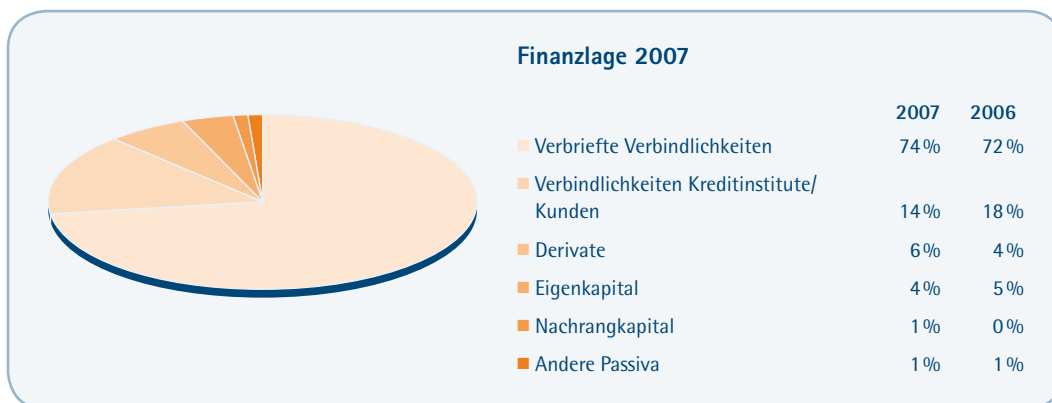
Die Wertanpassungen aus dem Macro Hedging für Grundgeschäftsportfolios aus Bilanzaktiva haben sich um 1,5 Mrd. EUR reduziert.

Die weiteren Bilanzposten haben sich nur in geringem Umfang verändert.

ENTWICKLUNG DER FINANZLAGE.

Die Struktur der Refinanzierung war mit einem Anteil von 74% der Bilanzsumme weiterhin durch

Mittelaufnahmen in Form von Verbrieften Verbindlichkeiten geprägt.



Das Volumen der aufgenommenen fremden Mittel hat sich mit 13,8 Mrd. EUR (5%) auf 313,5

Mrd. EUR erhöht und damit primär die Ausweitung des Geschäftsvolumens refinanziert.

Fremde Mittel
Angaben in Mio. EUR

	2007 Mio. EUR	2006 Mio. EUR	Veränderung Mio. EUR
Geldmarktaufnahmen	23.550	16.285	7.264
Anleihen und Schuldverschreibungen	241.437	230.015	11.422
Andere Mittelaufnahmen	44.739	52.916	-8.177
Nachrangkapital	3.747	500	3.247
Gesamt	313.473	299.716	13.756

Mittelaufnahmen in Form von emittierten mittel- und langfristigen Anleihen und Schuldverschreibungen der KfW stellten die Hauptfinanzierungsquelle im Konzern dar. Sie deckten 2007 mit 241,4 Mrd. EUR (Zunahme 11,4 Mrd. EUR) 77 % der aufgenommenen fremden Mittel ab. Kurzfristige Emissionen in Form von Commercial Papers sind um 8,8 Mrd. EUR angestiegen und beliefen sich auf 18,9 Mrd. EUR. Die kurzfristigen Mittelaufnahmen belaufen sich damit insgesamt auf 23,6 Mrd. EUR. Die anderen Mittelaufnahmen umfassen bei der KfW neben Schuldscheindarlehen von Kreditinstituten und Kunden, die mit 25,4 Mrd. EUR gegenüber dem Vorjahr um 3,5 Mrd. EUR rückläufig sind, vor allem Verbindlichkeiten gegenüber dem Bundeshaushalt.

Der Bestand der Derivate mit negativen Marktwerten hat sich um 7,2 Mrd. EUR erhöht und belief sich zum Jahresende auf 21,2 Mrd. EUR.

Die Rückstellungen erhöhten sich insbesondere durch die Risikovorsorge für im Rahmen der IKB-Risikoabschirmung übernommene Garantien um 0,5 Mrd. EUR auf 1,5 Mrd. EUR.

Im Rahmen der Neuordnung der ERP-Wirtschaftsförderung hat das ERP-Sondervermögen der KfW Nachrangkapital in Höhe von 3,25 Mrd. EUR gewährt. Das Gesamtvolumen belief sich damit auf 3,75 Mrd. EUR.

Die weiteren Bilanzposten haben sich nur in geringem Umfang verändert.

Die Veränderungen im bilanziellen Eigenkapital waren insbesondere durch das Gesetz zur Neuordnung der ERP-Wirtschaftsförderung geprägt. Gegenläufig wirkten die Nettoentnahme aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken und der Bilanzverlust. Insgesamt bewegt sich das Eigenkapital mit 14,9 Mrd. EUR um 1,8 Mrd. EUR unter dem Niveau des Vorjahres. Die bilanzielle Eigenkapitalquote betrug 4,2 % nach 5,0 % im Vorjahr.

Eigenkapital

Angaben in Mio. EUR

	2007 Mio. EUR	2006 Mio. EUR	Veränderung Mio. EUR
Eingezahltes gezeichnetes Kapital	3.300	3.300	0
Kapitalrücklage	6.254	1.604	4.650
<i>darunter Förderrücklage des ERP-Sondervermögens</i>	4.650	0	4.650
Rücklage aus Mitteln des ERP-Sondervermögens	804	757	47
Gewinnrücklagen	5.862	5.584	278
Fonds für allgemeine Bankrisiken	200	5.300	-5.100
Neubewertungsrücklagen	-92	157	-249
Bilanzverlust	-1.393	0	-1.393
Gesamt	14.936	16.702	-1.767

Die Kapitalrücklage erhöhte sich aufgrund der Zuführung der Förderrücklage des ERP-Sondervermögens im Rahmen der Neuordnung der ERP-Wirtschaftsförderung um 4,65 Mrd. EUR auf 6,25 Mrd. EUR.

Dem Fonds für allgemeine Bankrisiken wurden im Geschäftsjahr 2007 5,3 Mrd. EUR zur Deckung der Belastungen aus der IKB-Krise entnommen. Nach Zuführung von 0,2 Mrd. EUR aus dem laufenden Ergebnis weist der Fonds zum 31. Dezember 2007 einen Bestand in entsprechender Höhe aus.

Ergebnisneutral zu erfassende Wertveränderungen bei Finanzanlagen der Kategorie *zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte*, die im Wesentlichen als Folge der Finanzmarktkrise entstanden, führten zu einem Rückgang der Neubewertungsrücklagen in Höhe von 0,2 Mrd. EUR.

Die Rücklage aus Mitteln des ERP-Sondervermögens sowie die Gewinnrücklagen wurden in Höhe von zusammen 0,3 Mrd. EUR verstärkt. In Höhe des Jahresfehlbetrags der KfW wird ein Bilanzverlust von 1,4 Mrd. EUR ausgewiesen.

ENTWICKLUNG DER ERTRAGSLAGE.

Die Ertragslage ist mit den Vorjahreswerten aufgrund der Auswirkungen der IKB-Krise nur eingeschränkt vergleichbar.

Ertragslage Angaben in Mio. EUR			
	2007 Mio. EUR	2006 Mio. EUR	Veränderung Mio. EUR
Zinsüberschuss	1.755	1.754	1
Provisionsüberschuss	209	200	9
Verwaltungsaufwand	607	573	34
Betriebsergebnis vor Bewertungen	1.357	1.381	-24
Kreditrisikovorsorge	-6.409	-12	-6.397
Ergebnisse aus Hedge Accounting und Fair-Value-Bewertung anderer Finanzinstrumente	-1.880	155	-2.035
Ergebnis aus Finanzanlagen	-421	19	-440
Betriebsergebnis nach Bewertungen	-7.353	1.542	-8.895
Sonstiges betriebliches Ergebnis	1.189	32	1.157
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-6.164	1.574	-7.738
Ertragsteueraufwand	4	10	-6
Konzernverlust/-gewinn	-6.168	1.564	-7.732
Ergebnisneutrale Bewertungsänderungen im Eigenkapital	-249	-53	-196
Konzernergebnis	-6.417	1.511	-7.928
Bereinigung um temporäre Ergebnisse aus wirtschaftlich nicht gerechtfertigten Derivatebewertungen und Hedge Accounting	5	-131	136
Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	-200	-267	67
Deckung der Belastungen aus der IKB-Krise durch Entnahme aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken	5.300	-	5.300
Wirtschaftliches Konzernergebnis	-1.312	1.113	-2.425

Das Betriebsergebnis vor Bewertungen lag mit 1.357 Mio. EUR nur leicht unter dem Vorjahreswert von 1.381 Mio. EUR.

Der Zinsüberschuss ist die wichtigste Ertragsquelle des Konzerns. Er lag bei 1.755 Mio. EUR und damit auf dem Niveau des Vorjahres. Hierbei wurden Belastungen aus höheren Zinsverbilligungsleistungen des gestiegenen Förderkreditgeschäfts durch die Erträge aus der Anlage höherer unverzinslicher Passiva aus der Eigenkapitalzuführung des ERP-Sondervermögens kompensiert.

Der Provisionsüberschuss stieg leicht um 4,8% auf 209 Mio. EUR (Vorjahr 200 Mio. EUR). Positiv entwickelt haben sich insbesondere die Erträge aus den Vertriebsplattformen PROMISE und PROVIDE sowie den Kreditderivaten.

Der Verwaltungsaufwand lag mit 607 Mio. EUR um 34 Mio. EUR (5,9 %) über dem Vergleichswert des Vorjahres. Der Personalaufwand hat sich mit 349 Mio. EUR um 14 Mio. EUR aufgrund tariflicher und leistungsbezogener Gehaltserhöhungen bei gesteigerter Mitarbeiterzahl leicht erhöht (+ 4%). Der Anstieg des Sachaufwands um 20 Mio. EUR auf 258 Mio. EUR betrifft insbesondere die Anderen Verwaltungsaufwendungen und resultiert u. a. aus gestiegenen Aufwendungen für die Verwaltung der extern gehaltenen Wertpapiersondervermögen sowie für Dienstleistungen Dritter.

Der Risikovorsorgeaufwand ohne Beachtung der Sondereffekte aus der Risikoabschirmung der IKB lag im abgelaufenen Geschäftsjahr mit 129 Mio. EUR bei deutlich wachsendem Kreditvolumen auf einem niedrigen Niveau und folgte damit der Tendenz des Vorjahres. Belastend wirkte die Bildung von Portfoliowertberichtigungen, die insbesondere auch die im Geschäftsmodell der KfW bestehenden Konzentrationsrisiken im Finanzsektor berücksichtigen. Die Vorsorge für akute Kreditrisiken konnte reduziert werden.

Die bestehende Kreditrisikovorsorge sowie der Fonds für allgemeine Bankrisiken decken alle akuten und latenten Risiken in konsequenter Fortsetzung unserer vorsichtigen Risikopolitik ab. Die Kreditrisikovorsorge aus dem Eintritt der KfW in die Liquiditätslinien gegenüber den Ankaufsgesellschaften aus der Zweckgesellschaft Rhineland Funding Capital Corporation, New York, USA, sowie die Rückstellung für die Garantie zur Absicherung von Bilanzrisiken als Teil der Risikoabschirmung der IKB belasten die Erfolgsrechnung mit 6,3 Mrd. EUR.

Das Ergebnis aus Hedge Accounting und der Fair-Value-Bewertung anderer Finanzinstrumente war im Geschäftsjahr 2007 neben den enthaltenen Sondereffekten aus der Bewertung von Kreditderivaten aus der Risikoabschirmung der IKB in Höhe von –1,7 Mrd. EUR auch geprägt durch die infolge der US-Subprimekrise aufgetretenen Schwankungen an den Finanzmärkten.

Der Nettoertrag aus dem Micro und Macro Hedge Accounting beträgt 73 Mio. EUR. Die erfolgreiche Anwendung des Hedge Accounting entlastet die Ergebnisrechnung des Konzerns von einseitigen hohen wirtschaftlich nicht gerechtfertigten Volatilitäten aus Derivaten, die ausschließlich Sicherungszwecken dienen.

Die erfolgswirksam zum Fair Value bilanzierten Finanzinstrumente aus Mittelaufnahmen einschließlich zugehöriger Sicherungsderivate belasteten das Ergebnis mit 45 Mio. EUR. Ausgelöst durch die Finanzmarktkrise führten die für die Marktbewertung der Mittelaufnahmen heranzuziehenden verbesserten Refinanzierungsspreads bei der KfW zu einer temporären Ergebnisbelastung.

Der Ergebnisbeitrag aus nicht abgebildeten Sicherungszusammenhängen belief sich auf –29 Mio. EUR; im Vorjahr wurde ein positiver Beitrag in Höhe von 87 Mio. EUR ausgewiesen. Das Ergebnis aus dem erfolgswirksam zum beizulegenden

Zeitwert bewerteten Beteiligungsgeschäft hat sich gegenüber dem guten Vorjahresergebnis (130 Mio. EUR) nochmals positiv entwickelt und einen Ergebnisbeitrag von 193 Mio. EUR erreicht. Hierin sind neben den Beteiligungen auch die Bewertungsergebnisse der im Beteiligungsfinanzierungsgeschäft vereinbarten Nebenabreden (Risikoprositionen/Gewinnbeteiligungen) enthalten.

Die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Wertpapiere einschließlich des Fair-Value-Ergebnisses aus den Spezialfonds belasteten das Ergebnis mit 328 Mio. EUR. Neben realisierten Ergebniskomponenten sind hierunter vor allem als temporär eingeschätzte aufgrund der Finanzmarktkrise entstandene Bewertungseffekte enthalten. Aus den erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten direkt gehaltenen ABS-Papieren wurden Aufwendungen in Höhe von 137 Mio. EUR erfasst.

Das Ergebnis aus Finanzanlagen in Höhe von – 421 Mio. EUR (Vorjahr: 19 Mio. EUR) wird vor allem durch die negative Wertfortschreibung der IKB-Beteiligung in Höhe von 356 Mio. EUR geprägt. Im Berichtsjahr erfolgte bis zum Beschluss des Verwaltungsrats der KfW am 30. November 2007, den Verkauf der IKB-Anteile zügig voranzutreiben, die Equity-Fortschreibung auf Basis des Börsenkurses. Der Aufwand hieraus betrug 279 Mio. EUR. Seit dem 1. Dezember 2007 wird die IKB nicht mehr als assoziiertes Unternehmen, sondern als zur Veräußerung gehaltener Vermögenswert nach den Vorschriften des IFRS 5 bilanziert. Die Wertfortschreibung erfolgte daraufhin weiterhin auf Basis des Börsenwertes abzüglich erwarteter Veräußerungskosten. Dies führte zu weiteren Belastungen von 77 Mio. EUR.

Aus Abgängen und Bewertungen von Wertpapieren und Beteiligungen, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet

werden, waren Nettoaufwendungen in Höhe von insgesamt 67 Mio. EUR zu verzeichnen.

Die nicht erfolgswirksam zu erfassenden Wertveränderungen aus Finanzanlagen haben die Neubewertungsrücklagen im Eigenkapital mit 216 Mio. EUR belastet. Hiervon entfielen 56 Mio. EUR auf ABS-Produkte.

Das Sonstige betriebliche Ergebnis wird vor allem durch den einmaligen Ertragsausweis aus der Beteiligung von Dachverbänden des deutschen Kreditgewerbes an der Risikoabschirmung der IKB geprägt.

Insgesamt ergab sich ein Konzernverlust von 6.168 Mio. EUR nach einem Konzerngewinn im Vorjahr von 1.564 Mio. EUR.

Das Konzernergebnis umfasst neben dem in der Erfolgsrechnung ausgewiesenen Konzernverlust/-gewinn die ergebnisneutralen Veränderungen der Neubewertungsrücklagen.

Insbesondere durch die Auswirkungen der IKB-Krise verursacht, lag das Konzernergebnis mit – 6.417 Mio. EUR deutlich unter dem Vorjahresergebnis. Darin sind die höheren ergebnisneutralen kurzfristigen Bewertungsänderungen bei Finanzanlagen mit – 216 Mio. EUR sowie die Ausbuchung der anteiligen Neubewertungsrücklage aus der Einbeziehung der IKB als assoziiertes Unternehmen enthalten.

Das wirtschaftliche Konzernergebnis ist eine auf dem nach IFRS ermittelten Konzernergebnis aufsetzende weiterführende Ergebnisrechnung des Konzerns. Der Konzern ermittelt dieses Ergebnis aus zwei Gründen:

- Die Gesellschaften des Konzerns sind keine Handelsbuchinstitute. Derivative Finanzinstrumente werden zu Sicherungszwecken abgeschlossen. Aus den Vorgaben zur Bilanzierung und Bewertung von Derivaten und Sicherungsbeziehungen ergeben sich unter IFRS trotzdem

Ergebniseffekte. Diese sind aufgrund der wirtschaftlich effektiven Sicherungswirkung nach Auffassung des Konzerns nicht sachgerecht.

- Aufgrund des gesetzlichen Auftrags als Förderbank mit langfristiger Geschäftsausrichtung betreibt der Konzern eine Risikopolitik mit Dotierung von Vorsorgereserven in einem Fonds für allgemeine Bankrisiken, die die Nachhaltigkeit und Langfristigkeit des Förderansatzes widerspiegelt sowie besondere Stressphasen am Markt berücksichtigt. Diese Vorsorgepolitik ist nach Auffassung des Konzerns unter IFRS nicht sachgerecht darstellbar, da sie nicht innerhalb der Ergebnisrechnung erfolgen kann.

Im Bereich der Abbildung von Sicherungsbeziehungen werden folgende Bereinigungen vorgenommen:

- Das temporäre Bewertungsergebnis aus dem Micro und Macro Hedge Accounting wird herausgerechnet. Alle Sicherungsbeziehungen sind wirtschaftlich effektiv und erzielen über die Gesamtlaufzeit keinen Ergebnisbeitrag.
- Temporäre Ergebnisse aus der Marktbewertung von Mittelaufnahmen bei der Nutzung der Fair-Value-Option zur Vermeidung eines Accounting Mismatch einschließlich zugehöriger Sicherungsderivate werden bereinigt. Die wirtschaftlich effektiven Sicherungsbeziehungen erzielen über die Gesamtlaufzeit keinen Ergebnisbeitrag.
- Temporäre Ergebnisse aus der Marktbewertung nicht abgebildeter Sicherungszusammenhänge

mit hoher wirtschaftlicher Effektivität werden bereinigt. Sie erzielen über die Gesamtlaufzeit keinen Ergebnisbeitrag.

Im Bereich der Abbildung der erforderlichen Vorsorgepolitik wird folgende Bereinigung vorgenommen:

- Zuführungen zu und Entnahmen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken werden innerhalb der wirtschaftlichen Ergebnisrechnung abgebildet.

In der ökonomischen Ertragssicht haben sich die unterschiedlichen temporären Ergebniseffekte aus der Abbildung von Sicherungsbeziehungen nach IFRS 2007 weitestgehend kompensiert, nachdem im Vorjahr noch ein Ergebnisbeitrag von 131 Mio. EUR bereinigt wurde.

Unter Berücksichtigung der Entnahme aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken zur Deckung von Belastungen aus der IKB-Krise von 5.300 Mio. EUR bei gleichzeitiger Zuführung aus dem laufenden Ergebnis in Höhe von 200 Mio. EUR liegt das wirtschaftliche Konzernergebnis mit – 1.312 Mio. EUR um 2.425 Mio. EUR unter dem Vorjahresergebnis.

Hauptursache des Ergebnisrückgangs waren zum einen die nicht durch die Entnahme aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken abgedeckten Belastungen aus der IKB-Krise und zum anderen ergebniswirksame und ergebnisneutrale Wertveränderungen aus Wertpapieren, die vor allem durch die allgemeine Vertrauenskrise an den Finanzmärkten ausgelöst wurden.

WESENTLICHE EREIGNISSE NACH DEM BILANZSTICHTAG (STICHTAG: 12. MÄRZ 2008).

Seit dem 1. Januar 2008 führt die KfW IPEX-Bank als 100-prozentige Tochter der KfW ihre Geschäfte als rechtlich selbstständige KfW IPEX-Bank GmbH. Damit ist die Vereinbarung mit der EU-Kommission zur Neuordnung der Förderbanklandschaft aus dem Jahr 2002 umgesetzt.

Im Rahmen der Risikoabschirmung der IKB wird die KfW nach vertraglicher Umsetzung der Restrukturierung des Conduits Rhineland Funding Capital Corporation, New York, USA, die Verfügungsgewalt über die ihr unter den von der KfW finanzierten Liquiditätslinien zuzurechnenden Vermögenswerte erlangen. Diese Vermögenswerte werden in zwei neue von der KfW gesteuerte Zweckgesellschaften überführt. Die Refinanzierung der Zweckgesellschaften erfolgt ausschließlich durch die KfW. Mit der Erlangung der Verfügungsgewalt über das Portfolio erfolgt die Konsolidierung der beiden Gesellschaften im Geschäftsjahr 2008.

Im Rahmen der Risikoabschirmung der IKB hat die KfW im Januar 2008 eine von der IKB emit-

tierte einjährige Wandelschuldverschreibung in Höhe von 54,3 Mio. EUR erworben, die am 28. Februar 2008 gewandelt wurde. Der Konzern hat im Rahmen der Wandlung seinen Anteil an der IKB um 5,6 Prozentpunkte erhöht.

Zur weiteren Risikoabschirmung der IKB hat die Bundesregierung gemäß § 2 Abs. 4 KfW-Gesetz die KfW angewiesen, Kapitalmaßnahmen von bis zu 2,3 Mrd. EUR zugunsten der IKB durchzuführen. Der Verwaltungsrat hat dies in seiner Sitzung am 13. Februar 2008 bestätigt. Im Rahmen der geplanten Barkapitalerhöhung der IKB von bis zu 1,487 Mrd. EUR stellt die KfW sicher, dass der IKB daraus mindestens 1,25 Mrd. EUR zufließen werden. Zusätzlich hat die KfW das bankaufsichtsrechtliche Kernkapital der IKB seit dem 19. Februar 2008 um vorerst 600 Mio. EUR verstärkt. Aktuell erkennbare Risiken aus diesem Geschäft liegen beim Bund bzw. bei weiteren Beteiligten.

RISIKOBERICHT.

GRUNDLAGEN UND ZIELE DER RISIKOSTEUERUNG.

Für den Konzern¹⁾ ist die Messung und Steuerung der im Rahmen seiner förderpolitischen Ziele eingegangenen Risiken von großer Bedeutung, denn nur der planvolle Umgang mit diesen Risiken ermöglicht es dem Konzern, seine Ressourcen optimal für die Realisierung seiner Förderziele einzusetzen. Ein systematisches Risikomanagement ist Voraussetzung, um den Erhalt der Risikotragfähigkeit zu sichern und Förderziele auch in Zukunft nachhaltig verfolgen zu können. Der Konzern ist in unterschiedlichen Marktsegmenten aktiv. Daraus resultiert ein heterogenes Kreditportfolio, dessen Erträge und Risiken konzernweit gesteuert werden müssen. Bei der Ertrags-/Risikosteuerung wird den Besonderheiten einer Förderbank Rechnung getragen. Das zentrale Motiv des Steuerungsansatzes des Konzerns ist der Erhalt der Risikotragfähigkeit. Dabei ist sicherzustellen, dass das durch Kredit-, Markt- und operationelle Risiken gebundene Ökonomische Kapital für das angestrebte Solvenzniveau stets durch die verfügbaren finanziellen Ressourcen gedeckt ist. Bankaufsichtliche Anforderungen, wie sie die Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) formulieren, stellen für die Risikomanagementstrukturen und -prozesse des Konzerns wichtige Nebenbedingungen dar.

Die Geschäftsfelder des Konzerns agieren in einem dynamischen Umfeld. So verlangen Produktinnovationen die kontinuierliche Weiterentwicklung von Risikomessverfahren, während die veränderten bankaufsichtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen höhere Anforderungen an die Qualität der Risikomanagementprozesse und -methoden stellen. Der Konzern stellt sich diesen Herausforderungen, indem er sein Risikomanagement und -controlling zielgerichtet weiterentwickelt. Nachdem in den Vorjahren die erforderlichen Risikomess- und -steuerungsverfahren entwickelt und validiert sowie die organisatorischen Grundlagen gemäß aufsichtsrechtlichen Vorgaben geschaffen worden waren, lag im Berichtsjahr der Schwerpunkt auf Weiterentwicklung und Ausbau der Methoden. Darüber hinaus hat der Konzern 2007 seine Kredit- und Marktpreisrisiken unter Stressbedingungen analysiert.

Um das Risikomanagement und -controllingwissen in der Organisation der Bank zu verankern, schult der Konzern u. a. mit einem modulartig aufgebauten Programm zu Risikothemen. Dieses ermöglicht es Mitarbeitern und Führungskräften aus der gesamten Bankengruppe, gezielt Orientierungswissen zu erwerben oder Spezialkenntnisse zu vertiefen.

¹⁾ In der Risikosteuerung umfasst der Konzern die KfW und ihre Tochtergesellschaften.

ORGANISATION DER RISIKOSTEUERUNG UND -ÜBERWACHUNG. GREMIENARCHITEKTUR UND FUNKTIONELLE ASPEKTE DER RISIKOSTEUERUNG.

Der Vorstand der KfW bestimmt im Rahmen seiner Gesamtverantwortung die risikopolitischen Richtlinien und Grundsätze im Konzern. In einem regelmäßigen Turnus werden die Aufsichtsorgane – Verwaltungsrat und Bundesfinanzministerium bzw. Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, welche alternierend den Verwaltungsratsvorsitzenden bzw. dessen Stellvertreter stellen – über die Risikosituation des Konzerns informiert.

Die Risikosteuerung im Konzern erfolgt durch eng miteinander verzahnte Entscheidungsgremien. An deren Spitze steht das konzernweit zuständige Risk Management Committee (RMC), in dem der Gesamtvorstand sowie Vertreter der Geschäftsfelder, einiger Zentralbereiche und der Konzerntöchter vertreten sind. Im RMC werden wesentliche Änderungen und Neuentwürfe von Risikogrundsätzen verabschiedet, ebenso wie die Risikostrategie, Anpassungen von Globallimiten und vergleichbare, das Risikomanagement betreffende Themen. Darüber hinaus wird das RMC über Themen wie z. B. die Entwicklung des Kreditgeschäfts, der Liquidität und der Limitauslastungen sowie über in den Sub Committees (SC) beschlossene Änderungen an Risikogrundsätzen informiert. Die Leitung des RMC wird vom für das Risikocontrolling zuständigen Vorstandsmitglied wahrgenommen. Dem RMC arbeiten Sub Committees (SC) für Kreditrisiken, Marktpreisrisiken und künftig operationelle Risiken zu. Um die selbstständige Entscheidungsfähigkeit der Sub Committees sicherzustellen, sind diese mit Bereichs- und Abteilungsleitern besetzt; die SC-Sitzungen werden auf Arbeitsebene vorbereitet und durch Entscheidungsvorlagen effizient gestaltet.

Im Sub Committee Marktpreisrisiko (SCM) werden Entscheidungsvorlagen zu Themen aus der Marktrisiko-, Liquiditäts- und Anlageportfolio-

steuerung behandelt, z. B. Berichte zur Situation von Liquidität und Refinanzierung, Bewertung der Währungsrisiken und des Zinsänderungsrisikos sowie Diskussion der Zinssicherungsstrategie für die Refinanzierung. Das Sub Committee Kreditrisiko (SCK) behandelt die Kreditrisiko- und Portfoliosteuerung, z. B. in Form von Entscheidungen zur (Weiter-)Entwicklung von Ratingverfahren, zur Konzeption von Systemen für das Limitmanagement und die Sicherheitenbewertung sowie durch Entscheidungsvorbereitungen zu Globallimiten und Portfoliorichtlinien für das RMC. Unterhalb der Sub Committees wurden verschiedene Arbeitsgruppen (AG) etabliert.

Die AG Länderrating ist das zentrale Forum für die Beurteilung von Länderrisiken. Der Arbeitsgruppe gehören die Volkswirte aus den Länderabteilungen der KfW Entwicklungsbank sowie Vertreter aus KfW IPEX-Bank, DEG und Transaktionsmanagement unter Vorsitz und Federführung des Ratingverantwortlichen aus dem Risikomanagement an. Die Arbeitsgruppe tagt regelmäßig einmal im Quartal und bei Bedarf auch außerhalb der turnusmäßigen Termine. Aufgabe der AG Länderrating ist die Identifizierung, Analyse und Bewertung von politischen und wirtschaftlichen Risiken (und Chancen) in der Weltwirtschaft und insbesondere in den Ländern, in denen die KfW Bankengruppe geschäftlich aktiv ist oder Geschäftsaktivitäten plant. Vorschläge zur Risikoeinstufung für die Entwicklungs-, Transformations- sowie Schwellenländer werden von den Abteilungsvolkswirten und für die Industrieländer vom Risikomanagement gemacht. Als Ergebnis der Diskussionen in der AG Länderrating werden die Länder schließlich in Bonitätsklassen eingestuft. Bei Dissens entscheidet das Votum des Risikomanagements. Das Risikomanagement be-

richtet über die Ergebnisse der Sitzungen anschließend direkt dem Vorstand.

Die AG Handelsgeschäfte ist die zentrale Plattform für den Austausch zu Fragestellungen im Zusammenhang mit Adressausfallrisiken aus Handelsgeschäften. Mit ihrer Gründung wurde u. a. auch den gestiegenen Anforderungen der Verordnung über angemessene Eigenkapitalausstattung von Instituten, Institutgruppen und Finanzholdinggruppen (Solvabilitätsverordnung) an Risikosteuerungsprozesse und insbesondere an die Kontrolle und Dokumentation der mit der Verwendung von Kreditrisikominderungstechniken verbundenen Risiken Rechnung getragen. Zentrale Aufgabe der AG Handelsgeschäfte ist die Herbeiführung von hausweiten Vorgaben und Beschlüssen insbesondere bzgl. des aufsichtsrechtlich konformen Prozessablaufes, der Erstellung und Pflege von Rahmenvertragsstandards sowie bzgl. der aufsichtsrechtlich erforderlichen Meldungen. Darüber hinaus dient die AG als Impulsgeber für Fragen des Umgangs mit Kreditrisikominderungstechniken in der KfW, identifiziert diesbezügliche Regelungslücken und zeigt mögliche Lösungsalternativen auf.

Die gruppenweite Plattform für die zentralen Funktionen im Bereich des Sicherheitenmanagements für das Kreditgeschäft ist die AG Sicherheiten. Sie setzt sich aus Vertretern diverser Geschäftsfelder und -bereiche zusammen. Zu den zentralen Funktionen, die die AG Sicherheiten wahrnimmt, gehören: Beurteilung von und Beschluss über neue Bewertungsverfahren, Überarbeitung bestehender Bewertungsverfahren, Festlegung der grundsätzlich anrechenbaren¹⁾ Sicherheitentypen, Weiterentwicklung der Anrechnungslogik sowie Bereitstellung von Standardtexten für Sicherheitenverträge.

Die Sicherheitenvereinbarung sowie erste Schritte der Bestellung erfolgen größtenteils in den verschiedenen Marktbereichen. Die endgültige

Bestellung, Bewertung, laufende Verwaltung, Freigabe und auch Verwertung von Sicherheiten erfolgt in den Marktfolgeabteilungen. Für das haftungsfreigestellte Durchleitungsgeschäft erfolgt aus Kosten-Nutzen-Erwägungen keine Anrechnung von Sicherheiten. Angerechnete Sicherheiten werden im Rahmen der Kreditweiterbearbeitung turnusmäßig mindestens jährlich neu bewertet. Im Rahmen der Intensivbetreuung und der Problemkreditbearbeitung bzw. bei Kenntnisnahme einer wesentlichen Verschlechterung von Sicherheitenwerten erfolgen anlassbezogene Überprüfungen der Sicherheiten.

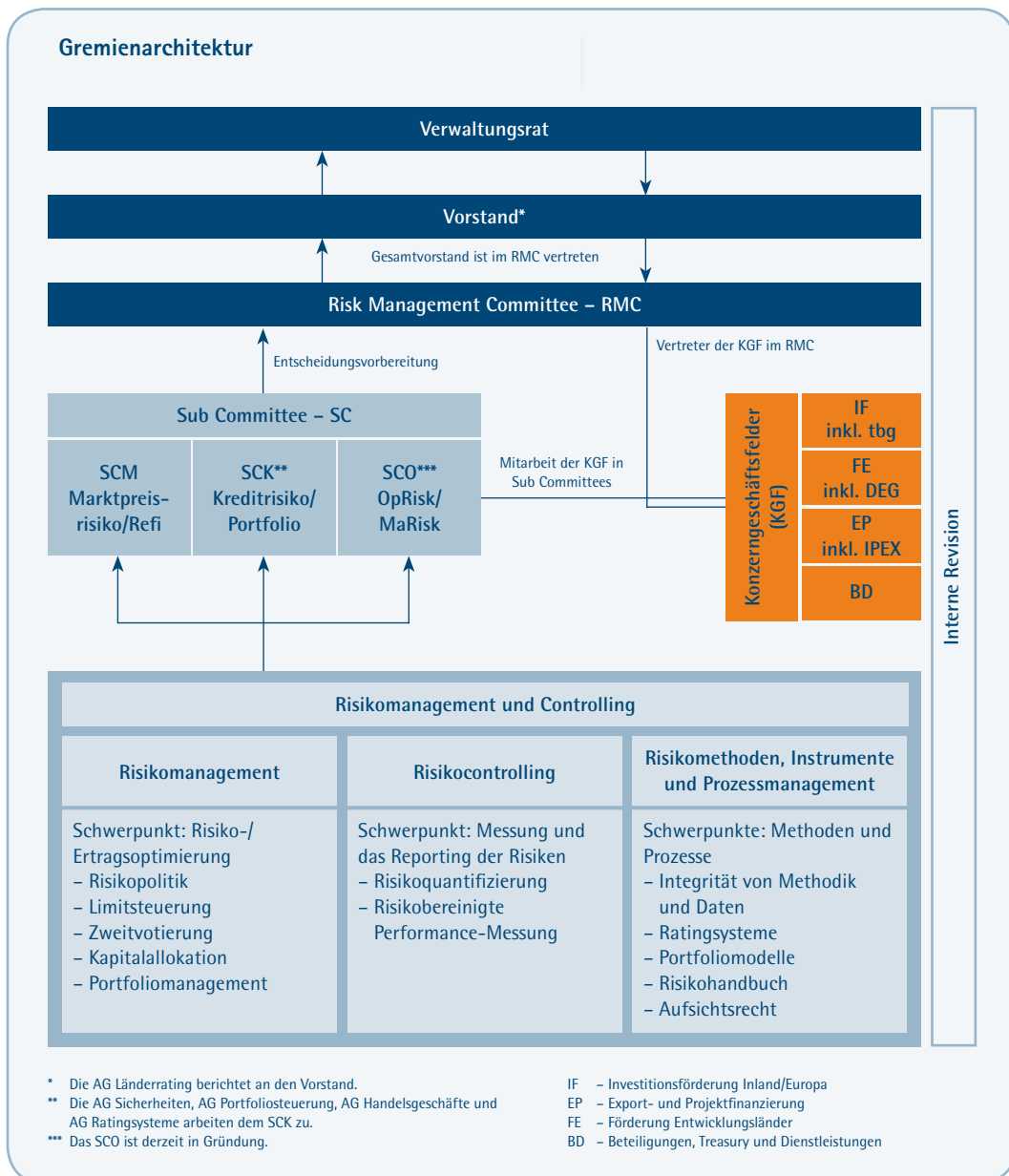
Die AG Ratingsysteme stellt als zentrales, konzernweites Gremium ein hinreichendes Verständnis aller wesentlichen Aspekte der Ratingsysteme sicher. Unter Ratingsystem werden hierbei alle Methoden, ratingrelevante Steuerungs- und Überwachungsprozesse sowie Datenerhebungs- und -verarbeitungssysteme zur Einschätzung von Adressrisiken, zur Zuordnung von Forderungen zu (Bonitäts-)Klassen oder Pools sowie zur Quantifizierung von Ausfall- und Verlustschätzungen für bestimmte Forderungsarten verstanden. Aufgabe der AG Ratingsysteme ist es, Entscheidungen durch das Management vorzubereiten bzw. im Rahmen des definierten Kompetenzbereichs der AG Ratingsysteme zu treffen. Dazu gehören die Beurteilung und Abnahme von Validierungs- und Weiterentwicklungsberichten sowie die Ableitung und Planung/Koordination von Handlungsempfehlungen für die (Weiter-)Entwicklung der Ratingsysteme. In der AG Ratingsysteme sind alle Anwender der Ratingsysteme, das Risikomanagement und -controlling sowie die Interne Revision vertreten.

Als Kommunikationsplattform und Entscheidungsvorbereitungsorgan für das konzernweite Kreditportfoliomanagement dient die AG Portfoliosteuerung unter Vorsitz des Risikomanagements. Zentrale Zielsetzung der AG Portfoliosteuerung ist,

¹⁾ Die Anrechenbarkeit von Sicherheiten in der KfW Gruppe orientiert sich an den in der Solvabilitätsverordnung festgelegten Kriterien.

Maßnahmen zur Verbesserung der Risikostruktur zu initiieren und zu koordinieren. In der Arbeitsgruppe werden diesbezüglich Ansätze zur Analyse der Risikostruktur bzw. Methoden der Risikoabbildung und -messung diskutiert. Darauf basierend

werden alternative Risikotransferinstrumente bereichsübergreifend – im Hinblick auf bilanzielle, rechtliche, geschäftspolitische und risikopolitische Aspekte – bewertet, konkrete Maßnahmen verabschiedet und dem SCK vorgeschlagen.



In der gruppenweit angelegten Risikosteuerung nehmen Konzernunternehmen und Organisationseinheiten darüber hinaus eigene Steuerungsfunktionen wahr. Konzernweite Projekte und Arbeitsgruppen stellen jedoch auch in diesen Fällen ein aufeinander abgestimmtes Verhalten sicher, z. B. beim Roll-Out von Ratinginstrumenten auf Tochterunternehmen oder beim Management und bei der Bewertung von Sicherheiten.

Die Verantwortung für die Entwicklung und Qualität der Prozesse für die Risikosteuerung und -überwachung ist außerhalb der Marktbereiche angesiedelt und liegt vollständig im Bereich Risikomanagement und -controlling. Hierfür wurde ein umfangreiches Risikohandbuch aufgebaut, das beständig weiterentwickelt wird. Die im Risikohandbuch aufgeführten Regelungen haben kon-

zernweit verbindlichen Charakter und sind für alle Mitarbeiter zugänglich. Im Zentrum stehen dabei die zu beachtenden Risikogrundsätze (normative Regeln für Kreditprozesse und Risikomanagementprozesse) und Portfoliorichtlinien (z. B. Verbote, Besicherungsanforderungen etc.). Die Risikogrundsätze und Portfoliorichtlinien bilden den Rahmen für die operative Geschäftstätigkeit aller Geschäftsfelder. Das Risikohandbuch sorgt dafür, dass einheitliche Verfahren zur Identifikation, Messung, Steuerung und Überwachung von Risiken zur Anwendung kommen. Darüber hinaus werden hausweite Regelungen durch geschäftsfeldspezifische Ausgestaltungen ergänzt, die im Rahmen der dezentralen Anwendungskontrolle durch den Bereich Risikomanagement und -controlling (RC) überprüft werden.

RISIKOMANAGEMENT.

Zentrale Aufgabe des Risikomanagements ist die Risiko-/Ertragsoptimierung. Hierfür formuliert das Risikomanagement die Risikostrategie des Konzerns und verantwortet auch deren regelmäßige Überprüfung. Die Risikostrategie legt – aufbauend auf der risikopolitischen Ausgangssituation – einen Rahmen für das Eingehen und Steuern von Risiken im Konzern fest. Der Umsetzung der Risikostrategie dienen dabei verschiedene Instrumente. So wird durch einzeladress- bzw. portfoliobezogene Steuerungsmaßnahmen (Zweitvotierung für Kreditentscheidungen, ein Limitmanagementsystem, Portfoliorichtlinien) die Risikotragfähigkeit gewährleistet und ein unerwünschter Ausbau von Konzentrationsrisiken

vermieden. Die Durchführung von Stresstests zielt darauf ab, die Handlungsfähigkeit auch bei sich deutlich verschlechternden konjunkturellen Bedingungen zu erhalten. Die aktive Nutzung von Kreditderivaten trägt zusätzlich zur Verbesserung des Risikoprofils und zur Erweiterung der Geschäftsspielräume bei. Um das vorhandene Kapital unter Wahrung der Risikotragfähigkeit optimal zu nutzen, schlägt das Risikomanagement im Rahmen der Konzerngeschäftsfeldplanung die Allokation von Kapital auf die Geschäftsfelder vor (Kapitalbudgets), das diesen für die Eigenkapitalunterlegung sowohl von bestehendem als auch neu abzuschließendem Geschäft zur Verfügung steht.

RISIKOCONTROLLING/METHODEN UND PROZESSE.

Neben der Abteilung Risikomanagement nehmen die Abteilungen Risikocontrolling sowie Methoden und Prozesse weitere zentrale Funktionen wahr. Aufgabe der Abteilung Risikocontrolling ist die zentrale Messung und das Reporting aller Risiken/Risikogruppen des Konzerns. Das Risikoreporting erfolgt entsprechend den aufsichtsrechtlichen Vorgaben (MaRisk) im quartalsweise erstellten Risikobericht an das Risk Management Committee sowie die Aufsichtsgremien des Konzerns. Die Abteilung Methoden und Prozesse stellt sicher, dass zur Risikoanalyse konzernweit konsistente Methoden verwendet werden. Diese beiden Abteilungen tragen die Verantwortung für die Richtigkeit und Vollständigkeit aller für die Steuerung der Bank verwendeten Risikokenngrößen (Methoden- und Datenhoheit). Hierzu werden die eingesetzten Instrumente und Methoden regelmäßig validiert und weiterentwickelt. Im Rahmen der Konzern-

geschäftsfeldplanung verantworten die Abteilungen Risikocontrolling/Methoden und Prozesse den operativen Planungsprozess zur Bestimmung der Kernsteuerungsgrößen der Bank sowie die hierfür verwendeten Methoden und Anwendungen. Im operativen Risikocontrolling wird unterjährig die Einhaltung der im Rahmen der Konzerngeschäftsfeldplanung festgelegten Vorgaben für die Kapitalnutzung und Wertschöpfung bzw. Förderung in den einzelnen Geschäftsfeldern überwacht und berichtet (Performance-reporting/Plan-Ist-Vergleich). Zudem wird die Ausnutzung des im Planungsprozess budgetierten Kapitals überwacht, so dass im Bedarfsfall interveniert (z. B. Re-Allokation von Kapital) werden kann. Darüber hinaus dient das Performance-reporting als Leistungsbewertung in den Geschäftsfeldern.

INTERNE REVISION.

Die Interne Revision, als Instrument des Vorstands, arbeitet weisungsfrei als prozessunabhängige Instanz. Sie prüft risikoorientiert grundsätzlich alle Prozesse und Aktivitäten der KfW und berichtet direkt an den Vorstand.

Das Verfahren zur risikoorientierten Prüfungsplanung wurde im Jahr 2007 weiterentwickelt. Bei der Festlegung des Prüfungsturnus für die einzelnen Prüfungsfelder wird der Ökonomische Kapitalbedarf der zu prüfenden Geschäfte berücksichtigt.

Neben dem Fördergeschäft waren 2007 die Verfahren und Methoden zum Risikomanagement Prüfungsschwerpunkte. Bei der Prüfung des Risikomanagements standen die internen Rating-systeme sowie die Methoden und Verfahren zur Messung und Bewertung von Marktpreis- und operationellen Risiken im Fokus.

Wesentliche Projekte hat die Interne Revision unter Wahrung der Unabhängigkeit begleitet, insbesondere die Vorhaben zur Weiterentwicklung der EDV. Wie in den Vorjahren hat die Interne Revision auch im Jahr 2007 durch Teilnahme (Gaststatus) an Sitzungen von Entscheidungsgremien die Weiterentwicklung von Risikomessverfahren verfolgt.

Die Interne Revision hat auch die Koordinierungs- und Steuerungsaufgaben einer Konzernrevision wahrgenommen. Sie bezieht die Internen Revisionen der Tochtergesellschaften in die konzernweite Revisionsberichterstattung ein. Zusätzlich koordiniert und steuert sie die Erarbeitung und Weiterentwicklung von Instrumenten, Methoden, Verfahren und Standards der Revisionsarbeit im Konzern.

DER RISIKOSTEUERUNGSANSATZ DES KONZERNS.

Die Risikosteuerung im Konzern dient einem zentralen Ziel: dem Erhalt der Risikotragfähigkeit. Der Konzern geht bei seinen Geschäften nur so viele Risiken ein, wie entsprechendes Kapital zur Verfügung steht. Für die Risikotragfähigkeitsanalyse müssen die Risiken gemessen und der Risikodeckungsmasse gegenübergestellt werden. Verlustrisiken werden mit Hilfe zweier zentraler Risikogrößen – dem Erwarteten Verlust und dem Ökonomischen Kapitalbedarf zur Abdeckung Unerwarteter Verluste – gemessen.

Der Erwartete Verlust bezeichnet Verluste, die man im langjährigen statistischen Durchschnitt erwartet. Sie werden u. a. für das Pricing kalkuliert. Erwartete Verluste sind definiert als das Produkt aus:

- der Ausfallwahrscheinlichkeit eines Kreditnehmers (Probability of Default),
- der erwarteten Höhe des ausstehenden Darlehens zum Zeitpunkt eines potenziellen Ausfalls (Exposure at Default) und
- der Verlustquote, falls es zu einem Ausfall (Loss Given Default) kommt.

Die Ausfallwahrscheinlichkeit wird für jeden Kreditnehmer mit Hilfe von Ratingverfahren geschätzt. Das zentrale Ergebnis der Ratingverfahren ist eine Aussage darüber, mit welcher Wahrscheinlichkeit ein Geschäftspartner in den nächsten zwölf Monaten seinen Verbindlichkeiten nicht nachkommen kann. Für die Schätzung der Verlustquote sind insbesondere Sicherheiten und Garantien zu bewerten. Erwartete Verluste werden nicht mit Kapital unterlegt, da sie im Mittel (Versicherungsprinzip) durch die Risikomargen ausgeglichen werden.

Für den Fall, dass die Verluste eines einzelnen Jahres den Erwarteten Verlust übersteigen, müssen sie durch die eigenen Ressourcen der Bank (Risikodeckungsmasse) gedeckt sein. Das mit Kapital zu unterlegende zusätzliche Verlustpotenzial,

welches auch als Unerwarteter Verlust bezeichnet wird, wird durch das Risikocontrolling mit Hilfe statistischer Modelle quantifiziert. Für Kreditrisiken wird das Verlustpotenzial unter Verwendung eines Kreditportfoliomodells und des Risikomaßes Credit Value at Risk zu einem vorgegebenen Konfidenzniveau berechnet. Die Differenz zwischen Credit Value at Risk und Erwartetem Verlust wird als Ökonomischer Kapitalbedarf bezeichnet.

In Bezug auf die Marktpreisrisiken geht der Konzern ähnlich vor. Auch hier wird unter Verwendung statistischer Modelle ein Value at Risk berechnet. Für Marktpreisrisiken stellt der Value at Risk gleichzeitig den Ökonomischen Kapitalbedarf dar.

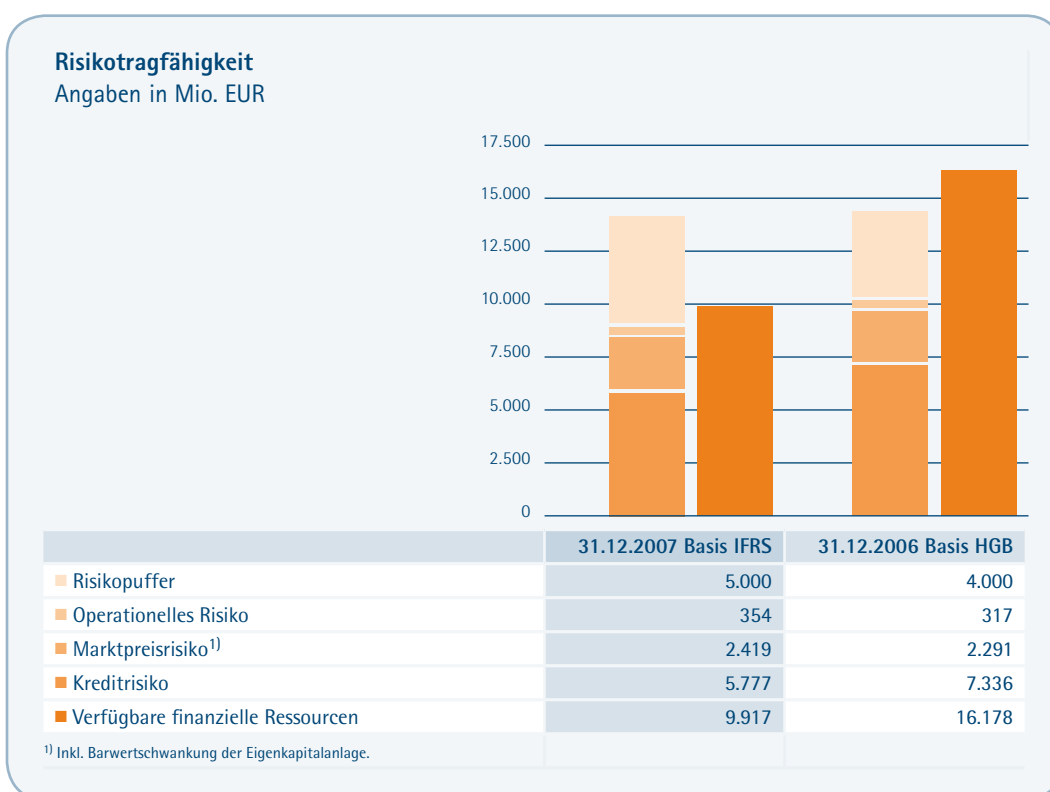
Für beide Risikoarten beträgt der dabei verwendete Prognosezeitraum ein Jahr. Das für die ökonomische Kapitalbedarfsrechnung verwendete Konfidenzniveau entspricht mit 99,99 % einem AAA-Standard. Der Kapitalbedarf für Kredit- und Marktpreisrisiken wird unter Beachtung von Diversifikationseffekten aggregiert. Der Kapitalbedarf für Operationelle Risiken wird unter Verwendung des aufsichtsrechtlichen Standardansatzes nach Basel II berechnet.

Darüber hinaus berücksichtigt der Konzern bei der Berechnung seines Gesamtkapitalbedarfs noch einen ebenfalls nach äußerst konservativen Maßstäben ermittelten Risikopuffer. Der Risikopuffer deckt zum einen potenziellen Mehrbedarf an Ökonomischem Kapital für das Kreditportfolio ab, der sich im Rahmen von Stresstests für ein unterstelltes schweres Rezessionsszenario ergibt. Zum anderen kann auch der Mehrbedarf an Ökonomischem Kapital für Zinsänderungsrisiken bei Beibehaltung des im Rahmen der Konzernsteuerung festgelegten Solvenznieaus abgedeckt werden. Dem Gesamtrisikobedarf¹⁾ (Ökonomisches Kapital, ECAP) wird die Risikodeckungs-

¹⁾ Der Konzern unterlegt das Liquiditätsrisiko nicht mit Risikokapital, da es sich nicht um ein passivisch abzudeckendes Verlustrisiko, sondern um ein aktivisch abzudeckendes Zahlungsrisiko handelt.

masse (Verfügbare finanzielle Ressourcen, VfR) gegenübergestellt. Die VfR ergeben sich im Wesentlichen aus dem bilanziellen Eigenkapital des Konzerns. Dabei werden Rücklagen, die die DEG

bzw. das ERP-SV betreffen, nur insoweit angerechnet, wie die DEG- bzw. ERP-SV-Geschäfte selbst ECAP binden. Ferner werden keine nachrangigen Verbindlichkeiten berücksichtigt.



Trotz der Belastungen aus der Risikoabschirmung der IKB, die sich in dem starken Rückgang der VfR niederschlagen, stand dem benötigten Ökonomischen Kapital für Kredit-, Marktpreis- und Operationelles Risiko über das gesamte Geschäftsjahr 2007 jederzeit eine ausreichende Risikodeckungsmasse gegenüber. Bei den vorgenannten Belastungen ist der Risikopuffer mit 1,4 Mrd. EUR (bzw. zu 27%) gedeckt. Dies lässt eine Erhöhung des durch Risiken gebundenen Ökonomischen Kapitals von bis zu 15% zu. Den Liquiditäts- und sonstigen Risiken begegnet der Konzern durch Monitoring geeigneter Kennzahlen sowie durch

regelmäßige Kontrollschritte in den bankbetrieblichen Prozessabläufen.

Sowohl der Verwaltungsrat der KfW als auch das RMC werden im Rahmen der (MaRisk-)Risikoberichterstattung quartalsweise über alle wesentlichen Risiken und die Gesamtrisikosituation des Konzerns informiert. Ereignisse von wesentlicher Bedeutung für die Risikosituation der Bank werden ad hoc an die Entscheidungsträger übermittelt.

Ausgehend von der Sicherstellung der Risikotragfähigkeit erfolgt im Rahmen einer (RAROC-basierten) Konzerngeschäftsfeldplanung die Um-

setzung der weiteren Ziele Förderung und Wachstum. Wachstum bedeutet für den Konzern die nachhaltige Erwirtschaftung von Erträgen, um auch künftig fördern zu können. Hauptelemente der Konzerngeschäftsfeldplanung sind die konzernweite übergreifende Strategieplanung und deren Quantifizierung in der Risiko- und Ertragsplanung. Grundlage für die Planungen der Geschäftsfelder sind zentrale Top-down-Leitplanken des Vorstands für zentrale Steuerungsgrößen unter Berücksichtigung des Zielsystems des Konzerns. Darauf aufbauend formulieren die Geschäftsfelder Planungsszenarien, die in einem Planungsdialog vorgestellt und diskutiert werden. Daran anschließend entscheidet der Vorstand über die Strategie der jeweiligen Geschäftsfelder und über die Gesamtstrategie. Strategieumsetzung sowie

zentrale Steuerungsgrößen unterliegen einem unterjährigen Monitoringprozess.

Der KfW-Steuerungsansatz basiert auf State-of-the-Art-Modellen der Bankenpraxis. Jedes Modell stellt jedoch eine Vereinfachung der komplexen Realität dar und baut auf der Annahme auf, dass die in der Vergangenheit beobachteten Risikoparameter auch repräsentativ für die Zukunft geschätzt sind. Nicht alle möglichen Einflussfaktoren und deren komplexe Interaktionen können hinsichtlich der Risikoentwicklung eines Portfolios erfasst und modelliert werden. Unter anderem auch deshalb führt der Konzern sowohl in den Kredit- als auch in den Marktrisikomodellen Stresstests durch. Der Konzern arbeitet kontinuierlich an der Weiterentwicklung seiner Risikomodelle.

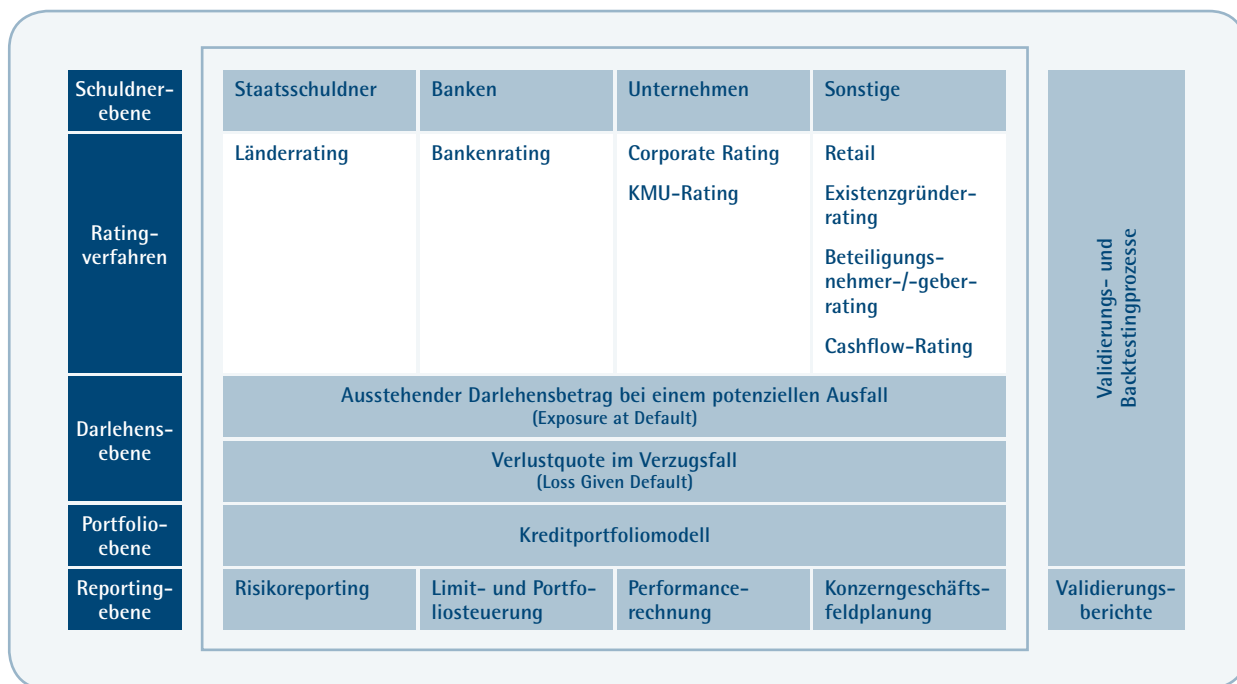
RISIKOARTEN.

ADRESSENAUSFALLRISIKO.

Der Konzern geht Adressenausfallrisiken¹⁾ im Rahmen seines Förderauftrages ein. Im inländischen Förderkreditgeschäft liegen die Risikoschwerpunkte im Bereich der Finanzierung von Gründern und mittelständischen Unternehmen, in der Vergabe von bankdurchgeleiteten Förderkrediten und

der Beteiligungsfinanzierung. Darüber hinaus übernimmt der Konzern Risiken insbesondere im Rahmen seiner Export- und Projektfinanzierung sowie in der finanziellen Zusammenarbeit zunehmend durch die Vergabe von Förderkrediten.

¹⁾ Als Adressenausfallrisiko ist die Gefahr von finanziellen Verlusten definiert, die eintreten, wenn der Kreditnehmer bzw. Kontrahent seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommt. Das Ausfallrisiko enthält auch das Länderrisiko, bestehend aus Transfer-, Konvertierungs- und politischen Risiken.



Die Bewertung des Ausfallrisikos der Kreditengagements erfolgt über die Schätzung von Ausfallwahrscheinlichkeiten und Ausfallhöhe. Zur Bonitätsbeurteilung verwendet der Konzern interne Ratingverfahren, die Länderrisiken und einzelwirtschaftliche bzw. projektbezogene Risiken getrennt voneinander beurteilen. Hierzu kommen EDV-gestützte, auf die jeweiligen möglichst homogenen Kundensegmente bzw. Finanzierungsarten zugeschnittene Ratingverfahren zum Einsatz. So verwendet der Konzern spezifische Ratingverfahren für Banken, Unternehmen (Corporates), kleine und mittelständische Unternehmen (KMU), Beteiligungsgeber, Beteiligungsnehmer, Existenzgründer und Länder. Diese Verfahren basieren auf Scorecards und folgen einer einheitlichen, konsistenten Modellarchitektur. Für Projektfinanzierungen wird ein Cashflow-basiertes Ratingverfahren herangezogen. Hier

bestimmt die Projektion der Cashflows aus dem finanzierten Objekt die Bonität. Die Ratingverfahren werden auf Ein-Jahres-Ausfallwahrscheinlichkeiten kalibriert. Die Ratings erfolgen für Neukunden in den Marktberreichen, Folgeratings für Bestandskunden in den Marktfolgebereichen jeweils unter Berücksichtigung des Vier-Augen-Prinzips. Hierbei wird auch die Einhaltung von § 18 KWG sichergestellt (Überwachung der laufenden Offenlegung).

Durch die Abbildung der Ausfallwahrscheinlichkeiten auf eine konzernweit einheitliche Masterskala ist die Konsistenz der einzelnen Ratingverfahren gewährleistet. Die Masterskala besteht aus 20 unterschiedlichen Klassen, die sich zusammenfassen lassen in die vier Gruppen: Investment Grade, Non-Investment Grade, Watch-List und Default. Für jede Masterskala-Klasse wird eine mittlere Ausfallwahrscheinlichkeit zugrunde ge-

legt, die unter Berücksichtigung der jeweiligen Ratingverfahren einem Validierungsprozess unterzogen wird. Zu jedem Ratingverfahren existieren genaue Organisationsanweisungen, die insbesondere die Zuständigkeiten, Kompetenzen sowie die Kontrollmechanismen regeln. Eine Vergleichbarkeit von internen Ratings des Konzerns und externen Ratings von Ratingagenturen wird durch ein Mapping der externen Ratings auf die KfW-Masterskala sichergestellt. Beim Vergleich ist allerdings zu beachten, dass der richtige externe Ratingtyp herangezogen wird. Hierbei kommt es u. a. auf den separaten Ausweis der Ausfallwahrscheinlichkeit des Schuldners, des Transferrisikos und der erwarteten Verlusthöhe bei Ausfall sowie auf die Fristigkeit des externen Ratings an. Durch eine turnusgemäße Validierung und Weiterentwicklung der Ratingverfahren wird sichergestellt, dass auf veränderte Rahmenbedingungen zeitnah reagiert werden kann. Ziel ist es, bei allen Ratingverfahren kontinuierlich die Trennschärfe zu verbessern. Ratinginstrumente und Prozesse entsprechen weitgehend den Mindestanforderungen der geltenden Aufsichtsstandards (MaRisk/Basel II).

Wesentlichen Einfluss auf die Ausfallhöhe nimmt neben dem Exposure die Bewertung der Sicherheiten. Im Rahmen der Sicherheitenbewertung für anrechenbare Sicherheiten wird der zu erwartende Nettoerlös einer Sicherheitenverwertung im Schadensfall über die gesamte Kreditlaufzeit geschätzt. Hierbei werden Sicherheitsabschläge berücksichtigt, die bei persönlichen Sicherheiten¹⁾ auf der Ausfallwahrscheinlichkeit und der Verlustquote des Sicherheitengebers basieren. Bei dinglichen Sicherheiten sind neben Marktpreisschwankungen vor allem abschreibungsbedingte Wertverluste für die Abschläge

verantwortlich. Der ermittelte Wert ist wichtiger Bestandteil der konzerninternen Verlustschätzung (LGD). Die unterschiedlichen Bewertungsverfahren für einzelne Sicherheitentypen basieren je nach Datenverfügbarkeit auf internen und externen historischen Verlustdaten sowie auf Expertenschätzungen. Die Bewertungsparameter werden einen regelmäßigen Validierungsprozess durchlaufen. Auf Ebene der einzelnen Sicherheiten ist damit eine verlässliche Bewertung der Sicherheitenlage gewährleistet. Auf Ebene des Sicherheitenportfolios erarbeitet der Konzern derzeit ein Konzept, das die Messung, Bewertung und Steuerung von Konzentrationsrisiken erlaubt.

Zur Begrenzung von Risiken aus dem Neugeschäft verfügt der Konzern über verschiedene Portfoliorichtlinien. Sie bilden sowohl die Grundlage für die Zweitvotierung von Kreditgeschäften als auch eine Orientierungshilfe für die Kreditvergabe und haben die Aufgabe, eine angemessene Qualität bzw. Risikostruktur des Konzernportfolios sicherzustellen.²⁾ Differenziert nach Adresstypen und Produktvarianten definieren sie Bedingungen, unter denen Geschäfte im Regelfall eingegangen werden dürfen. Ein Risiko Grundsatz für Kreditsicherheiten regelt deren gruppenweit einheitliches Management, Bewertung und Anrechnung. Bei Wertpapieranlagen und bei Derivaten sind die Ausfallrisiken durch die konservative Auswahl der Geschäftspartner sowie durch Besicherungsvereinbarungen ebenfalls limitiert.

Im Kreditbestand werden Engagements mit höheren Risiken unterteilt in eine Watch-List und eine Liste für Non-Performing Loans. Die Watch-List dient dazu, potenzielle Problemkredite frühzeitig zu identifizieren und ggf. die Problemkreditbearbeitung vorzubereiten. Hierfür steht

¹⁾ Aufgrund des Geschäftsmodells der KfW sind die persönlichen Sicherheiten (insbesondere Garantien des Bundes) stark vertreten.

²⁾ Dabei wird den Besonderheiten unseres Fördergeschäfts Rechnung getragen.

das Umfeld des jeweiligen Kreditnehmers unter besonderer Beobachtung. Dabei werden die wirtschaftlichen Verhältnisse sowie die überlassenen Sicherheiten regelmäßig überprüft und dokumentiert sowie Handlungsvorschläge formuliert. Je nach Status des Problemkredits ist der Bereich

„Restrukturierungen“ beratend tätig bzw. übernimmt den Problemkredit komplett von der betreuenden Kreditabteilung. Dies garantiert ein frühzeitiges Einschalten von Spezialisten, um ein professionelles Problemkreditmanagement zu gewährleisten.

RISIKOVORSORGE.

Allen erkennbaren Ausfallrisiken des Kreditgeschäfts – dazu gehören auch politische Risiken bei Finanzierungen im Ausland – trägt der Konzern durch Bildung von Risikovorsorge in angemessenem Ausmaß Rechnung. Für Engagements mit akuten Ausfallrisiken (Non-Performing Loans) werden Einzelwertberichtigungen bzw. Rückstellungen für noch nicht ausgezahlte Teilbeträge gebildet. Akute Ausfallrisiken liegen dann vor, wenn die erwartete Zahlungsreihe des Finanzinstruments durch Eintritt eines oder mehrerer Ereignisse negativ beeinflusst wird. Basis für die Identifikation dieser Ereignisse sind Kriterien, die den Anforderungen sowohl nach Basel II als auch nach IFRS genügen. Hierzu gehören u. a. die Identifizierung erheblicher finanzieller Schwierigkeiten des Schuldners, Zahlungsrückstände, Zugeständnisse an den Schuldner aufgrund seiner wirtschaftlichen Situation z. B. im Rahmen von Restrukturierungsmaßnahmen, auffällige Maßnahmen des Schuldners zur Liquiditätssteigerung sowie die maßgebliche Verschlechterung der Werthaltigkeit von Sicherheiten. Diese Kriterien werden im Risikohandbuch des Konzerns noch weiter konkretisiert. Die Ermittlung der Einzelwertberichtigungen erfolgt mit Hilfe eines Impairment-Tools. In die Berechnung der Einzelwertberichtigungen fließt die individuelle Beurteilung des Kreditneh-

mers hinsichtlich zukünftiger Zahlungen ein. Dabei wird auch der Umfang und die Werthaltigkeit der Sicherheiten berücksichtigt. Für kleinere und standardisierte Kredite erfolgt eine pauschalisierte Einzelwertberichtigung auf Basis homogener Teilportfolios.

Die Risikovorsorge für latente Risiken (Portfoliowertberichtigung) wird abgeleitet aus der Bewertung der Kreditforderungen im Rahmen der jährlich stattfindenden Ratingprozesse und Sicherheitenbewertungen. Basis ist hierfür das oben beschriebene Erwarteter-Verlust-Modell. Für IFRS-Zwecke wurden die Komponenten Exposure at Default (EAD) und Verlustquote (LGD) wie folgt angepasst. Statt eines geschätzten Zukunftsexposures (EAD) wird für die Risikovorsorgeberechnung der bilanzierte (Brutto-)Buchwert des Finanzinstruments herangezogen. Dies führt dazu, dass der Konzern nur für bereits zum Stichtag eingetretene und nicht für zukünftig erwartete Verluste bilanzielle Risikovorsorge bildet („losses incurred but not yet reported“). Darüber hinaus wurde die Verlustquote (LGD) um alle kalkulatorischen und internen Kosten bereinigt. Für unwiderrufliche Kreditzusagen werden nach demselben Berechnungsschema Rückstellungen gebildet.

Bestandteil der Portfoliowertberichtigung ist auch eine Vorsorge für Risiken aus der Portfolio-

konzentration im Finanzsektor, die sich aus dem Geschäftsmodell – Vergabe von Förderkrediten über den Bankensektor (bankdurchgeleitetes Geschäft) – ergibt. Damit ist der Konzern abhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung in der Bankenbranche mit ihren speziellen Risiken. Diesem Sachverhalt wird durch eine gesonderte Vorsorge Rechnung getragen.

Das maximale Ausfallrisiko aus Finanzinstrumenten gemäß IFRS 7.36 besteht für den Konzern

theoretisch im Totalausfall der jeweiligen Risikopositionen. Hierbei sind ebenfalls die vergebenen Eventualverbindlichkeiten und die unwiderruflichen Kreditzusagen zu berücksichtigen. Die Buchwerte sind bereits um die Risikovorsorge gekürzt. Zahlungsrückstände ergaben sich nur bei den Forderungen an Kreditinstitute und Kunden, individuelle Wertminderungen darüber hinaus noch bei den Finanzanlagen sowie Eventualverbindlichkeiten und unwiderruflichen Kreditzusagen.

Maximales Ausfallrisiko

Angaben in Mio. EUR

	Forderungen an Kreditinstitute		Forderungen an Kunden		Wertanpassungen aus Macro Hedging		Derivate im Hedge Accounting, Sonstige Derivate		Finanzanlagen		Eventualverbindlichkeiten; unwiderrufliche Kreditzusagen	
	2007	2006	2007	2006	2007	2006	2007	2006	2007	2006	2007	2006
Buchwert als Äquivalent für das maximale Ausfallrisiko	205.253	190.772	93.082	91.753	0	219	8.736	7.173	45.745	41.802	44.516	52.092
Risikovorsorge	485	455	7.186	1.509	0	0	0	0	80	13	530	65
<i>davon weder überfällig noch wertgemindert</i>	204.490	190.263	88.301	87.394	0	219	8.736	7.173	45.631	41.775	43.919	52.036
<i>davon mit (im Berichtsjahr) nachverhandelten Konditionen*</i>	7	0	4	0	0	0	0	0	3	4	0	0

* Betrifft Finanzinstrumente, die ohne Konditionsnachverhandlungen überfällig oder wertgemindert wären.

Buchwerte überfälliger und nicht individuell wertgeminderter Finanzinstrumente

Angaben in Mio. EUR

	Forderungen an Kreditinstitute		Forderungen an Kunden	
	2007	2006	2007	2006
weniger als 90 Tage überfällig	576	195	971	1.030
90 Tage und mehr überfällig	41	109	1.721	844

Individuell wertgeminderte Finanzinstrumente (EWB)

Angaben in Mio. EUR

	Forderungen an Kreditinstitute		Forderungen an Kunden		Finanzanlagen		Eventualverbindlichkeiten; unwiderrufliche Kreditzusagen	
	2007	2006	2007	2006	2007	2006	2007	2006
Buchwert	145	205	2.088	2.484	115	27	597	56
Einzelwertberichtigungen	71	95	6.858	1.322	80	13	446	21

Im Geschäftsjahr 2007 sind von 397 Mrd. EUR (Vorjahr 384 Mrd. EUR) ausstehenden Finanzinstrumenten des Konzerns 2,9 Mrd. EUR (netto, nach Abzug der Risikovorsorge, Vorjahr 2,8 Mrd. EUR) als individuell wertgemindert eingestuft. Die potenziellen Ausfälle sind vorsichtig bewertet und insgesamt mit 7,4 Mrd. EUR (Vorjahr 1,4 Mrd. EUR) einzelwertberichtigt. Dieser starke Anstieg ist auf die Risikoabschirmung für die IKB zurückzuführen. Neben der Vorsorge für akute Ausfallrisiken trifft der Konzern auch für latente Ausfallrisiken (wirtschaftliche und politische Risiken) Vorsorge. Per

31. Dezember 2007 ergibt sich für das performende Geschäft eine Risikovorsorge von insgesamt 826 Mio. EUR (Vorjahr 591 Mio. EUR). Darin enthalten sind für das Konzentrationsrisiko im Finanzsektor 357 Mio. EUR (Vorjahr 301 Mio. EUR). Dabei sind die Kredite aus dem Konzernportfolio für das performende Geschäft im Durchschnitt zu über 75% besichert.

Im Berichtsjahr hat der Konzern keinen zuvor als Sicherheit gehaltenen Vermögenswert in Besitz genommen.

STRESSTESTS.

Um auf einen deutlichen, nicht absehbaren, aber auch nicht auszuschließenden Anstieg der Ausfallrisiken vorbereitet zu sein, wird im Rahmen von Stresstests ein möglicher ECAP-Mehrbedarf für bestimmte Szenarien ermittelt. Ein Szenario deckt potenzielle Verschlechterungen ab, die kurzfristig und konjunkturbedingt auftreten können (mildes Rezessionsszenario) oder (Szenario 2) un-

ter Einbeziehung von krisenhaften Entwicklungen (starkes Rezessionsszenario) innerhalb eines Jahres erfolgen können. Zum 31. August 2007 erhöhte sich das ECAP beim Stresstesten mit dem milden Rezessionsszenario um 52% und mit dem starken Rezessionsszenario um 82%. Der Mehrbedarf kann zu 27% durch den vorhandenen Kapitalpuffer abgedeckt werden.

PORTFOLIOSTRUKTUR.

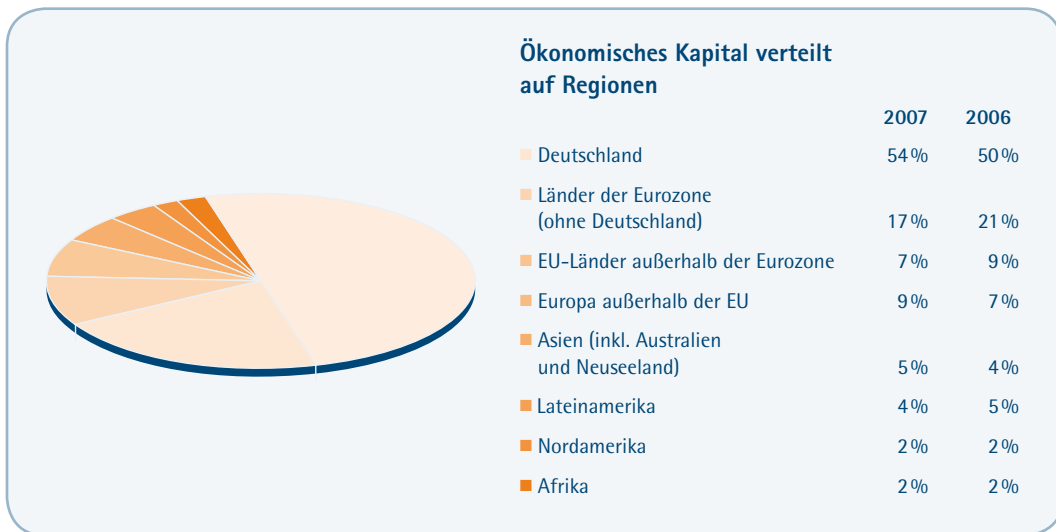
Das Zusammenwirken der Risikoeigenschaften der Einzelengagements im Konzern-Kreditportfolio wird mit Hilfe eines internen Portfoliomodells beurteilt. Die Bündelung großer Portfolioanteile auf einzelne Kreditnehmer oder Kreditnehmergruppen birgt das Risiko existenzgefährdender Großausfälle. Das Risikocontrolling bewertet – basierend auf dem ökonomischen Kapitalkonzept – Einzel-, Branchen- und Länderrisikokonzentrationen. Die Konzentrationen werden primär über die Bindung des Ökonomischen Kapitals gemessen. So ist sichergestellt, dass sowohl hohe Volumina und ungünstige Ausfallwahrscheinlichkeiten als auch unvorteilhafte Korrelationen der Risiken untereinander Berücksichtigung finden. Die Ergebnisse bilden die Grundlage für die Steuerung des Kredit-

portfolios und fließen in ein Limitmanagementsystem zur Begrenzung von Konzentrationsrisiken ein. Basierend auf dem Limitmanagementsystem werden Globallimite festgelegt, die bestandsgefährdende Verluste vermeiden. Die jeweilige Limithöhe wird daher aus der Risikotragfähigkeit des Konzerns abgeleitet. Die Globallimite stellen für die Adressrisikosteuerung einen Rahmen dar. Im Rahmen der Risikosteuerung und des aktiven Portfoliomanagements baut der Konzern gezielt Konzentrationsrisiken ab. Hierzu werden u. a. Kreditderivate (Single Name CDS) zur Absicherung von Einzeladressrisiken eingesetzt. Durch den Einsatz der Single Name CDS konnte eine ECAP-Entlastung von 122,7 Mio. EUR (Vorjahr 113,8 Mio. EUR) erzielt werden.

REGIONEN.

Das Kreditportfolio des Konzerns, bezogen auf das Ökonomische Kapital, entfällt per 31. Dezember 2007 unverändert zum Vorjahr zu 71 % auf die Eurozone. Innerhalb der Eurozone hat eine leicht-

te Erhöhung des deutschen Anteils stattgefunden, da das inländische (Förder-)Kreditgeschäft besonders stark gewachsen ist.

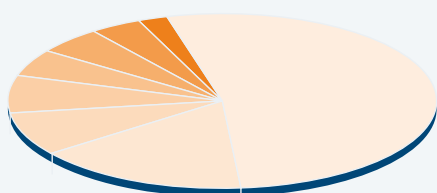


BRANCHEN.

Der hohe Anteil der Finanzindustrie am Gesamt-ECAP für Kreditrisiken ist auf den Förderauftrag des Konzerns zurückzuführen. Der weit überwiegende Teil unserer inländischen Förderung erfolgt über bankdurchgeleitete Kredite. Im Vorjahresvergleich hat sich ein Rückgang der relativen ECAP-Bindung der Finanzindustrie von 53 % auf 51 % ergeben. Dies ist u. a. sowohl auf bessere durchschnittliche Besicherungsquoten als auch auf eine Neumodellierung der Risiken aus dem Geldhandel, die den kurzfristigen Charakter der

Geschäfte verbessert berücksichtigt, zurückzuführen. Der relative Anstieg der ECAP-Bindung von Verarbeitender Industrie und Landverkehr liegt vor allem an Ratinganpassungen. Die starke Konzentration im Finanzsektor spiegelt sich auch bei den Einzeladressen wider. Die zehn größten Kreditnehmereinheiten des Konzerns binden insgesamt 24 % (Vorjahr 18 %) des Gesamt-ECAP für Kreditrisiken. Hier sind Kreditinstitute überproportional vertreten.

Ökonomisches Kapital verteilt auf Branchen



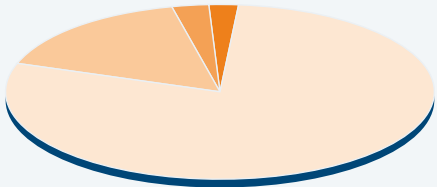
	2007	2006
Finanzindustrie	51 %	53 %
Beteiligungsgesellschaften	8 %	8 %
Verarbeitende Industrie	8 %	7 %
Schifffahrt	5 %	5 %
Grundstoffindustrie	4 %	4 %
Luftverkehr	3 %	5 %
Landverkehr	4 %	2 %
Sonstige	17 %	16 %

BONITÄT.

Da die Bonität selbst in die Berechnung des Ökonomischen Kapitals eingeht, ist es insbesondere bei der Analyse der Bonitätsstruktur sinnvoll, die Verteilung des Netto-Exposures nach Bonitätsklassen zu betrachten. Gemessen am Netto-Exposure entfallen 79 % (Vorjahr 86 %) unseres Portfolios auf Kontrahenten aus dem Investment-Grade-Bereich. Der Rückgang von 86 Prozentpunkten auf 79 Prozentpunkte ist im Wesentlichen auf die vorgenannten Effekte aus dem Geldhandelsgeschäft zurückzuführen, das der Konzern aus-

schließlich mit Geschäftspartnern aus dem Investment-Grade-Bereich tätig. Zum einen ergab sich im Jahresverlauf eine Reduzierung der getätigten Geschäfte, zum anderen wirkt sich der geringere Risikoausweis durch die bereits erwähnte Neumodellierung aus. Lediglich 2 % (Vorjahr 1 %) des Netto-Exposures werden als schadensfällig/schadensverdächtig eingestuft und 3 % (Vorjahr 2 %) dem Watch-List-Bestand zugeordnet (erhöhtes Ausfallrisiko). Das Konzern-Kreditportfolio verfügt unverändert über eine sehr gute Bonitätsstruktur.

Bonitätsstruktur nach Netto-Exposure



	2007	2006
Investment Grade (M1-M8)	79 %	86 %
Non-Investment Grade (M9-M15)	16 %	11 %
Watch-List (M16-M18)	3 %	2 %
Default (M19-M20)	2 %	1 %

RISIKOABSCHIRMUNG DER IKB DEUTSCHE INDUSTRIEBANK AG, DÜSSELDORF.

Zur Stützung der durch die US-Subprimekrise in existenzielle Probleme geratenen IKB Deutsche Industriebank AG, Düsseldorf, hat die KfW Ende Juli 2007 zusammen mit den drei deutschen kreditwirtschaftlichen Verbänden (Verbände) Risiken der IKB übernommen. Zu diesem Zweck wurde eine Risikoabschirmung vereinbart, die auf drei Säulen aufsetzt:

- Eintritt der KfW in die Liquiditätslinien der IKB gegenüber den Ankaufgesellschaften des Finanzierungs-Conduits Rhineland Funding.
- Rückabsicherung der 25% ersten Verluste aus Risikounterbeteiligungen der IKB gegenüber den Zweckgesellschaften Havenrock I & II.
- Absicherung der Ausfallrisiken aus einem abgegrenzten Portfolio strukturierter Wertpapiere auf der IKB-Bilanz bis zu einem Maximalbetrag von 1,0 Mrd. EUR.

Insgesamt umfasst der Risikoschirm zum Bilanzstichtag ein Absicherungsvolumen von 9,3 Mrd. EUR. Ausgehend vom Nominalvolumen der Positionen am 30. Juli 2007 wurden zwischenzeitlich 269 Mio. EUR getilgt und 521 Mio. EUR durch Wechselkurseffekte gespart, die zum Jahresende gesichert wurden. Der im Risikoschirm enthaltene Beitrag der Verbände ist auf 1,2 Mrd. EUR begrenzt. Die folgende Tabelle zeigt das Absicherungsvolumen und die Verlustschätzung bezogen auf den Bilanzstichtag. Absicherungspositionen in US-Dollar wurden zum Stichtagskurs von 1,4721 USD/EUR umgerechnet.

IKB-Risikoabschirmung: Abschirmungsvolumen und Verlustschätzung

Angaben in Mrd. EUR und % per 31.12.2007

	Gesamt	Verlustschätzung	
	Mrd. EUR	Mrd. EUR	%
Rhineland			
■ CDO	6,5 ¹⁾	5,8	89,2
■ Kundenforderungen	0,6	-	-
Havenrock	1,2	1,2	100,0
IKB-Bilanzassets	1,0 ²⁾	1,0	100,0
Summe	9,3	8,0	86,0

¹⁾ Ohne offene Zusagen.

²⁾ Inkl. Risiko-Cap.

Die Verlustschätzung von 8,0 Mrd. EUR führt bei der KfW nach Abzug der Risikounterbeteiligung der Verbände von 1,2 Mrd. EUR (15 %) zu einer Belastung von 6,8 Mrd. EUR (85 %). Bis zum 31. Dezember 2007 waren weder Ausbuchungen noch ein Verbrauch von Risikovorsorge aufgrund realisierter Verluste erforderlich.

Innerhalb des Conduits Rhineland haben einzelne Zweckgesellschaften Forderungen der IKB an Mittelstandskunden erworben. Dieser Teil des Conduits Rhineland mit einem Volumen in

Höhe von 563 Mio. EUR ist nicht leistungsgestört und wurde Anfang 2008 an eine Drittbank veräußert; demzufolge wurde für ihn auch keine spezielle Risikovorsorge gebildet.

Zur Berücksichtigung der IKB-Risikoabschirmung im Risikotragfähigkeitskonzept des Konzerns wurden die bilanzielle Risikovorsorge und die negativen Marktwerte der zur Risikoübernahme eingesetzten Kreditderivate in voller Höhe (6,8 Mrd. EUR) von den verfügbaren finanziellen Ressourcen abgezogen.

MARKTPREISRISIKO.

Marktpreisrisiken resultieren primär aus potenziellen Verlusten, die aufgrund von Änderungen

- der Zinsstruktur (Zinsänderungsrisiken),
- der Wechselkurse (Währungsrisiken) und
- der sonstigen Marktpreise (z. B. Aktienkurse, Rohwarenpreise)

entstehen können. Die KfW und ihre Tochtergesellschaften sind keine Handelsbuchinstitute; ihre Marktpreisrisiken beschränken sich daher auf das Anlagebuch.

ZINSÄNDERUNGSRISIKEN.

Die wesentliche Marktrisikokomponente im KfW-Konzern ist das Zinsänderungsrisiko. Der Konzern geht begrenzte Zinsänderungsrisiken unter Nutzung von Ertragschancen ein. Zinsänderungsrisiken ergeben sich auch durch die besondere Ausgestaltung des inländischen Förderkreditgeschäftes mit den Möglichkeiten zur außerplanmäßigen Kreditrückzahlung. Der Konzern berücksichtigt dies in der Risikosteuerung, indem er das geschätzte Volumen künftig zufließender außerplanmäßiger Tilgungen bei seiner Refinanzierungsstrategie einbezieht.

Im Rahmen der Erfassung von Zinsänderungsrisiken des Anlagebuchs verwendet der Konzern eine Standardsoftware, an die alle bewertungsrelevanten Datenbestände angebunden sind. Mit Hilfe der Standardsoftware werden jeweils aktuelle Zinsbindungsbilanzen (EUR, USD und GBP)

ermittelt. Auf dieser Grundlage führt der Konzern zur Bewertung seiner Zinsrisikoposition regelmäßig Value-at-Risk-Berechnungen durch. Das angewandte simulationsbasierte Verfahren beruht auf einem Zwei-Faktor-Cox-Ingersoll-Ross-Modell¹⁾, mit dem die Verlustverteilung der Zinsrisikoposition im Konzern bei möglichen eintretenden Marktzinsänderungen und einer angenommenen Haltdauer von drei Monaten geschätzt wird. Hierzu werden durch Monte-Carlo-Simulation 100.000 Verlustverteilungen ermittelt. Der hierbei simulierte zehnthöchste Verlust wird als Ökonomischer Kapitalbedarf bezeichnet und mit Eigenmitteln unterlegt. Somit ist dies der Verlust, der zu 99,99 % innerhalb eines Jahres nicht überschritten wird. Ergänzt wird diese Berechnung durch regelmäßige Stresstests, durch die mögliche Verluste bei extremen standardisierten Marktbedingungen

¹⁾ Die Faktoren bestehen aus je einem Geld- und Kapitalmarktzinssatz. Die für das Modell benötigten Parameter werden aus Vergangenheitsdaten geschätzt.

geschätzt werden. Hierbei werden neben einer parallelen Verschiebung der Zinsstrukturkurve

Szenarien wie die Drehung der Zinsstrukturkurve und Verlängerung der Haltedauer einbezogen.

WÄHRUNGSRIKEN.

Fremdwährungskredite werden grundsätzlich in gleicher Währung refinanziert oder über entsprechende Währungssicherungsinstrumente abgesichert. Dies gilt auch für gebildete Einzelwertberichtigungen, für die entsprechende Ersatzaktiva beschafft werden. Die KfW hat sich darüber hinaus entschieden, zur Abdeckung bedingter Wechselkursrisiken aus dem potenziellen Ausfall bestehender in USD nominierte Kreditforderungen Portfoliovorsorge in USD zu bilden. Dazu wurden die im abgelaufenen Jahr in USD erzielten Ertragsbestandteile akkumuliert. Darüber hinaus wurden zur Währungssicherung der im Zuge der IKB-Risikoabschirmung gebildeten Risikovorsorge Eindeckungen in Höhe von 4 Mrd. USD im Jahr 2007

und 1,1 Mrd. USD Anfang 2008 vorgenommen. Aus der Neubewertung der IKB-Risikoabschirmung Ende März 2008 resultiert darüber hinaus ein Bedarf von 2,4 Mrd. USD, der zeitnah im April eingedeckt werden soll.

Bei den übrigen Währungen werden im Zeitablauf erzielte Margen und Provisionserträge stets zeitnah zur Vermeidung von Währungsrisiken in Euro getauscht.

Risiken aus zum Bilanzierungstichtag bestehenden offenen Währungspositionen werden über einen Varianz/Kovarianz-Ansatz in Form eines Value at Risk gemessen, wobei die benötigten Parameter (Varianzen und Korrelationen) aus Vergangenheitsdaten geschätzt werden.¹⁾

SONSTIGE MARKTPREISRIKEN.

Die sonstigen Marktpreisrisiken umfassen neben börsengehandelten Aktien aus der Asset Allocation und der Beteiligung an der IKB zusätzlich CO₂-Zertifikate, die der Konzern im eigenen Bestand hält. Risiken aus CO₂-Zertifikaten entstehen, da der Konzern sich entschlossen hat, als Intermediär zwischen Verkäufern und Käufern von CO₂-Zertifikaten aufzutreten. Hierbei werden Zertifikate auch im eigenen Bestand gehalten.

Die Risiken aus den sonstigen Marktpreisrisiken werden über Varianz/Kovarianz-Ansätze in Form eines Value at Risk (99,99-prozentiges Perzentil) gemessen, wobei die Parameter aus historischen Daten ermittelt werden. Die angenommene Haltedauer bei der Risikomessung beträgt wie bei allen anderen Marktrisikokategorien drei Monate, der Kapitalisierungszeitraum ein Jahr.

Die in dem Konzern eingesetzten Modelle zur Schätzung von Marktpreisrisiken werden jährlich im Rahmen des Backtestings überprüft.

Auf Basis der Bewertung und Analyse der Zins- und Währungsposition, der sonstigen Marktpreisrisiken sowie der Stresstests für Zinsänderungsrisiken steuert das Risk Management Committee die Marktrisiken. Ziel hierbei ist die langfristig ausgerichtete Steuerung einer angemessenen Marktrisikoposition der Bank und die Anlage der Eigenmittel. Die hierbei verfolgte Strategie wird jährlich im Rahmen der Konzerngeschäftsfeldplanung festgelegt. Diese Strategie wird mit Hilfe eines Globallimitsystems überwacht.

Für den Abschluss, die Abwicklung und die Abrechnung von Handelsgeschäften im Sinne der MaRisk gelten vom Vorstand erlassene Rahmenbedingungen, die dem Marktstandard entsprechen.

¹⁾ Die Haltedauer beträgt hierbei drei Monate.

Insgesamt binden die Marktpreisrisiken im Konzern per 31. Dezember 2007 Ökonomisches Kapital

in Höhe von 1.544 Mio. EUR. Diese Position setzt sich zusammen aus folgenden Einzelrisiken:

Ökonomisches Kapital für Marktpreisrisiken

Angaben in Mio. EUR

	31.12.2007	31.12.2006
Zinsänderungsrisiken	1.120	1.175
Währungsrisiken	51	0
Sonstige Marktpreisrisiken	373	226
Marktpreisrisiko	1.544	1.401

Geringere Veränderungen sind bei den Zinsänderungsrisiken zu beobachten, die für das fremdfinanzierte Buch zum Stichtag Ökonomisches Kapital in Höhe von 1.120 Mio. EUR binden.

Zum 31. Dezember 2007 bestand eine offene bilanzielle Währungsposition in Höhe von umgerechnet 759 Mio. EUR, wovon rd. 747 Mio. EUR auf die USD-Position entfallen (31. Dezember 2006: 151 Mio. EUR). Diese offene Position resultiert aus der Risikoabschirmung der IKB und wurde Anfang 2008 vollständig geschlossen. Aus der Neubewertung der IKB-Risikoabschirmung Ende

März 2008 resultiert zum Bilanzstichtag darüber hinaus eine offene Währungsposition in Höhe von umgerechnet 1,7 Mrd. EUR, die zeitnah im April 2008 eingedeckt werden soll. Das Ökonomische Kapital für Währungsrisiken liegt zum Stichtag bei 51 Mio. EUR.

Bei den sonstigen Marktpreisrisiken hat sich im Vergleich zum Vorjahr das Ökonomische Kapital um 147 Mio. EUR erhöht. Hierfür ist hauptsächlich die 2007 neu eingegangene mittelbare Beteiligung an EADS über Dedalus GmbH & Co. KGaA verantwortlich.

BARWERTSCHWANKUNG DER EIGENKAPITALANLAGE.

Die durch Eigenkapital finanzierten Aktiva werden im Rahmen der Zinsrisikosteuerung nicht aktiv gesteuert, da es sich um eine langfristige Anlage handelt. Gleichwohl existieren für diese Aktiva Zinsänderungsrisiken, da Veränderungen der Zinssätze auf den Barwert der Eigenkapital-

anlage durchschlagen. Dieses Wertschwankungsrisiko wird in Form von Ökonomischem Kapital (875 Mio. EUR per 31. Dezember 2007, Vorjahr 890 Mio. EUR) berücksichtigt und mit dem oben dargestellten Zwei-Faktor-Cox-Ingersoll-Ross-Modell berechnet.

LIQUIDITÄTSRISIKO.

Die Steuerung der Liquiditätsposition und des Refinanzierungsbedarfs im Konzern erfolgt anhand verschiedener Instrumente und Kriterien. Den Rahmen für die Ausgestaltung des Liquiditätsmanagements bildet ein eigener Risikogrundsatz. In diesem sind die Risikodefinition, Ziele im

Liquiditätsmanagement sowie die verschiedenen Instrumente zur internen Liquiditätssteuerung und die Anwendung von Kennzahlen zur Erfüllung gesetzlicher und aufsichtsrechtlicher Vorgaben beschrieben.

Die Risikodefinition differenziert Liquiditätsrisiken in Instituts- und Marktliquiditätsrisiken. Erstere beschreiben die Gefahr, bestehenden Zahlungsverpflichtungen nicht bzw. nicht rechtzeitig und/oder nicht in der erforderlichen Höhe nachkommen zu können. Marktliquiditätsrisiken umfassen hingegen Risiken im Zusammenhang mit Marktpreisverlusten von Assets im Falle eines notwendigen Verkaufs sowie die Gefahr, erforderliche Mittelaufnahmen nicht zeitgerecht, nicht ausreichend oder nur zu einem unverhältnismäßig hohen Finanzierungssatz beschaffen zu können.

Primäres Ziel des Liquiditätsmanagements ist die Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit des Konzerns, d. h. der KfW einschließlich ihrer Tochtergesellschaften. Zwar sind die Töchter für ihre Liquiditätssicherung, -steuerung und die Einhaltung bestehender aufsichtsrechtlicher Vorgaben selbst verantwortlich. Jedoch steht die KfW als Abschlusspartner für sämtliche Handelsgeschäfte ihrer Tochtergesellschaften und insbesondere deren Refinanzierung zur Verfügung. Aus diesem Grund sind die Liquiditätserfordernisse der Töchter sowohl in der Refinanzierungsplanung des Konzerns als auch im Liquiditätssicherungskonzept mit enthalten.

Grundlage zur Steuerung der Liquiditätsposition und zur Feststellung des Refinanzierungsbedarfs im Konzern ist ein EDV-gestütztes Liquiditätssteuerungssystem, welches alle bereits bekannten aktuellen und zukünftigen Zahlungsströme auswertet. Diese werden um Schätzungen zusätzlich erwarteter Zahlungsströme, wie z. B. Auszahlungen aus dem Kreditneugeschäft, außerplanmäßige Tilgungen, Ausübung von Kündigungsrechten, ergänzt. Auf dieser Basis erfolgt eine Liquiditätssteuerung und -planung im täglichen, monatlichen und jährlichen Rhythmus. Im Bedarfsfall können zusätzlich jederzeit Ad-hoc-Analysen durchgeführt werden.

Daneben überwacht die KfW ihre Liquiditätslage anhand der Vorgaben im KfW-Gesetz, wonach das Verhältnis von kurz- zu langfristigen Verbindlichkeiten ermittelt wird, um die Einhaltung des Grenzwerts in Höhe von 10% sicherzustellen. Darüber hinaus werden freiwillig monatlich die Kennzahlen nach den Anforderungen der Liquiditätsverordnung ermittelt. Alle Liquiditätskennziffern liegen regelmäßig über den geforderten Mindestwerten.

Zur Sicherung der Liquidität hält die KfW einen angemessenen Bestand an Geldmarktpapieren und liquiden Wertpapieren, die als Kategorie-I-Sicherheit bei der EZB sowohl im Rahmen der Spitzenrefinanzierung als auch über reguläre Offenmarktgeschäfte refinanzierbar sind. Zusätzlich werden liquide USD-Wertpapiere als Liquiditätsreserve für das USD-Geschäft gehalten. Das erforderliche Liquiditätspolster wird regelmäßig überprüft und ist so bemessen, dass auch im Falle einer unterstellten außergewöhnlichen Marktstörung in Bezug auf Refinanzierungsmöglichkeiten der Geschäftsbetrieb wie geplant fortgeführt werden kann. Die Überwachung und Kommunikation der Liquiditätsrisiken findet statt, indem die beiden Liquiditätskennzahlen und die mittelfristige Liquiditätsplanung monatlich sowie die langfristige Planung mindestens jährlich an das Risk Management Committee berichtet werden. Das Gremium entscheidet darüber hinaus über die erforderlichen Maßnahmen für den Fall eines festgestellten Handlungsbedarfs. Die Überwachung der Liquiditätssituation und die Ad-hoc-Berichterstattung liegen dabei in der Verantwortung des Treasury.

Die nachfolgende Tabelle stellt die vertraglichen Zahlungsverpflichtungen (Kapitalrückzahlungen und Zinsverpflichtungen) des KfW-Konzerns aus Finanzinstrumenten nach Laufzeitbändern dar.

Zahlungsverpflichtungen aus Finanzinstrumenten nach Laufzeitbändern zum 31.12.2007¹⁾

Angaben in Mio. EUR

	Bis 1 Monat	1–3 Monate	3–12 Monate	1–5 Jahre	Über 5 Jahre	Summe
Verpflichtungen aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	5.298	7.449	6.889	21.605	37.578	78.819
Verpflichtungen aus Verbrieften Verbindlichkeiten	7.389	7.603	37.709	143.437	133.499	329.637
Nettoverpflichtungen aus derivativen Finanzinstrumenten	645	1.357	2.091	3.743	-8.760	-924
Verpflichtungen aus nachrangigen Verbindlichkeiten	0	0	666	584	3.617	4.867
Verpflichtungen aus bilanzwirksamen Finanzinstrumenten	13.332	16.409	47.355	169.369	165.934	412.399
Eventualverbindlichkeiten	6.054	0	0	0	0	6.054
Unwiderrufliche Kreditzusagen	38.462	0	0	0	0	38.462
Verpflichtungen aus nicht bilanzwirksamen Finanzinstrumenten	44.516	0	0	0	0	44.516
Verpflichtungen aus Finanzinstrumenten	57.848	16.409	47.355	169.369	165.934	456.915

¹⁾ Die Zahlungsverpflichtungen aus Derivaten sind saldiert mit den gegenläufigen Zahlungsansprüchen aus den Kontrakten, für die unwiderruflichen Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten erfolgt eine pauschale Zuordnung zum ersten Laufzeitband.

Zahlungsverpflichtungen aus Finanzinstrumenten nach Laufzeitbändern zum 31.12.2006¹⁾

Angaben in Mio. EUR

	Bis 1 Monat	1–3 Monate	3–12 Monate	1–5 Jahre	Über 5 Jahre	Summe
Verpflichtungen aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	6.332	5.622	5.606	24.260	39.072	80.892
Verpflichtungen aus Verbrieften Verbindlichkeiten	5.554	11.675	37.799	133.578	126.348	314.954
Nettoverpflichtungen aus derivativen Finanzinstrumenten	558	945	376	1.593	-9.564	-6.092
Verpflichtungen aus nachrangigen Verbindlichkeiten	0	0	20	520	0	540
Verpflichtungen aus bilanzwirksamen Finanzinstrumenten	12.444	18.241	43.801	159.950	155.857	390.293
Eventualverbindlichkeiten	6.930	0	0	0	0	6.930
Unwiderrufliche Kreditzusagen	45.162	0	0	0	0	45.162
Verpflichtungen aus nicht bilanzwirksamen Finanzinstrumenten	52.092	0	0	0	0	52.092
Verpflichtungen aus Finanzinstrumenten	64.536	18.241	43.801	159.950	155.857	442.385

¹⁾ Die Zahlungsverpflichtungen aus Derivaten sind saldiert mit den gegenläufigen Zahlungsansprüchen aus den Kontrakten, für die unwiderruflichen Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten erfolgt eine pauschale Zuordnung zum ersten Laufzeitband.

Abschließend wird angesichts der aktuellen Lage an den Finanzmärkten eine zusammenfassende Beschreibung der Refinanzierungssituation des Konzerns gegeben. Die Refinanzierungssituation der KfW ist trotz schwierigem, durch die Finanzmarktkrise geprägtem Marktumfeld weiterhin sehr positiv und war zu keinem Zeitpunkt beeinträchtigt. Die am Markt seit Ende Juli vorherrschende allgemeine Verunsicherung führte bei einem Großteil der Anleger zu einer „Flucht in Qualität“, von der die KfW insbesondere bei ihrer kurzfristigen Refinanzierung über das Multicurrency-Commercial-Paper-Programm profitieren konnte. Sowohl das Emissionsvolumen als auch die erzielten Einstandssätze haben sich deutlich vorteilhaft entwickelt. Das Programmvolumen wurde Mitte des Jahres von ursprünglich 12 auf 20 Mrd.

EUR aufgestockt. Ursächlich hierfür war die Zielsetzung, die Flexibilität der Mittelaufnahme insgesamt zu erhöhen, um den insgesamt steigenden Refinanzierungsbedarf aufgrund der Zunahme der Förderaktivitäten optimal decken zu können. Für das Jahr 2008 rechnet die KfW mit einem Aufnahmebedarf an Kapitalmarktmitteln in Höhe von etwa 70 Mrd. EUR gegenüber ca. 65 Mrd. EUR für 2007. Der Anstieg resultiert nur zu einem geringfügigen Teil aus der Wiederauffüllung ihrer Liquiditätsreserven, die im Verlauf des Jahres 2007 für die von der IKB übernommenen Liquiditätsverpflichtungen gegenüber Rhineland Funding genutzt wurden. Der Schwerpunkt geht auf steigende Förderaktivitäten der KfW einschließlich des ERP-Neugeschäfts zurück.

OPERATIONELLE UND SONSTIGE RISIKEN.

Im KfW-Konzern ist das operationelle Risiko als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder infolge externer Ereignisse eintreten, definiert. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein, beinhaltet aber nicht strategische Risiken.

Das Controlling operationeller Risiken ist zentral im Bereich Risikomanagement und Controlling angesiedelt. Das Management operationeller Risiken erfolgt dezentral in den Bereichen. Darüber hinaus ist im zentralen OpRisk-Controlling das betriebliche Kontinuitätsmanagement angesiedelt und unterstützt die Risikosteuerung.

Im Konzern werden operationelle Risiken gemäß der Definition der Solvabilitätsverordnung im Rahmen eines ganzheitlichen Steuerungsansatzes in die ökonomische Steuerung integriert. Die Steuerung basiert auf einer Schadensfallsammlung, OpRisk-Assessments sowie Maßnahmenerhebung und -überwachung.

Die Quantifizierung operationeller Risiken sowie die Ermittlung der Kapitalbindung erfolgt gemäß dem regulatorischen Standardansatz nach Basel II und der Solvabilitätsverordnung.

Die Sammlung von Schadensfällen wurde weiter optimiert. Im Jahr 2007 wurde die bankweite Ersterhebung der OpRisk-Assessments abgeschlossen. Die Assessments werden seither turnusmäßig durchgeführt. Beide OpRisk-Instrumente werden durch speziell auf die Bedürfnisse des Konzerns angepasste EDV-Systeme unterstützt. Das Management von Maßnahmen wurde im Jahr 2007 fachlich konzipiert. Für die MaRisk-konforme Überwachung der Maßnahmen, die sich aus den OpRisk-Assessments oder der Schadens Erfassung ableiten, wurde eine technische Plattform entwickelt, die die Risikosteuerung unterstützt und Anfang 2008 implementiert wird. Ein umfassendes Managementreporting der Risikoereignisse ist 2007 eingeführt worden. Im Kern ist eine quartalsweise Berichterstattung an die

Bereiche und den Vorstand der KfW etabliert. Die fachliche Entwicklung der Frühwarnindikatoren ist als Projekt gestartet. Die Erhebung erster Risikoindikatoren ist im Konzern für das erste Halbjahr 2008 geplant.

Auf der operativen Ebene werden die Betriebsrisiken im Konzern durch ein internes Kontrollsystem begrenzt. Das EDV-Instrumentarium wird permanent weiterentwickelt, die Geschäftsprozesse werden analysiert und optimiert. Für Risiken, die aufgrund nicht vorhersehbarer Ereignisse eintreten können, existieren angemessene Notfallkonzepte (Ausfall EDV-Systeme) sowie ein ausreichender Versicherungsschutz (Feuer- und Wasserschäden u.Ä.).

Dem Rechtsrisiko begegnet der Konzern durch die frühzeitige Einbindung der eigenen Rechts-

abteilung sowie durch die enge Zusammenarbeit mit externen in- und ausländischen Rechtsberatern. Verträge dürfen nur auf Grundlage eindeutiger und korrekt dokumentierter Vereinbarungen abgeschlossen werden. Für die gängigen Geschäfte gibt es überdies Standardverträge (z. B. ISDA-Verträge).

Im Rahmen des betrieblichen Kontinuitätsmanagements erfolgte die Implementierung eines Krisenstabs. Zusätzlich wurden Krisen-, Notfall- und Alarmierungsprozesse definiert. Für den Alarmierungsprozess wurde bereits eine EDV-technische Umsetzung implementiert. Die Optimierung der technischen Unterstützung der Planung der Krisen- und Notfallprozesse befindet sich derzeit in der Vorbereitung.

ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK.

Der Konzern wird auch künftig der Weiterentwicklung seines Risikomess- und -steuerungsinstrumentariums große Bedeutung beimessen. Für das Geschäftsjahr 2008 wird der Fokus dabei insbesondere auf die Weiterentwicklung und Validierung von Ratingverfahren und des Stresstestinstrumentariums gerichtet sein. Darüber hinaus kommt auch der kontinuierlichen Verbesserung und Beschleunigung der Risikomanagement- und -controllingprozesse große Bedeutung zu. Hierzu hat die Bank u. a. Projekte aufgesetzt,

die Prozesse zur Sicherung und Verbesserung der Datenqualität etablieren bzw. die Risikomodelle des Konzerns stärker in die EDV-Systeme integrieren.

Der Konzern plant, die aktive Steuerung des Kreditportfolios weiter auszubauen. Dazu werden der Einsatz innovativer Portfoliosteuerungskonzepte, eine Infrastruktur zur bereichsübergreifenden Steuerung der Wertpapierportfolios und die Integration von Markt- und Kreditrisiken angestrebt.

Herausgeber:

KfW Bankengruppe
Abteilung Kommunikation
Palmengartenstraße 5–9, 60325 Frankfurt am Main,
Telefon 069 7431-0, Fax 069 7431-2944,
infocenter@kfw.de, www.kfw.de

Konzeption und Realisation:

MEHR Werbe- und Projektagentur, Düsseldorf

Fotografie:

Rüdiger Nehmzow, Düsseldorf (Titel oben (alle), Titel unten (1.–3. von links),
Seite 30–33, 46–49, 64–67, 78–79)
BMW (Seite 14)
Marcus Pietrek, Düsseldorf (Seite 18 – 25)
Reuters/Ahmad Masood (Titel (unten rechts), 80–81)

Lithografie: Laser Litho 4, Düsseldorf

Druck: Mareis Druck, Weißenhorn

Gedruckt auf PlanoPlus, Schneidersöhne Papier.



KfW Bankengruppe, Palmengartenstraße 5–9, 60325 Frankfurt am Main
Telefon 069 7431-0, Fax 069 7431-2944, infocenter@kfw.de, www.kfw.de

